This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

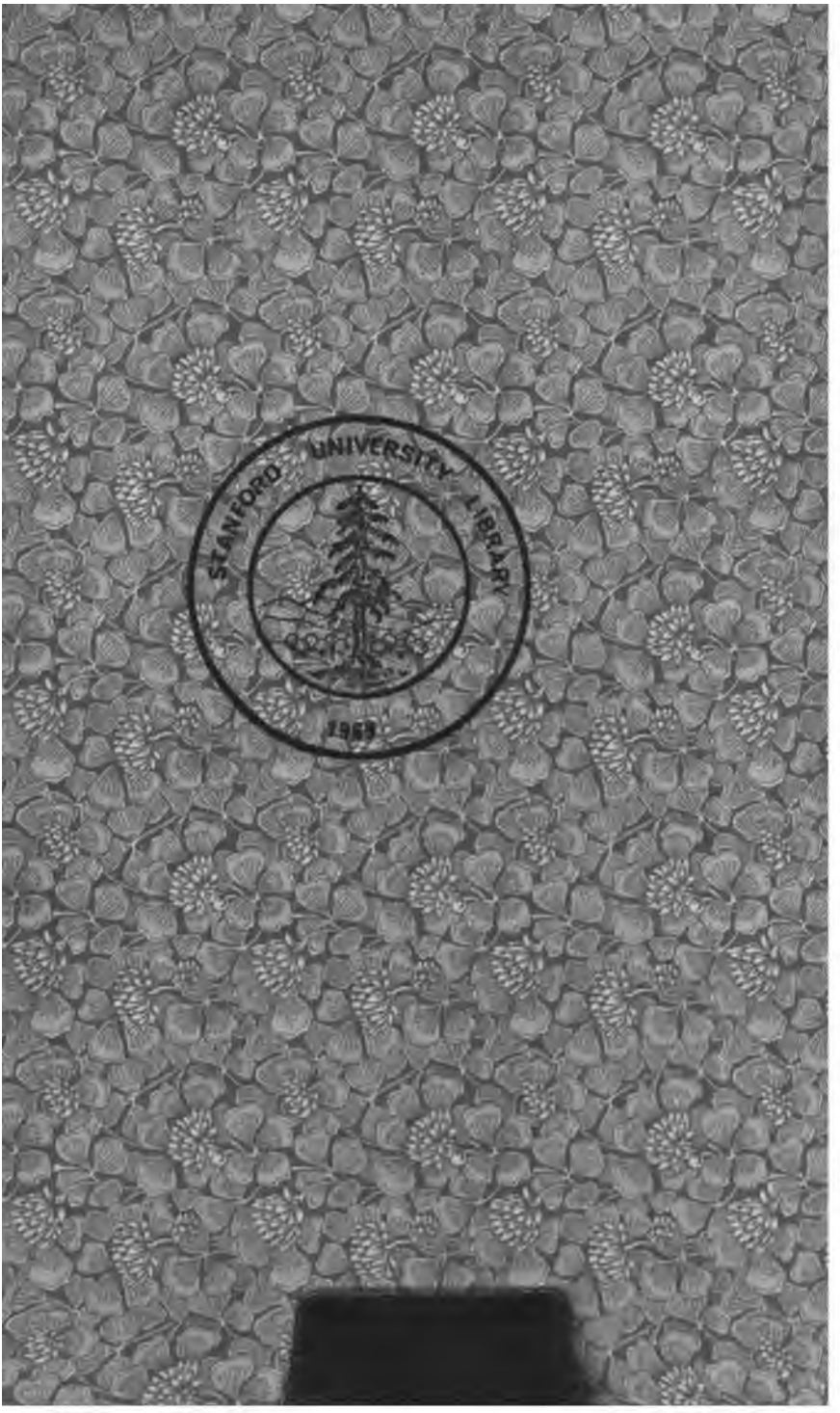
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

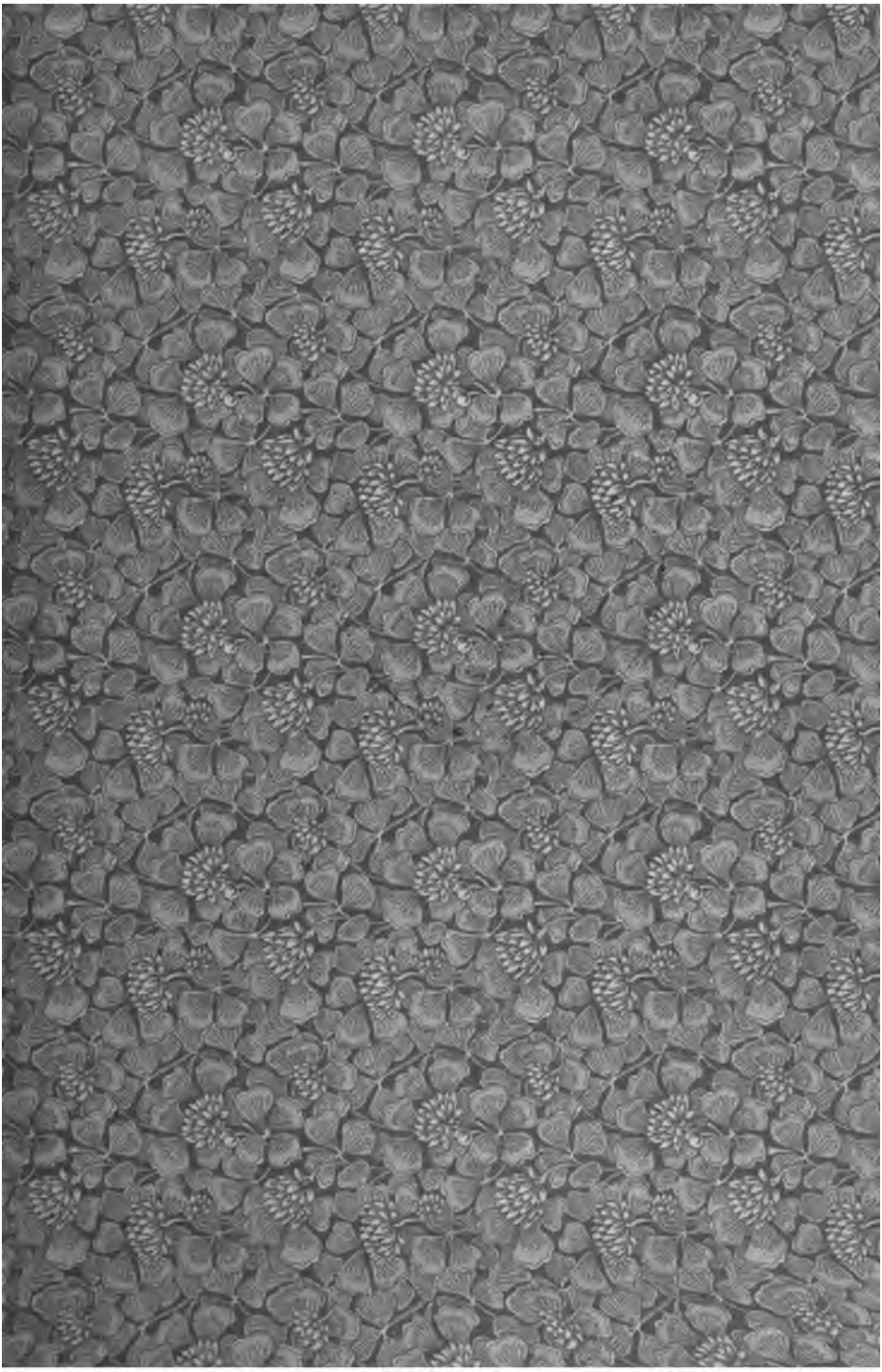
Franz Stauracz

Dr. Karl Lueger

Zehn Jahre Bürgermeister

Verlag von Wilhelm Braumüller Wien u. Leipzig


STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
1963



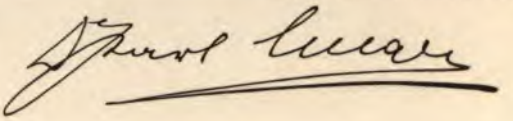
rb

L260/1379
2266/2312

12065

Photogravure Paulussen & Co Wien

Verlag von Wilhelm Braumüller, Wien & Leipzig



Karl Lueger

Im Lich
nach dem Ur
zugleich ein

Franz

Mit Dr. Karl Lueger

Wien und Leipzig
Wilhelm Braumüller
k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler
1907

Dr. Karl Lueger

Zehn Jahre Bürgermeister

Im Lichte der Tatsachen
und nach dem Urteile seiner Zeitgenossen,
zugleich ein Stück Zeitgeschichte

Von

Franz Stauracz

Mit Dr. Karl Luegers Porträt in Heliogravüre

Wien und Leipzig
Wilhelm Braumüller
k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler
1907

NEA

Alle Rechte vorbehalten.

DB 844
L 858

Druck von Friedrich Jasper in Wien.

Vorwort.

Ich schreibe die Einleitung, nachdem ich das ganze Buch fertig vor mir liegen habe. Es war keine geringe Arbeit. Bereits im Jahre 1904 faßte ich den Entschluß, für das nächste Jahr aus den einzelnen Blätterstimmen und Festartikeln das Urteil der Zeitgenossen — Freund und Feind — Luegers über ihn zusammenzustellen. Erst im vorigen Jahre kam ich — anläßlich des zehnjährigen Bürgermeisterjubiläums Dr. Luegers — dazu, den Plan zu realisieren. Nicht Ehre, nicht Gewinn lockte mich und trieb mich zur Arbeit, sondern die unbegrenzte Liebe und Verehrung zu dem ganz einzigen Manne, dessen Herzen auch ich nicht ganz fernestehe; zu dem Manne, der seine ganze Persönlichkeit in den Dienst des christlichen Volkes gestellt, der mit einem Worte: „Unser Lueger" ist.

Vielleicht geben andere formvollendetere, schwunghaftere Lebensabrisse unseres Bürgermeisters heraus, eine größere Liebe in die Arbeit hineinzulegen vermögen sie nicht. Schattenseiten zu finden — wenn sich welche finden — erschien nicht meine Aufgabe, das besorgen die Gegner.

Außer der Menge von Blättern, die anläßlich seines 60. Geburtstagsjubiläums über unseren Bürgermeister schrieben, und deren Benützung ich dem Wohlwollen des Archivars der Stadt Wien verdanke, benützte ich vor allem die „Reichspost", „Deutsches Volksblatt", „Deutsche Zeitung", „Neuigkeits-Welt-Blatt", „Christlichsoziale Arbeiterzeitung" und Schriften, die im Texte angegeben sind.

Ganz beſonderen Dank ſchulde ich dem Herrn Direktor des Pädagogiums, Dr. Rudolf Hornich, der mir bei meiner Arbeit mit Rat und Tat zur Seite ſtand, desgleichen meinem langjährigen Freunde, Herrn Anton Weimar.

Möge das Buch dazu beitragen, die Verehrung zu dem großen Manne allerorts zu vertiefen, deſſen ganzes Leben ein ſchwerer Kampf war gegen die herrſchende Macht, gegen allgemeine Vorurteile und gegen das Unrecht; möge es der Sache dienen, die er vertritt, und wie meine Schrift „Eine wahre Volkspartei" die Reihen der Freunde des Chriſtentums und unſeres Vaterlandes ſtärken.

Möge das Vorbild dieſes Mannes aneifernd und belebend wirken auf die unverdorbene und unverzagte Jugend! Möge es namentlich für die Wiener ein Anſporn ſein, dieſem Wiener, in dem alle guten Eigenſchaften eines Wieners verkörpert ſind, nachzueifern, zum Segen unſerer Vaterſtadt. Mögen alle echten Öſterreicher ſich fühlen lernen als „ein einig Volk von Brüdern". Gut chriſtlich, gut deutſch, gut öſterreichiſch und ſchließlich gut wieneriſch iſt Lueger und wollen wir ſein.

Gott erhalte unſerem Volke dieſe Geſinnung!

Wien, am Oſtertage 1907.

Franz Stauracz.

Inhalt.

Seite

I. Kindheit, Jugendjahre, Berufsleben 1
Nomen — omen! 1
Luegers Vater 2
Luegers Mutter 4
Luegers Geschwister. Seine erste Kinderzeit 7
Lernzeit 8
Studienzeit 10
Universitätszeit 11
Im Berufsleben 13
II. Öffentliche Tätigkeit 17
Der Eintritt ins politische Leben 17
Lueger im Gemeinderat 18
Prozeß Fogerty 21
Antikorruptionistische Strömung 23
Dr. Lueger im Reichsrat 25
Dr. Lueger im Landtag 28
Antisemitische Wahlen für den Gemeinderat 31
Bürgermeisterwahl. Interregnum 36
Nichtbestätigung Luegers 37
Neuwahlen 41
Lueger zum vierten Male zum Bürgermeister gewählt 43
Vermittlung des Kaisers 44
Klärung im antiliberalen Lager 46
„Los von Rom"-Bewegung 49
Dr. Lueger Bürgermeister 53
III. Tätigkeit als Bürgermeister 56
Vorbemerkungen 56
Gaswerke 60
Straßenbahnen 63
Elektrizitätswerke 73

Seite
Einnahmsquellen für die Gemeinde 76
Dr. Luegers Lob aus Gegnermund 78
Rathauskeller. Brauhaus 80
Großschlächterei. Übernahmsamt 82
Märkte 85
Sparkassen 86
Weitere Schöpfungen 89
Sorge für die Bediensteten 91
Arbeitsvermittlungsamt 94
II. Kaiser Franz Josef-Hochquellenwasserleitung 94
Wien — Gartenstadt 95
Wald- und Wiesengürtel 99
Die Gesundheitsverhältnisse Wiens 101
Kunst und Wissenschaft 102
Schule 103
Fürsorge für arme Kinder 106
Humanitäre Anstalten 108
Lainzer Versorgungshaus 109
Leichenbestattung 110
Der Bodenreformer 112
Der XXI. Bezirk 115

IV. Der Volksmann und die politischen Parteiströmungen 119
Ein Kind! Ein Mann! 119
Die öffentliche Meinung 121
Luegers Ehrgeiz 123
Die wirtschaftliche Lage 125
Ein moderner Herkules 126
Anfänge der antisemitischen Bewegung 129
Antiliberale Liga 131
Christlichsozialer Verein 132
Der Nestor der christlichsozialen Bewegung 133
Die Entenabende 135
Der Geburtstag der christlichsozialen Bewegung 136
Die verschiedenen Parteigruppierungen 137
Christ — Katholik 141
Der religiöse Umschwung 143
Zur Taktik Luegers 145
Der Führer 147

Seite
Parteimann, aber nicht parteiisch 149
Eine inkriminierte Judenrede 151
Gesinnungswechsel? 154
Wien einst und — jetzt 157
Vertrauen zum Volke 159
Dr. Lueger, Erzieher der Wiener 160
Der Wiedererwecker des Wiener Lebens 162
Dr. Lueger und die Presse 163
Das lebendige Wort 167
Der Agitator 170
Aufforderung zur Agitation 171
Einige Versammlungsepisoden 177
Feierliche Empfänge 179
Dr. Lueger — Programm 180
Groß-Österreich 182
Verständigung mit den Nationen 184
Lueger und die Rumänen 187
Lueger, Schule und Lehrer 188
Der Förderer des nationalen Friedens unter den Wiener Gewerbetreibenden 193
Wien — deutsch 194
Der Gewerbefreund 198
Wiener Bürgerrecht 200
Einigkeit bei Wahlen 201
Arbeiterfreund 206
Lueger bei den Sozialdemokraten 215
Luegers Zwischenruf 219
Die Rache der Genossen 222
Die „Lumpenparade“ 223
Das Luegerfest 227
Blätterstimmen 229
Das fünfzigste Geburtsfest 232
Lueger, katholische Volkspartei, Protestanten 233
Nochmals Klerikalismus 239
Fröhliche Politik! 243

V. Einiges über die Persönlichkeit Luegers 249
Arbeitseifer 249
Anforderungen an die Beamtenschaft 251

Seite

Frühaufsteher 252
Ein Tag im Leben unseres Bürgermeisters 253
Goldene Hochzeiten 256
Erholungsreisen 257
Rücksichtslos — gegen sich 258
Ein Schützer der Wehrlosen 258
Gefühlsmensch 260
Leutseligkeit 260
Gesellschafter 263
Uneigennützigkeit 264
Seine dynastische Treue 266
Der Katholik 268
VI. Urteile hervorragender Persönlichkeiten über Dr. Lueger und sein Wirken 273
Schluß 282

I.

Kindheit, Jugendjahre, Berufsleben.

Nomen — omen!

Lueger war seinem Volke stets das, was sein Name besagt: ein Lueger, der ausblickt, auslugt nach allem, was seinem Vaterland, seiner Vaterstadt frommt. Der Name Lueger stammt aus dem Alemannischen und kommt von lugen (= ausblicken). Bauerngehöfte, die auf Anhöhen gelegen waren, von denen sich ein Ausblick auf die Umgebung eröffnete, nannte man „Lueghöfe", ihre Besitzer hießen Lueger. Ein vorgeschobener Wachtturm hieß „Luegerturm", Lueg (Paß Lueg), Lauerplatz ꝛc. Die Ahnen unseres Bürgermeisters, der einem uralten niederösterreichischen Bauerngeschlechte entstammt, waren Besitzer eines solchen Gehöftes auf einer Anhöhe, von der sich ein weiter Ausblick für den Besitzer eines solchen Bauerngutes eröffnete. Dadurch erklärt es sich, daß es nicht nur in Niederösterreich, sondern insbesondere in den Alpenländern zahlreiche „Lueghöfe" gibt, und daß aus diesem Grunde auch der Name Lueger ziemlich häufig vorkommt.

Gemeinderat Hans Arnold Schwer erbringt den Beweis der Existenz dieses Namens in Wien aus Wiener Urkunden des 14. und der folgenden Jahrhunderte.

Sicher ist indes das eine, daß der Großvater Josef nicht in Wien lebte, sondern das „Löffellehen" besaß, einen Bauernhof

auf einem nordöstlich von Neustadtl an der Donau gelegenen Hügel. Er bewirtschaftete das Gütchen, war aber zugleich auch Steinmetz in dem an Granitsteinbrüchen reichen Neustadtl.

Man erzählt sich noch heute die im Wege der mündlichen Überlieferung überkommene Geschichte des alten Lueger, der zur Zeit der französischen Invasion zu Anfang des verflossenen Jahrhunderts als Opfer der Liebe zu seinem Vaterlande ermordet wurde. Und diese Liebe zum Vaterlande und zum Herrscherhause hat sich vom Großvater auf den Enkel vererbt. Nachkommen der einstigen Neustadtler Lueger-Familie finden sich noch heute in drei Familien in der Gemeinde Ybbs.

In Mitterburg und auf dem Pöllnhofe leben noch die Lueger als Bauern, während Alois Lueger in der Stadt einen renommierten Gasthof führt.

Luegers Vater.

Josef Lueger hatte drei Söhne. Von diesen war der zweitälteste, Leopold, der Vater unseres Bürgermeisters. Im Taufbuch der Pfarre erscheint folgender Taufakt verzeichnet: „Leopold Lueger, ehelicher Sohn des Josef Lueger, Bauer und Steinmetz in Löffellehen, Gemeinde Kleinwolfstein, Pfarre Neustadtl, und dessen Ehefrau Anna Maria, gebornen Birker, von der „Niederstang", Pfarre Neustadtl, ist geboren am 11. November 1806."

Wie der Großvater war auch der Vater unseres Bürgermeisters ein guter österreichischer Patriot. Er diente beim Militär, und mit dem Regimente Langenau (heute Heß) zog er nach Mainz. Nach der Militärzeit verschmähte er es nicht, um das für das Leben Notwendige zu erwerben, sich als Hausknecht im polytechnischen Institut zu verdingen, und die ganze freie Zeit, die ihm verblieb, benützte der Strebsame dazu, bei drei Professoren an der Technik zu studieren. So hörte er die Vorlesungen über Technologie, Warenkunde 2c. und legte die Prü-

fungen aus diesen Gegenständen mit Vorzug ab. Das hatte zur Folge, daß die maßgebenden Faktoren auf den jungen, strebsamen Mann aufmerksam wurden und seine materielle Stellung dadurch verbesserten, daß sie ihn zum Aufseher für das technologische Kabinett bestellten. Als solchem wurde ihm in dem der heutigen Resselgasse zugewendeten Trakte der Technik eine bescheidene Wohnung angewiesen. Über Verlangen des berühmten Gelehrten Professor Altmüller war er diesem zugeteilt. Mit einer seltenen Geschicklichkeit verstand er, infolge seiner erworbenen technologischen Kenntnisse, die kompliziertesten Apparate, so auch die Werkzeugsammlung der Technik in alle ihre Teile zu zerlegen und wieder zusammenzusetzen.

Mittlerweile hatte er geheiratet und da die Wohnung zu klein wurde, übersiedelte die Familie auf den Neubau in die Langekellergasse, darauf Franzensgasse 58, woselbst die Familie bis zum Tode des Vaters verblieb.

In einer herzgewinnenden Plauderei über seine Jugendzeit, die im „Neuigkeits-Welt-Blatt" erschien und sich mit den in anderen Zeitschriften enthaltenen Daten deckt, schildert der Bürgermeister seinen Vater mit folgenden Worten:

„Ich bin ein Wiener Kind. Von Bauern stamme ich ab. Mein Vater, in Neustadtl an der Donau geboren, war ein kerniger Mann, frisch und herb wie die Bäume im Walde, der an das Gehöft seiner Eltern grenzte. Selbstverständlich nahm man den Bauernburschen zum Militär und mit dem Heß-Regiment zog er nach Mainz. Dort, in deutschen Landen, sog er Weltbildung ein. Mein Vater war ein lernbegieriger Mann und wenn er eine freie Stunde hatte, trieb es ihn zu den Büchern, die ihm gar vieles zu sagen wußten. Nach Wien führte ihn sein Weg, als er das zweierlei Tuch ablegte, und er wurde Hausknecht im polytechnischen Institut. Diese untergeordnete Stellung hinderte ihn nicht, die Grenzen seines Wissens zu erweitern. Er, der einfache Hausknecht, ließ sich bei drei Professoren an der

Technik inskribieren, saß aufmerksam bei den Vorlesungen, horchte gespannt auf die Worte der Gelehrten und legte die Prüfungen aus drei Gegenständen mit außerordentlichem Erfolg ab.

Ich bin stolz auf diesen Vater, der, ohne eigentliche Vorbildung genossen zu haben, ein solches Ziel zu erreichen imstande war. Die Kraftmenschen haben mir stets imponiert, womit ich die rohe, brutale Kundgebung von Gewalt nicht gemeint haben will. Molluskennaturen sind mir zuwider.

Meine Eltern lebten sehr einträchtig miteinander und als mein Vater Aufseher im technologischen Kabinett wurde, fiel ein Sonnenstrahl des Glückes in die junge Behausung."

Im Jahre 1866 starb sein Vater, eine noch unversorgte Familie hinterlassend. Nach des Vaters Tod erhielt die Mutter eine Tabak-Trafik im Bezirke Landstraße. Darin wirtschaftete sie mit ihren beiden Töchtern, während der junge Lueger, der gerade die Universität verlassen hatte, als Advokaturskonzipist mit seinem bescheidenen Gehalte zum Haushalte der Familie beitrug.

Luegers Mutter.

Eine Frau von den seltensten Eigenschaften war Frau Juliana Lueger, unseres Bürgermeisters Mutter, eine Wienerin, die Tochter eines Tischlermeisters in Liechtental, der in seinem Hause, in seiner Werkstatt wie ein Patriarch waltete. Von seiner Mutter erbte er den frohen Sinn, das siegessichere Gottvertrauen, das goldene Herz voll warmer Liebe zu den Mitmenschen und die unermüdliche Arbeitslust, der kein Ziel zu hoch und zu unerreichbar ist. Sie war voll Freude, wenn der Vater ob seiner Geschicklichkeit manches Lob einerntete und zufrieden heimkehrte.

Als vortreffliche Köchin sorgte die Mutter für ein gutes, wenn auch einfaches Essen. Die Hauswirtschaft hielt sie ohne jede fremde Beihilfe in peinlichster Ordnung. Ihr oblag auch,

da den Vater seine Anstellung fernhielt, in erster Linie die Erziehung ihrer Kinder. Neben den Grundsätzen strenger Rechtlichkeit wurde dem kleinen Lueger im elterlichen Hause die Anhänglichkeit an den Glauben seiner Väter, die Treue gegen das angestammte Kaiserhaus und die Liebe zu seiner Vaterstadt Wien eingepflanzt.

„Wenn ich müde aus der Schule in das bescheidene Zimmer trat, begann", so erzählte der Bürgermeister, „die Mutter mit mir die Unterrichtsgegenstände durchzunehmen. Sie, die einfache Frau aus dem Volke, las mit mir die Reden Ciceros — sie verstand kein Wort davon, sie folgte bloß mit peinlicher Aufmerksamkeit den Worten des Textes — und wehe, wenn ich eine Stelle unkorrekt zitierte. Sie hielt mich streng zum Lernen an und ihr verdanke ich vieles."

Seiner Mutter verdankt er nach seinem eigenen Ausspruch nicht bloß viel von seinem Wissen und Können, sondern auch all sein Lieben, sein Sinnen und Trachten, seine Erfolge und seine Größe. Sie liebte ihn mit mütterlicher Zärtlichkeit; an ihm, ihrem einzigen Sohne, hing sie ihr Leben lang mit hoffnungsvollem Stolz und er wieder hing an seiner Mutter und gedenkt ihrer bis auf den heutigen Tag mit rührender Pietät. Wann immer er von seiner Mutter oder seinem Vater spricht, verklären sich seine Züge. Als er bei der Feier seines 50. Geburtstages mit tränenerstickter Stimme seiner Mutter gedachte, blieb im weiten Raume kein Auge trocken.

„Als ich in das politische Leben eintrat und Gemeinderat wurde, tat es meiner Mutter stets in der Seele wehe, wenn man mich angriff. Und sie rempelten mich oft an. Sie weinte, wenn ich mit Wunden bedeckt aus den politischen Schlachten heimkehrte, aber sie konnte sich auch herzlich über meine Erfolge freuen. In dem Empfangssalon vor dem Bürgermeisterzimmer im Rathaus hängt mein Porträt. Der Gemeinderat ließ es anfertigen. Ich bat den Maler, auf dem Bilde auch meine Mutter

zu verewigen. Sie lebt nicht mehr ... ihr energiſcher, ſtarker Geiſt ſoll mich ſtets umſchweben."

Das Jahr 1888 brachte Dr. Lueger den herbſten Schmerz — den Tod ſeiner Mutter. Ihr war es nicht gegönnt, zu erleben, wie ihr Karl die Früchte ſeiner Opfer erntete. Zur Zeit des Höhepunktes der aufſtrebenden chriſtlichen Bewegung hörte dieſes treue Mutterherz zu ſchlagen auf. Sie ſtarb am 6. Dezember 1888 in ihrer Wohnung im III. Bezirk, Marokkanergaſſe 3. Ihre Leichenfeier in der Karlskirche glich einem Triumphzug. Großartig war die Beteiligung des Volkes. Große Freude bereitete es Lueger, daß eine größere Anzahl von Prieſtern ſich dem Kondukte anſchloß, um dem Freunde und Liebling des Volkes einen Troſt, der Mutter eines ſolchen Sohnes eine Ehre zu bereiten.

Ihr Bild verläßt ihn niemals; ſeit ihrem Tode trägt er an der Uhrkette ein Medaillon mit dem Bilde der Entſchlafenen. Wie erwähnt, war es Luegers Wunſch, daß auf ſeinem Bilde für die Bürgermeiſtergalerie der Künſtler Pochwalski auch das Bild ſeiner Mutter verewige. Und dieſes Bild iſt ihm, wie er mit kindlicher Freude erzählt, auch das liebſte. Die rechte Hand auf ein Tiſchchen geſtützt und mit einem Geſichtsausdrucke, als wollte er zu ſeinen Wienern reden, ſo ſteht der Bürgermeiſter da; auf dem Tiſchchen, worauf die Hand ſich ſtützt, bemerken wir in einem einfachen Rahmen das Bild einer alten Frau in ſchlichtem Gewande: der Mutter des Bürgermeiſters. So ſoll ſie mit ihm fortleben im Gedächtniſſe des Volkes und wer ſeinen Namen nennt, der ſoll niemals vergeſſen, daß Dr. Lueger nur unter dem Einfluſſe ſeiner Mutter das werden konnte, das er iſt: Ein großer Mann in einer ſchweren Zeit, ein Mann der Vorſehung. Oft beſucht er das Grab ſeiner Mutter, ſo auch drei Tage vor ſeinem 60. Geburtstage. Seine Verehrer wiſſen, welche Freude ſie ihm bereiten, wenn ſie bei einer Huldigung, die ihm zuteil wird, auch des Grabes ſeiner Mutter gedenken. Einige Lampions, die für den Fackelzug zu ſeinem

Jubiläum dienen sollten, schmückten wenigstens das Grab seiner Mutter.

Luegers Geschwister. Seine erste Kinderzeit.

Das Eheglück der Eltern sollte kein ungetrübtes bleiben. Unter der aus acht Köpfen bestehenden Kinderschar, die ihrem Herzensbunde entsprossen waren, hielt der Tod reiche Ernte. Drei Geschwister sind noch am Leben. Unser nunmehriger Bürgermeister Karl, geboren am 24. Oktober 1844, dann zwei Töchter, Hildegarde und Rosa. Josefine, der der Bürgermeister heute noch mit Wehmut gedenkt, starb schon als Kind. Sie erkrankte gleichzeitig mit ihrem damals vierjährigen Brüderchen Karl an Scharlach. Hören wir darüber wieder unseren Bürgermeister:

„Ich war das dritte Kind aus der glücklichen Ehe. Bis zu meinem vierten Lebensjahre blieb ich stumm. Ich konnte kein Wort über meine Lippen bringen. Ich habe diese unfreiwillige Zurückhaltung vom Reden später wettgemacht. Das erste Wort, das ich sprach, war — Peperl! So hieß nämlich meine treue, herzensgute ältere Schwester, die mich pflegte, als ich an Scharlach unter furchtbarem Fieber darniederlag. Ich genas dank der aufopfernden Hingabe meiner Schwester, die nicht von meinem Schmerzenslager wich — aber die barmherzige Peperl erkrankte. Und als ich aus meinen Delirien erwachte, hatte der Schatten des Todes die beste Schwester gestreift. Sie sank ins Grab, und wie ich den leeren Platz an meinem Bette erblickte, schrie ich immerfort: Peperl! Peperl! Doch Peperl war nicht imstande, Antwort zu geben; sie lag draußen in kühler Erde."

Dr. Lueger, der bekanntlich Junggeselle ist, wohnte nach dem Tode seiner Mutter in Margareten, Wienstraße Nr. 57. Seit er Bürgermeister ist, weilen seine Schwestern Hildegarde und Rosa bei ihm. Nie treten die beiden in den Vordergrund, niemals in die Öffentlichkeit.

In Baden beſitzen ſie ſeit etwa 16 Jahren ein kleines Haus, in das der Bürgermeiſter ſich im Laufe des Sommers öfters zurückzieht. Dieſes Tuskulum unſeres Bürgermeiſters haben die beiden Schweſtern zu einem wahren Schmuckkäſtchen umgeſtaltet.

Lernzeit.

Lange bevor der kleine Karl das ſchulpflichtige Alter erreicht hatte, lernte er das Alphabet ſchreiben und das Einmaleins rechnen, und als er das ſechſte Jahr erreicht hatte, brachte ihn der Vater in die „Taubenſchule“ (Schulhaus Margaretenſtraße 52); es war das eine der bekannteſten Schulen, im ehemaligen Neu-Wieden gelegen, welcher Bezirksteil ſpäter in Margareten einverleibt wurde. „Hier bringe ich einen kleinen Rekruten,“ ſagte der Vater zu dem Lehrer, „behalten Sie ihn hier, ein wenig ſchreiben und das Einmaleins kann er ſchon, das andere ſoll er hier lernen. Ich glaube, er wird ſich machen, denn er hat einen guten Kopf.“

Der Herr Lehrer Reidlinger führte den Knaben in die Klaſſe und ſetzte ihn ſogleich unter die Knaben der oberſten Abteilung der erſten Klaſſe, die ihm im Alter weit voraus waren. Nach dem Herrn Reidlinger kamen die Lehrer Schuler, Brucha und Weißkirchner — der Vater des Magiſtratsdirektors Dr. Weißkirchner. Wie ſehr der Bürgermeiſter heute noch an ſeinen Lehrern hängt, bewies er anläßlich der Überreichung einer kommunalen Auszeichnung an den Bezirksſchulinſpektor Hofer: „Lehrer zu ſein, iſt ein ſo ſchöner Beruf,“ rief er aus, „denn kein guter Menſch wird ſeiner Lehrer jemals vergeſſen, ich gewiß niemals!“ und Tränen ſtanden ihm in den Augen.

In erſter Linie waren es allerdings die Eltern, die das Fundament, auf dem ſich das Wiſſen des Knaben aufbaute,

legten. Luegers Vater, der es an sich selbst erfahren hatte, daß man etwas gelernt haben müsse, wenn man in der Welt sein Fortkommen finden solle, benützte jede Stunde zur geistigen Weiterentwicklung seines Sohnes. Selbst die Spaziergänge, wenn der kleine Karl ihn von der Technik abholte, wurden dazu benützt, um das von diesem Gelernte zu korrepetieren, wie er sich auch persönlich von den Fortschritten seines Söhnchens zu überzeugen suchte.

Über diese Lern- und Kinderzeit plauderte der Bürgermeister: „Die erste Schule, die ich besuchte, war die sogenannte Taubenschule in der Kettenbrückengasse. Ich kam nicht unvorbereitet dahin, weil mein Vater mir früher die Kenntnis des Einmaleins und des Lesens wie des Schreibens beigebracht hatte. Man setzte mich in die dritte Abteilung der ersten Klasse und ich legte leicht den Weg bis zur letzten Klasse zurück, wo Herr Weißkirchner ein wohlwollendes, charakterstärkendes Regiment führte. Ich war in allem Vorzugsschüler und trug jedes Jahr ein Prämium heim, worüber sich meine Mutter herzinnig freute. Schade, daß die schöne Sitte der Prämienverteilung in der Schule abgeschafft wurde. Das waren immer Festtage für die Schuljugend und man hätte diese Anspornungen des Ehrgeizes nicht beseitigen sollen. Meine Mutter stellte alle von mir gebrachten Prämienbücher fein säuberlich auf einem Kasten zusammen und wenn die Verwandten oder Nachbarn auf Besuch kamen, dann sagte sie freudestrahlend: ‚Die gehören dem Karl!' Das war ihr Stolz.

Die Taubenschule war eine sogenannte Konkordatsschule. Wir Buben fühlten uns ganz wohl in der Anstalt und die Juden, die mit uns auf den Bänken saßen, hatten keinen Anlaß zur Klage. Im Gegenteil, wenn gerauft wurde, nahm sich der Katechet der gehänselten Juden an. Und gerauft wurde tüchtig, und wenn Schnee fiel, dann stand ich als einer der ersten auf den Hügeln und führte die Kameraden zum Sturm auf den

‚Feind'. Das Raufen und Schneeballenwerfen war meine Passion. Die Mutter war anderer Meinung. Sie brummte tüchtig, wenn ich zerzaust nach Hause kam, aber es bereitete ihr doch Freude, daß ich Mut im Kampfe bewiesen hatte."

Studienzeit.

„Von der Volksschule trat ich als Externer in das Gymnasium im Theresianum über. Ich tat meine Pflicht und bestand meine Prüfungen in Ehren. Wer half mir beim Lernen? Wieder die Mutter."

Lueger war zehn Jahre alt und ein kräftiger Knabe geworden, als er mit der Taubenschule fertig war und als externer Hörer in das Theresianum kam. Unterrichtsminister Graf Thun hatte dieser Schule eben eine neue Organisation und jenen Lehrplan gegeben, den die österreichischen Gymnasien bis auf den heutigen Tag in den Grundzügen beibehalten haben. Ein Schulkollege Luegers, Stadtrat Robert Deutschmann, schreibt über diese Zeit:

„Lueger und ich besuchten gemeinsam die ehemals an der Ecke Kettenbrücken- und Margaretenstraße bestandene Taubenschule und später die Theresianische Akademie. Schon in der Taubenschule zählte der kleine Lueger zu den besten Schülern. In der Akademie war er immer Primus und wegen seines tadellosen Verhaltens von allen Professoren sehr wohl gelitten. Von diesen ist leider nur mehr einer am Leben, der jetzige Fürsterzbischof von Wien, der damals unser Religionsprofessor war."

Ein politischer Gegner, ehemaliger Schulkollege des Bürgermeisters, gibt über den Knaben Lueger dasselbe Urteil ab im „Österreichisch-ungarischen Volksblatt":

„Sie waren — ich habe das schon zu jener Zeit neidlos anerkannt — immer einer der besten und fähigsten Schüler und

als solcher ein ausgesprochener Liebling des Pfarrers Zeindlhofer und unseres Herrn Katecheten P. Michael. Damals schon war der kleine Karl Lueger in seinem Kreise ein sozusagen populärer Mann und wenn Herr Lehrer Brucha ihm das Ehrenzeichen am blauen Bande um den Hals hängte, so hat es sicher kaum einen gegeben, der dem allgemein beliebten Mitschüler die Auszeichnung nicht ganz und voll gegönnt hätte."

Was heute an dem Bürgermeister Dr. Lueger hervorragende Charaktereigenschaften sind, dazu wurden in jener Zeit der Mittelschule die Wurzeln gelegt. Das gilt besonders von seiner glühenden Liebe zur Heimatstadt Wien und zum Vaterlande Österreich. Seit der frühesten Jugend war er Zeitgenosse und Augenzeuge stolzer patriotischer Begebenheiten. Die Siege Radetzkys in Italien, von denen sein Vater, der alte Soldat, oftmals mit Begeisterung gesprochen hat, fallen in seine Kindheit; als neunjähriger Knabe war er Augenzeuge des prunkvollen Einzuges der Kaiserin Elisabeth in Wien; an einem kalten Jännertage des Jahres 1858 rückte er mit den Mitschülern aus das Theresianum zu dem großartigen Leichenbegängnisse aus, dem der Kaiser an der Spitze seiner Truppen dem verstorbenen Marschall Radetzky veranstaltet hat. (Festschrift.)

Universitätszeit.

Nachdem Lueger 1862 die Maturitätsprüfung mit vorzüglichem Erfolg abgelegt hatte, besuchte er die juridische Fakultät in Wien. Nach Deutschmann war Lueger „auch während seiner Universitätsstudien (1862—1866) ein äußerst emsiger Student, der die Kollegien fleißig besuchte und alle Prüfungen mit Auszeichnung ablegte. Zur damaligen Zeit äußerte er sich Kollegen gegenüber, daß er sich entweder dem Fachstudium des römischen Rechtes widmen oder die politische Laufbahn ergreifen werde.

Seine Befähigung zu letzterer hat unser jetziger Bürgermeister in fulminantester Weise erbracht."

Noch Student, vermochte Lueger nicht dem in ihm mächtig auftretenden politischen Drang zu widerstehen. Innerhalb der Schranken der akademischen Freiheit griff er in die politische Tätigkeit ein, indem er in den damaligen bewegten nationalen Studentenversammlungen im Diana- und Sophiensaale die politische Richtung seiner Zukunft feststellte. Er selbst gehörte keiner Korporation an. Bei aller Wertschätzung des nationalen Gedankens trat er mit voller Entschiedenheit für das treue Festhalten an Österreich ein und hatte darob in jener so aufgeregten Zeit manche Anfechtung zu erfahren. Schwarzgelb und kaisertreu! Die Weigerung Preußens, an den Besprechungen — behufs Schaffung eines großen deutschen Reiches — am Fürstentag zu Frankfurt 1863 teilzunehmen, hatte alle Österreicher mit Mißmut erfüllt, der Prager Frieden verdrängte 1866 Österreich aus dem deutschen Staate. Der Student Lueger erklärte in einer Versammlung akademischer Bürger: „Jetzt sind wir alle Österreicher und keiner hat länger auf zwei Stühlen zu sitzen. Das hat seinen großen Vorteil, weil wir alle uns um so fester an Österreich schließen können, um mit geeinter Kraft an seiner Größe mitzuarbeiten."

Diese Liebe zu Österreich, die den Studenten beseelte, verließ ihn als Bürgermeister nicht. Mehr als 40 Jahre später hören wir ihn sagen:

„Ich bin jederzeit bereit, für die Größe Österreichs und unserer Nation einzutreten." (4. Mai 1904, Semmeringfeier.) Daß jene Zeiten vorüber sind, wo sich der Österreicher nicht mehr zu scheuen braucht, einzubekennen, daß er ein Österreicher ist, ist hauptsächlich ein Verdienst Dr. Luegers, der ohne Rücksicht auf die Volksgunst selbst zu jenen Zeiten, wo jeder, der nicht über die Reichsgrenze schielte, als ein „Verräter seines Volkes" verschrien wurde, sich als dynastischer Österreicher bekannte.

Im Berufsleben.

Noch nicht 22 Jahre alt, verließ Lueger die Universität und begann nach seiner Promovierung zum Doctor juris die Laufbahn als Rechtsanwalt bei hervorragenden Advokaten Wiens, nicht ohne auf diesem Gebiete in jungen Jahren manchen forensischen Erfolg zu erringen. Er arbeitete als Konzipient in drei Kanzleien und wurde im März 1874 selbständiger Hof- und Gerichtsadvokat (I. Bräunerstraße). Die letzten Jahre hatte er seine Kanzlei gemeinsam mit seinem langjährigen Freunde Dr. Josef Brzobohatý.

„Im Jahre 1878 hatte ich", schreibt Abgeordneter Schneider, „Gelegenheit, anläßlich der Durchführung einer Verlassenschaftsabhandlung Dr. Lueger als einen ehrlichen und aufrichtigen Freund der Armen kennen zu lernen."

Als erfahrener Advokat und unübertroffener Redner hätte er nach dem Beispiele der meisten seiner Standesgenossen gar leicht mit einer gutgehenden Kanzlei sich ein glänzendes Einkommen schaffen können; er verzichtete darauf. Viel lieber half er seinen armen Mitmenschen umsonst, denn er hat hunderte Prozesse ohne einen Heller Entschädigung durchgeführt, sogar die Stempel aus eigener Tasche gezahlt. Noch viel öfter hat er, die bei ihm Rat suchten, vor Prozessen gewarnt und durch seinen Rat den Leuten viel Geld erspart.

Vizebürgermeister Dr. Porzer, der seit mehr als zwanzig Jahren mit ihm tätig ist, äußerte sich über seine Tätigkeit als Advokat:

„Ich habe die Tätigkeit Dr. Luegers als Advokat oft bewundert und mir ein Beispiel daran genommen. Wie oft sah ich sein Wartezimmer angefüllt mit Leuten, denen man die Armut vom Gesichte ablesen konnte. Alle wurden von ihm freundlich empfangen und beraten, und ich bin überzeugt, wenn Dr. Lueger

am Abende, nach aufreibender Arbeit, Bilanz machte, so mag sie oft genug passiv ausgefallen sein. Seine Gesetzeskenntnis war bewunderungswürdig, sein Urteil rasch und sicher, sein Auftreten vor Gericht, namentlich vor den Geschworenen, temperamentvoll, energisch und zugleich voll gesunden, liebenswürdigen Humors.

Es ist merkwürdig, daß dieser Mann, welcher selbst einer unserer tüchtigsten und gesuchtesten Advokaten war, wenn er im Verlaufe seiner politischen Tätigkeit in gerichtliche Konflikte geriet, was ja bei seinem lebhaften Temperamente unvermeidlich war, es nie unterließ, sich einen Vertreter beizugesellen. Und der war immer ich.

So haben wir durch mehr als zwanzig Jahre gemeinschaftlich gearbeitet und trotz der zahlreichen Klagen, mit welchen mein interessanter Klient von seinen politischen Gegnern verfolgt wurde, die bekanntlich in der Wahl ihrer Mittel nicht sehr wählerisch sind, kann er darauf hinweisen, daß er seine ‚Unbescholtenheit' gewahrt, daß sein Leben nicht durch einen noch so kleinen schwarzen Punkt einer gerichtlichen Verurteilung bemakelt ist."

Einige unangenehme Erlebnisse aus der Advokaturspraxis des Dr. Lueger erzählt uns gleichfalls Dr. Porzer. Bei einer Versammlung in München 1896 war der Vielbeschäftigte angegangen worden, sich einer Müllerswitwe anzunehmen, die in Wien etwas zu betreiben habe. Dr. Lueger hatte im Drange der Geschäfte längst auf dieses Ersuchen vergessen, als ein umfangreiches Paket an ihn einlangte, enthaltend ein Promemoria, das den Nachweis zu liefern versuchte, der Nachlaß des im Jahre 1879 in Wien verstorbenen Millionärs Ott hätte dem österreichischen Fiskus und nicht den Verwandten in Süddeutschland zugesprochen werden sollen.

Nach Monaten erhielt Dr. Lueger plötzlich eine Klage auf Zahlung von 40.000 K. So hoch hatte die Klägerin das juridisch wertlose, von einer Reihe österreichischer Behörden als wertlos

zurückgeſchickte Promemoria taxiert. Es galt aber doch das Promemoria herbeizuſchaffen. Am Abend vor der Verhandlung fand Pummer nach raſtloſem Suchen dasſelbe unter alten Schriftſtücken noch aus der Zeit des Dr. Prix. Weiß der Himmel, wie es dahin gekommen war. Der Vertreter der Prozeßgegnerin nahm das Schriftſtück bei der Verhandlung ziemlich enttäuſcht entgegen und alles löſte ſich in Wohlgefallen auf. Ein verunglückter „Politiker" wieder hatte Dr. Lueger ein Manuſkript übergeben: „Wie Wien, das Land und der Staat finanziell verwaltet werden ſollte" und klagte auf Rückſtellung oder Zahlung von 7000 K. Daß Dr. Lueger in beiden Fällen — in dem letzteren entſchied auch das Gericht in ſolcher Weiſe — nicht gerichtlich zur Rückgabe hätte verhalten werden können, iſt für den Juriſten klar.

Der Wagen des damaligen Bürgermeiſters Strobach ſtieß 1896 mit einem anderen Wagen zuſammen, letzterer wurde beſchädigt und dem Kutſcher wurde von Strobach eine verdiente Zurechtweiſung zuteil. Der Kutſcher klagte, wurde aber ins Rathaus berufen, der Schaden ihm von dem gerade anweſenden damaligen Vizebürgermeiſter Dr. Lueger erſetzt, wogegen er erklärte, alle Klagen zurückzuziehen. Daß Dr. Lueger in dieſem Falle nicht als Advokat, ſondern als Vizebürgermeiſter handelte, lag zutage. Der Vertreter des Kutſchers aber, der um einen Senſationsprozeß kam, lief zur Advokatenkammer und zeigte an, daß Dr. Lueger ſeinen Klienten hinter dem Rücken des eigenen Verteidigers zu einem Ausgleich bewog. Dr. Lueger wurde von der Advokatenkammer aufgefordert, ſich wegen dieſes Vorganges zu rechtfertigen.

„Das ſchlug", fährt Dr. Porzer fort, „dem Faſſe den Boden aus. Wenige Tage darauf hatte die Kammer ſtatt der verlangten Äußerung die Erklärung in Händen, daß Dr. Lueger die Advokatur niederlege. So wurde er aus einem Stande „hinausgeekelt", dem er durch viele Jahre zur Zierde gereichte. Sang- und klanglos ließ man ihn ziehen, ihn, der Tauſenden von Armen unentgeltlich ſeinen Rat und ſeine Hilfe als Rechtsfreund angedeihen ließ, der

durch Beredsamkeit, Fleiß und Tüchtigkeit turmhoch über so viele seiner Kollegen emporragte. Sein Bild prangt nicht im Verteidigerzimmer des Landesgerichtes neben Mühlfeld, Berger, Herzog, nicht ein Wort des Nachrufes, des Lobes oder der Anerkennung wurde ihm zuteil, als er einem Stande Valet sagte, der es sich zur hohen Ehre anrechnen könnte, wenn er einen Bürgermeister Dr. Lueger noch in seinen Listen führen dürfte."

II.

Öffentliche Tätigkeit.

Der Eintritt ins politiſche Leben.

Sofort nach erlangtem Wahlrecht, noch bevor er Advokat war, trat Dr. Lueger im Jahre 1872 — dem Drängen einiger ſeine hohe Begabung richtig erkennender Freunde und ſeiner eigenen, ins Große zielenden Tendenz nachgebend — in den eben gegründeten „Landſtraßer Bürgerklub", zu deſſen zweitem Schriftführer er ſogleich gewählt wurde. Der Klub war liberal. Aber wer damals in Wien überhaupt praktiſcher Politiker werden wollte, mußte dieſen Weg einſchlagen; denn die liberale Richtung, obwohl unterſchiedlich ſchattiert, war alleinherrſchend und die Stadtregierung lag in den Händen einiger Geſchäftspolitiker, deren Ring damals ſelbſt für einen Lueger undurchdringlich ſchien. Zudem konnte Lueger als junger Politiker, der das Parteileben vorerſt nicht praktiſch durchgekoſtet hatte, in dem Wege, den er einzuſchlagen hatte, fehlgehen, nicht aber in dem Ziele irren, das er ſeit jeher unverrückbar ſich vorgeſetzt hatte. Vielleicht hatte Lueger ſchon damals das Beſtreben, Bürgermeiſter der Stadt Wien zu werden, denn wie er in einer öffentlichen Verſammlung ſelbſt ſagte, hatte er ſchon ſeit ſeiner Jugend das Beſtreben, Bürgermeiſter zu werden, um für ſeine Vaterſtadt Großes leiſten zu können.

Dr. Lueger im Gemeinderat.

Das Jahr 1875 sah Dr. Lueger auf dem ihm gebührenden Platz in der Stadtvertretung als Gemeinderat des III. Bezirkes, und zwar entsendet vom zweiten Wahlkörper mit einjähriger Mandatsdauer, weshalb er scherzweise der „Einjährig-Freiwillige" des Wiener Gemeinderates genannt wurde. Zu gleicher Zeit deckte der Bezirksausschuß Landstraße zahlreiche Unregelmäßigkeiten in der Gemeindeverwaltung auf und Dr. Lueger trat in dem folgenden Kampfe ganz auf die Seite der Bezirksvertretung und wurde so von allem Anfange an ein Bahnbrecher der neuen, antikorruptionistischen Richtung und ist es seitdem geblieben. Dem Bezirke Landstraße gebührt das Verdienst, zuerst unter allen Wiener Bezirken sich gegen das entnervende Joch der Wiener Judenliberalen und ihr beispiellos gewissenloses Regiment in der Wiener Ratsstube zur Wehre gesetzt zu haben. Im Jahre 1876 wurde er neuerdings von demselben Bezirke und Wahlkörper in den Gemeinderat gewählt, diesmal auf drei Jahre.

Der Konflikt mit dem Bezirksausschuß Landstraße führte zur Auflösung desselben und zu Neuwahlen, bei der die Partei des Dr. Lueger unterlag. Es hatten sich nämlich inzwischen die Parteiverhältnisse so merkwürdig geändert, daß die Altliberalen, welche unter der Führung des Vizebürgermeisters Khunn aus dem „Bürgerklub Landstraße" ausgetreten waren und den jetzigen „Bürgerverein" gegründet hatten, sich mit ihren ehemaligen erbittertsten Gegnern, den Deutschdemokraten, zur Bekämpfung jener neuen antikorruptionistischen Richtung, deren Seele schon damals Dr. Lueger war, vereinigten. Dr. Lueger legte nach der Niederlage seiner Partei in allen drei Wahlkörpern des Bezirksausschusses sein Mandat im Oktober 1876 nieder und zog sich aus dem Rathause zurück, nicht um zu schweigen und um Ruhe zu haben, sondern um auf einem anderen Wege wieder ins Rathaus zu kommen. Von dieser Zeit beginnt sein aufreibendes Wirken

zur Aufklärung der Bevölkerung. Er eilt anfangs nur mit wenigen Gleichgesinnten von Bezirk zu Bezirk, von Versammlung zu Versammlung; ihm folgen zunächst die Handwerker, denen er den Weg zeigt, wie sie ihre Lage verbessern können. „Der junge, vielgerühmte Advokat hatte seinerzeit zwar der liberalen Gemeinderatspartei angehört, war aber, angeekelt durch die im liberalen Lager herrschende Korruption, bald in einen schroffen, immer schärfere Kampfesformen annehmenden Gegensatz zu seinen ehemaligen Parteigenossen getreten und suchte in Versammlungsreden die Bevölkerung auf Grund des Krachs von 1873 von den schädlichen wirtschaftlichen Folgen der laissez faire — laissez aller-Schule zu überzeugen", bemerkt Dr. Geßmann. Hatte Dr. Lueger in der Gemeindevertretung trotz seines Liberalismus — den er freilich anders auffaßte als seine gemeinderätlichen Kollegen — mit einer fulminanten Rede gegen die eben aufgekommenen enormen korruptionistischen Machenschaften in der Friedhofsverwaltung sich eingeführt, so führte er auch die Verteidigung der Angeklagten in dem daraus entstandenen sogenannten Friedhofsprozeß. Bei diesem Prozesse wurde die ärgste Korruption aufgedeckt, so unter anderem die Verrechnung von „toten Schneeschauflern". Auch im „Wassermesserprozesse mit dem Banknotenalbum" wurden die von Dr. Lueger verteidigten Angeklagten glänzend freigesprochen, weil dem Verteidiger der Wahrheitsbeweis nach allen Richtungen gelungen war. Vertreter der Privatkläger im zweiten Prozesse war der nachmalige Bürgermeister Dr. Prix. Mit einem Schlage war Dr. Lueger eine in ganz Wien populäre Person.

Mit Hilfe der Gewerbetreibenden wurde Dr. Lueger — nach zweijährigem Fernsein vom Gemeinderate — im Jahre 1878 abermals vom Bezirke Landstraße, und zwar vom dritten Wahlkörper, auf drei Jahre in die Gemeinderatsstube entsendet. Seither wurde er im Jahre 1881, 1884, 1887, 1890, 1891, 1895, 1896, 1902 und 1905 von demselben Wahlkörper immer wieder gewählt.

Bei seinem Wiedereintritt in den Gemeinderat sammelte Doktor Lueger die zerstreuten Elemente und gründete die „Wirtschaftspartei", der sich auch Dr. Prix anschloß in der Absicht, mit Hilfe dieses Klubs Vizebürgermeister und eventuell Bürgermeister zu werden. Dr. Lueger, den die Wirtschaftspartei für den Vizebürgermeisterposten vorgeschlagen hatte, lehnte damals ab. Als jedoch über Betreiben des Dr. Lueger Dr. Schrank gewählt worden war, trat Dr. Prix aus der Wirtschaftspartei, gründete einen neuen Klub und wurde von da an ein unversöhnlicher Gegner Doktor Luegers. Zu gleicher Zeit trennten sich Steudel und einige Demokraten und bildeten die äußerste Linke, den sogenannten „Wiener Klub". Dr. Schrank starb im Dezember 1881 und so war die Vizebürgermeisterstelle wieder frei. Als Bewerber standen sich Dr. Lueger und Dr. Prix gegenüber. Dr. Prix siegte im zweiten Wahlgange mit Hilfe der Steudel-Partei, die beim ersten Wahlgange leere Stimmzettel abgegeben hatte, und es zeigte sich bei dieser Gelegenheit, aus welchen Gründen die Bildung des neuen Klubs und die Sprengung der Opposition durchgeführt worden war. An der Spitze der Gemeinde Wien stand damals der Bürgermeister Ritter von Newald. Dieser Mann hatte — welch seltener Fall in jener Zeit! — ein Herz fürs Volk, ein Herz besonders für die Armen. Kein Wunder, daß Dr. Lueger mit ihm sympathisierte.

Der im selben Jahre, 8. Dezember 1881, stattgefundene Ringtheaterbrand zog den Rücktritt des überaus volksfreundlichen und darum der liberalen Partei verhaßten Bürgermeisters Dr. Newald nach sich. Dr. Lueger hielt auch im Unglück treu zu diesem Manne und suchte mit dem vollen Einsatz seiner Persönlichkeit Newald dadurch zu retten, daß er sich direkt an den Ministerpräsidenten Graf Taaffe wendete.

Infolgedessen wurden nun die furchtbarsten Angriffe in den liberalen und selbst offiziösen Blättern ins Werk gesetzt und die Presse zeterte und wetterte gegen Dr. Lueger. Man phantasierte

von Verrat am Deutschtum und dieselben Herren, die später vor Taaffe in Demut erstarben, tobten am meisten gegen Dr. Lueger. Obwohl sich nachträglich herausstellte, daß Newald bezüglich des Ringtheaterbrandes nicht das geringste Verschulden träfe, so hatten doch die Intriganten und Denunzianten in der liberalen Partei ihren Zweck erreicht. Newald ward gestürzt, Uhl ward Bürgermeister, Prix erster und Steudel zweiter Vizebürgermeister.

Für Dr. Lueger begann mit dem Rücktritt Dr. Newalds eine schwere Zeit. Schwachmütige Seelen, wie sie in jeder Zeit zu finden sind und deren leider auch in der damaligen Opposition einige waren, suchten sich zur Majorität zu retten und verließen in geradezu schmählicher Weise ihren Führer. Es kam die Affäre Goldschmidt-Guneſch, in welcher man den reinen Ehrenschild Dr. Luegers durch Verdächtigungen zu besudeln suchte. Auf dieses Kesseltreiben hin berief Dr. Lueger im Februar 1882 eine Wählerversammlung ein, in der er die an ihm seitens Fogerty vergeblich versuchten kolossalen Bestechungsversuche enthüllte. Die von seinen Feinden wider ihn eingeleiteten Ehrenbeleidigungsklagen endeten mit einem glänzenden Freispruche. So hatte er seine Gegner im Gerichtssaal beschämt, indem er zugleich als wirklich selbstloser Vertreter des öffentlichen Interesses sich glänzend bewährte. Er hatte das Vertrauen des Volkes ganz und voll gewonnen.

Prozeß Fogerty.

Ich kann nicht umhin, diesen entscheidenden Prozeß nach der Schilderung Dr. Porzers wiederzugeben. Ein Engländer, namens Fogerty wollte in Wien eine Stadtbahn bauen. Sein Bankier war Rothschild. Zwei liberale Gemeinderäte waren es, welche sich für dieses Projekt besonders warm interessierten, und in einem von einem gewissen Buchwald an Dr. Lueger als Obmann des Eisen-

bahnausschusses gerichteten Schreiben wurde direkt behauptet, daß diese zwei Gemeinderäte bestochen seien. Ja noch mehr. Fogerty wagte es, durch einen Mittelsmann mit dem Konzipienten Dr. Luegers eine förmliche Vereinbarung abzuschließen, wonach auch Dr. Lueger durch das Versprechen einer reich dotierten Stelle gewonnen werden sollte. Das war zu viel. Dr. Lueger übermittelte den Brief Buchwalds dem Bürgermeisterstellvertreter Dr. Uhl und erzählte den ganzen Sachverhalt in einer Versammlung auf der Landstraße. Natürlich mußten jetzt die beiden Gemeinderäte klagen und es kam zur Ehrenbeleidigungsverhandlung, welche ganz Wien in fieberhafte Aufregung versetzte, ja weit darüber hinaus mit Interesse verfolgt wurde. Als mir (Dr. Porzer) Dr. Lueger, seine Aufzeichnungen über den Fall eingehändigt hatte und ich darin blätterte, fand ich folgende Stelle: „Das habe ich zu meiner Erinnerung niedergeschrieben und danke Gott dem Herrn, daß er mich diese Prüfung glücklich bestehen ließ."

Der Eindruck der Gerichtsverhandlung war: Hier wurde ein schändliches Treiben mit kühnem Griffe von einem mutigen Manne aufgedeckt. Dr. Porzer sagte in seinem Plaidoyer: Der einzige Mann, welcher die Kraft und den Mut hatte, der Versuchung zu widerstehen, von allen jenen, an welche sie herangetreten ist, war Dr. Lueger, und es ist nicht ein Spiel des Zufalles, nein, es ist ein Zeichen unserer sozialen Verhältnisse, daß gerade dieser einzige sich heute auf der Anklagebank befindet. Allein, er mag getrost den ungewohnten Platz einnehmen, denn jeder billig Denkende muß aus der Verhandlung die Überzeugung gewonnen haben, daß Dr. Lueger nur in Ausübung seiner Pflicht gehandelt hat, und deshalb glaube ich auch, daß er diesen Saal frei verlassen wird und nicht Leuten zum Opfer fallen wird, die nur deshalb nicht zur Verantwortung gezogen werden können, weil es an einem Paragraphen des Strafgesetzes dafür fehlt, die aber von der öffentlichen Moral bereits gerichtet sind, noch bevor das Urteil in dem heutigen Prozeß gefällt wird.

Dr. Lueger wurde freigesprochen und nur wegen einer einzigen Äußerung zu 100 Gulden Geldstrafe verurteilt. In der am 1. April 1882 stattgehabten Appellverhandlung wurde er aber gänzlich freigesprochen. Dr. Jacques, der Vertreter der Kläger, konnte es nicht verwinden, daß er einen Sensationsprozeß verloren und rekurrierte an den Kassationshof, welcher entschied, durch das Urteil des Landesgerichtes sei das Gesetz verletzt worden. Trotzdem war und blieb Dr. Lueger freigesprochen und mit vollem Rechte. Das deutsche Strafgesetz hat sogar die ausdrückliche Bestimmung, daß, wer in Wahrung berechtigter Interessen handelt, keine Beleidigung begeht. Nichts anderes wollte das Landesgericht sagen, indem es den Mangel des animus injuriandi konstatierte, und jeder gerecht denkende Geschworne würde ebenso geurteilt haben.

Antikorruptionistische Strömung.

Trotzdem noch Uhl, Steudel und Prix Bürgermeister wurden, waren doch der damals schrankenlos herrschenden judenliberalen Partei von Tag zu Tag neue, immer mächtiger werdende Feinde entstanden. Die antikorruptionistische Strömung erfaßte lebhaft die gesamte arbeitende Bevölkerung. Was Lueger die Praxis bisher gelehrt hatte, legte er am 6. März 1882 als sein festes politisches Programm einer Erdberger Wählerversammlung zum ersten Male vor: Unentwegter Kampf gegen das mit Hilfe der Verbreitung des Judentums international organisierte Großkapital, dessen Gewalt sich mit keiner anderen vergleichen lasse.

Luegers Kampfruf hatte der liberalen Partei einen Gegner in der Demokratie entgegengestellt. Sie war die erste naturnotwendige Reaktion gegen die Schäden des Liberalismus; ihre Devise lautete: Schutz den wirtschaftlich Schwächeren. Führer waren Dr. Mandl und Dr. Lueger. Zusammengesetzt zumeist aus abgefallenen Elementen der liberalen Partei, gehörten ihr auch

einige Juden an. Doch verlief die ganze demokratische Bewegung im Sande, da sich die Demokraten, darunter auch Luegers früherer Kampfgenosse Dr. Mandl, mit einer rücksichtslosen Streberclique verbunden hatten. Das Jahr 1883 bildete gewissermaßen den Tiefpunkt der politischen Laufbahn Dr. Luegers. In diesem Jahre stand er bereits wieder ganz isoliert da. Dr. Geßmann war der einzige Gemeinderat, der an seiner Seite ausharrte. Beide bildeten die vielverspottete Zweimännerpartei, sie galten als politisch Tote, als Leute, die es nicht verstanden hatten, zur rechten Zeit ihr Segel zur Einfuhr in das großkapitalistische Lager zu hissen. „Und doch gelang es uns," schreibt Dr. Geßmann, „manchmal in den Gemeinderatssitzungen einen Erfolg zu erringen; ich will nur daran erinnern, daß wir 1884 durch eine Überrumpelung und geschickte Benützung einer momentanen Schwäche der Gegner die Erhöhung der Quinquennalzulagen der Lehrer zu erreichen vermochten. Die Lehre, die wir damals aus dem demokratischen Rummel und seinem schmählichen Eingehen zogen, war die, daß der Semitismus bei Parteien mit volksfreundlichen Bestrebungen nur zersetzend wirke und wir uns Angehörige dieser Rasse bei einer künftigen Parteibildung vom Halse halten müßten."

Neben den Demokraten, bei denen die Namen Fischhof, Walterskirchen, Kronawetter u. a. immer mehr verblaßten und der Name Dr. Karl Lueger immer glänzender aufflammte, entstanden die verschiedenartigsten antisemitischen Parteien. Die wichtigsten darunter waren die Reformer unter der Führung Dr. Pattais und die Deutschnationalen unter der Führung Schönerers. Bei der Wahl in den Gemeinderat im Jahre 1884 wurde Dr. Lueger von drei erbitterten Feinden bekämpft: den Liberalen, den Demokraten und auch von Dr. Mandls Anhang, er siegte aber, da er die Unterstützung der Mehrheit der antisemitischen Reformer erhalten hatte. Schönerer nahm diese Unterstützung Dr. Pattais übel auf und trat mit seinem Anhange aus dem Reformverein aus, worauf

Dr. Pattai mit den Seinigen den deutschnationalen Verein verließ.

Dr. Lueger im Reichsrat.

Der Wunsch der Wählerschaft, Dr. Luegers Rat und Urteil auch in Reichsangelegenheiten vernehmen zu dürfen, wurde alsbald glänzend erfüllt. Am 1. Juni 1885 wurde Dr. Lueger bei der Reichsratswahl im Bezirke Margareten mit 1403 Stimmen gegen 1345 Stimmen, die der bisherige Abgeordnete Vizebürgermeister Steudel erhielt, gewählt. „Der kleine Mann", die Fünfguldenmänner gingen damals zum ersten Male zur Wahl. Es ward ein erbitterter Kampf durchgeführt gegen Liberale und „Demokraten der sogenannten äußersten Linken", die sich gegen die neuaufstrebende antiliberale Partei wehrten. Dr. Lueger gehört seitdem ununterbrochen dem Abgeordnetenhause an.

Wer die politische Geschichte Wiens in der Zeit nach 1885 mit einiger Aufmerksamkeit verfolgte, der weiß, in welch erbitterter Weise der Kampf der judenliberalen kapitalistischen Partei gegen die Person Dr. Luegers geführt wurde. In geschickter Weise verstand man es, die mit ihm gegen die liberale Partei im selben Jahre gewählten Abgeordneten Dr. Kronawetter und Kreuzig von ihm loszulösen und sie durch den Gegensatz zu Dr. Lueger in den Dienst der jüdischen Plutokraten zu stellen. Kein Geld, keine Gelegenheit wurde gespart, um Dr. Lueger des Vertrauens seiner Wähler zu berauben. Allein alle diese Versuche erwiesen sich als vergeblich.

In jede wichtige Frage griff Dr. Lueger ein, doch auch in untergeordneten Angelegenheiten vertrat er das Wohl des Volkes und erzielte manchen schönen Erfolg. Im Reichsratsalmanach von 1885 steht von Dr. Lueger, „daß er im Gemeinderate einer der am häufigsten in die Debatte eingreifenden Redner ist". So war es auch im Reichsrate.

Es ist daher begreiflich, daß er im Jahre 1891 wieder in den Reichsrat gewählt wurde.

Seit dem Jahre 1897 ist er nicht mehr Vertreter des Bezirkes Margareten, sondern er wird seither von der allgemeinen Wählerklasse des V., VI., XII., XIII. und XIV. Bezirkes in den Reichsrat entsendet. Während die liberalen Führer sich seinerzeit meist auf sichere Plätze zurückzogen, hat er für die schwierigere V. Kurie kandidiert. Wenn er im gegenwärtigen Wahlkampf als Wahlbewerber im XIII. Bezirke auftritt, so liegt der Grund darin, daß dieser Bezirk ihm zuerst das Mandat angetragen hat.

Besonders hervortretend aus seiner Wirksamkeit im Reichsrate sind seine Reden betreffend den „Lloyd", die „Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft", die Verteidigung Schönerers, die „Börsensteuer", die „Valutafrage", das „Wahlrecht", die „Verkehrsanlagen", die „Kreuzzeichen-Affäre", die Reden gegen die ungarische Bevormundung, gegen den Ausnahmszustand in Böhmen, ferner seine Tätigkeit im Gewerbeausschusse.

Seit der Obstruktion im Jahre 1897 ist es dem Obmanne der christlichsozialen Partei nur sporadisch gegönnt, im Parlamente zu schaffen und zu wirken.

Besondere Verdienste erwarb sich Dr. Lueger auch als zeitweiliger Obmann des deutschen Vollzugsausschusses, wie er sich überhaupt national in der deutschen Gemeinbürgschaft aufs glücklichste betätigte und die gegnerischen Verleumdungen durch die Taten, welche er den Worten entgegensetzt, zu schanden macht. Dank ihrer Leitung und Führung von Luegers Meisterhand hat die christlichsoziale Partei im Parlament eine Bedeutung erlangt und einen Einfluß, der die Kopfzahl weit übersteigt und die Macht an Zahl viel größerer Parteien unverhältnismäßig übertrifft. Wenn Dr. Lueger spricht, da sammelt sich das sonst immer ver- und zerstreute Haus um seine Bank und lauscht andachtsvoll seinen Worten, die immer größtes Gewicht haben und volle Wirkung erzielen. Bei der ständigen allgemeinen Unaufmerksam-

keit, die unſer Parlament erfüllt, iſt das ein bedeutſamer Beweis vom Werte des Redners.

Dr. Lueger war der erſte öſterreichiſche Parlamentarier, der die Einſicht oder zumindeſt den Mut zur Ausſprache beſaß, welche Gefahren der mit Ungarn unter dem Eindruck des Krieges von 1866 zuſtande gekommene dualiſtiſche Ausgleich für Öſterreich und die Großmachtſtellung in ſich begreife. Bei den Ausgleichsverhandlungen des Jahres 1886 beantragte Dr. Lueger, zur Erleichterung künftiger Auseinanderſetzungen das Zoll- und Handelsbündnis auf ewige Zeiten zu ſchließen. Fünf Jahre ſpäter rief er in tiefer Erbitterung und gewiß nicht, ohne die törichte Nichtachtung ſeines Rates von 1886 mit zu vermeinen: „Der Friedensvertrag mit Preußen im Jahre 1866 war für Öſterreich verhältnismäßig ehrenhaft; der Friedensvertrag mit Ungarn aber war drückender und muß in jedem national denkenden Deutſchen und Slaven das Gefühl tiefer Schmach hervorrufen.“ Eine diesbezügliche Reichsratsſitzung im Jahre 1891 ſchildert Dr. Geßmann: „Unſere Fraktion beſtand damals aus bloß ſechs Mitgliedern, den Abgeordneten Dr. Lueger, Fürſt Liechtenſtein, Schneider, Dr. Pattai, Muth und meiner Wenigkeit. Dr. Karl Lueger hält zurzeit eben eine Rede, er ſpricht ſcharfe, warnende Worte über die Gefahren des Judäomagyarismus. Als er geendet hatte, bricht die ganze Menge der anweſenden Abgeordneten der anderen Parteien, die ſeiner Rede in lautloſem Erſtaunen gelauſcht hatte, in ein einmütiges Entrüſtungsgeſchrei, in Schmäh- und Schimpfworte aus. Dr. Demel von Elswehr ſteht auf, erklärt, das parlamentariſche Standrecht an Dr. Lueger vollziehen zu müſſen, indem er den Übergang zur Tagesordnung über Luegers Antrag zur Abſtimmung vorſchlage. Dr. Demels Antrag wurde mit erdrückender Majorität angenommen. Heute gibt es nur mehr wenige Abgeordnete im ganzen Hauſe, welche Dr. Luegers damaliger Anſchauung bezüglich der ungariſchen Frage nicht zuſtimmen. Hätte man damals ſchon, zur rechten Zeit, dem Scharfblicke Dr. Luegers gefolgt,

so hätte sich viel parlamentarisches Ungemach vermeiden lassen." Auf dem Parteitag in Eggenburg, 17. September 1905, kam Dr. Lueger auf diese Affäre zu sprechen und meint: „Seitdem hat sich die Sache sehr geändert." Die Rede Dr. Luegers im Parlamente über die Reichskrise anfangs Oktober 1905 war ein Ereignis, und das mußten wohl oder übel auch die gegnerischen Blätter zugeben, so sehr sie durch Bemerkungen oder beredtes Schweigen den Eindruck der Rede zu verwischen suchten.

Welcher Beliebtheit Dr. Lueger sich im Abgeordnetenhause erfreut, bezeugt sein erstes Erscheinen nach seiner letzten schweren Krankheit, um seine Stimme für die Wahlreformvorlage abzugeben. Selbst Sozialdemokraten äußerten, wenn Lueger es so fortmache, würden sie noch seine Anhänger werden, was aber bei der diametralen Weltanschauung des größten Teiles dieser Gesellschaft unmöglich ist.

Dr. Lueger im Landtag.

Als Lueger nach manchen Fortschritten der Bewegung zum ersten Male als Kandidat für den Landtag in Margareten aufgestellt wurde, aber durchfiel, meinte er: So ein Stockzahn läßt sich nicht aufs erste Mal reißen. Wir fuhren auf die Landstraße, wo eine Siegesfeier der gewählten Kandidaten standfand. Im Jahre 1890 gelang ihm der Landtagswahlsieg im V. Bezirk, in dem er geboren wurde, zur rechten Zeit, um ihm die Teilnahme an der Debatte über die Vereinigung der vorortlichen Gemeinden auch hier zu ermöglichen. Er sah in der unbedingten Übernahme der Vororte in die Stadtverwaltung schwere Nachteile für Wien und bekämpfte entschiedenst die ausgesprochene Leichtfertigkeit, mit welcher die liberale Mehrheit in Stadt und Land die Vereinigung vollzog. Die liberale Partei glaubte durch eine äußerlich sich großartig ausnehmende Tat ihre von der mächtig emporschnellenden christlichsozialen Bewegung

bedrohte Stellung wieder zu befestigen, sowie sie schließlich auch den langvertrödelten Stadtbahnbau in einer Weise überhastete, die den Gegnern nur neue Angriffspunkte bot.

Wie im Reichsrat, machte es Lueger — entgegen dem Vorbilde liberaler Führer — auch im Landtag. Im Jahre 1896 gab er seinen Posten als Landtagsabgeordneter im V. Bezirke auf, stellte sich auf den schwersten Posten und eroberte das Landtagsmandat im II. und XX. Bezirke, und zwar zum ersten Male. Die Siegesbotschaft von der Wahl Luegers in der Leopoldstadt durchbrauste die weiten Gaue Österreichs und weckte ein freudiges Echo in der ganzen katholischen Welt. Die christliche Idee hatte die Geister erfaßt. Was in den siebziger Jahren die Liberalen unter dem unberechtigten Titel der „öffentlichen Meinung" nahmen, das war unter dem berechtigten Titel des Christentums zurückgewonnen worden.

Trotz seiner Überbürdung finden wir ihn bei allen bedeutenden Aktionen im Landtage in erster Reihe, er führt die Rededuelle mit den Führern der anderen Parteien durch, die Schärfe der Polemik oft durch seinen Humor mildernd.

„Wie gerne denke ich an die heißen Redeschlachten im Landtage zurück," schrieb Vergani im Jahre 1904, „die da von uns Antisemiten vor zehn Jahren gegen die Liberalen geschlagen wurden. Dr. Karl Lueger selbstverständlich immer allen voran, nie erlahmend, stets aneifernd, voll Humor und voll schlagender Argumente und stets darauf bedacht, jeden Streit in den Reihen der Antisemiten nach Tunlichkeit zu schlichten. Wir wurden damals mit allen Anträgen niedergestimmt, doch die Siege der Liberalen waren Pyrrhussiege. Wo ist sie, die stolze Schar der Advokaten, welche das Judentum und die Macht des Kapitals so rücksichtslos verteidigte? Dr. Prix, Dr. Grübl, Dr. Richter, Dr. Borschke, Dr. Sommaruga! Gestürzt und gestorben! Dr. Weitlof, Doktor Granitsch, Dr. Sueß, Dr. Lustkandl und viele andere gestürzt und verschollen. Fürwahr, die Nemesis hat da furchtbar ge-

waltet." Der Liberalismus, der noch vor zehn Jahren in aufgeblasenem Hochmut seiner Gegner spotten zu können glaubte, ist zusammengebrochen; in einer Ecke der Wiener Gemeindestube liegt sein wehmütiger Rest; im niederösterreichischen Landtage ist von der ganzen übermütigen Mehrheit nicht ein einziger Volksabgeordneter mehr übrig geblieben, der sich „liberal" zu nennen getraute.

„Seiner seltenen Begabung ist es gelungen," schreibt der seither verstorbene Landesamtsdirektor Dr. Misera, „die unzweifelhaft vorhandenen Gegensätze zwischen Stadt- und Landbevölkerung in den Hintergrund zu drängen, es ist ihm aber auch gelungen, die Massen davon zu überzeugen, daß sie gemeinsame Interessen besitzen, die ein einiges Zusammengehen und eine auf das gleiche Ziel gerichtete Betätigung in unserem Wirtschaftsleben erheischen. Die Kraft dieser Überzeugung war so stark, daß Dr. Lueger um sein Banner den einfachen Bauer und den Sproß eines ahnenreichen Fürstengeschlechtes, den schlichten Gewerbsmann und den Vertreter der Intelligenz vereinigt hat, ohne sich erst lange mit Programmentwürfen abmühen und auf Grund derselben Anhänger werben zu müssen. Er hat das anzustrebende Ziel stets mit wenigen Worten gekennzeichnet, er war selbst in der Polemik programmbildend. Im Landtage war einmal gegen die Christlichsozialen der Vorwurf erhoben worden, sie seien ‚Nihilisten'. Dr. Lueger ward nicht verlegen und gab dem Worte die richtige Deutung: ‚Ja, wir sind Nihilisten gegenüber der Korruption, wir sind dafür, daß die Korruption unter jeder Bedingung abgeschafft werde.'

Dr. Lueger ist weder ein ‚Bauernherzog' noch der Tribun irgendeiner sonstigen Interessengruppe, sondern tritt als Volksmann für eine gerechte Verteilung der Rechte und Pflichten an alle Klassen und Stände ein. Mit derselben Energie, mit der er gegen die politische Bevormundung der Bauernschaft in der Gestalt der indirekten Wahlen ankämpfte, arbeitete er für die Erweiterung

des Wahlrechtes in Stadt und Land. Er trat für das allgemeine Wahlrecht ein, ja er war ſogar für die Volksabſtimmung, ſoweit es ſich um Übernahme neuer Laſten für die ſtädtiſche Bevölkerung handelte.

Wenn heute der niederöſterreichiſche Landtag in unſerem Vaterlande in der Erſcheinungen Flucht den ruhenden Pol darſtellt, wenn durch die Schaffung der neuen Geſchäftsordnung und Feſtlegung der deutſchen Verhandlungsſprache die ſchleichenden Krankheiten, die an unſerem Parlamentarismus zehren, vom Landtage ferngehalten ſind, wenn ferner im Landtage Tatkraft und Schaffensfreude pulſieren, dann iſt das nicht zum geringſten Teile ein Verdienſt Dr. Luegers, der es verſtanden hat, inmitten der Brandung einer politiſch unruhigen Zeit eine Inſel des Friedens zu ſchaffen, eine Stätte ruhiger, unermüdlicher Arbeit im Dienſte des Volkes, eine Stätte, die vorbildlich ſein ſollte für unſer ganzes Vaterland Öſterreich."

Was die chriſtlichſoziale Partei, ſpeziell im Landtag, geleiſtet, habe ich in der Schrift: „Eine wahre Volkspartei" auseinandergeſetzt. Zahlloſe humanitäre Wohltätigkeitsanſtalten für das Land danken gerade der Initiative Dr. Luegers ihr Entſtehen. Ich verweiſe diesbezüglich auf die Errichtung der Landesirrenanſtalt in Mauer-Öhling, die Niederöſterreichiſche Landes-Brandſchaden- und Hagelverſicherung ꝛc. Wie in der Gemeinde, ſo wurde auch im Budget des Landes durch weiſe Sparſamkeit das von den Liberalen übernommene Defizit erheblich herabgemindert und ſo die finanzielle Lage des Landes bedeutend gebeſſert.

Antiſemitiſche Wahlen für den Gemeinderat.

Als erſter antiſemitiſcher Kandidat für den Gemeinderat trat im Jahre 1885 Drechſlermeiſter Eulenburg in Mariahilf auf, erhielt aber nur 41 Stimmen. Ein Jahr darauf gelangten

die „Fünfguldenmänner" zur Urne, vorläufig nur als Gemeinderatswähler, und entsendeten im selben Bezirk die ersten zwei nach antisemitischem Programm Gewählten. 1887 zwei von Margareten, 1888 wieder einen, noch mehr im Jahre 1889.

Die Bewegung war eine mächtige geworden, es wurde der „Bürgerklub" gegründet.

Baron Vogelsang hatte eine Vereinigung aller christlichen Führer vorbereitet und diese hatte unter dem Schlagwort vereinigte Christen dem oppositionellen Bürgerklub im Gemeinderat 30 Mitglieder zugeführt. Auch bei den Landtagswahlen ein Jahr darauf fiel eine beträchtliche Anzahl von Mandaten den Antisemiten zu.

Solch freudige Momente des Sieges halfen die Bitterkeiten des politischen Kampfes vergessen und verliehen gerade dem Führer immer wieder neue Elastizität.

Aus jener Zeit sind zwei Momente bemerkenswert. Nach dem Rücktritt des Bürgermeisters Uhl hatte sich bei den Altliberalen eine Bewegung gegen die Wahl des Dr. Prix zum Bürgermeister geltend gemacht. Man wollte die Antisemiten bewegen, leere Stimmzettel abzugeben. Diese gingen auf den Plan nicht ein und Dr. Lueger blieb antisemitischer Zählkandidat. Alle Gegner hatten aber einstimmig für Dr. Prix als Bürgermeister gestimmt.

Ein zweites Vorkommnis ist die Erlangung des passiven Wahlrechtes für die Lehrer, wofür sich Dr. Lueger einsetzte.

Zu den „jungen strebsamen Talenten" der liberalen Partei gehörte damals Dr. Mittler. Dieser arrangierte an einem Wochentag nachmittags in Margareten eine Mißtrauensversammlung gegen Dr. Lueger, die für die Einberufer ein volles Fiasko brachte.

Dr. Mittler durfte gar nicht den Saal betreten, das „Luegertöten" ging noch nicht an.

Die Einverleibung der an Wien grenzenden Vororte im Jahre 1890 brachte eine Bereicherung der Mandatsträger für

den Gemeinderat mit ſich. Das Parteienverhältnis war 94 Liberale, 42 Antiliberale und 2 Wilde.

Die Wahlen im Jahre 1893 brachten vier neue Mandate dazu. Manche antiſemitiſchen Redner vergriffen ſich zuweilen in der Form der Kriegsführung, gleichwohl mußte mit dieſer anſehnlichen Minorität gerechnet werden, die einige nicht zu verachtende Beſchlüſſe durchzuſetzen verſtand. So wurde auf Betreiben Luegers in den Volksſchulen Wiens das Gebet wieder eingeführt; — ein Antrag, der zehn Jahre zuvor im Gemeinderate mit unbändigem Lachen aufgenommen worden wäre, das Attentat auf das Kreuzzeichen wurde ſiegreich abgewehrt, ja es kam die Zeit, wo in allen Wiener Schulen wieder Kreuzbilder angebracht wurden, welche die liberale Zeit verſchwinden gemacht hatte.

Die Stadtratswahlen am 29. Mai 1893 brachten eine ſenſationelle Überraſchung. Dr. Lueger kam nach drei Wahlgängen gegen den jüdiſchen Gemeinderat v. Goldſchmidt in den Stadtrat, „der Hecht im Karpfenteiche", wie ein liberales Blatt ſich geſchmackvoll ausdrückte.

Der 1. April, ein ominöſer Tag, war es 1895 nur für die Liberalen. Die „Wiedereroberung Wiens" gelang den vereinigten Chriſten, denn bei dieſer Wahl gingen auch Deutſchnationale ſchärfſter Tonart mit den Chriſtlichſozialen. Das Wahlreſultat ergab 68 Liberale, 64 Antiliberale und 6 Wilde. Es hatte der zweite Wahlkörper, der Wahlkörper der „Intelligenz" zu wählen. Noch am Vorabend der Wahl prophezeite die „Neue Freie Preſſe" ihren Freunden den Sieg. Auf dieſe Prophezeiung antworteten die Wähler, indem ſie 24 Antiſemiten wählten. Das war nun ein wahrer Verrat der „Intelligenz". Dr. Prix war eines plötzlichen Todes in einem entlegenen Winkel des Wiener Waldes geſtorben, der konfeſſionsloſe Doktor Albert Richter hatte ſich unmöglich gemacht, Dr. Raimund Grübl war ſeit etwa einem Jahre Bürgermeiſter.

Der neue Gemeinderat trat am 14. Mai zusammen, um zur Wahl des ersten Vizebürgermeisters zu schreiten. Dr. Richter lehnte ab und mit 65 Stimmen wurde Dr. Lueger zum ersten Vizebürgermeister gewählt. Die Liberalen hatten in der engeren Wahl weiße Stimmzettel abgegeben. „Ich weiß", sagte Doktor Lueger, „daß die Mehrheit des Gemeinderates mich nicht gewählt hat, doch ich glaube, der Wille des Volkes verlangt es, daß ich die auf mich gefallene Wahl annehme." Kaum hatte Dr. Lueger sein neues Mandat angenommen, als sich Dr. Grübl erhob und feierlichen Tones erklärte, daß er sein Amt niederlege. Natürlich war das nicht etwa ein erst im letzten Augenblick gefaßter Entschluß oder gar ein unüberlegter Streich, sondern die Liberalen folgten da einem wohldurchdachten Plan, dessen Geheimnis hie und da von ihren Blättern verraten wurde. Sie wollten die Antisemiten auf die Probe stellen und sie zwingen, ihre Unfähigkeit selbst zu bekennen. Grübl täuschte sich aber, indem er hoffte, daß auch Dr. Lueger zurücktreten werde. Lueger, der die liberale Taktik durchschaute, hütete sich, in die Falle zu gehen. Er erklärte, daß er auf seinem Posten ausharren werde, damit keine Unterbrechung in der Verwaltung der Stadt entstehe. Und so geschah es, daß der Wiener Gemeinderat eine wenn auch schwache liberale Mehrheit mit einem antisemitischen Vorsitzenden hatte. Es braucht kaum hervorgehoben zu werden, daß Lueger sich auf der Höhe seiner Aufgabe zeigte, und daß er während der kurzen Zeit, die bis zur neuen Bürgermeisterwahl verfloß, ein ungewöhnliches Verwaltungstalent bekundete.

Die Zwischenzeit benützte er, den Sieg an seine Fahne zu ketten und seine Stellung zu befestigen. Er wurde der Abgott des Volkes. Die liberale Herrschaft war ins Wanken geraten, die Zeit vorüber, in der die Juden das Heft in der Hand hatten und man sich des christlichen Namens schämte. Das „Neue Tagblatt", Stuttgart, meint dagegen: „Von daher datiert der sittliche Verfall Österreichs." In den Musikvereinssaal wurde eine große

Verſammlung für den 16. Mai einberufen, um den Wählern den Dank abzuſtatten.

Die Juden hatten verſucht, die Antiſemiten als katholikenfeindlich und dynaſtiefeindlich zu verleumden. Gegen dieſe Verleumdungen ſuchten Lueger und Fürſt Liechtenſtein in dieſer Verſammlung Stellung zu nehmen. „Man klagt mich an, ſagte Lueger, daß ich die Verfaſſung verfolge, und neulich war in den jüdiſchen Blättern zu leſen, daß der Gemeinderat ſich betroffen fühlte, als ich auf dieſe Verfaſſung den Eid abgelegt hatte. In Wahrheit habe ich von dieſer Betroffenheit nichts bemerkt. Aber dieſe Betroffenheit zugegeben, verſichere ich Sie, daß die Völker Öſterreichs mehr als einmal betroffen waren, als ſie von der Eidesleiſtung unſerer Liberalen hörten. Wir leben übrigens unter ganz beſonderen Verhältniſſen in unſerem teuren Vaterlande. Der Deutſche hat das Recht, den Tſchechen zu verabſcheuen, der Tſcheche darf den Deutſchen haſſen, wir dürfen die Polen haſſen, wir dürfen die Ruthenen haſſen, wir dürfen, ich weiß nicht wen, haſſen. Alle die dürfen wir haſſen, da verletzen wir die Staatsgrundgeſetze nicht, aber wenn wir die Juden nicht anbeten, da verletzen wir die Staatsgrundgeſetze. Die Judenpreſſe hat alle Stände durcheinandergehetzt und alle Nationen durcheinandergehetzt, ſie hat den Bauer gegen den Gewerbetreibenden, den Gewerbsmann gegen den Bauer, alle anderen gegen den Adel und gegen den Klerus gehetzt — — das verletzt die Staatsgrundgeſetze nicht. Wenn man aber den Juden ſagt: Sie, es iſt doch nicht ſchön, daß Sie den Chriſten das wegnehmen, was ſie ſich ehrlich verdient haben, ſo iſt das eine Verletzung der Staatsgrundgeſetze, und in der liberalen Preſſe war zu leſen: ‚Man erſchreckt bei dem Gedanken, daß ein ſolcher Entweiher des heiligen Judentums die Verfaſſung beſchwor.‘ Und dann fügte der Redner hinzu: ‚Es handelt ſich nicht um die Gleichberechtigung der Juden, ſondern um die Gleichberechtigung der Chriſten.‘ Das durfte ich wohl nach der Sitzung, in der meine Erwählung

zum Vizebürgermeiſter ſtattfand, ſagen. Nach der Wahl hatte ich mir das Wort erbeten und in meiner Rede Gott angerufen und erklärt, Gott werde das chriſtliche Volk nicht verlaſſen — und da wurde ich mit der Bemerkung unterbrochen, das ſei eine antiſemitiſche Rede. ‚Was wollen Sie ſagen?‘ frug ich meinen Unterbrecher. Er antwortete: ‚Wenn Gott die Chriſten beſchützt, ſo muß er die Juden vernichten.‘ Überhaupt iſt es ſonderbar, daß man ſofort zur Rede geſtellt wird, wenn man den Namen Gottes anruft. Wenn man aber verpflichtet iſt, auf das Kreuz zu ſchwören, ſo iſt es ja auch Pflicht, an Gott zu denken, wenn man den Eid leiſtet.“

Dieſen Worten folgte brauſender Beifall, der deutlich die volle Übereinſtimmung der Anweſenden mit der religiöſen Geſinnung Dr. Luegers bekunden ſollte.

Bürgermeiſterwahl. Interregnum.

Der 29. Mai 1895, der Tag der Bürgermeiſterwahl, wird gewiß in der Geſchichte Wiens beſonders verzeichnet. Dieſer Wahltag war wohl das Aufregendſte, das ſich im Gemeinderatsſaale abſpielte. Keine der beiden Parteien hatte eine beſtimmte Majorität. Dr. Lueger wurde im dritten Wahlgang mit 70 Stimmen gewählt. Er lehnte ab. Wie berechtigt die Ablehnung war, zeigte der nächſte Wahlgang, wo nur mehr 65 Stimmen auf Dr. Lueger fielen. Die Liberalen hofften, daß er die Wahl annehmen werde, wobei er, da er keine Majorität beſaß, in einigen Wochen abgenützt worden wäre. Dieſer geniale Schlachtplan wurde jedoch von Lueger vereitelt. Er wies das ihm angebotene Danaergeſchenk zurück, wodurch er jede andere Wahl unmöglich machte und die Regierung zur Auflöſung des Gemeinderates zwang. Schon am 30. Mai erſchien das Auflöſungsdekret im „Amtsblatt“ und nun war Wien während mehrerer Monate der Schauplatz einer beiſpielloſen Wahlagitation.

Der Bezirkshauptmann Dr. v. Friebeis zog als kaiſerlicher Kommiſſär ins Rathaus. Es wurden ihm 15 Beiräte zugewieſen, 8 liberale und 7 antiliberale.

Die Neuwahlen hätten im Auguſt ſtattfinden ſollen, die Liberalen jedoch ſuchten ihr Heil in den der Regierung abgerungenen Winkelzügen, ſo daß die Wahlen bis zum 17., 24. und 26. September verſchoben wurden. Dieſer Aufſchub machte es den Beſiegten möglich, die Ordnung in ihren Reihen wieder herzuſtellen. Doch wenn die Liberalen am 1. April geſchlagen wurden, ſo ſollten ſie im September vollſtändig zerſchmettert werden. Die Antiſemiten — allen voran Dr. Lueger — entfalteten eine grandioſe, in Wien früher nie erlebte Agitation. Der Antiſemitismus ſiegte auf der ganzen Linie. Das Feuer wurde vom dritten Wahlkörper eröffnet. Nicht einen Sitz konnten die Liberalen retten: alle 46 Gewählten gehörten den Chriſtlichſozialen. Die liberalen Blätter tröſteten ſich und ihre Leſer mit der Hoffnung, daß die Kurie der Intelligenz dem „Anprall der Antiſemiten widerſtehen werde“. Eine grauſame Enttäuſchung ſollte ihnen bereitet werden. Nur mit großer Anſtrengung konnten die Liberalen noch 14 Sitze retten, 32 mußten ſie an die Antiſemiten abgeben. Schließlich gingen auch aus der erſten Kurie 14 antiſemitiſche Gemeinderäte hervor. Infolge dieſes letzten Sieges verfügte Lueger über eine Mehrheit von mehr als zwei Dritteln und ſo konnten die Liberalen ſeine Wahl zum Bürgermeiſter nicht mehr hindern.

Die Chriſtlichſozialen gaben Beweiſe ihrer Mäßigung, ihre Blätter ſchrieben, ſie wollten den Liberalen eine Vizebürgermeiſterſtelle anbieten.

Nichtbeſtätigung Luegers.

„Öffnet die Tore des Rathauſes“, hatte die „Neue Freie Preſſe“ anläßlich der erſten liberalen Niederlage ausgerufen;

„öffnet weit die Türen des Rathauſes und führt ihn auf den Ehrenſitz, damit er den Präſidentenſtuhl beſteige, von dem aus ehemals die Zelinka, die Felder, die Prix die Geſchäfte dieſer Stadt leiteten; hänget ihm die goldene Kette um den Hals, betrauet ihn mit der Ehre, die fremden Potentaten zu begrüßen, welche dieſe Reſidenzſtadt beſuchen, und die Bevölkerung an den Stufen des Thrones zu vertreten." Dr. Lueger, auf den das Judenblatt damals hinwies, trat wenige Monate nach dieſer verhängnisvollen Prophezeiung zum großen Tore des Rathauſes ein; — denn er wurde am 29. Oktober mit 93 von 138 Stimmen, d. h. alſo von einer Majorität von mehr als zwei Dritteln zum Bürgermeiſter gewählt. Aber mächtige Einflüſſe, die ſowohl von der Börſe als von Ungarn her wirkten, beſtimmten den Miniſterpräſidenten Grafen Kaſimir Badeni, an Allerhöchſter Stelle auf Ablehnung der Beſtätigung Dr. Luegers anzutragen. Die dementſprechende kaiſerliche Entſchließung erfloß am 6. November, aber die Partei, unentwegt an ihrem Entſchluſſe und ihrem im guten Kampfe erworbenen Rechte feſthaltend, vereinigte am 13. November abermals ihre Stimmen auf Dr. Lueger. Daraufhin erfolgte die neuerliche Auflöſung des Gemeinderates und die Fortſetzung des Friebeisſchen Interregnums bis zu den Wahlen im Frühjahre 1896.

Eine Epiſode von jenem 6. November, dem Tage der Nichtbeſtätigung, verdient verewigt zu werden. Der Redakteur des „Deutſchen Volksblatt", Julius Patzelt, erzählt, wie an dieſem Tage Dr. Lueger gerade in der Redaktion des Blattes war und bei einem improviſierten Frühſtückstiſche in gemütlicher Weiſe über die Grundlagen einer guten Verwaltung, Finanzwirtſchaft, kommunale Angelegenheiten plauderte. Da läutet's plötzlich am Telephon; ein Kollege meldet, daß ſoeben die Nichtbeſtätigung der Bürgermeiſterwahl herabgelangt ſei. Einige Sekunden herrſchte Schweigen an unſerem Tiſche und dann ſetzte Dr. Lueger mit einem „Na alſo" ſeine Auseinanderſetzungen

über eine Steuerreform, wie er sie sich denkt, fort. — In seiner Ruhe war nichts Gemachtes. Die launige Art und Weise, wie er die Illustrationen für seine Theorien aus dem Alltagsleben heranzog, bewiesen, daß der Gleichmut dieses Mannes durch die soeben eingetroffene Nachricht nicht gestört worden war, weil er eben fest an sich glaubte. Und darin liegt wohl der größte Teil des Geheimnisses seines Erfolges.

Die Angelegenheit beschäftigte auch das Parlament.

Damals, es war der 8. November, hatte das österreichische Abgeordnetenhaus wirklich seinen „großen Tag", schreibt Schriftleiter August Schreiber.

„Die antisemitischen Abgeordneten standen damals nicht allein. Ihr Dringlichkeitsantrag, welcher verlangte, daß die Regierung die Gründe der Nichtbestätigung der Wahl Dr. Luegers bekannt gebe, wurde durch Interpellationen der Deutschen Volkspartei und der Schönerianer unterstützt, auch eine Reihe deutschkonservativer Abgeordneter nahm gegen die Haltung des Ministers Badeni Stellung und in der Debatte mußten auch Dr. Kronawetter und Pernerstorfer erklären, daß der Standpunkt der Wiener Antisemiten, in deren Namen Dr. Pattai den Dringlichkeitsantrag begründete, vollkommen richtig sei. . . .

Das waren Szenen, die man niemals vergessen kann, so alt man auch werden mag. Es entwickelte sich alles so wie in einem Drama, das ein wirklicher Dichter geschaffen hat. Die Begründung des Dringlichkeitsantrages durch die Abgeordneten Dr. Pattai, Prinz Liechtenstein und Dr. Geßmann war die Exposition, dann folgte die eigentliche Handlung, der es übrigens auch an komischen Momenten nicht gebrach. Oder mußte es etwa nicht heiter stimmen, als außer dem Grafen Badeni noch drei andere Minister sich erhoben, um das Ministerium gegen die Angriffe zu verteidigen, welchen es sich durch die Hinwegsetzung über den Willen der Wiener Bevölkerung preisgegeben hatte? Den Höhepunkt bildete aber die Rede Dr. Luegers, der sich

ſchließlich gezwungen ſah, in eigener Sache das Wort zu ergreifen. Mit einem Freimut, der von den Betroffenen freilich als Rückſichtsloſigkeit empfunden worden ſein mag, gab er bekannt, von der Erfüllung welcher Bedingungen man die Beſtätigung ſeiner Wahl abhängig gemacht habe, und er zerſtörte auf dieſe Weiſe das blöde Märlein, daß ihm die Fähigkeit mangle, die Verwaltung Wiens zu übernehmen. Der toſende Beifall auf der Galerie veranlaßte den Präſidenten des Abgeordnetenhauſes, Freiherrn von Chlumecky, zuerſt die zweite und dann auch die erſte Galerie zu räumen, da ſie, wie er ſich ausdrückte, ‚unglaublicherweiſe' an den Kundgebungen für Dr. Lueger ſich beteiligt hatte."

Dr. Lueger hielt im Parlament eine geharniſchte Rede gegen die Willkürherrſchaft und griff den Miniſterpräſidenten Badeni heftig an. Er verlangte von ihm, er ſolle die Gründe der Nichtbeſtätigung angeben. Badeni wollte die ganze Verantwortung auf die Krone abwälzen und ſprach von unberufenen Händen, denen man die Verwaltung der Hauptſtadt nicht anvertrauen könne. Lueger gab dies nicht zu, da nach konſtitutionellen Geſetzen das Miniſterium für jeden Regierungsakt des Kaiſers verantwortlich iſt. Er forderte den Miniſterpräſidenten öffentlich auf, irgendetwas nachzuweiſen, womit er, Lueger, ſeine Hände befleckt hätte, ſo daß man ſie „unberufen" nennen könne. Badeni konnte nichts vorbringen und den eigentlichen Grund, nämlich die Drohungen der Judäomagyaren, durfte er nicht zugeben. Darauf rief Lueger dem Miniſterpräſidenten zu: „Wir werden von Stadt zu Stadt ziehen, von Markt zu Markt, und das Volk aufklären über die erniedrigende Stellung, die die ungariſchen Juden uns Öſterreichern zugedacht haben."

Was Dr. Lueger dem Grafen Badeni zugerufen, hielt er. Die Chriſtlichſozialen hielten zahlreiche Verſammlungen in Niederöſterreich und überall wurden Lueger und ſeine Geſinnungsgenoſſen als Befreier aus der Knechtſchaft der Judenliberalen

mit Freude begrüßt. Auch außer Niederösterreich gingen sie. Am 18. März 1896 wurde von den Grazer Deutschnationalen eine Versammlung einberufen und Dr. Lueger als Redner geladen. Man schätzte die Zahl der Anwesenden auf 5000 bis 6000. Als Lueger betonte, daß eine Erneuerung der Gesellschaft nur auf christlicher Grundlage möglich sei, daß Religion und Deutschtum keinen Gegensatz bilden, sondern sich harmonisch ergänzen, brach stürmischer Beifall aus.

Am 6. April sprach er in Görz. Am Schlusse seiner Rede forderte er alle Christen ohne Unterschied der Nationalität auf, sich zusammen zu tun, um vereint das Judentum zu bekämpfen. „Wenn einmal die Juden, die zu ihrem Vorteil Zwietracht unter die Völker säen, besiegt sein werden, dann werden auch die nationalen Streitigkeiten aufhören."

Neuwahlen.

Die Liberalen suchten inzwischen wie die Antisemiten die Zeit zu benützen, um die Wahlen vorzubereiten. Doch reichte der kleinste Raum für ihre Versammlungen aus. Ihre Versammlungen waren zu Tischgesellschaften herabgesunken. Sie ließen an allen Ecken Plakate anschlagen: „Wählet fortschrittlich, wählet kaisertreu." Ersteres war Geflunker, letzteres eine Infamie. Die Elemente der liberalen Partei sind kaisertreu, wenn der Kaiser ihnen willfährig ist.

Nach den Vorbereitungen zur Wahl konnte man meinen, daß die Wahlschlacht eine hitzige sein werde. Doch nichts von alledem. Ruhig schritt das Wiener Volk zur Urne, das großartige Aufgebot der Polizei war eine höchst überflüssige Vorsicht. Was an Terrorismus von den Gegnern geübt wurde, ist freilich unbeschreiblich.

Neuerdings gingen die bereits Gewählten aus der Urne hervor und dazu noch vier Mandate im ersten Wahlkörper.

Das Wahlergebnis der vom 27. Februar bis 5. März 1896 ſtattgehabten Wahl waren 96 Mandate der Antiliberalen und 46 der Liberalen. Das war die Antwort auf den „Appell von der übel beratenen an die beſſer unterrichtete Bürgerſchaft", wie die „Neue Freie Preſſe" ſich ausgedrückt hatte. Nach der Wahl ſchrieb ſie: „Der Konflikt mit der Regierung und der Krone beſteht fort und hat ſich verſchärft. Die Wiener Bevölkerung hat mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünſchen übrig läßt, kundgegeben, daß ſie, taub für jede Berufung auf ihre Vergangenheit und ihre beſſere Einſicht, von dem Standpunkt nicht zurückweicht, den ſie einmal eingenommen hat. Die Regierung aber kann nicht zurückweichen, wenn ſie nicht ihre Autorität preisgeben und ihren Ruf unheilvoll ſchädigen will. Das iſt das Ereignis des heutigen Tages, und Wien treibt neuen, in ihren Wirkungen nicht mehr zu berechnenden Kriſen entgegen." Gegen die Beamten ließ der Tintenjude namentlich ſeine Wut los, die „durch ihren Amtseid verpflichtet ſind", dieſelbe Politik wie die Regierung, deren Beamte ſie ſind, zu verfolgen. Sonſt hatte das Blatt nichts dagegen, wenn die Beamten der Regierung Oppoſition machten. Dem endgültigen Siege in der Wiener Gemeindeſtube folgten die Siege in den Bezirksvertretungen, in der Landſtube, im Reichsrate. Das rieſige Anwachſen der chriſtlichſozialen Partei nach der zweiten Nichtbeſtätigung Luegers erregte vielfach Bedenken. Weniger wäre mehr geweſen, dachten manche. Man fürchtete dieſen ungeheueren Zuwachs, der Aſſimilationsprozeß erſchien zu ſchwer, eine vorherige Vertiefung des chriſtlichen Gedankens bei den bisherigen Anhängern wäre wünſchenswerter erſchienen. Es ging beſſer, als man hoffte, reſpektive fürchtete. Zudem erſchraken viele ob der Menge der Arbeiten, die bewältigt werden ſollten. Die Partei ſollte jetzt ihre poſitive Leiſtungsfähigkeit zeigen.

Im großen Dreherſaal wurde ein Siegesfeſt abgehalten und Dr. Lueger ſagte: „Der Kampf, der ſich jetzt in Wien abſpielt, iſt nicht ein Duell zwiſchen mir und Badeni; nein, es iſt ein

Kampf zwischen dem Volk einerseits und der bureaukratischen Willkür anderseits. . . . Um die Beamtenschaft mit dem Rufe: ‚Wählt fortschrittlich, wählt kaisertreu!' zu ködern, hat man uns als Revolutionäre verdächtigt. Der Beamtenstand hat feste gestanden auf Seite des christlichen Volkes und hat ausgeharrt bis zum letzten Mann!" Auf diese begeisternden Worte folgte ein unbeschreiblicher Jubel und alsdann erscholl aus allen Kehlen der brausende Ruf: „Hoch Lueger!"

Lueger zum vierten Male zum Bürgermeister gewählt.

Dr. Lueger hatte es dem Bürgerklub freigestellt, bei der Bürgermeisterwahl von seiner Person abzusehen, dieser aber faßte einstimmig den Beschluß, „an seiner Person unbedingt festzuhalten", und so wurde Lueger am 18. April 1896 zum vierten Male zum Bürgermeister gewählt mit 96 Stimmen, die 42 anderen lauteten auf Dr. Grübl. In der Rede, in der er sich zur Annahme der Wahl bereit erklärte, sagte Dr. Lueger: „Zweimal hat die gesamte Wählerschaft Wiens in einer unzweideutigen, für jedermann klaren Weise zu erkennen gegeben, wie und von wem sie ihre Angelegenheiten verwaltet wissen will. Bei beiden Wahlen hat das christliche Volk unserer Stadt gezeigt, wie ein selbstbewußtes Volk seine Rechte verteidigt. Es ließ sich weder durch Beschimpfungen noch durch Versprechungen von dem als richtig erkannten Weg abwenden. Es kämpfte mit der gesetzlichen Waffe des Stimmzettels und es siegte. Uns obliegt nun die Pflicht, dem in gesetzlicher Form bekundeten Willen des Volkes gerecht zu werden. Ja, wir glauben, derselbe sollte auch von der Regierung geachtet werden, um so mehr, als ja sie selbst es gewesen ist, welche das Volk gleichsam als Richter angerufen hat und das Urteil desselben nicht etwa ein Ergebnis plötzlicher Leidenschaft, sondern vielmehr die Folge ruhiger Überlegung und der klaren Erkenntnis der Lage des christlichen Volkes

ist. . . . Die Wiener Bürgermeisterfrage ist eben nicht eine Frage von rein örtlicher, sondern vielmehr eine solche von weittragender Bedeutung in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Die in Ungarn derzeit herrschende Partei versucht es, ihre Machtsphäre noch weiter auszudehnen und auf die Verhältnisse in unserem Vaterlande Österreich einen ihr nicht gebührenden Einfluß sich anzumaßen. Dem muß mit Ruhe, aber auch mit Entschiedenheit entgegengetreten werden; eine Nachgiebigkeit in irgendeinem Punkte würde unberechenbaren Schaden verursachen! Die Wiener Bürgermeisterfrage ist", sagte Dr. Lueger weiter, „ein Teil des großen Kampfes um die Befreiung des christlichen Volkes, um die Unabhängigkeit und Freiheit unseres Vaterlandes."

Die Rede des ausgezeichneten Mannes war ein Programm, dessen Bedeutung am allermeisten von seinen Feinden in Österreich und jenseits der Leitha erfaßt wurde. Friebeis schloß die Sitzung, packte seine Akten zusammen und ging. Eine vieltausendköpfige Volksmenge harrte vor dem Rathause und empfing Dr. Lueger mit stürmischen Hochrufen.

Vermittlung des Kaisers.

Um einen Schritt war die Regierung bereits zurückgegangen, die Auflösung des Gemeinderates blieb aus, die Bestätigung noch einmal zu versagen, hatte sie nicht den Mut. Der verantwortliche Minister verschanzte sich hinter die unverantwortliche Krone. Der Monarch berief den gewählten Bürgermeister von Wien zu sich, um ihm den Wunsch auszusprechen, er möge freiwillig von der dermalen unmöglich zu bestätigenden Wahl zurücktreten. Die „Reichspost" vom 7. April 1896 verzeichnet dieses Ereignis mit den loyalen Worten: „Se. Majestät geruhten mit Rücksicht darauf, daß dem Dr. Karl Lueger dermalen die Bestätigung zum Bürgermeister nicht gewährt werden könne, allergnädigst an seine Loyalität zu appellieren und der Erwartung Ausdruck zu geben, daß Dr. Karl

Lueger, von dessen persönlicher Ehrenhaftigkeit, erforderlichen Begabung, sowie Kaiser- und Vaterlandstreue Er überzeugt sei, im Interesse der baldigen Wiederkehr normaler Verhältnisse in der autonomen Verwaltung der Stadt Wien auf die auf ihn gefallene Wahl freiwillig verzichten würde."

Dr. Karl Lueger erwiderte, er danke für den gnädigen Empfang, er stehe dermalen einem direkten Wunsche seines kaiserlichen Herrn gegenüber, und als Patrioten und stets loyalem Staatsbürger obliege ihm nunmehr selbstverständlich die Pflicht, in diesem Allerhöchsten Wunsche für sich einen Befehl zu sehen.

Das offiziöse „Fremdenblatt" mußte selbst zugeben, „die Intervention der Krone werde stets als ein Zeichen aufgefaßt werden, daß die Regierung, an einem gewissen Punkte angelangt, keinen Weg mehr finden kann, den sie selbständig betreten könnte, daß sie mit einem Worte mit ihren eigenen Mitteln nicht mehr auskommt"!

Die Judenliberalen waren über die kaiserliche Audienz ganz außer Fassung. Am liebsten wären sie in Opposition zur Regierung getreten, ließen es aber bei einem geheimen Grollen bewenden. Viel lieber hätten sie die Autonomie Wiens zugrundegehen, als die Antisemiten ins Rathaus einziehen gesehen; so groß ist ihre Liebe zur Freiheit, die sie stets im Munde führen.

Mit Rücksicht auf den freien Verzicht Dr. Luegers, der in einer Riesenversammlung im Musikvereinssaale am 16. Mai 1896 die Gründe und die Geschichte seines Rücktrittes darlegte, wurde die Bürgermeisterwürde am 6. Mai dem Gemeinderat Josef Strobach übertragen, der den Posten ein Jahr einnahm und am 20. Mai beeidigt wurde. Dr. Karl Lueger begnügte sich mit dem Posten des ersten Vizebürgermeisters, Dr. Neumayer wurde sein Kollege.

Da die Liberalen kaum mehr ein Drittel des Gemeinderates besaßen, so wurde ihnen eine Vizebürgermeisterstelle nicht überlassen. Anders war es noch bei den Herbstwahlen, wo sie gerade mit einem Drittel im Gemeinderate vertreten waren.

Den Mitgliedern des Gemeinderates oblag die Aufgabe, aus ihrer Mitte 22 Stadträte zu wählen. Die christlichsoziale Majorität beschloß einstimmig, sechs Mandate den Liberalen zu überlassen, jedoch mit der Bemerkung, daß sie für die Durchbringung eines Juden keine Garantie übernehmen könnte. Die Liberalen stellten aber trotzdem den Juden Stiaßny auf. Dieser wurde nicht gewählt. Das bewog die Liberalen, auf die Stadtratsstellen überhaupt zu verzichten. An ihrer Stelle wurden sechs Antisemiten gewählt. Als Judenschutztruppe dachten jene: „Entweder ein Jude im Stadtrat oder niemand von uns!"

Klärung im antiliberalen Lager.

Mittlerweile erfolgte eine Sezession. Die Deutschradikalen fühlten sich gekränkt, daß nicht Paul Pacher zur Bürgermeisterwürde berufen wurde. Er trat aus dem Gemeinderat aus, mit ihm Migl. Die verbliebenen Dr. Fochler, Tomanek und noch sechs bildeten einen eigenen Klub. Von allen ist keiner mehr im Gemeinderat. Der Redakteur der „Ostdeutschen Rundschau" berief eine Versammlung ein, zu welcher auch viele Christlichsoziale, darunter auch ihr Führer, Lueger, erschienen waren. In dieser Versammlung wurde den Antisemiten überhaupt, den Christlichsozialen insbesonders der Vorwurf gemacht, daß sie „die antisemitische Bewegung in klerikales Fahrwasser bringen wollten", und der Redakteur Wolf und der Landtagsabgeordnete Pacher schimpften über Jesuitenfreundlichkeit, Verklerikalisierung ꝛc. Dr. Lueger ergriff das Wort und sagte, er lasse allen die volle Freiheit, auf die Berge zu gehen und ihren Wodan zu verehren, er müsse aber fordern, daß man auch seine religiöse Überzeugung achte. Darüber entstand großer Lärm unter den Heilobrüdern und einige erfrechten sich, zu rufen: „Werft die Bierkrügeln hinunter!" (von der Galerie). Lueger wurde von seinen Freunden in die Mitte

genommen und ſo verließ er den Saal. Der größte Teil der Deutſchnationalen mißbilligte dieſe Vorgänge und trennte ſich von dieſen Störefrieden. Die Sache brachte aber auch etwas Gutes, inſoferne die Schwäche der Heilobrüder offenkundig wurde und eine Scheidung der chriſtlichgeſinnten Deutſchnationalen von den Wodansanbetern eintrat. Letztere, die man dulden mußte, wollte man nicht einen vorzeitigen Kampf im eigenen Lager, begannen den Streit und wurden zu Frondeuren.

Nicht lange danach drohte Wolf mit der „Ausräucherung der Chriſtlichſozialen". Wie wenig ſie gelang, zeigten die nachfolgenden Ereigniſſe.

„Mit den Liberalen ging es fortan immer mehr bergab. Die Deutſchradikalen und -nationalen lehnte Lueger als Parteifreunde ab, und als ein einheitlicher, geſunder Körper entwickelte ſich die chriſtlichſoziale Partei zu dem mächtigen Faktor, der ſie geworden iſt und nach menſchlicher Vorausſicht bleiben wird." „Deutſche Reichszeitung", Bonn.

Wie im Wiener Gemeinderate, ſo iſt auch bei den Wahlen für den niederöſterreichiſchen Landtag der Anſturm der vereinigten Chriſten glücklich gelungen. Die chriſtliche Idee hatte die Geiſter erfaßt. Die Chriſtlichſozialen haben die Deutſchradikalen und Sozialdemokraten auch bei den Reichsratswahlen im Jahre 1897 in Wien und Niederöſterreich niedergerungen.

Inzwiſchen begann die Hetze gegen den Klerus. Die Sozialdemokraten inſzenierten 1896 den Stolatarrummel, die Prieſter ſollten als habſüchtig gebrandmarkt werden. Bald darauf wurde das Schlagwort „Klerikalismus", „Herrſchſucht des Klerikalismus" in die Maſſen geſchleudert, die Prieſter ſollten als herrſchſüchtig gebrandmarkt werden. „Stellungnahme der Arbeiter zur Verpfaffung der Schule" konnte man im Jahre 1897 an allen Ecken und Enden der Kaiſerſtadt mit großen Lettern auf Plakaten leſen. Tatſächlich fanden neun große ſozialdemokratiſche Verſammlungen unter Aſſiſtenz der Schönerianer und Juden-

liberalen in verſchiedenen Bezirken an einem und demſelben Tage ſtatt.

„Wecket den im Volke noch lebenden Antiklerikalismus“ ſchrieb die „Oſtdeutſche Rundſchau“ am 20. Oktober 1897, da die Ausſicht beſtand, es könnte ein chriſtliches Volksſchulgeſetz die Hoffnungen der Kirchen- und Öſterreichfeinde für alle Zukunft begraben.

Durch erdichtete und aus der ganzen Welt zuſammengetragene Skandalgeſchichten und den Zölibatsſturm ſollten die Prieſter als ſittenlos gebrandmarkt werden. Dazu mußte noch die Broſchüre des Ignoranten Graßmann herhalten, um die Sittenlehre der Kirche und den Beichtſtuhl verächtlich zu machen. All das ſollte die aufgerichtete chriſtlichſoziale Herrſchaft zum Falle bringen, ein Fortſchreiten der Bewegung im chriſtlichen Geiſte unterbinden. (Über den Stolatarrummel ſiehe meine „Jammerbilder öſterreichiſcher Schulzuſtände“, II, S. 43—51; über Klerikalismus ebenda, S. 84—94; III, S. 2—14 und IV; weiters meine „Völkiſche Erziehung“.)

Frühling war es geworden, die Keime chriſtlicher Kultur ſproßten aus dem vom Winterſturm verwüſteten kahlen Boden von neuem hervor, aber auch das Unkraut ſchoß empor, deſſen Samen ebenfalls im Schoße geſchlummert hatte.

Die chriſtlichſoziale Partei wurde wegen ihrer ſelbſtverſtändlich freundlichen Stellung zu Kirche und Prieſtertum eine klerikale genannt, die ſich von den Geiſtlichen beherrſchen laſſe, Jeſſen nannte ſie „die Flöhe im Schwanze der Klerikalen“, Lueger und Geßmann ꝛc. waren, weil ſie ihr Chriſtentum betonten, Hauptklerikale. Man mußte gegen das Schlagwort auftreten. Lueger betonte: „Das Schlagwort Klerikalismus iſt von geſcheiten Leuten erfunden worden, damit Dumme daran glauben“, und wieder: „Wir ſind nicht klerikal, aber wir ſind gute Chriſten und haben den Mut, uns als Katholiken zu bekennen“, und am 3. Juli 1902 im Gemeinderat: „Ich würde

den Sozialdemokraten nur wünschen, sie wären so wenig abhängig von den Juden wie wir von den katholischen Geistlichen."

Die Juden, die seit Jahrzehnten die kirchlichen Autoritäten verhöhnt hatten, hatten doch vor kurzem erst gefunden, daß die Antisemiten den Bischöfen und dem Papste nicht genug Ergebenheit bewiesen, sie dichteten rührende Homilien über die den geistlichen Behörden schuldige Achtung. Ja, einige Tage vor den Wahlen im Jahre 1895 soll Fürst Windischgrätz, dem Drucke der Liberalen nachgebend, einen Kirchenfürsten nach Rom entsandt haben, damit dieser vom Heiligen Stuhle eine Verdammung des österreichischen Antisemitismus erlange. Freilich ohne Erfolg. Und gleich darauf verschrie man die Antisemiten als „klerikal". Die spätere „Los von Rom"-Hetze zeigte klar, was als Römlingtum und Klerikalismus schon damals den Schönerianern galt. Klerikalismus sagte, die katholische Kirche meinte man.

Man darf nicht vergessen, daß jene Jahre Wahljahre waren, Sozialdemokraten und Schönerianer im Bunde mit den Liberalen sich bemühten, die Christlichsozialen zu Fall zu bringen. Der Umstand, daß der Klerus fast ausnahmslos im Lager der Christlichsozialen stand, diese aber mit Energie und Erfolg das Christentum verteidigten, sollte den Vorwurf des „Klerikalismus" rechtfertigen.

Von unserer Seite hat man den durch die Umstände erklärbaren Fehler begangen, sich gegen den Vorwurf des Klerikalismus allzusehr zu verwahren. Besser wäre es gewesen, die Hetze gleich anfangs als einen wohlberechneten Kampf gegen die katholische Kirche hinzustellen (vgl. meine „Entwicklung der christlichsozialen Partei", S. 34—38, 44 und 45).

„Los von Rom"-Bewegung.

Nach den gewaltigen Siegen der Christlichsozialen im Wiener Gemeinderat und im niederösterreichischen Landtag im Jahre 1896

waren die Schönerianer gezwungen, auszuwandern mit Sack und Pack. Sie hatten — aus Wien und Niederösterreich vertrieben — als Feld ihrer künftigen Tätigkeit sich Deutschböhmen auserkoren. Die Wahlen in den Reichsrat waren im Frühjahr 1897 nach der von Badeni mühsam durchgebrachten Wahlordnung vor sich gegangen. Sechs Mann hoch zogen die Schönerianer in den Reichsrat ein. Als Antisemiten wurden sie dort, wo man sie nicht kannte, gewählt. Am 5. April 1897 erließ Badeni seine berüchtigten Sprachenverordnungen. Das war für sie der erwünschte Anlaß, um mit einem Schein von Berechtigung vom bedrohten Deutschtum zu reden und mit aller Gewalt einen Sturm gegen Österreich heraufzubeschwören. Solange die Schönerianer in der christlichsozialen Partei waren, konnte man greifbare Beweise ihrer anrüchigen patriotischen Gesinnung nicht beibringen, sie hatten aber, wie die ganze Partei der vereinigten Christen, eine nicht angenehme Stellung und wurden mit dieser an die Wand gedrückt. Die Regierung, die die Kaisertreue der christlichsozialen Führer kannte, getraute sich, gegen die Bewegung aufzutreten. In dem Momente, wo die Partei sich spaltete und die Schönerianer offen antidynastisch und antipatriotisch auftraten, versagte der Mut gegen diese Partei und es zeigte sich, daß nur eine Partei, welche Krakeel macht, etwas erreicht, wie Dr. Lueger sagte. Kaum hatte Badeni die Sprachenverordnungen erlassen, so war der Sturm losgegangen. Man begnügte sich nicht mit politischen Waffen, sondern griff zu religiösen, in dem Bewußtsein, daß im religiösen Kampfe das Feuer am heftigsten brennt. Der Umstand, daß die katholische Volkspartei — mithin Katholiken — andere politische Anschauungen vertrat als Schönerer und Genossen, gab den Vorwand zum: Los von Rom!

Mehr als die Sprachenverordnungen Badenis war es die Furcht einer Änderung des Schulgesetzes zugunsten der Religion, die alle katholikenfeindlichen Elemente zum Sturm gegen Rom vereinigten, war es das so gewaltige Wiedererwachen des

christlichen Geistes, das sich allenthalben, namentlich gelegentlich der Wiener Wahlen, kundgab, waren es die fortwährenden Siege der Christlichsozialen. Jetzt oder nie ist der rechte Zeitpunkt, um unsere Pläne zu verwirklichen, mußten sich die Schönerianer sagen. Wird die Schule verchristlicht, der Lehrerstand christlich, dann steht die Religion für alle Zukunft sicher! Nimmt der christliche Geist zu, dann ist es mit unseren Plänen, ein romfreies Österreich an Deutschland anzugliedern, vorbei. Die katholische Kirche und der katholische Klerus schädigen die deutsche Nation, war nunmehr der in protestantischen Flugschriften und alldeutschen Blättern stets wiederkehrende Vorwurf. Also: Los von Rom! Deutsch sein, heißt lutherisch sein!

Man sagte: Los von Rom und meinte: Los von Österreich, ja man meinte es nicht bloß, sondern sagte es offen heraus. (Näheres in meiner in Hamm in Westfalen erschienenen Schrift: „Los von Rom!") Mit Recht sagte Lueger: „Die Los von Rom-Bewegung ist nichts anderes als der organisierte Landes- und Hochverrat!", und in einer Schulvereinsversammlung vom 26. Jänner 1899 auf der Wieden: „Gegenüber der ausgegebenen Parole ‚Los von Rom' ist es Pflicht jedes Katholiken, zu beweisen, daß er ein Katholik ist und es auch bleiben wolle." Den Abgefallenen war die Religion, nach einem drastischen Ausdruck Luegers, ohnehin Farcimentum.

Man hätte einen Sturm des Unwillens auf Seite der gläubigen Protestanten erwarten sollen, daß gerade ihre Religion zu einem so niederträchtigen Mittel erniedrigt wurde. Leider blieb der Sturm aus. Nur vereinzelte Stimmen, wie die des Pastors Johanny, ließen sich vernehmen.

Ein Wolf, ein Schönerer, ein Berger, ein Herzog, ein Stein, ein Tschan, ein Schalk ꝛc. wurden als Evangelimänner geduldet. Sie waren 21 Mann stark bei den Neuwahlen im Jahre 1901 in den Reichsrat eingezogen und jeder von ihnen mußte „Los von Rom" werden, wenn Schönerer ihn in seine Gruppe aufnehmen sollte.

Juden, Liberale und Sozialdemokraten wurden als Bundesgenossen begrüßt, Waffenbruderschaft mit ihnen geschlossen, nur um die Christlichsozialen zum Falle zu bringen. Die soziale Frage, Antisemitismus, und sogar die nationale Frage wurden zurückgestellt. (Siehe meine: „Entwicklung der christlichsozialen Partei".)

Der Ministerpräsident v. Körber duldete die Los von Rom-Bewegung, er erwartete von ihr keinen Schaden für die katholische Kirche. Er glaubte, die Schönerianer werden das Los von Österreich fallen lassen. Die Alldeutschen brachten vieles, was nur nach der Kloake roch, als Interpellation im Abgeordnetenhause ein. Sie erniedrigten, nach einem Worte des Prälaten Scheicher, das hohe Haus zu einem Schweinestall, daher ihnen auch der Name Stalldeutsche gegeben wurde. In einer Versammlung des katholisch-konstitutionellen Vereines auf der Wieden am 17. Juni 1901 sagte Dr. Lueger: „Vor Beginn der verflossenen Parlamentssession wurde die Parole ausgegeben, das Parlament muß unter jeder Bedingung arbeitsfähig werden und auch arbeitsfähig bleiben. Deshalb waren wir auch ruhig, als wir von bösen Buben schlimm behandelt wurden, bis es gelang, die Arbeitsfähigkeit gegen die Störungen der Alldeutschen zu schützen. Es wurde so ziemlich alles preisgegeben, und der Präsident Graf Vetter ließ Interpellationen der Alldeutschen zu, die an Schmutz gegen das Vaterland, an Schmutz gegen die Religion das Höchste leisteten." „Ein Spottbild der Hilflosigkeit" konnte Wolf die Regierung nennen, das Präsidium des Abgeordnetenhauses war es. Es schien, als sollte Österreich aus den Fugen gehen.

Nicht leicht ist aber über eine Partei das Gottesgericht so rasch hereingebrochen wie über diese. Die Hüter der Moral und Verächter des heiligen Alphonsus erstickten in ihrem eigenen Kote. Zerfranst und zerrissen, mit Schmach bedeckt, fristet die Partei ein jämmerliches Dasein, um bei den kommenden Wahlen hoffentlich ganz zu verschwinden.

„Der Gaukler von Wien“ — wie ein Wolf den Bürgermeiſter zu nennen beliebte — hat triumphiert und mit ihm die chriſtliche Moral!

Dr. Lueger Bürgermeiſter.

Die durch die Sprachenverordnungen Badenis hervorgerufene Obſtruktion im Parlamente ſetzte dem unermüdlichen, ſegensreichen Wirken unſerer Partei für das arbeitende Volk, für Bürger und Bauer, Beamte und Arbeiter ein vorzeitiges Ende und Doktor Lueger war gezwungen, ſein Arbeitsgebiet faſt vollſtändig in das Wiener Rathaus und in die niederöſterreichiſche Landſtube zu verlegen.

Drei Tage nach Erlaſſung der Sprachenverordnungen wurde Dr. Lueger am 8. April 1897 zum fünften Male zum Bürgermeiſter gewählt und vom Kaiſer am 16. April beſtätigt.

Am Vorabende der feierlichen Beeidigung, dem 19. April, gaben die Wiener ihrer Freude durch Beflaggung der Häuſer und durch eine bis in die ſtillſten und entlegenſten Gaſſen reichende Illumination kund.

Es war ein Feſttag, als Dr. Lueger am 20. April als Bürgermeiſter beeidet wurde. Dem Volksbürgermeiſter wurden die größten Ehrungen gebracht. Vom frühen Morgen wogte in der Umgebung des Rathauſes eine dichte Menſchenmenge, um Zeuge des bevorſtehenden, buntbewegten, glänzenden Bildes zu ſein. Bald zogen von allen Seiten in Reihen geordnete Gruppen, Fahnen vorantragend, heran. Es waren die Genoſſenſchaften, Vereine und Verbindungen. In endloſen Wagenreihen kamen die Würdenträger der Stadt angefahren, ebenſo die höchſten Beamten, Abgeſandte der Geiſtlichkeit und aller Berufsſtände. Droben im Feſtſaale herrſchte eine feierliche Stimmung. In dem weiten Raum, deſſen ornamentaler Schmuck durch die an den Wänden und in den Niſchen angebrachten Blumen, Standarten und

Wimpeln noch erhöht wurde, war keine Menschenseele anwesend, die sich nicht bewußt war, Zeuge eines großen geschichtlichen Momentes zu sein. Fanfarenklänge kündigten die Ankunft des Statthalters Grafen Kielmansegg an, der sodann in längerer Ansprache den neuen Bürgermeister begrüßte, ihn mit folgenden Worten rühmend: „Sie, hochgeehrter Herr Bürgermeister, werden gewiß gewillt sein, der Hebung des Gemeinwesens Ihre erprobte Arbeitskraft und bewährte Leitungsgabe voll und ganz zu widmen. Seit mehr als zwanzig Jahren der Gemeindevertretung angehörend, sind Sie ein gewiegter Kenner des weitverzweigten Organismus der städtischen Verwaltung und dadurch in den Stand gesetzt, das geistige und wirtschaftliche Wohl aller Inwohner dieser Stadt zielbewußt zu fördern." In seiner Antwort faßte Dr. Lueger sein wirtschaftliches Programm noch einmal in einer Rede zusammen, die den Grundplan für die seither sich wunderbar schnell vollziehende Verjüngung Wiens gab: Befreiung Wiens von dem Zwange der Verträge mit der Tramway- und Gasgesellschaft, Ausnützung der elektrischen Kraft, Ergänzung der Hochquellenleitung, Reorganisation der Armenversorgung, Regelung der städtischen Beamtenbezüge, Verstadtlichung des Versicherungs- und Kreditwesens, Neueinteilung des magistratischen Dienstes. Er bat Gott um seinen Beistand und erklärte feierlich, als Deutscher immer treu zu seinem Volke zu stehen und dem Vaterlande Österreich mit seinem Denken und Fühlen treu ergeben zu bleiben. „Fremden Einflüssen werden wir mit Maß, aber auch mit Entschiedenheit entgegentreten. Wir wollen freie Österreicher sein!" Mit jubelnder Begeisterung stimmte die Volksmenge am Schlusse seiner Rede in die Hochrufe auf den Kaiser ein und das „Gott erhalte" erklang aus tausend Kehlen in den weiten Räumen.

„Das Festgepränge war zu Ende, der Menschenstrom verrauscht, der neue Bürgermeister aber saß in seinem Arbeitszimmer mit seinen Sorgen allein", heißt es in der Festschrift Tomolas.

„Ich schämte mich auch der Tränen der freudigen Rührung nicht, als es mir vergönnt war," schreibt Vizebürgermeister Hierhammer, „im Jahre 1903, am Tage der zweiten Beeidigung unseres Bürgermeisters (16. April), an seiner Seite stehend, die Worte des Statthalters Grafen Kielmansegg zu vernehmen, welche derselbe als Landeschef an die Versammelten und vornehmlich an den Bürgermeister richtete. Jeder Satz dieser inhaltsreichen Rede bedeutete eine Genugtuung für den vielgeprüften Mann, dem man die Bestätigung zum Bürgermeister vorerst so lange vorenthalten hatte, einen Triumph über seine schier ohnmächtigen Gegner, und als Dr. Karl Lueger in seiner ganzen, ehrfurchtgebietenden Erscheinung, geschmückt mit der goldenen Ehrenkette und dem funkelnden Stern des Franz Josef-Ordens, umjubelt von einer tausendköpfigen Versammlung, die Glückwünsche des Statthalters entgegennahm, da schweifte mein Geist zurück in die kleine Wirtsstube in der Salesianergasse, wo vor mehr als 20 Jahren der junge Gemeinderat Dr. Karl Lueger im kleinen Kreise seiner Getreuen seine Ideen und Pläne entwickelte. Ob er wohl damals geahnt hatte, daß es einmal so kommen werde, wie es gekommen ist? Vielleicht!"

III.

Tätigkeit als Bürgermeiſter.

Vorbemerkungen.

Als Dr. Lueger zum erſten Male zum Bürgermeiſter gewählt wurde, verſicherte die liberale Preſſe, nun würden die Donauufer verſanden, die Maſchinen zerbrochen werden, die unverkauften Warenlager bis zur Decke ſteigen und in den Hauptbüchern der Geſchäftsleute würde der chriſtlichſoziale Frevel gerächt werden. Und ſiehe — die Reichshauptſtadt iſt unter Lueger herrlich wie eine Roſe erblüht.

In der „Grazer Wahrheit“ erzählt einer, wie er 1904 einen Großinduſtriellen traf, der vor nicht langer Zeit noch ein kräftiger Steuerzahler von Graz war. „Nach Graz? Gott bewahre mich — hier in Wien zahle ich die Hälfte der Steuern und Umlagen und mache den dreifachen Umſatz! Zudem werde ich nicht von hungrigen Steuerdenunzianten ‚vertraulich‘ angegeben, wenn ich einmal ſtatt mit der Elektriſchen mit einem Gummiradler fahre, und ſo geht es vielen, die ... Graz den Rücken kehren und da meinen, daß der dumme Kerl von Wien denn doch klüger ſei und beſſer wirtſchafte als unſere geſcheiten Stadtväter und ſein Oberhaupt.“

Ein Nichtpartei[illegible]t. rückte am 7. Mai 1905 einen Artikel in di[illegible]r als National-

ökonom", und schrieb u. a.: „In einer Idee, in einem Worte sind die wirtschaftlichen Ziele und Forderungen, ist das wirtschaftliche Programm Luegers und seiner Partei am klarsten und weitesten ausgedrückt: In der Idee der Verstadtlichung ... Der Liberalismus führt den Untergang von Tausenden herbei zugunsten einzelner; der Sozialismus, die Herrschaft der Verarmten, zugunsten der höchsten Armut aller.

Zwischen beiden Systemen in der Mitte steht jenes, dem Dr. Lueger folgt, die Ausbildung der Selbstverwaltungskörper, welche gemeinsame Interessen zusammenfassen, ohne dabei die Besonderheiten zu unterdrücken und nur zum Maschinenbestandteile der Gesamtmasse zu machen ... Der Kommunalismus Luegers ist mit einem Worte Mittelstandspolitik."

Im Jahre 1900 kann Lueger sagen: „Wo ist eine Partei, die ähnlich Großes und wirklich Lobenswertes in so kurzer Zeit vollführt hat? Man kann uns beschimpfen, wie man will, die Wiener Bevölkerung sieht doch, was wir geschaffen haben trotz des größten Widerstandes, trotz der Feindschaft des Großkapitals; wir haben gebaut mit der Kelle in der einen Hand und mit dem Schwert in der anderen Hand." (Wählerversammlung Volkshalle, 30. Dezember.)

Was Lueger bei seiner ersten Bürgermeisterbeeidigung im April 1897 als sein wirtschaftliches Programm auseinandersetzte, das hat er auch erfüllt. Er hat, zur Zeit des Kampfes, zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt, 29. Oktober 1895, Gottes Hilfe angerufen, und ebenso Gott um Hilfe gebeten 1897. In gleicher Weise schließt er bei der Neuwahl im Jahre 1903 am 4. April seine Rede mit den Worten: „Möge Gottes Hilfe uns auch fernerhin beistehen, damit wir auch ferner wirken zur Ehre der Stadt Wien, zur Ehre unseres Vaterlandes Österreich." Und Gottes Hilfe ist ihm in reichem Maße zuteil geworden: „Wir haben segensreich gewirkt für unsere Vaterstadt und für unser ganzes Vaterland Österreich", hören wir ihn weiter sagen.

Wien war rückständig, das Verkehrswesen in einem kläglichen Zustande, die Straßenbeleuchtung eine elende, auf allen Gebieten der Stadtverwaltung herrschte Grabesruhe und Stillstand. Im Jahre 1896 zog die antisemitische Mehrheit in das Rathaus und an die Stelle der sprichwörtlich gewordenen Rückständigkeit trat eine mustergültige Volkswirtschaft und tadellose Geschäftsführung.

Diese Wandlung der Dinge in dem kurzen Zeitraum von einem Dezennium wird immerwährend eines der allergrößten Verdienste unseres Bürgermeisters bilden.

Die Angliederung der Wiener Vororte war geschehen, ohne daß die geringste Vorsorge getroffen war. In den darauffolgenden Jahren war auch nichts geschehen. Der Zuwachs betrug eine halbe Million Einwohner. Seither ist die Bevölkerung nach den statistischen Daten von 1906, Floridsdorf inbegriffen, für die Mitte des Jahres 1905 auf 1,897.630, einschließlich der Militärpersonen, gestiegen, so daß sie um mehr als eine Million Einwohner Zunahme aufzeigt gegen die Zeit vor der Vereinigung. Damals waren 827.567 Einwohner. In der kurzen Zeit der Herrschaft der christlichsozialen Partei ist es gelungen, nicht nur allen Anforderungen dieses außerordentlichen Zuwachses Rechnung zu tragen, sondern sogar den größten Teil der alten Rückstände aufzuarbeiten.

„Während Luegers Amtsführung gelangten", schreibt Stadtbaudirektor Dr. Franz Berger im Jahre 1904, „bisher Fragen zur Lösung und Projekte zur Ausführung, welche die Techniker der Gemeinde in außerordentlicher und aufreibender Weise in Anspruch nahmen. Ich will nur die wichtigsten derselben nennen. Die großartige Umgestaltung des Beleuchtungswesens, die Verstadtlichung von drei Straßenbahnunternehmungen und die Umwandlung der Bahnlinien für elektrischen Betrieb; die umfassende Transaktion, welche die Beseitigung des den Verkehr arg hemmenden und die hygienischen Verhältnisse eines ganzen Stadtteiles ge-

fährdenden Polizeigefangenhauses in Verbindung mit der Verlegung des städtischen Versorgungshauses in Wien, sowie des Allgemeinen Krankenhauses zur Folge hatte. Ich erwähne die im Zuge befindliche Ausgestaltung des Zentralfriedhofes und die Beseitigung des Neugebäudes in Simmering, weiter — ohne vollständig sein zu können — die vielen Straßenregulierungen und Straßendurchbrüche, die Schaffung zahlreicher Parkanlagen, endlich aber die großartigste Schöpfung der städtischen Verwaltung in letzterer Zeit: die zweite Kaiser Franz Josefs-Hochquellenleitung, deren Ausführung bereits in Angriff genommen wurde."

Aus den in den Händen einzelner Spekulanten gelegenen Betrieben floß immenser Nutzen in die Hände einzelner, zumeist Ausländer. „Den Kampf gegen die Volksausbeutung führte unerschrocken Bürgermeister Dr. Lueger, indem er die Großbetriebe betreffend Gas, Elektrizität und Tramway den Ausbeutern entriß und den Gewinn dieser Unternehmungen der Allgemeinheit zuwendete. Lueger hat dadurch auch das Finanzwesen Wiens auf eine neue Grundlage gestellt und er bildet hierdurch einen Markstein in der Finanzgeschichte der Stadt Wien." (Abgeordneter Dr. A. Heilinger.) „Sport und Salon" bemerkt gleichfalls: „dessen Wirken bedeutet einen Markstein in der Geschichte der Stadt Wien". Der Franzose Drumont schreibt demnach mit Recht: „Selbst die anständigen Sozialisten geben zu, daß, wenn auch die sozialistischen Redner wunderschön über soziale Reformen zu sprechen wissen, die Antisemiten allein es sind, welche sie wirklich durchführen. Im Verlaufe weniger Jahre hat es Dr. Lueger verstanden, dem städtischen Budget neue Einnahmsquellen zu eröffnen, die Stadt der schmählichen und kostspieligen Bevormundung zu entziehen, welche über Wien die großen jüdischen Unternehmungen ausübten, die sich nach und nach aller öffentlichen Einrichtungen, der Erzeugung von Gas und Elektrizität, sowie des Tramwayverkehres bemächtigt hatten." Auch das „Rigaer Tagblatt" veröffentlichte diese Worte.

Gaswerke.

Bereits im Jahre 1886 hatten Dr. Lueger und seine Gefährten im Wiener Gemeinderat den Antrag gestellt, den Vertrag mit der englischen Gasgesellschaft zu kündigen. Unter Führung des liberalen Bürgermeisters Prix wurde der Antrag niedergestimmt und der Vertrag auf weitere zehn Jahre verlängert. Der Vertrag lief am 31. Oktober 1899 ab. Bei den Wahlkämpfen im Jahre 1895 und 1896 war eines der wichtigsten Schlagworte, welche der spätere Bürgermeister in die Wahlkämpfe geworfen hatte, die Erbauung städtischer Gaswerke. Nach dem Siege mußte das Versprechen eingelöst werden. Es waren aber kaum drei Jahre übrig für die Erbauung der Gaswerke. Besonders die Beschaffung der Geldmittel für diese grandiose Schöpfung verursachte dem Bürgermeister schweren Kummer und schlaflose Nächte und die Weihnachten des Jahres 1897 werden wohl die bittersten in seinem Leben gewesen sein. „In diesen Tagen", schrieb Hierhammer, „ist Lueger grau geworden und er selbst sagte es einst, ich hörte es aus seinem Munde, daß sein Leiden, welches ihn zwingt, alljährlich die Kur in Karlsbad durchzumachen, aus jenen Tagen stammt."

Im Gemeinderat und außerhalb desselben, in den Kreisen des jüdischen und liberalen Großkapitals hatte sich ein unbeschreiblicher Sturm erhoben. Man prophezeite den Kommunalbankerott, man verweigerte im Inlande die Begebung des Gasanlehens. Die Gegner nannten die Erbauung der Gaswerke ein Abenteuer. Dr. Lueger und seine Leute blieben unerschütterlich. „Gott hat ihn nicht verlassen und der Kummer wurde von ihm genommen, als die Deutsche Bank in Berlin das Geld beschaffte, welches zur Erfüllung der Zahlungen für den Bau der Gaswerke notwendig war." Es waren 60 Millionen Kronen. Das heute investierte Kapital beträgt über 70 Millionen Kronen und es verzinst sich mit rund 10%, so daß außer dem etwa $4^1/_4$%igen Verzinsungs-

und Tilgungsdienst noch die öffentliche Beleuchtung und zahlreiche Anlagen bestritten und jährlich einige Millionen an die städtischen Kassen abgeliefert werden. Am 25. Jänner 1898 wurde der Bau der Gaswerke im Gemeinderat beschlossen.

Bei der Gasanlehendebatte im Gemeinderat sagte Lueger: „Bei allem, was wir durchgemacht haben, ist folgendes zutage getreten: Als eine sehr kritische Zeit war, als die Verhandlungen eröffnet wurden und wir bereits wußten, daß die mächtige Rothschild-Gruppe gegen uns ist, wurden auch hier in diesem Saale Reden gehalten, beinahe an demselben Tage, als ich es erfahren habe, daß man den Boykott über mich verhängt habe. Wohin wir gekommen sind in Berlin, Brüssel, auch in London, überall haben wir den furchtbaren Einfluß dieser Gruppe zu spüren gehabt; keine Erwägung, daß es denn doch besser wäre, sich nicht in diesen Kampf zu stürzen, hat sie davon abgehalten, sie haben sicher darauf gerechnet, daß bei diesem Kampfe das antisemitische Regime im Wiener Gemeinderate gebrochen werde. Ich spreche es offen aus, ich habe diese mächtige Gruppe auf ihrem eigenen Gebiete besiegt."

Am Tage des Ablaufes des Vertrages mit den Engländern, 31. Oktober 1899, wurde das städtische Gaswerk eingeweiht und dem vollen Betriebe übergeben. Es erlosch die letzte Gasflamme des alten Systems, von der neuen, prächtigen Beleuchtung in städtischer Regie abgelöst. Wohlverdient war die Ovation, die ihm die Wiener zu seinem Namenstag im Jahre 1899 nach der Eröffnung der neuen Gaswerke in einem solennen Fackelzuge darbrachten.

Uns aber klingt noch die Mär von den „vergrabenen Millionen" in den Ohren und wir sehen noch im Geiste die Schmähartikel jener, die sich als berufene Anwälte unserer Vaterstadt in die Brust warfen. Daß Wien die schönste Beleuchtung von allen europäischen Großstädten hat und obendrein noch jährlich eine Anzahl Millionen Reinerträgnis für den Gemeindesäckel abwirft, verdanken wir unserem Bürgermeister. Dabei wird

die öffentliche Beleuchtung im Werte von mehr als 1 Million Kronen seitens der Gaswerke kostenlos bestritten. (Nähere Ausführungen in: „Eine wahre Volkspartei".)

Die Arbeiter der Gaswerke erhalten, um nur das eine zu erwähnen, nach zehnjähriger ununterbrochener Dienstzeit im Falle der Arbeitsunfähigkeit je nach der größeren oder geringeren Vorbildung eine Pension in der Höhe von 30 beziehungsweise 40% des letzten Lohnbezuges, welche sich mit jedem weiteren Dienstjahre um 2% bis zur vollen Höhe des letzten Lohnbezuges steigert. In der Sitzung des Gemeinderates vom 6. Juni 1906 wurden für die provisorisch anzustellenden Beamten und Diener im Falle bleibender Dienstunfähigkeit oder Pensionierung Verhältnisse geschaffen, die den Bestimmungen der Dienstpragmatik der städtischen Gemeindebeamten und -Diener entsprechen.

Der sozialdemokratische Gemeinderat Skaret besprach in der Sitzung vom 13. Dezember 1906 die Lage der Ofenarbeiter in den städtischen Gaswerken und beantragte, ihnen Monatsgagen von 180 K zu geben. Diesem Agitationsantrag zum Fenster hinaus antwortete Gemeinderat Axmann: „Wenn die Sozialdemokraten in die Lage versetzt würden, die Verwaltung selbst zu führen, so wäre es eine große Frage, ob sie das durchzuführen imstande wären, was sie jetzt verlangen. Wir sind arbeiterfreundlich vorgegangen, wie nur irgend möglich. Unsere Leute sind befreit von den Beiträgen zur Kranken- und Invaliditätsversicherung. Der Mann (auf den Bürgermeister deutend), der da oben sitzt, hat das beste Herz für die arbeitende Bevölkerung. Sie müssen wissen, daß das, was Sie verlangen, unerfüllbar ist und einfach zu agitatorischen Zwecken gesagt wurde. Nach Ihren Forderungen bekommt der Ofenhausarbeiter 180 K pro Monat. Wieviele Gewerbetreibende, ja wieviele geistige Arbeiter sind in der Lage monatlich 180 K zu verdienen? Ich frage Sie, ob die in Ihren Konsumvereinen angestellten Bediensteten solche Löhne beziehen?"

Verwaltungsdirektor Rosner gab Aufklärungen über den Dienſt der Ofenarbeiter und erzählt, wie human die Direktion vorgehe und ſagt, wenn die Arbeiter ſo viel leiſten wollen wie bei der engliſchen Geſellſchaft, dann bezahle er gerne 6 K.

Da das ſtädtiſche Gaswerk trotz der Größe ſeiner Anlage bereits im Jahre 1904 an der Grenze ſeiner Leiſtungsfähigkeit angelangt war, ſchritt man zur Errichtung einer Waſſergasanſtalt, der größten auf dem europäiſchen Kontinent. Die Baukoſten betrugen über 1 Million Kronen.

Die Gaswerksunternehmung unternahm es auch, Abgabe von Gas mittels Automaten-Gaseinrichtungen unter mietweiſer Beiſtellung der Beleuchtungs- und Kochapparate durch die Gemeinde zu ermöglichen.

Straßenbahnen.

Standen die Verhältniſſe für die Erbauung eigener Gaswerke wegen der Kürze der Zeit ungünſtig, ſo ſtanden die Verhältniſſe für die Verſtadtlichung des Verkehrsweſens noch ſchlechter. Der urſprüngliche Vertrag mit der „Wiener Tramwaygeſellſchaft“ war im Jahre 1868 auf 35 Jahre geſchloſſen worden und ſollte im Jahre 1903 enden. Gegen ganz unbedeutende Zugeſtändniſſe hatten aber die Liberalen den Vertrag im Jahre 1887 ohne zwingenden Grund bis zum Jahre 1925 verlängert.

Wer hätte gedacht, daß in wenigen Jahren unſer Straßenbahnweſen unter dieſen Verhältniſſen vollkommen modern und einheitlich ausgeſtaltet und elektriſch betrieben werden könnte unter vollkommener Bedachtnahme auf die Intereſſen der Geſamtheit?

Als die neue Gemeindevertretung die Herrſchaft im Wiener Rathauſe übernommen hatte, lag der Straßenbahndienſt hauptſächlich in den Händen der „Wiener Tramwaygeſellſchaft“ und der „Neuen Wiener Tramwaygeſellſchaft“. Deren Leiſtungen genügten nicht mehr den Bedürfniſſen, da ſie obendrein in erſter

Linie auf ihren Vorteil bedacht waren. Zudem war die Stadtbahn noch nicht fertig. Namentlich die Bevölkerung in vielen äußeren Bezirken war von den Vorteilen der Zugehörigkeit zur Großstadt mehr oder weniger ausgeschlossen, da die Pferdebahnen nur wenige nach auswärts führende Linien besaßen und große Gebietsteile ausschließlich auf einen in keiner Weise genügenden Stellwagenverkehr angewiesen waren.

Im Jahre 1898 ist es nach langwierigen Verhandlungen mit der Firma Siemens & Halske, Aktiengesellschaft, gelungen, ein Übereinkommen zu erzielen, wonach sich dieselbe verpflichtete, die Bildung einer neuen Gesellschaft (der Bau- und Betriebsgesellschaft für städtische Straßenbahnen) herbeizuführen und dieselbe zu einem Vertragsabschluß zu veranlassen, auf Grund dessen die Gemeinde Wien selbst die Konzession für die bisher der „Wiener Tramwaygesellschaft" gehörigen Linien übernahm und nur den Umbau und den Betrieb auf derselben der neuen Gesellschaft überließ. Durch Einführung ungewöhnlich niedriger Fahrpreise wurden die Interessen des Publikums und durch die Festsetzung bedeutender Abgaben diejenigen der Gemeinde gewahrt. Alles das geschah, ohne daß die bestehende Vertragsdauer über das Jahr 1925 hinaus verlängert worden wäre. Am 28. Jänner 1902 wurde die letzte noch mit Pferden betriebene Linie dem elektrischen Betriebe übergeben.

Das ganze war nur ein Übergang.

Am 27. Dezember 1902 hat der Gemeinderat die Aufnahme eines Anlehens in der Höhe von 285 Millionen Kronen beschlossen, nachdem sich der Bürgermeister vorher für dessen günstige Unterbringung bindende Zusicherungen geschaffen hatte. Kurz vorher hatte Lueger den ganzen Tag über mit den Vertretern der Finanzgruppe, die der Gemeinde die für die Verstadtlichung der Tramway, den Bau der zweiten Hochquellenleitung, den Ausbau der Elektrizitätswerke ꝛc. nötige Summe zur Verfügung stellte, verhandelt; spät abends war die Entscheidung gefallen, und zwar

eine Entscheidung, die als ein kolossaler Erfolg des Bürgermeisters und als für Wien außerordentlich günstig bezeichnet werden konnte. Es war kurz vor Mitternacht, als der Redakteur des „Deutschen Volksblattes", Hans Puchstein, in das Rathaus berufen wurde, um einige nähere Mitteilungen über das Ergebnis der Verhandlungen entgegenzunehmen. Als er dem Bürgermeister, dessen Antlitz man die Spuren der geistigen Arbeit der letzten Stunden deutlich ansah, zu dem großen Erfolge gratulieren wollte, unterbrach er ihn in schlichter Einfachheit und mit edlem Ernste mit folgenden Worten, die, wie Puchstein gesteht, auf ihn den tiefsten Eindruck machten: „Ich habe heute meiner festen Überzeugung nach für meine Vaterstadt einen sehr günstigen Vertrag abgeschlossen und damit die Möglichkeit zu einer segensreichen Weiterentwicklung Wiens geschaffen, allein gratulieren dürfen Sie mir nicht dazu. Wenn es sich um so kolossale Summen und so weittragende Projekte handelt, dann ist die Verantwortung, die der trägt, der darüber entscheidet, viel zu groß, als daß er sich dazu beglückwünschen lassen könnte." Welch überzeugender Beweis von dem tiefen, fast heiligen Ernste, mit dem Dr. Lueger seine Pflichten gegen seine Vaterstadt auffaßt, diese schönen, in so bedeutungsvoller Stunde gesprochenen Worte!

Von obigem Anlehen wurden 101·6 Millionen Kronen für die Erwerbung und den Ausbau des elektrischen Straßenbahnnetzes der alten Tramway verwendet. 15·6 Millionen Kronen für die Erwerbung und Instandsetzung des elektrischen Betriebes der neuen Tramway ausgegeben.

Ebenso wurde die von Rietschl & Comp. erbaute, 6 km lange elektrische Straßenbahnlinie Praterstern—Kagran für den Betrag von 1·2 Millionen Kronen eingelöst.

Für das Jahr 1905 wurden für Investitionen bei den Straßenbahnen 6,150.000 K eingestellt; für 1906 7,884.860 K, für 1907 5,239.000 K.

Die Krönung des begonnenen Werkes war die nach vollendetem Ausbau und nach durchgeführter Elektrisierung der städtischen Straßenbahnen am 1. Juli 1903 vollzogene Übernahme derselben in den Eigenbetrieb der Gemeinde Wien.

Die „Wiener Tramwaygesellschaft" hatte im Jahre 1896 nicht ganz 81 km, die „Neue Wiener Tramwaygesellschaft" nicht ganz 31 km, beide zusammen 110·4 km inne. (In beiden Gesellschaften war Pferdebetrieb, nur auf einer Strecke von 10 km auch Dampfbetrieb.) Heute ist nach den statistischen Angaben von 1906 die Streckenlänge auf 186·6 km, die Geleiselänge von 213·6 km auf 343·6 km gestiegen.

Die Einnahmen von nicht ganz 12 Millionen Kronen sind im Jahre 1904 auf über 24·6 Millionen jährlich gestiegen, im Jahre 1905 auf 25,970.941 K. Beförderte Personen waren 1896 72 Millionen — dabei die Fahrpreise hoch, die Fahrgelegenheiten selten — 1904: 171,993.099; im Jahre 1905: 181,262.636; im Jahre 1906: 199,872.921 Millionen.

Daß die Steigerung der Einnahmen geringer ist als die Steigerung der Frequenz, erklärt sich aus dem billigeren Tarife. Die Einnahme für eine beförderte Person beträgt rund 14·38 h gegenüber 17·6 h im Jahre 1895. Die Entfernungen, die jetzt um einen billigen Preis zurückgelegt werden können, sind ganz bedeutend gegen früher gestiegen. Die neuen, meist in den äußeren Stadtteilen gelegenen Linien werden selbstverständlich auch weniger dicht befahren. Daß darunter die Rentabilität leiden mußte, ist begreiflich, doch es wollen die entfernten Bezirke auch der Wohltat des bequemen — wenn auch für die Gemeinde weniger rentablen — Verkehres teilhaftig werden.

Von der besonders der arbeitenden Bevölkerung zugute kommenden Verbilligung des Fahrpreises in den Morgenstunden wird noch die Rede sein, diese hat aber eine außerordentliche Erhöhung der Verkehrsleistungen in den Morgenstunden zur Folge. 74 % des gesamten städtischen allgemeinen Verkehres entfallen

im Jahre 1903 auf die städtischen Straßenbahnen. Von besonderem Interesse ist es, daß die Stellwagen, welche nach Einführung der elektrischen Straßenbahnen großen Schaden gelitten haben, sich nunmehr den neuen Verhältnissen angepaßt und einen gewissen Verkehr — insbesondere auf kurze Entfernungen und für die Verbindung mit der Innern Stadt — ausgebildet haben, welcher es ermöglicht hat, daß dieses Unternehmen heute besser steht denn je. Hoffentlich werden durch das gesteigerte Verkehrsbedürfnis auch für die durch die elektrischen Straßenbahnen in ihren Einnahmen stark bedrängte Stadtbahn einmal bessere Tage kommen.

Das Personal stieg von rund 2900 Personen im Jahre 1896 auf rund 7000 Personen im Jahre 1904, mit einem Familienstande von 19.000 Personen. Die verhältnismäßig geringere Personalsteigerung erklärt sich daraus, daß das zahlreiche Personal in Wegfall kommt, das früher in den Ställen bedienstet war.

Die Personalkosten sind gegenüber anderen ähnlichen Betrieben außerordentlich hohe, was darauf zurückzuführen ist, daß die christlichsoziale Gemeinderatsmajorität die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Bediensteten ganz besonders wohlwollend gestaltet hat.

Der Gesamtverdienst der Bediensteten, ich folge den Ausführungen des Direktors Spängler, betrug im Jahre 1876 zirka 49·9% der Betriebsauslagen und ist bereits im Jahre 1903 auf 58·1% derselben gestiegen; der durchschnittliche Jahresverdienst eines Bediensteten stieg von 1200 K auf 1380 K, wobei aber noch berücksichtigt werden muß, daß sich der frühere Durchschnitt auf meist langjährige Diener, der jetzige aber auf eine sehr große Zahl neuaufgenommener junger Kräfte erstreckt.

Auch für die Altersversorgung der Angestellten des Unternehmens wird von der Gemeinde in entsprechender Weise vorgesorgt. Die Zuwendungen an den Pensionsfonds der Bediensteten

betrugen im Jahre 1896 rund 0·7% der Bruttoeinnahmen und stiegen im Jahre 1903 auf 1·5% derselben, also um über 100%, und ermöglichen eine derartige Gestaltung der Altersversorgung, daß jeder Bedienstete nunmehr mit Beruhigung seinem Alter entgegensehen kann. Die Wiener städtischen Straßenbahnen dürften das erste große Unternehmen dieser Art sein, das in ausgedehntem Maße die Altersversorgung seiner sämtlichen Angestellten ins Auge faßt.

Die Angestellten genießen auch ein menschenwürdiges Dasein, herbeigeführt durch die außerordentliche Herabsetzung der täglichen Dienstleistung. Letzteres ist auch für die Sicherheit der ihrer Tätigkeit anvertrauten Personen von größter Wichtigkeit. Beim Pferdebetrieb im Jahre 1895 betrug die durchschnittliche tägliche Dienstleistung rund $14^1/_4$ Stunden, wovon $11^3/_4$ Stunden auf den reinen Wagendienst entfielen. Durch die Vermittlung des Doktor Lueger ist diese Dienstleistung bei der alten Tramway im Jahre 1897 auf $13^1/_2$ Stunden, wovon $10^3/_4$ Stunden auf den Wagendienst entfielen, herabgesetzt worden. Im elektrischen Betriebe bei der alten Tramway betrug die durchschnittliche tägliche Dienstzeit eines Fahrbediensteten rund 12 Stunden, wovon nicht ganz $9^1/_2$ Stunden auf den Wagendienst entfielen, während die jetzige durchschnittliche Dienstzeit eines Mannes $11^1/_2$ Stunden täglich beträgt, wovon aber nur 7 Stunden 40 Minuten im Mittel auf den Wagendienst entfallen. Es gibt unseres Wissens keine Bahn auf der Welt, bei welcher die Bediensteten eine geringere tägliche Tagesleistung zu vollbringen haben, was bei der Beurteilung der Betriebsverhältnisse auf den Wiener städtischen Straßenbahnen nicht vergessen werden darf. Die Bediensteten, schließt Direktor Spängler, erkennen diese außerordentliche Verbesserung ihrer Lage gegenüber den früheren Verhältnissen auch dankbar an und bilden eine mit ihrer Lage zufriedene, dienstbeflissene und eifrige Körperschaft, was auch für das große Publikum von Vorteil und Wert ist.

Die Aufstellung eines richtigen Fahrplanes ist die schwierigste Sache, denn die Frequenz verändert sich stündlich. Oft findet die stärkste Frequenz nur auf einem ganz kleinen Teil einer Linie statt. Dann muß für gewisse Stunden des Tages und für Wetterumschlag vorgesorgt sein hinsichtlich der Wagen selbst als auch des Personales. Das Publikum ist, wenn es warten muß, begreiflicherweise ungeduldig. Der Bürgermeister richtete demnach bei der Eidesablegung der Tramwaybediensteten an diese eine Ansprache im Dezember 1904 und führte u. a. aus: „Eine Bitte richte ich an Sie alle, sie ist auch von dem Eidesabnehmer bereits vorgebracht worden. Behandeln Sie das Publikum so gut, ich möchte sagen, so sanft als möglich. Ertragen Sie manche unwillige Äußerung, die der eine oder andere laut werden läßt. Es ist gewiß nicht angenehm, wenn jemand fünf oder zehn Minuten warten muß. Es kommt dies vielleicht vor. Aber selbst wenn es nicht so lange dauert, so glaubt der, der warten muß, daß noch ein größerer Zeitraum verstrichen ist. Wenn dann unwillige Äußerungen laut werden, dann bitte ich, nicht scharf vorzugehen, sondern dies mit Geduld zu überhören. Ich muß auch gar manches überhören, und so kann ich auch wünschen, daß Sie das gleiche tun. Aber, wenn es notwendig ist, dann bitte ich Sie, mit Mäßigung und in der Weise vorzugehen, daß jedermann sieht, daß der betreffende Bedienstete der Tramway sich im Rechte befindet."

Der — wie früher erwähnt wurde, nicht leicht festzusetzende — Sommerfahrplan für 1905 bot Anlaß zu Klagen und Gemeinderat Kunschak sagte in einer Versammlung der Straßenbediensteten im Mai 1905: „Die Straßenbahnen sind doch nicht verstadtlicht worden, um das Unternehmen durch Überlastung der Bediensteten zu heben, sondern namentlich um das Los der Bediensteten zu verbessern. Die Direktion hat daher die Aufgabe, der Absicht der Gemeinde Wien zu entsprechen."

Nochmals finden wir die Unzufriedenheit im Oktober desselben Jahres durchbrechen. Der Sozialdemokrat Reumann sprach sich für variable Intervalle aus, meinte, das Erträgnis sei nicht zufriedenstellend, und schloß: „der Direktor tut alles, um das Vertrauen der Bediensteten zum Bürgermeister zu täuschen".

Auch Kunschak und ebenso der liberale Hein meinten, das finanzielle Ergebnis sei kein glänzendes. Die Straßenbahnen wiesen im Jahre 1904 ein Defizit von 500.000 K auf, indem mehr als 1 Million Kronen dem Pensionsfonds der Straßenbediensteten zugewiesen wurden. 52.000 K wurden für Neujahrsremunerationen an Beamte und Bedienstete bewilligt.

Ferner sagte Kunschak, es herrsche eine lebhafte Unzufriedenheit unter den Bediensteten, weiters beklagte er die Strafmanie. Direktor Spängler wies nun im Gemeinderate auf die Zustände der alten Tramway hin, und betont, die Dienstordnung sei von dem größten Wohlwollen für die Bediensteten geleitet. Betreffs der Strafmanie teilt er mit, daß unter 2500 Kondukteuren auf einen einzelnen 1·3 suspendierte Tage im ganzen Jahre entfallen und auf einen Wagenführer 1·1.

In einer späteren Gemeinderatssitzung wird eine Zuschrift der Direktion übermittelt, in welcher eine Anzahl von Äußerungen, welche die obengenannten Gemeinderäte anläßlich der Beratung des Verwaltungsberichtes vorgebracht hatten, richtiggestellt wird. Bürgermeister Dr. Lueger bemerkt u. a: „Wenn jemand mir den Beweis führen wird, daß die Ausführungen des Herrn Direktor Spängler unrichtig sind, dann werde ich mit aller Entschiedenheit gegen den Herrn Direktor vorgehen." Daß bei einem so großen Unternehmen nicht alles klappt, dürfte jeder einsehen, aber selbst tatsächlich vorgekommene Unebenheiten fallen nicht der Gemeindevertretung und dem Bürgermeister zur Last.

Anläßlich des vierzigjährigen Bestandes der Straßenbahn wurden im November 1905 einer Anzahl von Beamten und Bediensteten kaiserliche Auszeichnungen verliehen. Bürgermeister

Dr. Lueger hielt an die Ausgezeichneten eine Anſprache, in welcher er ausführte, es gereiche ihm zur großen Ehre, daß er Männer vor ſich ſehe, welche in hingebender Treue ſich ihrer dienſtlichen Pflichten durch ſo viele Jahre entledigten und zum Vorbilde für alle übrigen dienen. Die große Verſammlung ſei ein Beweis von dem Zuſammenhalten aller Angeſtellten der ſtädtiſchen Straßenbahnen. Nichts ſoll imſtande ſein, dieſes Zuſammenhalten zu ſtören. Mir iſt es, führte der Redner weiter aus, immer als mein Ideal vorgeſchwebt, daß die bei der Gemeinde Bedienſteten ſo geſtellt werden, daß ſie auch ihren übrigen Pflichten getreu nachkommen können, und ich trachte, dies auch zu erreichen. Auf Schleichwegen wird nie etwas bei mir erreicht werden, gewiß aber werde ich beſtrebt ſein, entſtandene Differenzen nach Möglichkeit auszugleichen. Ich bitte Sie, auch fernerhin Ihre Dienſte der Gemeinde Wien zu leihen. Weiters verſicherte er, er werde immer darauf ſehen, daß die Beamten und Bedienſteten der ſtädtiſchen Straßenbahn möglichſt gut geſtellt ſeien. Übermenſchliches könne freilich nicht geleiſtet werden. Die Hauptſache für jeden der Angeſtellten ſei, daß ſie gegen Alter und Invalidität geſichert ſind und daß auch das Schickſal der Familie im Falle des Todes ein vollſtändig ſicheres iſt. Er bat die Angeſtellten, ſolche Vorteile nicht leichtſinnig in den Wind zu ſchlagen, und teilte dann noch mit, „daß die Gemeinde in dieſem Jahre die Weihnachtsbeteilung für Kinder der Straßenbahner vornehmen werde".

Durch die Intervention des Bürgermeiſters ſcheinen die Differenzen ausgeglichen worden zu ſein.

Direktor Spängler gab im Jahre 1904 intereſſante Aufſchlüſſe über den Betrieb der Straßenbahnen und meinte, ſie wenden ihr Augenmerk auch der Einführung des Frachtentransportes zu. „Unſeren eigenen Frachtentransport bewältigen wir teilweiſe ſelbſt. Es ſoll weiter der Kohlentransport und anderes in Erwägung gezogen werden. Mit der Poſtverwaltung ſtehen wir in Verhandlungen wegen Einführung von beſtimmten Poſt-

zügen von und zu den Bahnhöfen, durch welche der Poſtpaketbeförderungsdienſt reguliert werden ſoll. Ebenſo wird die Übernahme des Biertransportes aus den umliegenden Brauereien, welche in Wien bedeutenden Abſatz haben, für die ſtädtiſche Straßenbahn eine neue Einnahmsquelle bilden."

Im Mai 1905 berichteten die Zeitungen, daß eine große Bierbeförderung, 63 hl, vom Wiener Brauhaus auf der ſonſt nur zur Bewältigung des Allerheiligenverkehres dienenden großen Schleife vorgenommen wurde, und daß man plane, nach Übernahme des Brauhauſes das Bier mittels der Straßenbahn nach Wien zu befördern. Weiter im Auguſt, daß mit der Schienenlegung auf der verlängerten Erdbergſtraße begonnen werde, um größere Quantitäten von Koks auf ſpeziell adaptierten Motorwagen von den Gaswerken auf Depotplätze in der Stadt zu führen, ferner, daß zwiſchen der Poſtdirektion und der Kommune ein Übereinkommen getroffen wurde zwecks Poſtpaketbeförderung.

Eine elektriſche Vollbahn, die Wien mit Preßburg verbindet, zu errichten, beſchäftigte die Gemeinde im März 1905. Die Gemeinde hat u. a. auch das Intereſſe, ihr Vermögen, das ſie in ihren Unternehmungen inveſtiert hat, zu verwerten. Für die Strecke der Traſſe, die im Wiener Gebiete liegt, entnimmt die Bahn den Strom aus dem Wiener Elektrizitätswerke. Schon im Jahre 1905 war projektiert, die Strecke Wien—Groß-Schwechat dem Verkehr zu übergeben.

Floridsdorf ſollte an Wien angegliedert werden. Es mußte das Beſtreben der Gemeinde ſein, mit einer Privatbahn, die den großſtädtiſchen Verhältniſſen nicht entſprach, aufzuräumen und den Tramwaybetrieb einheitlich zu geſtalten. Die Dampftramway Wien—Floridsdorf hatte aber aus der Zeit der Liberalen noch einen Vertrag in den Händen, der auf 90 Jahre hinaus ihr den Verkehr durch die wichtigſte Straße in der Brigittenau überläßt und ſo es unmöglich machte, das Tramwaynetz auch in dieſem Bezirke auszugeſtalten. Durch Verſchulden der Dampftramway

ist es gelungen, den Vertrag vorzeitig zu kündigen. Zugleich gelang es der Kommune, die Benützung der Franz Josefs-Brücke der Gesellschaft zu kündigen. Die Dampftramway befährt auch die Strecke Stammersdorf—Auerstal, die erst im Jahre 1904 dem Verkehr übergeben wurde.

Ende Dezember 1906 konnten die Zeitungen bereits berichten, daß die Erwerbung der Linien der Dampftramwaygesellschaft durch die Gemeinde einer gedeihlichen Lösung entgegengehe.

Die Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen beschloß, einen elektrischen Betrieb Wien—Baden herzustellen. Die Gemeinde begünstigte das Unternehmen, das auch für die Gemeinde günstig ist, da der elektrische Strom von der Gemeinde geliefert wird.

Ich will gleich hier die Worte hersetzen, die der Präsident des 13. internationalen Straßenbahnen- und Kleinbahnenkongresses, Direktor Jenssen, am 8. September 1904 gesprochen und die Direktor v. Piersch aus dem Französischen deutsch wiedergab: „Wir haben feststellen können, daß die Stadt Wien, was Anlage und Betrieb der Straßenbahnen betrifft, es zur Meisterschaft gebracht hat; wir haben Ihre mustergültigen Einrichtungen und Ihren Betrieb ungeteilt bewundert, und wir bitten, uns zu gestatten, das Oberhaupt der Stadtverwaltung, welches ich hier begrüße, und alle Herren, welche an der Organisation der Wiener Straßenbahnen mitwirken, zu ihren Erfolgen zu beglückwünschen. Wir konnten feststellen, mit welcher Sorgfalt die Stadtverwaltung Wiens sich bemüht hat, alle Vorteile des modernen Beförderungswesens sich dienstbar zu machen."

Elektrizitätswerke.

„Ich war immer der Meinung, daß das, was im öffentlichen Interesse gelegen ist, auch von öffentlichen Organen verwaltet werden soll." Nach diesem Grundsatz, den Dr. Lueger bei dem Kongreß der Straßen- und Kleinbahnen am 6. September 1904

ausgesprochen, handelte er vom ersten Tage seiner Amtswirksamkeit. Das erste große Unternehmen des Bürgermeisters und der neuen Stadtvertretung war der Bau eigener Gaswerke und die Kündigung des Vertrages mit der englischen Gasgesellschaft. Das zweite große Unternehmen, und das darf fast ausschließlich Dr. Luegers Werk genannt werden, war die Verstadtlichung und Elektrisierung der Wiener Straßenbahnen. Damit erlebte Dr. Lueger die ihn und seine Freunde gleich ehrende Freude, den zweiten Hauptpunkt seines Regenerationsprogrammes durch eigene Kraft und Tüchtigkeit gegen den bisher allmächtigen Willen der jüdisch-kapitalistischen Internationale zum Vorteil des christlichen Volkes verwirklicht zu sehen.

Die elektrische Kraft für die Straßenbahn stellt das am 5. Juni 1900 begonnene und am 10. Dezember desselben Jahres auch zu einem Lichtwerke erweiterte städtische Elektrizitätswerk bei, die dritte große Schöpfung Luegers auf dem Gebiete großer technischer Betriebe. Die Baukosten des Bahnwerkes waren mit 19,350.000 K, jene des Lichtwerkes mit 14,680.000 K, zusammen mit 34,030.000 K veranschlagt worden. Eingeweiht wurde das städtische Elektrizitätswerk am 27. Mai 1902. Für das Jahr 1905 wurden für Erweiterung und Ausbau des Elektrizitätswerkes 6 Millionen eingesetzt, für 1906 6,358.000 K, für 1907 5,254.000 K. Wo die Wasser- und die Gasversorgung und das Straßenbahnwesen in den Händen der Stadt liegt, erschien es nahezu selbstverständlich, auch die Lieferung des elektrischen Stromes für Licht und Kraftzwecke nicht außer acht zu lassen. Für die Lieferung des Stromes für die elektrischen Straßenbahnen durch die Stadt hatte die Stadt schon bei den Vertragsbestimmungen mit der Bau- und Betriebsgesellschaft das Nötige vorgesehen. Hier war keine Konkurrenz zu fürchten und die Entschließung für die Erbauung eigener Elektrizitätswerke eine verhältnismäßig leichte.

Schwieriger stand die Frage, ob auch Werke gebaut werden sollen, die an Private elektrischen Strom für Licht und Kraft ab-

zugeben hätten. Da war die große Konkurrenz zu befürchten, welche gegen drei private Elektrizitätswerke zu bestehen war, und es war der Kampf gegen alle jene Einflüsse zu bestehen, welche wenig im Interesse der Gemeinde die Privatwerke vor Schaden bewahren wollten.

Der vorurteilslosen Entscheidung des Bürgermeisters war es zu verdanken, daß auch in dieser besonders schwierigen Frage ein fester Entschluß gefaßt wurde, wonach man sich nicht scheute, auch in diesen kühnen Kampf zu treten. Die neuen Werke wurden nicht nur für die Bedienung der Straßenbahnen, sondern auch für die Abgabe von elektrischem Strom an Private für Licht- und Kraftzwecke erbaut. Acht Maschineneinheiten zu je 3000, also mit zusammen 24.000 Pferdestärken wurden gleichzeitig aufgestellt. Die Gegner bezeichneten das Werk für zu groß, als die Bedürfnisse weit überschreitend.

Das Straßenbahnwesen entwickelte sich programmäßig gut, die Abnahme von Strom für Licht- und Kraftzwecke durch Private überstieg aber alle Erwartungen. Freilich war auch das wieder ein besonderes Verdienst des Bürgermeisters. Er hat es verstanden, durch ein geschicktes Übereinkommen mit den Staatsbehörden diese wichtigen Konsumenten den Privatzwecken zu entziehen und mit Hilfe eines überaus schneidig geführten Konkurrenzkampfes die Privatwerke zu einem nachgiebigen Übereinkommen zu bewegen, in welchem dieselben der Gemeinde Jahr für Jahr hinaus das Feld räumten. Dadurch nahmen die Anmeldungen bei den städtischen Werken derart zu, daß die ursprünglich als scheinbar zu groß veranlagten Werke um weitere zwei Maschineneinheiten zu je 3000 Pferdestärken vergrößert, also auf 30.000 gebracht werden mußten. Aber auch seither haben die Anmeldungen immer mehr zugenommen, so daß neuerlich an die Aufstellung einer Maschine, und zwar einer Dampfturbine von 8000 Pferdestärken geschritten wurde. Einige Jahre vorher bot die Aufstellung von 24.000 Pferdestärken den Gegnern Gelegenheit zur Verhöhnung

wegen angeblicher Überschätzung des Bedarfes und nun standen wir vor der Notwendigkeit, 38.000 Pferdestärken anzuwenden, um im Dienste des Gemeinwohles den städtischen elektrischen Strom in der Großstadt zu verteilen. Wahrhaftig, eine gewaltige Perspektive für die Entwicklung der städtischen Werke. Mit diesen Worten schließt ein Fachmann, Abgeordneter Ingenieur Dr. Rudolf Mayreder, seine Auseinandersetzungen.

Durch die Elektrizitätswerke war es möglich, wichtige Straßenzüge mit Bogenlampen zu beleuchten. Von allen Straßen hat die Ringstraße am meisten an abendlicher Schönheit mit dieser Beleuchtung gewonnen. Doch auch die Kärntnerstraße, der Stephansplatz, Graben, Kohlmarkt, Michaelerplatz, Schwarzenbergplatz 2c., mithin die belebtesten Straßen und Plätze, erstrahlen allabendlich im elektrischen Lichte. Ebenso wurden in den anderen Bezirken auf belebteren Plätzen und Straßen Bogenlampen aufgestellt.

Auf den Kenner der modernen Technik üben die besprochenen Werke eine solche Anziehungskraft aus, daß Fachmänner aus allen Ländern nach Wien reisen, bloß um die Gas- und Elektrizitätswerke kennen zu lernen. Aber auch in den anderen sozialen Einrichtungen gilt Wien als Muster. So berichtete die „Reichspost" am 20. September 1906: Ein größere Anzahl von Pariser Gemeinderäten begab sich über Deutschland nach Wien, um dort die für Hygiene, Rettungswesen, Lohnwagenbetrieb, Theateraufsicht und Polizeipermanenz bestehenden Einrichtungen zu studieren. In gleicher Weise besichtigten der Direktor der Straßenbahnen in Bern und später Stadtverordnete aus Dresden die technischen Einrichtungen schon ein Jahr früher und bekümmerten sich letztere vornehmlich um die allgemeine Verwaltung.

Einnahmsquellen für die Gemeinde.

Freilich werden hämische Gegner darauf hinweisen, daß für alle diese Schöpfungen Geld aufgenommen werden mußte; das ist

richtig, es wurde Geld zu äußerst günstigen Bedingungen aufgenommen, aber alle diese Unternehmungen werden — besonders in ihrer Ausgestaltung — zu lukrativen Einnahmsquellen der Gemeinde werden.

Die liberalen Vorgänger haben auch Schulden gemacht und nichts geleistet; die jetzigen Anlehen aber werden, ohne einen Heller der Bevölkerung in Anspruch zu nehmen, aus den Erträgnissen der Unternehmungen verzinst und amortisiert.

Früher flossen die Einnahmen aus den Gaswerken, der Tramway ꝛc. alljährlich zumeist in die Taschen englischer Juden, heute kommen sie der Allgemeinheit zugute. Früher stand die Gemeinde schier übermächtigen Privatgesellschaften ohnmächtig gegenüber, heute sind diese für Wien notwendigsten und größten öffentlichen Einrichtungen von der Privatspekulation unabhängig.

Im Grazer Hausherrenverein konnte ein politischer Gegner Luegers nicht umhin, zuzugestehen, daß derselbe auf dem Gebiete der Städteverwaltung eine Autorität ersten Ranges sei.

Beim Semmeringjubiläum war es niemand geringerer als der Führer der deutschen Volkspartei, der nunmehrige Minister Dr. Derschatta, der die ausgezeichnete Verwaltung von Wien unter Luegers Führung anerkannte.

Die Bilanz des städtischen Gaswerkes für das Jahr 1904 schloß mit einem Überschuß von 2,848.000 K. Nach dem Voranschlage sollten es 2,079.490 K sein. Nach Abzug der Tilgungskosten der Anleihen und der Investitionsanleihe wurden 1,935.000 K als Reinertrag dem kommunalen Säckel zugeführt.

Nach dem Voranschlage für 1905 sollten die Einnahmen 2,431.000 K betragen; die Bilanz schloß mit einem Reingewinn von 3,508.541 K, davon zur Abfuhr an die Gemeinde Wien 2,740.275 K.

Die Elektrizitätswerke, die im Jahre 1903 einen Reingewinn von 975.242 K aufwiesen, wiesen im Jahre 1904 einen

Reingewinn von 1,542.030 K auf; im Jahre 1905 einen Reingewinn von 2,582.689 K; zur Abfuhr an die Gemeinde Wien kamen 2,474.105 K.

Die beiden Unternehmungen brachten somit in einem Jahr der Gemeinde 6 Millionen Kronen Reingewinn.

Bei der Straßenbahn wurde im Jahre 1905 ein Reingewinn von 3,090.470 K erzielt, mithin um 1,256.940 K mehr, als präliminiert war. Trotzdem ist eine sinkende Tendenz bei diesem Unternehmen zu beobachten. Die Gründe haben wir bereits angeführt. Dazu kommt, daß die Zahlungen für den Wohlfahrtsfonds 722.362 K betrugen, mithin gegen das Vorjahr um fast 200.000 K gestiegen sind.

Ohne Erhöhung der Gemeindelasten wurden große Werke geschaffen und mit weiser Sparsamkeit die Gemeinde verwaltet.

Dr. Luegers Lob aus Gegnermund.

Die in Berlin erscheinende Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzen „Plutus", ein Organ der Finanzwelt, bringt in ihrer Nummer vom 3. Juni 1905 einen Aufsatz über die Verstadtlichungspolitik Dr. Luegers, in dem es heißt:

„Man mag den christlichsozialen Machthabern in der Wiener Gemeindestube politisch noch so schroff gegenüberstehen, wenn man objektiv sein will, wird man dem Führer der Partei die Anerkennung nicht versagen können, daß er während seiner bisherigen Tätigkeit als Bürgermeister viel Nützliches für die Gesamtheit geschaffen hat. Tatsache ist, daß die früheren manchesterliberalen Machthaber lieber das Interesse der Gemeinde preisgaben, ehe sie das Odium der Unternehmerfeindlichkeit auf sich nahmen. Erst dem jetzigen Regime ist es zu danken, daß der jammervollen Beleuchtung der Stadt Wien, die in den Händen einer englischen Gesellschaft lag, ein Ende bereitet wurde. Freilich hat die Errichtung der städtischen Gas-

werke die Schulden der Gemeinde beträchtlich vermehrt. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß die Engländer für ihre veraltete Anlage so lange einen unverhältnismäßig hohen Preis verlangten, wie sie sich vom Ernst der Absicht der Gemeinde, ein eigenes Werk zu bauen, noch nicht überzeugt hatten. Erst als es zu spät war, gingen sie mit ihren Forderungen herab. Und grundlos ist es daher, wenn die Gegner des jetzigen Regimes mit dem Vorwurf operieren, daß die Gemeinde das alte Werk um die Hälfte des Preises des neuen hätte erstehen können. Ähnliches hat sich übrigens anläßlich der Verstadtlichung der Straßenbahn wiederholt. Solange als sich die Straßenbahn in den Händen einer privaten Gesellschaft befand, war nicht einmal die Modernisierung des Betriebes, geschweige denn die Anlage notwendiger, wenn auch unrentabler Linien, durchzusetzen. Fährt man auch jetzt im städtischen Betriebe nicht billiger, so haben doch auch die entlegensten Teile der Stadt inzwischen eine Verbindung mit dem Zentrum erhalten und sind dadurch in ihrer Entwicklung sehr gefördert worden. An der Schädigung der Aktionäre der Tramwaygesellschaft, über die seinerzeit so viel gejammert wurde, hatten Siemens & Halske und die Deutsche Bank sowie das in Wien übliche Überkapitalisierungssystem viel mehr Schuld als die Gemeinde. Ganz dieselben Vorgänge spielen sich jetzt wieder im Kampfe zwischen der Gemeinde und den privaten Elektrizitätsgesellschaften ab. Der jetzige Bürgermeister strebt ein Beleuchtungsmonopol an. Über die Berechtigung eines solchen Strebens läßt sich streiten. Aber Dr. Lueger ist der Mann, der einen einmal gefaßten Plan auch zur Durchführung bringt."

Der Aufsatz bespricht dann den Streit mit der Internationalen Elektrizitätsgesellschaft und nennt es „zumindest unhöflich", daß die Gesellschaft bei der Statthalterei um Expropriation von Straßengrund ohne vorherige Verständigung der Gemeinde Wien ansuchte. — Man wird die von Georg Bernhard geleitete Wochenschrift bei ihrem Lobe Dr. Luegers nicht der Voreingenommenheit

für die christlichsoziale Partei beschuldigen können. Diesem Lobe Dr. Luegers aus Gegnermunde bleibt nichts hinzuzufügen, bemerkt die „Reichspost".

Rathauskeller, Brauhaus.

Der Rathauskeller ist eine Sehenswürdigkeit Wiens und ein Segen für die weinbautreibende Bevölkerung. Seit dem Bestande des Rathauskellers bis zum Jahre 1903 wurden über 3 Millionen Liter Wein in den Weingegenden Niederösterreichs angekauft. Hierfür wurde an die weinbautreibende Bevölkerung Niederösterreichs ein Betrag von fast 2 Millionen Kronen bar ausbezahlt. Die Gesamteinnahmen aus dem Betriebe des Rathauskellers betrugen im Jahre 1905 2,182.534 K (darunter 1,995.006 K an Erlös für verkauften Wein); es ergibt sich ein Reingewinn von 187.527 K.

Der Rathauskeller kauft die guten Niederösterreicher Weine, und es ist ganz zweifellos, daß der gute Ruf dieser Weine durch den Rathauskeller bedeutend gehoben wurde. Es handelt sich dabei nicht bloß darum, daß Jahr für Jahr der Rathauskeller als großer Konsument bei den Hauern Niederösterreichs erscheint und einkauft, noch größer vielleicht ist die andere Wirkung, daß nämlich die niederösterreichischen Weine wieder den gebührenden Platz auf dem Weinmarkt Österreichs einnehmen und auch im Auslande das Ansehen wiedergewinnen, das sie auf Grund ihrer vorzüglichen Qualität besaßen. Nicht zu vergessen, daß Wirte, die bisher Weine schlechter Qualität oder Kunstwein ausschänkten, gezwungen sind, gute Ware zu liefern.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 30. Juni 1905 wurde die Verstadtlichung des Wiener Brauhauses in Rannersdorf erledigt. Im Jahre 1846 hat der Bürgermeister von Wien, Czapka, das damalige St. Marxer Brauhaus um 400.000 fl. verkauft. Die Familie Mautner kam durch dasselbe zu einem

Vermögen, das der Allgemeinheit zugute gekommen wäre. Ende Auguſt wurde der Verkauf des Wiener Brauhauſes vom Liquidationskomitee beſchloſſen und der Vertrag unterzeichnet. Am 26. September wurde der umfangreiche Bericht über die Verſtadtlichung im Gemeinderat erledigt. Für die innere maſchinelle und ſonſtige innere Einrichtung der Erweiterungsbauten und Herſtellung eines neuen Hopfenmagazins wurden am 16. Dezember 420.000 K, für die Anſchaffung der notwendigen Gärbottiche, Lagerfäſſer und andere Gebinde 460.000 K bewilligt.

Eine Interpellation bezüglich des Ausſchankes von Bier des Wiener Brauhauſes im Kurſalon beantwortete der Bürgermeiſter in der Sitzung vom 17. Oktober 1905 wie folgt: „Schon ſeit dem Beſtande des Stadtparkes wird im Kurſalon Bier ausgeſchenkt, und es kann den Wirten gleichgültig ſein, ob dort das Bier des Wiener oder eines anderen Brauhauſes ausgeſchenkt wird. Es iſt das Gerücht verbreitet worden, daß das Ausſchenken von Wiener Bürgerbräu im Kurſalon eine ebenſo ſchwere Schädigung für die Gaſtwirte bedeute wie das Geſchäft, das der Rathauskeller macht. Ich ſage aufrichtig: Der Rathauskeller hat einzig und allein die unreellen Weinhändler geſchädigt; den Wirten hat er genützt, weil ſie jetzt auch guten Wein um einen entſprechenden Preis zu verkaufen imſtande ſind.“ Im übrigen erklärte der Bürgermeiſter, daß er darüber nachdenken werde, ob im Kurſalon nicht das Bier des Wiener Brauhauſes ausgeſchenkt werden könnte. Man habe ihn mit dem Gerüchte auf eine gute Idee gebracht.

In der Sitzung vom 13. Dezember 1906 wurde von den Sozialdemokraten der Antrag geſtellt, einen Nachtragskredit für das Wiener Brauhaus zu ſtreichen. Der Berichterſtatter bemerkte, daß im Jahre 1906 die Produktion ſich um zirka 20.000 hl höher ſtellte als im Vorjahre. Das Brauhaus werde ſchwerlich jemals der Gemeinde ein beträchtliches Erträgnis abwerfen. Es wurde auch nicht deswegen erworben, ſondern um einen Preis-

regulator für das Bier zu bilden. Wenn wir das städtische Brauhaus nicht hätten, so wäre die Einführung der Landesbierumlage vom Brauherrenverein benützt worden, um die Bierpreise gewaltig zu erhöhen. In der Sitzung des Gemeinderates vom 11. Jänner 1907 erklärte bei einem Referate über das städtische Brauhaus der Sozialdemokrat Domes, dies sei ein neues Dokument dafür, daß die Majorität „kein Verständnis" habe für die Existenzbedingungen der Arbeiter. Er stellt den Antrag: „Die Brauer und Binder erhalten ein tägliches Bierquantum von 5 l, die Hilfsarbeiter erhalten 3 l."

In der Gemeinderatssitzung vom 11. Februar 1907 wurde zu dem im Dezember 1905 gewährten Kredit ein Zuschußkredit von 72.000 K aus der Investitionsanleihe gegen seinerzeitigen Rückersatz aus den Brauhauserträgnissen bewilligt. Ein Antrag, der dem Genossen Gemeinderat Skaret Anlaß bot, Verschiedenes zu bemängeln.

Großschlächterei. Übernahmsamt.

Die Approvisionierung einer Großstadt gehört zu den schwierigsten Aufgaben einer volksfreundlichen Gemeindeverwaltung, und es ist begreiflich, daß unser Bürgermeister dieser eminent wichtigen Frage auch seine ganze Sorgfalt widmet. Es wurde eine Großschlächterei errichtet und ein städtisches Übernahmsamt, durch welche die Fleischpreise eine Reduktion erfahren sollten.

In der Sitzung des Gemeinderates vom 24. Jänner 1905 ist mit allen Stimmen (107) gegen die eine Stimme des Gemeinderates Fleischhauer Hütter die Vorlage betreffend die Errichtung einer Aktien-Großschlächterei und eines Übernahmsamtes angenommen worden. Der liberale Gemeinderat Dorn betonte, daß die Großschlächterei das Fleischhauergewerbe durchaus nicht „zugrunde richte"; der liberale Fürth: die Besserung der Approvisionierungsverhältnisse werde den kleinen Fleischhauern zugute

kommen. Der liberale Gemeinderat Klebinder bezeichnete die Großschlächterei als ein Remedium gegen die hohen Fleischpreise.

Einen Tag vorher, am 23. Jänner, sagte Dr. Lueger in einer Versammlung des Wählervereines im V. Bezirke: „Es muß betont werden, daß die Großschlächterei die Fleischhauer absolut nicht ‚ruinieren' kann, nachdem sie im ersten Jahre nur 10.000 Ochsen aufbringt und schlägt, von 200.000 Stück, die den Fleischhauern auch weiter verbleiben. Und selbst wenn sie 50.000 aufbringt, gehen sie nicht zugrunde. Die Errichtung wird dazu dienen, den Viehkommissionären entgegenzutreten. Diese sind Millionäre geworden. Ihren Einfluß wollen wir brechen. Der ganze Viehhandel ruht zumeist in jüdischen Händen."

In einer Wählerversammlung der Inneren Stadt kündete Dr. Lueger im April 1905 an, er werde mit der Großschlächterei Ernst machen, wenn die Fleischhauer mit den Preisen hinaufgehen sollten. Einige Tage darauf im katholisch-politischen Kasino Leopoldstadt: „Ich will gestehen, daß die Großschlächterei ein billigeres Fleisch nicht liefern wird, aber sie wird ein guter Preisregulator sein und endlich den Preistreibereien gewisser Fleischhauerkreise ein Ende bereiten." In der Gemeinderatssitzung vom 14. April wird berichtet, daß alle Vorkehrungen getroffen sind, damit der Geschäftsbetrieb der Großschlächterei am 1. Mai eröffnet werden könne. Am 9. Mai wurde die Gründungsversammlung der Aktiengesellschaft abgehalten und die Wahlen vorgenommen. Mit der Großschlächterei wurde ein städtisches Übernahmsamt eingerichtet. Aber schon am 30. Juni wird Klage geführt, daß von einer Gruppe von Wiener Fleischhauern eine entschieden feindselige Haltung dagegen eingenommen werde. Da eine abermalige Preissteigerung drohte, wurden Detailfleischverkaufsstände im August errichtet. Die Preissteigerung wäre zu vermeiden gewesen, wenn die Fleischhauer ihren Bedarf bei der Großschlächterei hätten decken wollen. Daß die Öffnung der rumänischen Grenze keinen Wert habe, wurde wiederholt betont, da dort selbst Fleisch-

mangel herrsche. Eine sozialdemokratische Versammlung in Favoriten beschloß im September einen großen Demonstrationsspaziergang der Arbeiter vor das Rathaus zu veranstalten, um Dr. Lueger die Forderung nach billigem Fleische eindringlicher vor Augen zu führen. Auf Interpellationen des Gemeinderates Hütter erwidert Dr. Lueger, daß gewisse Fleischhauer wieder Zustände herbeiführen wollen wie in früheren Zeiten, in denen sie die Bevölkerung in der unerhörtesten Weise ausbeuteten. Der Präsident der Aktien-Großschlächterei verwahrte sich in einer Sitzung dagegen, daß sie der Genossenschaft der Fleischhauer eine Beteiligung an ihrem Unternehmen angeboten habe; auch betreffs der Verwertung der Nebenprodukte sei die Genossenschaft an sie herangetreten. Aus einer Interpellation des Gemeinderates Hütter vom 17. November ersah man, daß Gemeinderat Hütter die Fleischstände für ganz praktisch erklärt, wenn die Großschlächterei — mit ihm ein Geschäft macht. Am 4. September 1906 erklärt Dr. Lueger mit Recht: „Die Fleischfrage kann nicht durch den Gemeinderat, nicht durch den Bürgermeister, sondern nur durch die Regierung gelöst werden." Der Magistratsbericht wies darauf hin, daß der Staat auch nicht das Geringste tue für Verbilligung und Förderung der Viehproduktion und damit der Viehpreise. In einer Fleischhauerversammlung am 22. September erklärte Gemeinderat Hütter, daß er den Streit mit dem Bürgermeister aufgegeben habe. Dr. Lueger habe gewiß in bester Absicht und im Interesse des konsumierenden Publikums gehandelt.

Am 26. September nimmt der Stadtrat den Antrag an, sich an die Regierung zu wenden, damit sie Erhebungen pflege, ob die inländische Produktion den Konsum entsprechend befriedigen könne oder nicht, und dafür zu sorgen, daß Viehmästereien eine stete, regelmäßige Versorgung des Wiener Marktes mit gutem Mastvieh ermöglichen; weiters wird beschlossen, neue Detailverkaufsstände zu errichten.

In der Gemeinderatssitzung vom 5. Oktober widerlegt der Magistratsdirektor, der als solcher und als Verwaltungsrat der Aktiengesellschaft genau in den Stand der Großschlächterei eingeweiht ist, Behauptungen des Gemeinderates Hütter und betont, die Fleischhauer hätten ihre Preise noch höher hinaufgeschraubt, wäre nicht die Großschlächterei als Preisregulator dagewesen. Schließlich wurde unter anderen auch der Antrag eingebracht, in der Nähe der Grenze Schlachthäuser zu errichten. In einer Versammlung des christlichsozialen Arbeitervereins betonte Gemeinderat Kunschak am 3. Dezember, „die österreichischen Agrarier scheuen sich, den Wiener Markt zu beschicken, den die Viehhändler ausbeuterisch beherrschen". Durch Machinationen sind die Kommissionäre am Wiener Viehmarkte die unumschränkten Herren geblieben. Da die Kommissionäre das Jungvieh vorwegkaufen und von dem Bauer mästen lassen, kann der Bauer das Vieh nicht an das Übernahmsamt abgeben. Aus einem amtlichen Berichte erfährt der Gemeinderat in der Sitzung vom 11. Jänner 1907, daß die Fleischpreise pro 100 kg um 6 K gefallen sind; daß unsere Fleischhauer mit dem Preise herabgegangen wären, davon hat man nichts gehört. Im Jänner 1907 wurde ein Vertragsverhältnis der Großschlächterei-Aktiengesellschaft mit der Genossenschaft in Aussicht genommen. Es soll beim Einkauf und Verkauf die Mitwirkung der Fachleute gesichert und die Einheitlichkeit sowie rationelle Gestaltung des Betriebes hergestellt werden.

In der Großschlächterei wurde seit 19. Jänner der Preis für hinteres Rindfleisch herabgesetzt. Zur Linderung der Fleischnot haben die Staatsbahnen bis Ende März 1907 Tarifnachlässe für Vieh und als Frachtgut befördertes Fleisch um 50% gewährt und ebenso die Privatbahnverwaltungen ähnliche Begünstigungen.

Märkte.

Unter Lueger wurde eine Anzahl neuer Lebensmittelmärkte errichtet und erweitert, so z. B. der Fischmarkt, der Gemüsemarkt

am Obstmarkt. Am 19. Mai 1906 wurde die Viktualienhalle feierlich eröffnet. Damit ist die Zentralmarkthalle zum Abschluß gebracht. Die Gesamtkosten des Gebäudes, einschließlich der Einrichtung, beziffern sich mit rund 925.300 K. Nicht vergessen werden darf der Christkindlmarkt. In der Großmarkthalle wurden Kühlanlagen errichtet, die Schlachthäuser wurden vergrößert, im Juni 1905 die Errichtung eines Schweineschlachthauses um 250.000 K beschlossen, in der Sitzung vom 11. Dezember 1906 für den Bau eines Zentralpferdeschlachthauses 500.000 K genehmigt.

Unzählig sind die Petitionen, die Dr. Lueger namens der Gemeinde Wien an die Regierung richtete um Verbilligung des Frachtentarifes der Nordbahn für Kohlentransporte, um Expropriation des Kohlengrubenbesitzes, um Aufhebung des Kunstweingesetzes, um Durchführung des Donau-Oderkanales, um Auflassung der Verzehrungssteuer, um Aufhebung des Hausierhandels 2c.

Sparkassen.

Anläßlich des Regierungsjubiläums wurde die städtische Kaiser Franz Josef-Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt ins Leben gerufen. Bei der Polizzenverteilung am 2. Dezember 1905 erwähnte der Bürgermeister, „daß die Anstalt zu dem Zwecke geschaffen wurde, um denjenigen, welche einen Versicherungsvertrag abschließen wollen, eine vollständige, gesunde, sichere Basis zu bieten, um ihnen zu sagen: Kommt her, hier ist ein Verlust unmöglich, denn die Gemeinde Wien selbst ist es, welche die Garantie bietet, die Gemeinde Wien ist es, welche diese Anstalt nie sinken lassen wird. Ich glaube, jeder Wiener und jede Wienerin sollte es als Ehrenpflicht betrachten, bei dieser Anstalt eine Versicherung einzugehen. Dann wird es möglich sein, immer weitere und weitere Kreise heranzuziehen und auf diese Weise ein Institut zu schaffen, welches

unser aller Bewunderung hervorruft." Und im Jahre 1904: „Wir verbinden mit anderen Zwecken den, in der Bevölkerung immer mehr und mehr zur Geltung zu bringen, daß die Versicherung des Alters, die Versicherung für den Todesfall von außerordentlich sozialer Bedeutung ist. Wenn der Gemeinderat die städtische Versicherungsanstalt ins Leben gerufen hat, so ist er von der Anschauung ausgegangen, daß das Versicherungswesen eigentlich die Erfüllung einer öffentlichen Pflicht ist." Aus dem Erträgnisse des Fonds werden alljährlich am 2. Dezember armen, nach Wien zuständigen Schulkindern Altersrentenpolizzen überreicht. Seither wurden alljährlich 40 Knaben und 40 Mädchen mit Polizzen beteilt. Dieselbe sichert den Knaben vom 60. Lebensjahre an eine lebenslängliche jährliche Rente von 360 K und den Mädchen, daß sie bei Vollendung ihres 24. Lebensjahres ein Kapital von 750 K ausbezahlt bekommen. Die Prämien dieser Polizzen werden aus den Zinsen jenes Jubiläumsfonds von 1 Million Kronen entnommen, welchen der Wiener Gemeinderat für diesen Zweck gewidmet hat. Bei der Beteilung im Jahre 1904 sagte der Bürgermeister: „Die Kinder, die heute beteilt werden, können die Wichtigkeit dessen, was sie erhalten, noch nicht ganz erfassen, aber die Eltern können ihnen in späteren Jahren beibringen, welch großer Schatz ihnen heute eingehändigt worden ist." Das Berichtsjahr 1904 schloß mit einem Überschuß von fast 115.000 K; das Jahr 1905 mit einem Überschuß von 158.370 K.

In der bereits mehrfach erwähnten Wählerversammlung im I. Bezirk anfangs April 1905 sagte Dr. Lueger: „In der nächsten Zeit wird die Gemeinde die Frage der Errichtung einer städtischen Sparkasse beschäftigen. Mit Kleinem fängt man an, mit Großem hört man auf. Mit der Sparkasse fangen wir an, ist es möglich, dann kommt die städtische Bank an die Reihe. So denken wir fortzuarbeiten an der Vervollkommnung von allem, was in Wien vorhanden ist, und Sie werden es mit Ihrem

Beifall und Wohlwollen begleiten. Wir werden arbeiten mit den Waffen des Geistes, mit den Erfindungen der Neuzeit, und den Gegnern beweisen, daß wir nicht Dunkelmänner, sondern Lichtmänner im vollsten und edelsten Sinne des Wortes sind."

Der Stadtrat unterbreitete auf Grund eines Elaborates des Magistrates einen Antrag behufs Errichtung einer Zentralsparkasse der Stadt Wien und in der Sitzung vom 22. Oktober 1906 erstattete Vizebürgermeister Dr. Porzer das Referat. Ein altes Projekt der christlichsozialen Partei ist hierdurch verwirklicht worden, und es ist alle Aussicht vorhanden, daß auch dieses städtische Unternehmen florieren werde. Gemeinderat Grünbeck sagte: „Wir setzen die größten Hoffnungen in die Sparkasse, weil wir zwei gute Zwecke im Auge haben: einesteils der Bevölkerung Gelegenheit zum Sparen zu geben, anderseits den Reingewinn nützlichen Zwecken zuzuwenden. Wir wollen auch den Gewerbetreibenden und Beamten Gelegenheit geben, wenn sie Geld brauchen, nicht wucherische Zinsen zahlen zu müssen."

Im Schlußwort bemerkt Dr. Porzer, daß die Gründung einer Sparkasse schon vor vielen Jahren von der antisemitischen Partei angeregt, aber damals von der liberalen Partei nicht akzeptiert wurde, und wirft namentlich dem Gemeinderat Zifferer vor, daß er gegen alle kommunalen Gründungen gewesen ist. Einen solchen Mann, der durch die großartigen Erfolge der städtischen Unternehmungen nicht belehrt worden sei, zu belehren, gebe er im vorhinein auf.

Für die Kosten der Errichtung und Inbetriebsetzung der Anstalt wurde ein Kredit von 200.000 K bewilligt.

Diese neueste Schöpfung unserer Reichshauptstadt wurde am 1. Jänner 1907 mit einem feierlichen Gottesdienst eröffnet. Beim Festessen sprach der Bürgermeister: „Ich betrachte die städtische Sparkasse als eines der wichtigsten Institute, das uns

ins Leben zu rufen gegönnt war. Die ſtädtiſche Sparkaſſe wird entweder in der Form oder in einer erweiterten Form fortwährend beſtehen bleiben. Die erſte Filiale wird im XVI. Bezirk, für meinen Freund Schuhmeier, errichtet werden."

Und beim Neujahrsempfange äußerte er: „Im Jahre 1907 wird wieder Großes zu leiſten ſein. Unmittelbar vor Ihnen war Ausſchuß und Kuratorium der Zentralſparkaſſe bei mir, um die Angelobung zu leiſten. Auch dieſes Inſtitut wird wieder dazu beitragen, um die Unabhängigkeit der Stadt Wien nach einer anderen Richtung hin zu garantieren. Durch die ſtädtiſchen Gaswerke haben wir uns unabhängig gemacht von der Macht der engliſchen Gasgeſellſchaft, durch die ſtädtiſchen Elektrizitätswerke, durch die ſtädtiſchen Straßenbahnen beherrſchen wir das ganze Verkehrsweſen, und wenn die Zentralſparkaſſe dazukommt, haben wir auch die Herrſchaft auf dem Gebiete des Finanzweſens, was für uns von außerordentlich ſegensreicher Bedeutung ſein wird."

Mit der Zentralſparkaſſe iſt eine Heimſparkaſſe verbunden, die namentlich für Unbemittelte eine Wohltat iſt, da eine leichte Möglichkeit, Sparpfennige zuſammenzulegen, gegeben iſt und dieſe gut verzinſt werden.

Weitere Schöpfungen.

Zu den beſtehenden Volksbädern wurden ſechs weitere hinzugefügt und für dieſelben rund 700.000 K verausgabt. Für ein Volksbad im VII. Bezirk wurden im Jahre 1905 150.000 K eingeſtellt.

Das Budget für 1907 enthält die Poſt: Erbauung eines Volksbades in Ottakring, Redtenbachergaſſe, mit 100.000 K; für Liebhartstal ſind 40.000 K projektiert. Im April 1905 wurde das Projekt für die Inſtandſetzung und Ausgeſtaltung des Thereſienbades mit einem Koſtenaufwande von 126.000 K vom

Stadtrat genehmigt. Dazu kommen die neuen fünf Strombäder im Donaukanal.

Das Pflasterwesen war lange Zeit ganz vernachlässigt, in den Jahren 1900—1904 wurden hierfür allein über 25 Millionen Kronen ausgegeben. Das ist weit mehr als das Doppelte früherer Jahre. Als Gesamtbetrag für Pflasterungen im Jahre 1905 waren 5,392.000 K eingestellt, für 1906 für Straßenpflege und Erwerbung von Stein- und Schotterbrüchen 3,965.000 K. Außer der Verbesserung des Straßenwesens ist noch die Erweiterung der Straßen zu nennen, alles Arbeiten, deren Durchführung große Geldmittel beansprucht.

Der Bau der Hauptsammelkanäle wurde zum größten Teil fertiggestellt und damit ein Werk von hoher sanitärer Bedeutung der Vollendung zugeführt. Für Kanalbauten wurden für das Jahr 1905 1,719.200 K eingestellt; so für den Simmeringer Sammelkanal 420.000 K. Für die Einwölbung des Krottenbaches wurden in diesem Jahre 106.407 K eingestellt.

„Im Jahre 1907", so sagte der Bürgermeister in seiner Neujahrsrede, „wird es uns auch gelingen, die Brückenfrage zum Hauptteil zu lösen, insbesondere den Bau der Brücke an Stelle der alten Schlagbrücke. Damit verschwindet der letzte Brückenpfeiler aus dem Donaukanal." Nachdem die Jahre vorher mehrere Brücken umgebaut und neugebaut wurden, so die Marienbrücke, für die im Budget des Jahres 1906 360.000 K eingestellt waren, sind im Jahre 1907 für den Umbau der Ferdinandsbrücke 700.000 K eingestellt. Für Brückenbau stehen im Budget des Jahres 1907 1,055.000 K.

Städtische Wohnungsnachweisämter wurden in allen Bezirken errichtet, die schon gut funktionierend eingerichtet sind, auch wurde eine Wiener Auskunftei für Sommerwohnungen errichtet. Gemeindevermittlungsämter, die Streitigkeiten von Parteien außergerichtlich zu schlichten haben, wurden in mehreren Bezirken gleichfalls errichtet.

Sorge für die Bediensteten.

Seitdem Gaswerke, Straßenbahnen und Elektrizitätswerke städtische Betriebe sind, stehen mehr als 11.000 Arbeiter im Dienste der Gemeinde Wien. Ihnen allen sind günstige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugesichert; die Gemeinde trägt Sorge für sie, wenn sie krank werden, und sie gewährt ihnen eine Altersversorgung, wenn sie längere Zeit im städtischen Dienste waren. Nach dem Voranschlage für 1907 beträgt der Lohnetat für städtische Beamte und Diener 14 Millionen Kronen.

Gemeinderat Kunschak gibt in der Gemeinderatssitzung vom 11. Dezember 1906 seiner Freude darüber Ausdruck, daß im Voranschlage die bedeutende Summe von nahezu einer Viertelmillion für die Aufbesserung der Bezüge der städtischen Bediensteten, der Straßenarbeiter, eingestellt ist. Dadurch werde auch eine automatische Erhöhung der anderen Bedienstetenlöhne herbeigeführt werden. Nach verschiedenen Anträgen auf Regelung der Dienstverhältnisse der Diener der verschiedenen Kategorien bespricht er den Dienst unter der Fuchtel der Sozialdemokratie und beweist seinen Satz:

Die Sozialdemokraten tun in ihren Unternehmungen mit ihren Angestellten dasselbe, was die von ihnen als „Ausbeuter" beschimpften Fabrikanten tun; die Sozialdemokraten heucheln, wenn sie sich für die Beamten einsetzen.

Zu den Sozialdemokraten gewendet, erklärt Gemeinderat Kunschak: „Ihre Bediensteten von den Konsumvereinen haben keine Pensionsberechtigung und keine Krankenversicherung. Beim ‚Vorwärts' wurde den Buchdruckern von Singer mitgeteilt, daß der Verwalter ausschließlich die Interessen des ihm anvertrauten Geschäftes zu wahren habe.

Gegenüber den eigenen Genossen wird in den sozialdemokratischen Unternehmungen der brutalste Unternehmerstandpunkt eingenommen. Man staunt über die Unsumme von Mut,

der dazu gehört, in öffentliche Körperschaften zu kommen und gegen ihre Verwaltungen Vorwürfe zu erheben. Wir sind uns bewußt, daß wir noch viele Aufgaben unseren Bediensteten gegenüber zu erfüllen haben. Wir werden dieser Aufgabe gerecht, weil wir eine christlichsoziale Partei sind, weil wir wissen, was wir unserer christlichen und sozialen Überzeugung schuldig sind. Sie, die alle Ihre Grundsätze in Ihren Betrieben schänden und mit Füßen treten, sind die letzten, die das Recht haben, als Ankläger oder Mahner aufzutreten."

Der Bezug der Kohlenführer wurde in der Sitzung vom 10. Februar 1907 auf 3 K erhöht. Der Genosse Gemeinderat Skaret benützte diese Gelegenheit und sagte: „Wenn die städtischen Arbeiter nun mehr Gehalt bekommen, so verdanken sie das nur den — Sozialdemokraten, die die Gemeinderatsmajorität ‚erziehen'." Gemeinderat Schwer gab den Sozialdemokraten den dringenden Rat, selbst ihre Lehren praktisch zu betätigen. „Es ist nachgewiesen worden, daß im sozialdemokratischen Konsumverein Stellen existieren, die wöchentlich 12—13 K eintragen. Die Schwerfuhrwerker haben Sie in den Streik getrieben und sich für die Bezahlung eines Minimallohnes von 26 K pro Woche eingesetzt. Sie selbst zahlen aber Ihren Kutschern 12—13 K pro Woche. (Gemeinderat Winarsky: Wo ist es nachgewiesen?) Es steht in Ihren sozialdemokratischen Blättern. Es ist nachgewiesen, daß 960 Arbeiter keinen Ruhetag bei Ihnen haben, daß sie ausgeschunden werden. Kommen Sie uns daher nicht mit Ihrer Arbeiterfreundlichkeit."

In der Gemeinderatssitzung vom 1. März kam Gemeinderat Kunschak nochmals auf die Lohnregulierung der städtischen Straßenarbeiter und Fuhrwerksbediensteten zu sprechen und weist nach, daß das Arbeitsquantum, das ein Straßenarbeiter in Wien zu bewältigen hat, geringer ist als in Berlin und daß schon der Anfangsgehalt ein besserer ist. In Berlin hat der Straßenarbeiter um nahezu 2000 m mehr pro Tag zu reinigen. Weiters

weist er wieder auf die Lage der Bediensteten in den sozialdemokratischen Unternehmungen hin und betont, daß der Wiener Gemeinderat als Arbeitgeber den Sozialdemokraten ein leuchtendes Beispiel biete. In derselben Sitzung wurde die Aufbesserung der Löhne der städtischen Straßenarbeiter und Fuhrwerksbediensteten genehmigt. Kostenaufwand 797.017 K.

Betreffs der Herabsetzung der Dienstzeit wurde den der Dienstpragmatik unterliegenden städtischen Angestellten sowie den Kanzlisten und Diurnisten das Recht eingeräumt, zu verlangen, daß sie nach zurückgelegtem 35. (bisher 40.) Dienstjahre in den bleibenden Ruhestand versetzt werden. Den Beamten, zu deren Eintritt die Absolvierung einer Hochschule vorgeschrieben ist, sowie den Marktamtsbeamten soll das Recht eingeräumt werden, im Falle der Dienstunfähigkeit bereits nach zurückgelegtem 30. Dienstjahre mit voller Pension in den Ruhestand zu treten. Die Mehrbelastung des Pensionsfonds in diesem Jahre ergibt 157.000 K.

Beim Empfange des VII. internationalen Arbeiterversicherungskongresses im September 1905 sprach der Generalreferent Geheimrat Dr. Bödicker und betonte den Zauber, den Wien auf jeden Deutschen ausübe. Er fuhr fort: „Die Erweiterung Wiens, die Regulierung der Donau, die Stadtbahn und die Straßenbahn, Gas- und Wasserwerk, die Elektrizitätswerke — all dieses ist einem erleuchteten Bürgermeister und einer tatkräftigen Gemeindevertretung zu verdanken. So ist Wien eine moderne Stadt an Haupt und Gliedern. Und was für uns von hervorragender Bedeutung ist: einer der größten Arbeitgeber. Die Stadt Wien ist auch auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge mustergültig vorangeschritten, sie besitzt vorzügliche Wohlfahrtseinrichtungen. Und so wünsche ich Ihnen, Herr Bürgermeister, daß Ihr Geist, Ihre Intelligenz, Ihre Kraft in der Bürgerschaft immer weiter wachse und blühe und daß die Stadt blühe und gedeihe für alle Zeiten!“

Wer immer im Dienste der Gemeinde steht, Beamte, Lehrer, Diener oder Arbeiter, braucht um seine Zukunft keine Sorge zu haben, und dieses Gefühl der Sicherheit ist geeignet, jene Freude am Beruf und an der Arbeit aufkommen zu lassen, die Gemeingut aller Menschen sein sollte.

Arbeitsvermittlungsamt.

Daß sich sehr viele Menschen um eine städtische Anstellung bewerben, ist begreiflich. Ebenso begreiflich aber, daß nicht alle aufgenommen werden können. Doch auch diesen hilft die Gemeinde. Am 12. September 1898 wurde das städtische Arbeitsvermittlungsamt eingerichtet; das Hausgesinde blieb einstweilen ausgeschlossen. Die Vermittlung ist für Arbeitsuchende unentgeltlich. Zufolge Gemeinderatsbeschlusses vom 3. Februar 1903 wurde die Wirksamkeit des Amtes auch auf die Vermittlung des Hauspersonales ausgedehnt und dasselbe „Arbeits- und Dienstvermittlungsamt" bezeichnet. Für das weibliche Dienstpersonale wurden schon in fast allen Bezirken (20) Dienstvermittlungsstellen errichtet und vermitteln mehr als 90% der Dienstsuchenden. Im Jahre 1904 wurden für männliche und weibliche Arbeit- und Dienstnehmer über 113.736 Stellen unentgeltlich besetzt, im Jahre 1905 129.366. Die Zahl der gewerbsmäßigen Dienstvermittler hat sich seit Errichtung der städtischen Dienstvermittlungsstellen um mehr als 50 verringert.

II. Kaiser Franz Josef-Hochquellenwasserleitung.

Den bereits erwähnten großartigen Leistungen reiht sich an als eines der gewaltigsten Werke, das sein Werden der Tatkraft des Bürgermeisters Dr. Lueger verdankt, die zweite Wasserleitung für Wien, die „Kaiser Franz Josef-Hochquellenwasserleitung", die über 200 km weit her aus dem Siebenseen-

gebiete der grünen Steiermark täglich mehr als 2,000.000 hl tadellos reines Wasser nach der Kaiserstadt tragen wird. Es ist ein Werk ohnegleichen auf der ganzen Erde und den größten Werken des Altertums vergleichbar. Am 11. August 1900 fand die feierliche Grundsteinlegung in Wildalpen statt. Fertiggestellt soll das Werk im Jahre 1910 werden.

Die Wiener Hochquellenleitung gilt als das hervorragendste Werk der früheren Gemeindevertretung. Doch dieses führt täglich bloß mehr als 1,000.000 hl Wasser über 100 km weit zu. Das neue Werk wird demnach das alte weit überstrahlen, und wo die frühere Verwaltung einzig groß gewesen zu sein glaubte, erweist sich die heutige noch größer und mutiger, bemerkt Abgeordneter Mayreder.

Für den Bau der II. Hochquellenleitung wurden im Jahre 1904 2,013.000 K bewilligt: Für das Jahr 1906 10,846.670 K, für das Jahr 1907 1,825.900 K. Für die Erweiterung der I. Hochquellenleitung für das Jahr 1906 1,628.300 K, für das Jahr 1907 1,392.000 K.

Auch behufs der Nutzwasserleitung wurden mit der belgischen Gesellschaft der Wientalwasserleitung Verträge abgeschlossen und Sicherstellungen festgesetzt, die eine Verunreinigung des Wassers unmöglich machen.

Wien — Gartenstadt.

Aber auch auf anderen Gebieten, wo die Ausgaben einzig zum Wohle der breiten Schichten gereichen, ohne daß daraus Vorteile für den Stadtsäckel erwachsen, wurde unter der neuen Verwaltung Großes geleistet. Wiens Bürgermeister ist ein warmer Naturfreund; dieser Liebe zur Natur verdankt es Wien, daß Dr. Lueger die Kaiserstadt zu einer Blumen- und Gartenstadt ausgestaltet hat. Die Errichtung zahlreicher neuer und die erhöhte Pflege der bestehenden Gärten gehört mit zu den glanzvollsten Taten des gegenwärtigen Bürgermeisters.

Abgeſehen davon, daß dieſe Gärten und Parkanlagen zur Verſchönerung und Geſundheit der Stadt beitragen, kommen ſie gerade der armen Bevölkerung zugute, die ſich einen Landaufenthalt nicht verſchaffen kann. In einer der erſten Stadtratsſitzungen des Jahres 1897 tat Dr. Lueger den denkwürdigen Ausſpruch: „Wo in Wien ein Platz für einen Baum iſt, da will ich, daß einer gepflanzt werde.“ Mit Recht konnte er bei der Begrüßung der Teilnehmer des botaniſchen Kongreſſes im Juni 1905 ſagen: „Daß ich ſelbſt ein Bewunderer ihrer Wiſſenſchaft und ein praktiſcher Anwender derſelben bin, wird Ihnen vielleicht ſchon aus manchem klar geworden ſein, was Sie in dieſer Stadt geſehen haben. Ich huldige nämlich dem Grundſatz, daß in einer Stadt, wo ein Platz für einen Baum iſt, der Baum auch gepflanzt werden muß. . . Wenn Platz für eine Gartenanlage iſt, ſoll ſie errichtet werden. Wenn Platz für einen Park iſt, muß ein Park geſchaffen werden.

Es darf nicht der Fall ſein, daß den Kindern in der Stadt der Lehrer in der Schule nur ein Blatt oder eine Pflanze zeigt, die Kinder ſollen auch in der Stadt aufwachſen in Gottes herrlicher Natur.“

Im Mai desſelben Jahres ſagte er bei Überreichung von Auszeichnungen an verdiente Gärtner: „Ich bin ſtets ein Anhänger des Prinzipes geweſen, dorthin einen Baum zu pflanzen, wo nur ein wenig Platz ſich findet. Und wenn der Platz zu klein iſt, dann ſoll eine Blume zwiſchen den Steinbauten gepflanzt werden, damit die unerreichbaren Werke Gottes zwiſchen den Gebilden von Menſchenhand unſere Bewunderung finden, ſo will ich, daß Wien eine Gartenſtadt ſei. Ich ſpreche die Hoffnung aus, daß jeder Bürgermeiſter nach mir dieſem Prinzip huldigt und den Gartenbau fördert. Nicht bloß die Ziergärtnerei allein, die das Auge erfreut, nicht bloß große Anlagen, die die Wirkung der Staubmaſſen paralyſieren ſollen, ſondern auch die Nutzgärtnerei; meine Nachfolger mögen bedenken, daß es von

hohem handelspolitischem Werte für die Großstadt Wien ist, wenn der Bedarf an feinem Gemüse nicht aus dem Auslande bezogen, sondern im Inlande selbst gedeckt werden kann."

Bei Eröffnung des Siebenbrunnens konnte er in seiner Ansprache an den Bezirksvorsteher Schwarz sagen: „Es ist bekannt, daß ich seither auf die Ausgestaltung meiner Vaterstadt zu einer großen Gartenstadt das größte Gewicht gelegt habe. Ich glaube, daß es mit Hilfe tüchtiger Beamter und insbesondere des Stadtgarteninspektors Hybler gelungen ist, das wahr zu machen, daß Wien eine der schönsten Städte geworden ist, die es überhaupt auf Gottes Erde gibt." (Bei Überreichung des goldenen Verdienstkreuzes, September 1904, an den von Dr. Lueger hochgeschätzten Stadtgarteninspektor Hybler sagte der Bürgermeister: „Man hat früher geglaubt, daß nur Ausländer in der Lage sind, solche Gartenanlagen auszuführen, und als der letzte Ausländer gestorben war, wurde wieder die Frage in Erwägung gezogen, ob nicht wieder ein Ausländer berufen werden soll. Es ist ein großes Glück, daß ich den Akt ruhig habe liegen lassen.")

„In Wien ist für das Volk in den letzten Jahren so viel geleistet worden, daß nicht mehr geleistet werden kann. Und wenn wir nichts anderes geleistet hätten, als daß wir überall dort, wo noch Platz gewesen, einen Baum gepflanzt hätten, hätten wir für die Bevölkerung Unsterbliches geleistet. . . Andere Parteien haben Jahrzehnte geherrscht, es ist gar nichts geschehen. Wie ich die Straßen aufreißen lassen mußte, um die Gasrohre zu legen, haben die Judenjournale gesprochen von Schutt-Wien, sie haben geschrieben, daß eine Epidemie die andere ablösen wird, und jetzt mußten sie schreiben, daß überall Gartenanlagen sich befinden. Aus Schutt-Wien ist geworden die schönste Stadt der Welt, die Gartenstadt Wien." Aus diesen Worten, die er im November 1904 in einer großen Versammlung beim „Auge Gottes" sprach, geht hervor, welche Bedeutung Lueger dem Plane beimißt, Wien zu einer Gartenstadt zu machen.

Dr. Lueger ist jeder Baum ein Heiligtum. Des öfteren, meistens bei Beratung über Aufstellung von Denkmalen in öffentlichen Gärten, äußerte er: „Macht, was Ihr wollt, nur meinen Bäumen darf nichts geschehen." Die Regulierung der aufgelassenen Friedhöfe soll in der Weise geschehen, daß die Gemeinde Wien nicht einen Heller Vorteil daraus zieht und noch gewaltige Summen wird aufwenden müssen, um Änderung zu schaffen. „Ich will," so sagte er in der Sitzung des Gemeinderates vom 27. Juni 1905, „soweit es möglich ist, ordentliche Parkanlagen daraus machen." Die Gemeinde Simmering hatte keinen Park. Es wurde im Jahre 1905 eine Gartenanlage geschaffen und diese bedeckt eine Area von 15.000 m². Die Herstellungskosten beliefen sich auf 70.000 K. Der „Maria Josefa-Park" wurde 1906 fertiggestellt. Sein Gesamtflächenausmaß beträgt 114.000 m², so daß er größer ist als der Stadtpark und Kinderpark zusammen. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 500.000 K. Von den neueren Anlagen seien noch hervorgehoben: Der Türkenschanzpark, der aus einem Schutthaufen erstand. „Aus den Sandstätten hinterm Türkenschanzpark ließe sich der schönste Park Europas machen, wenn wir sie einmal hätten", bemerkte er in einer Versammlung. Der „Arenberg-Park" im III. Bezirk, für dessen Erwerbung beinahe 1 Million Kronen verwendet wurden. Eine der größten Anlagen, die entstanden ist, ist jene, welche unter dem Sammelnamen „Gürtelanlagen" bekannt ist und auf eine Strecke von 6 km und eine Fläche von über 65.500 m² sich erstreckt. Da die heutige Gemeinderatsmajorität ihren Einzug ins Rathaus hielt, bedeckten die städtischen Anlagen kaum eine Fläche von 800.000 m². Heute beträgt das Areale 1,500.000 m². Während zu Beginn der neuen Ära für die Erhaltung der öffentlichen Anlagen jährlich 300.000 K gewidmet waren, stieg die Summe für die Erhaltung im Jahre 1904 auf 800.000 K, für die Neuherstellung wurden in demselben Jahre 720.000 K gewidmet, mithin über 1·5 Millionen Kronen. Wenn bereits heute überall, wo nur die Möglichkeit sich bietet —

man braucht nur die Stadtbahntunnels anzuſehen — freundliches Grün die Augen der Paſſanten erfreut und Ruhebänke zur Raſt einladen — auch die Gegner — ſo iſt das ein Verdienſt Dr. Luegers und ſeiner Partei. Von der einer Großſtadt würdigen Einfriedung der Gärten will ich gar nicht reden. Selbſt Luegers Feinde müſſen die herrliche Verſchönerung Wiens durch Lueger anerkennen. Der liberale Gemeinderat v. Dorn ſagte in der Budgetdebatte im Dezember 1906: Bürgermeiſter Dr. Lueger habe eine beſondere Vorliebe für die Verſchönerung des Antlitzes der Stadt, das müſſe ein jeder zugeſtehen; er habe ſich um alles angenommen, was in dieſer Hinſicht Wirkſamkeit habe. Redner verweiſt u. a. auch auf die Anlagen, kurzum auf Unternehmungen dekorativer Natur, und betont, der Bürgermeiſter ſei ein erſter Meiſter ſeines Faches.

Wald- und Wieſengürtel.

Am 14. Mai 1905 hat der Gemeinderat, und zwar einſtimmig, einer der genialſten Ideen unſeres Bürgermeiſters zugeſtimmt, der Schaffung eines Wald- und Wieſengürtels. Der Plan iſt der Lieblingsgedanke unſeres Bürgermeiſters, der für das Wohl künftiger Generationen beſorgt iſt. Denn er ſelbſt wird — wie er mit bewegter Stimme ſagte — die Ausführung ſeines Rieſenwerkes nur teilweiſe erleben, aber er will wiſſen, daß durch ihn Wien ein Juwel wie keine andere Stadt der Welt erhält, ein Juwel, das allein die Erinnerung an Dr. Lueger unauslöſchlich machen wird. „Ein Teil beſteht ja ſchon," wie er dabei erklärte, „es iſt die Straße von Neuwaldegg nach Hüttelsdorf, die zu den ſchönſten Straßen zählt, die exiſtieren. Wenn man dieſe Straße wandert, dann geht einem das Herz auf über die Schönheit des Wiener Waldes." Von dieſem — dem Stolz jedes Wienerkindes — und den Wäldern von Wien erklärte er: „Ich werde immer beſtrebt ſein, daß die Wälder um Wien als Bann-

wald erklärt werden. Wo Wälder fehlen, soll ein schöner Wiesengürtel erstehen." In einer Wählerversammlung des I. Bezirkes im April 1905 sagte er: „Die Schaffung des Wald- und Wiesengürtels wird erst nach Jahrzehnten möglich sein und sie bedingt einen Schlußpunkt, die Lobau. Diese wird berufen sein, den Prater zu ersetzen und der Bevölkerung einen Ausflugsort zu bieten, wie er schöner vielleicht in der ganzen Welt nicht vorkommt. Wir müssen unsere Berge, Wälder und Wiesen speziell gegen die westliche Seite der Stadt zu unter jeder Bedingung erhalten. Dabei soll eine Höhenstraße dazu beitragen, den Wienern einen Ausflug zu ermöglichen, wie er nur noch in italienischen Städten möglich ist." „Die Lobau-Insel soll der künftige Prater von Groß-Wien werden," hören wir ihn im Mai desselben Jahres in einer Versammlung des XXI. Bezirkes versichern. Da zur augenblicklichen Realisierung des Planes 25·5 Millionen Kronen erforderlich sind, und ein Anlehen aufgenommen werden müßte, der Bürgermeister aber stets strengste Rücksicht darauf nahm, daß die von der Gemeinde aufgenommenen Anleihen stets ihre Verzinsung und Amortisation aus den geschaffenen Unternehmungen fanden, so sollen die erforderlichen Wälder und Wiesen allmählich von der Gemeinde erworben werden.

Dem Entwurfe, wie er dem Stadtrat vorgelegt wurde, ist zu entnehmen, daß der Wald- und Wiesengürtel, am Fuße des Leopoldsberges an der Donau beginnend, in verschiedener Breite im großen Bogen zum Wienfluß, von da zur Wien-Pottendorfer Bahn und in seinem weiteren Verlauf zur Lobau führen soll. Den Abhängen des Wiener Waldes entlang soll eine etwa 29 km lange Höhenstraße angelegt werden — und einen Höhenweg von 29—183 m über dem Donauspiegel nehmen — wozu bestehende Straßenzüge in einer Länge von 5 km Verwendung finden. Diese geplante Hochstraße soll mittels eines Viaduktes das Sieveringer Tal übersetzen und wird einen ununterbrochenen Straßenzug von der Hohen Warte bis zur Linzerstraße im XIII. Bezirk darstellen.

Der Wald- und Wiesengürtel wird 4400 ha bedecken. Dazu kommen 917 ha der schon bestehenden Wiener Gartenanlagen. Auf der Höhe des Dreimarksteins wird von einem 30 m hohen Aussichtsturm das prächtige Werk zu überschauen sein.

„Ein stolzeres und lieblicheres Denkmal konnte sich unser großer Bürgermeister nicht ersinnen", bemerkt dazu die „Reichspost".

Wenn einst dieses grüne Band die Kaiserstadt umsäumen wird, dann hat die alte Wiener Bezeichnung: „Wean mitten im Grean" erst seine vollste Bedeutung. Jung und alt wird einst den Segen dieser Schöpfung genießen und die Ausführung dieses Riesenwerkes wird für alle Zeiten unserer Stadt die Eigenschaft sichern, daß sie ein gesunder und angenehmer Aufenthalt für ihre Bürger ist. Zugleich wird dieses Gartenmeer einen der wichtigsten Anziehungspunkte für den von Jahr zu Jahr sich steigernden Fremdenverkehr bilden.

Die Gesundheitsverhältnisse Wiens.

Eine der erfreulichsten Erscheinungen ist die Besserung der Gesundheitsverhältnisse in Wien. Der Gartenbesitz der Stadt ist seit 1893 von 773.149 m^2 auf 1,500.000 m^2 vermehrt worden; der Ausbau des Wasserleitungsnetzes vermittelt nunmehr der gesamten Wiener Bevölkerung gesundes Quellwasser, eine Assanierungsmaßregel, die durch den Bau der zweiten Hochquellenwasserleitung und die Beschaffung einer für alle Bedürfnisse ausreichenden Wassermenge noch einschneidender werden wird. Die außerordentliche Ausdehnung des städtischen Verkehrsnetzes ermöglicht der Bevölkerung, rasch und billig an die Stadtränder zu gelangen und die freundlichen Gaben des Wiener Waldes zu genießen. Dies alles hat in den Verhältnissen der Großstadt still und ohne daß es der einzelne augenblicklich merkt, eine große Umwälzung zum Bessern vollzogen. Der Tod hat an Recht verloren, die Sterblichkeit in der Wiener Bevölkerung ist stark zurückgegangen; während

im Jahre 1891 bei einer Gesamtbevölkerung von 1,378.530 Personen 34.479 Todesfälle zu verzeichnen waren, starben im Jahre 1902 unter 1,726.604 Personen nur mehr 33.857. Im Jahre 1903 starben bei einer Gesamtbevölkerung von 1,797.992 Personen 32.818; im Jahre 1904 bei einer Gesamtbevölkerung von 1,834.803 Personen 32.919 Personen. Die Sterblichkeit ist also relativ und sogar auch absolut gefallen. Das Befriedigendste an diesen Ziffern ist, daß sich die Besserung der Gesundheitsverhältnisse auf alle Klassen der Bevölkerung erstreckt und gerade in den ärmeren Schichten am allermeisten eingegriffen hat. (Nach der „Reichspost".)

Kunst und Wissenschaft.

„Doch wie Lueger auf diesem Wege seine geliebte Vaterstadt verjüngt, in ihre starre Ziegel- und Steinwelt gleichsam den Frühling hineingezogen hat, die ewig sich erneuernde, grünende und duftende Natur, so ist anderseits das alte Wien seinem Schutze nicht entgangen. Er hat die ehrwürdigen Reste und beredten Zeugen einer ereignisvollen Vergangenheit zu achten und zu schonen gewußt und für die zerstreuten Überbleibsel längst vergangener Tage ein Asyl eingerichtet, gleichsam ein steinernes, erzenes, tönernes, gläsernes Archiv der Geschichte Wiens und seiner Bewohner bis in deren Urzeit hinauf", schreibt Exzellenz Freiherr v. Helfert in seinem Rückblick vom Jahre 2004.

Anläßlich des Regierungsjubiläums wurde der Bau eines städtischen Museums beschlossen, dessen Ausführung leider noch nicht realisiert werden konnte. 2·5 Millionen liegen zum Bau bereit, doch ist die Lösung dieser Frage immer noch eine schwere.

Kunst und Wissenschaft fanden in Dr. Lueger stets einen eifrigen, opferwilligen Förderer. Unter seiner Bürgermeisterschaft fanden die bildenden Künstler ein reiches Arbeitsfeld. Die Er-

richtung der modernen Galerie, für die die Gemeinde große Beträge aufwendete, der Ankauf der berühmten Gerlachschen Sammlung, die zahlreichen Brunnen und Denkmale, deren Ausführung die Gemeinde Wiener Künstlern übertrug, lassen deutlich erkennen, daß die Gemeinde Wien das Bestreben leitet, die heimischen Künstler zu fördern und in tatkräftiger Weise zu unterstützen. Dasselbe gilt auch von der Wissenschaft. Von den Denkmalen und Brunnen nenne ich nur den Rainer-Brunnen, Siebenbrunnen, den Hochstrahlbrunnen, das Strauß-Lanner-Denkmal. Wer Wien in seiner künstlerischen Ausgestaltung kennen lernen will, findet in dem erst kürzlich vom Ingenieur- und Architektenverein herausgegebenen Werke: „Wien am Anfang des XX. Jahrhunderts" reichen Stoff. Die archäologische Kommission des Wiener Gemeinderates wurde ins Leben gerufen, die sich die Erhaltung des Wiener Altertums zur Aufgabe gestellt hat.

Unter Dr. Lueger wurde das Wiener Musikarchiv gegründet, eine Institution, die das gesamte Wiener Musikleben umfaßt. Durch die Herausgabe der Schriften Abraham a Santa Claras, ferner durch die Subventionierung des vom Altertumsverein herausgegebenen Registerwerkes „Quellen zur Geschichte der Stadt Wien" hat Bürgermeister Dr. Lueger sich als Förderer ernster literarischer und wissenschaftlicher Bestrebungen erwiesen. („Deutsches Volksblatt.")

Schule.

Die neue Gemeindeverwaltung war sich auch ihrer kulturellen Pflicht noch weiter bewußt. Schulhäuser erstehen Jahr für Jahr in reicher Zahl, würdige Stätten des Unterrichtes und der Erziehung für die Kinder des Volkes. Dieselben gereichen auch, was die architektonische Ausschmückung anbelangt, der Stadt zur größten Zierde. Unter dem Regime Luegers wurden mehr Schulen gebaut als unter der liberalen Gemeindeverwaltung seit

dem Tode Felders. Im Jahre 1865 betrugen die Kosten der Wiener Kommune für ein Schulkind 6 fl. 88 kr., im Jahre 1888 schon 40 fl. 60 kr. Am 29. September 1894 betonte der liberale Gemeinderat Vogler, daß die Schulkosten Wiens in der Zeit der politischen Schulverfassung jährlich 38.000 fl. betrugen, im Jahre 1864 aber schon auf sieben Millionen sich steigerten. Trotz dieser Opfer für die Schule nannte gleichwohl die „Freie Lehrerstimme" dieses schulfreundliche Wien „eine schamlose Stadt", der die Erziehung des Kindes nicht hoch genug im Werte stehe.

Während der Amtswirksamkeit Dr. Luegers respektive seit 1906 wurden 64 Schulen gebaut und 34 alte Schulen vollkommen umgebaut und erweitert und hierfür 25,639.206 K verwendet. Beim Amtsantritte des Bürgermeisters gab es in Wien 170.110 Schulkinder, jetzt ist diese Zahl (Stand am 1. Oktober 1904) auf 214.486 gestiegen; während die Zahl der Lehrpersonen 4863 beträgt gegen 3825 im Jahre 1896. Im Jahre 1904 betrugen die Auslagen für die städtischen Volksschulen 21,840.426 K, darunter für Schulbauten 2,286.460 K, Schulbezirksauslagen 11,653.016 K. Selbst der Grazer Bürgermeister — ein politischer Gegner — wies einmal anerkennend darauf hin, wie groß die Leistungen Wiens auf dem Gebiete der Schule sind.

Mit Recht konnte der Bürgermeister bei der Schuleinweihung auf dem Leipzigerplatz, 29. Oktober 1903, sagen: „Die jetzige Mehrheit hat der Erziehung der Kinder die größte Fürsorge entgegengebracht ... Unsere Partei kann stolz sein auf die Werke für Bildung und Unterricht, welche sie in Wien geschaffen hat, und wenn uns gewisse Leute bildungsfeindlich nennen, dann müssen wir dies zurückweisen. Die Tatsachen sprechen dafür, daß wir jederzeit gesorgt haben, daß das Licht der Erkenntnis in die Bevölkerung dringe."

Die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung" veröffentlichte anläßlich der Budgetdebatte im Gemeinderate, Dezember 1906, einen langen Artikel, in dem sie nachzuweisen sucht, daß unter

der liberalen Stadtverwaltung für die Schulkinder mehr Geld ausgegeben und demnach mehr geleistet wurde als unter den Christlichsozialen. Die ganze sozialdemokratische Rechnung und der ganze Beweis lautet: Im Jahre 1894 wurden 16·24 K, im Jahre 1895 wurden 17·70 K pro Kopf des Kindes von den Liberalen ausgegeben. Die Christlichsozialen gaben im Jahre 1904 11·65 und im Jahre 1905 14·36 K pro Kopf eines Schulkindes aus — ergo haben die Liberalen viel mehr für die Schule getan und die Christlichsozialen sind Schulfeinde. Die Rechnung ist falsch. In den Jahren 1894 und 1895 mußte viel Geld ausgegeben werden, weil eben die Einverleibung der neuen Bezirke vor sich gegangen war und in den neueinverleibten Gemeinden gab es um so mehr Bedürfnis nach Schulbauten, als diese Gemeinden eben mit Rücksicht auf die kommende Einverleibung keine Schulgebäude errichtet hatten. Deshalb zeigte das Schulbudget in diesen Jahren eine unverhältnismäßige Höhe.

Im Schulbezirke Wien wurden im Jahre 1901 neun neue Schulen erbaut und umgebaut, welche 1·6 Millionen Kronen kosteten. Im Jahre 1903 wurden neun Schulen gebaut mit einem Kostenaufwande von 3·6 Millionen Kronen. Im Jahre 1904 wurden 1·5 Millionen Kronen für Schulbauten präliminiert. Im Jahre 1905 2·8 Millionen Kronen, im Jahre 1906 1·8 Millionen Kronen und für das Jahr 1907 sind für zehn neue Schulen und zwei Umbauten über 4·5 Millionen Kronen präliminiert. Drei dieser Schulen sind im XXI. Bezirk. Im Unterrichtswesen werden im Jahre 1907 um 905.880 K mehr ausgegeben werden (Bau einer Realschule im IX. Bezirk, eines Gymnasiums im XX. Bezirk, Erhöhung der Gehalte für Lehrpersonen um 500.000 K).

Um der Not an Mittelschulen in Wien abzuhelfen, wendete der Bürgermeister seinen ganzen Einfluß auf, um an den maßgebenden Stellen die Errichtung von Mittelschulen zu erwirken, und seinem Einflusse ist es zu verdanken, daß die Unterrichtsverwaltung der Errichtung einer Anzahl Mittelschulen in Wien

zustimmte. Überdies hat die Gemeinde Wien ihr warmes Interesse an der Hebung des Mittelschulwesens in Wien wiederholt dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie die zahlreichen in Wien bestehenden Vereine zur Errichtung von Mittelschulen mit namhaften Beträgen subventionierte.

Gelegentlich der Debatte betreffs Übernahme des Pädagogiums und Errichtung eines Lehrerseminars von Seite des Landes sagte Dr. Lueger am 22. Dezember 1904 im Landtage: „Wir (Gemeinde Wien) haben die Errichtung einer Staatsgewerbeschule im X. Bezirk, eines Gymnasiums im XIII. Bezirk, einer Staatsrealschule im XVI. Bezirk durch namhafte Beiträge ermöglicht, für die Errichtung einer Staatsgewerbeschule allein 390.000 K hergegeben. Dann kommen noch die Beiträge für das Technologische Gewerbemuseum, die Unterrealschule in Penzing, ihre spätere Erweiterung auf sieben Klassen ꝛc."

Der Referent Tomola sagte im Stadtrat Mitte Dezember 1905: „Seit 1863 hat die Gemeinde Wien 31 Millionen Kronen für Bildungsanstalten geopfert, die zu errichten und zu erhalten Aufgabe des Staates gewesen wäre."

Fürsorge für arme Kinder.

Nicht unerwähnt darf die Fürsorge für arme Schulkinder bleiben. Die Zahl der mit Armenlernmittel beteilten Schulkinder stieg von 77.190 im Schuljahre 1903/1904 auf 82.058 im Schuljahre 1904/1905, also um 4868. Während für Armenlernmittel im Jahre 1903 272.359 K ausgegeben wurden, wurden im Jahre 1904 306.175 K ausgegeben. Für Bekleidung armer Kinder wurden den Vorstehern sämtlicher Gemeindebezirke bei 60.000 K bewilligt, dazu noch Unterstützungen an humanitäre Kinderbekleidungsvereine. Dem Verein zur Beköstigung armer Schulkinder, dessen Präsident der Bürgermeister ist, werden alljährlich 80.000 K Subvention gegeben, während früher die Hälfte gegeben wurde. „Im Jahre 1899

kam der Bürgermeister eines Tages in einen Ausspeiseraum. Was er da sah, ging ihm tief zu Herzen. Da kamen Kinder mit ihren kleineren, noch nicht schulpflichtigen Geschwistern daher und teilten mit ihnen die erhaltene Portion. Andere hatten Geschirre mitgebracht, worin sie die Überreste ihrer Mahlzeit nach Hause trugen, mehrere für die kranke Mutter, wie sie dem Bürgermeister zögernd eingestanden. ‚Hier muß sogleich geholfen werden', sprach er, fuhr ins Rathaus und noch an demselben Tage wurde die Subvention erhöht." (Tomola, Festschrift.)

„Überall, wo die christliche Charitas daran geht, Not und Elend zu lindern," schreibt der ehemalige Landmarschall Prälat Schmolk, „findet sie an Dr. Lueger einen warmen Freund und Förderer." So ist seine väterliche Fürsorge für die Kinderschutzstationen allbekannt. Die ärmsten der armen Kinder, die das Großstadtelend auf die Gasse wirft, finden dortselbst ihre Zuflucht. Eine große Förderin dieses Werkes ist Erzherzogin Maria Josefa, daher auch die unbegrenzte Verehrung des Bürgermeisters für sie, die er als den „Engel von Wien" preist.

Daß vom Lande auf einem von der Gemeinde Wien überlassenen Grunde Tageserholungsstätten in Pötzleinsdorf und Hütteldorf errichtet wurden, welche dem Zweck dienen, erholungsbedürftigen Kindern tagsüber Aufenthalt in reiner Waldluft bei reichlicher Ernährung zu gewähren, erwähne ich nur. Dank dem Entgegenkommen der Gemeinde Wien werden die Kinder dahin täglich morgens unentgeltlich mittels der elektrischen Straßenbahnen befördert. Sie erhalten dort fünf Mahlzeiten, werden ärztlich untersucht und angemessen beschäftigt und kehren abends wieder mittels Straßenbahn zu ihren Familien zurück. In solcher Weise werden täglich in diesen Erholungsstätten bei 1200 Kinder verpflegt und ihr Organismus gekräftigt. Ebenso erwähne ich, daß kranke arme Kinder in Seebäder geschickt werden.

In San Pelagio wurde ein Pavillon für 60 skrofulöse und rachitische Kinder im Jahre 1905 errichtet als „Kinderheim

der Stadt Wien". Für Herstellungen im Seehospiz San Pelagio wurden für das Jahr 1907 400.000 K eingestellt. Bei der Neujahrsrede im Jahre 1907 sagte der Bürgermeister: „Im nächsten Jahre wird, wie ich hoffe, das neue Kinderspital in San Pelagio fertig sein, ein Werk, das für uns alle zum Ruhme gereichen wird. Auch in diesem Fall wird zutage treten, daß die Mehrheit des Wiener Gemeinderates allen Bedürfnissen gerecht zu werden trachtet."

Während der Tagung des Kinderschutzkongresses konnte Oberkurator Steiner in einer Versammlung mit Recht sagen: „Was innerhalb der Grenzen der verfügbaren Mittel in Wien und Niederösterreich (auf dem Gebiete der Kinderfürsorge) geschaffen worden ist, ist geradezu mustergültig."

Humanitäre Anstalten.

Die fast unmöglich scheinende Lösung der Gefangenhaus-, Kasernen-, Kranken- und Versorgungshausfrage wurde in genialer und ganz ungewohnt großzügiger Weise zu Ende geführt.

Ein Kinderspital wurde mit einem Kostenaufwand von zwei Millionen gebaut und hierdurch dem Mangel an Kinderspitälern abgeholfen. Bei der Eröffnung äußerte der Kaiser zum Bürgermeister: „Es ist wieder ein Schritt nach vorwärts! Es ist übrigens in der letzten Zeit viel in Wien geschehen, man merkt es überall!" Auch den öffentlichen Krankenhäusern ließ die Gemeinde die weitgehendste Förderung angedeihen. So besonders der vom Lande errichteten neuen Irrenanstalt. Mehrere Armenhäuser wurden erweitert und den modernen Anforderungen entsprechend umgebaut und eine gründliche Reform in der Bequartierung und Verpflegung der Armen durchgeführt. Auch der Obdachlosen wird nicht vergessen. Täglich werden mehr als 1000 Personen über Nacht unentgeltlich verpflegt. „Das Armenbudget weist", so sagte der Bürger-

meister im Jänner 1905, „15·5 Millionen auf." Die Gemeinde subventioniert die humanitären Institute und Vereine jährlich mit etwa 400.000 K allein an Geld.

Lainzer Versorgungshaus.

Hingelehnt an die Abhänge des Wiener Waldes wurde ein neues großes Versorgungshaus in Lainz gebaut. Sogar von den Sozijuden der „Arbeiter-Zeitung" wurde dieses Werk als ein „Ruhmeskapitel" anerkannt. Es ist nicht ein einzelnes Gebäude, sondern eine ganze Stadt. Auf einer Grundfläche, die den Stadtpark sechsmal an Größe weit übertrifft, stehen von Gärten eingeschlossen 29 villenartige Gebäude. In ihnen können 4500 Betten untergebracht werden. Der Bau beanspruchte 9·5 Millionen Kronen. Für den Bau und die Einrichtung des Wiener Versorgungshauses waren für das Jahr 1906 1,218.000 K eingestellt. Beschlossen wurde der Bau am 15. Mai 1902. Die Grundsteinlegung geschah im Beisein des Kaisers am 7. Oktober 1902, wobei Dr. Lueger unter anderem sagte: „Tausenden von armen Wienern wird es hierdurch gegönnt, in der Vaterstadt in einem allen Anforderungen der Neuzeit entsprechenden Heim ihre Tage zu beschließen, viele Ehepaare können durch die hier getroffene neue Einrichtung bis ins späteste Alter das christliche Familienleben erhalten."

Es bestehen nämlich Ehepaarheime, die es ermöglichen, daß Ehepaare im friedlichen Zusammensein den Abend ihres Lebens verbringen können.

Eingeweiht wurde dieses Heim am 15. Juni 1904 in Gegenwart des Kaisers, der nach Besichtigung aller Gebäude dem Bürgermeister wiederholt sein vollstes Lob aussprach.

„Die Stadt Wien schreitet auch in der Frage der Armenversorgung", hob der Bürgermeister in der Ansprache an den Kaiser hervor, „an der Spitze aller Städte einher und hat trotz der sich bis ins Ungeheuerliche steigernden Anforderungen für die

Entwicklung der Stadt die Möglichkeit gefunden, ihren Armen ein in allen Beziehungen durchgebildetes, freundliches und gesundes Heim zu bereiten. Hierbei haben wir nicht vergessen, auch dem Herrn eine Stätte zu bereiten, damit es den Bewohnern dieses Heims ermöglicht wird, ihren Christenpflichten zu entsprechen."

Die Gebäude werden von einer Kirche überragt, die den Mittelpunkt der ganzen Anlage bildet. Zum Bau und zur Einrichtung der Kirche wurden von zahlreichen Bürgerfamilien so viele Spenden gewidmet, daß dieses Gotteshaus zu einem reizenden Schmuckkästlein ausgestaltet werden konnte.

Bei dem Bau und bei der Einrichtung dieser Anstalt waren 176 Wiener Firmen beschäftigt. Wie hier, so wird bei Vergebung aller Gemeindearbeiten ausschließlich das Wiener Gewerbe berücksichtigt.

Die Dankbarkeit der in der Lainzer Versorgungsanstalt untergebrachten Pfleglinge äußerte sich in großartiger Weise durch Schaffung eines Lueger-Denkmals dortselbst aus Laaser Marmor, angefertigt von einem Insassen des Hauses. Die Enthüllung fand am 8. September 1906 statt. Dem Bürgermeister selbst hatte sein Zartsinn die Teilnahme an der Enthüllungsfeier verwehrt; in seiner Vertretung war die treue Schwester, Fräulein Hildegarde Lueger, erschienen.

Leichenbestattung.

Nicht bloß den Lebenden gilt die Sorge Luegers, er vergißt auch der Toten nicht. Wer in den letzten Jahren den Zentralfriedhof besucht hat, hatte Gelegenheit zu sehen, wie prächtig ausgestattet die Ruhestätte der Toten ist. Damit der Verkehr an den dem Andenken der Toten geweihten Tagen sich rasch abwickle, sind mit großem Kostenaufwande geeignete Haltestellen gebaut worden.

Für die Herstellung von Baulichkeiten am Zentralfriedhofe sind in das Budget dieses Jahres 1,372.000 K, für die Erweiterung des Friedhofes 1,522.000 K eingestellt.

Mitte Februar d. J., am selben Tage, wo die Blätter meldeten: „Der Zustand des Bürgermeisters ist noch immer ernst", brachten sie gleichwohl die Mitteilung der Magistratsdirektion: „Im Auftrage des Herrn Bürgermeisters Dr. Karl Lueger haben in den letzten Wochen Verhandlungen wegen Übernahme der Leichenbestattungsunternehmungen ‚Entreprise des pompes funèbres' und der ‚Konkordia' in den Betrieb der Gemeinde stattgefunden."

Ende Februar wurde das Übereinkommen abgeschlossen. Beide Gesellschaften übergeben ihr Vermögen der Gemeinde Wien nach dem Stande vom 31. März 1907 ins Eigentum. Die ‚Entreprise' erhält für alle Leistungen ein Entgelt von 1·7 Millionen Kronen, Herr A. M. Beschorner 650.000 K.

In der Sitzung vom 12. März l. J. referierte Vizebürgermeister Dr. Porzer über diese Frage und weist nach, daß durch die Fusionierung beider Anstalten sich Ersparnisse erzielen lassen und ein Reinerträgnis von 10% bleibt.

Über die Art der Fortführung des Begräbniswesens versichert der Referent, es werde so betrieben, wie es die öffentlichen Interessen erheischen. Der Reiche, der ein prunkvolles Leichenbegängnis wünscht, soll tiefer in die Tasche greifen, und das Mehrerträgnis der Reichen soll den Begräbnissen der Armen zugute kommen, das ist der Hauptzweck der Verstadtlichung. Die unwürdige Art der Begräbnisse der Armen und der ganz Armen muß ein Ende haben.

Der liberale Gemeinderat Dorn tritt — im Interesse der kleinen Leichenbestatter — gegen die Verstadtlichung auf, die Sozialdemokraten Reumann und Schuhmeier wollen die Stolagebühren abgeschafft wissen, obwohl für einen echten Genossen die Stola ohnehin nicht in Frage kommt, da der echte „Genosse"

sich ohne „Pfaffen" beerdigen läßt. Gemeinderat Kunschak deckte bei dieser Gelegenheit das Doppelspiel Schuhmeiers auf, der am 6. März in einer Versammlung der kleinen Leichenbestatter sich zu ihrem Anwalt aufgespielt und ihnen seine Hilfe angetragen hat. Am selben Tage hat er aber in seiner „Volkstribüne" die Verstadtlichung des Leichenbestattungswesens besprochen und geschrieben: „Jeder von den Herren (vom Bürgerklub) hat halt einen Freund, der der Besitzer eines Privatleichenfruktifizierungsunternehmens ist. Eine Anzahl Meßner, Agenten, ein ganzes Rudel Leichenhyänen fingen zu heulen an." In der Versammlung hat er aber von „hochgeehrten Herren" gesprochen. Weiter heißt es in dem Artikel der Schuhmeierischen „Volkstribüne", daß die Bevölkerung von den „Leichenflederern" befreit sein wolle. Kunschak betonte, daß die Gemeinde sich wohlwollend gegenüber allen in Betracht kommenden Faktoren zeigen werde. Schon Dr. Porzer hat in seinem Referate die Bedenken der kleinen Unternehmer zerstreut, indem er ausdrücklich betonte, daß diese nach wie vor ihr Gewerbe (und zwar vornehmlich in den äußeren Bezirken) ausüben können.

Es ist die Absicht der Gemeinde, durch die Verstadtlichung die Begräbniskosten zu verbilligen; der Reiche wird zwar mehr zu bezahlen haben; dieses Plus wird aber den Armen zugute kommen. Durch die Verstadtlichung soll auch schreienden Übelständen bei „Rekommandation" und Anmeldung großer Leichenbegängnisse, dem Treiben der Agenten abgeholfen werden; und schließlich: auch der Arme soll ein würdiges Begräbnis erhalten.

Der Bodenreformer.

Herr Damaschke aus Berlin hielt in Wien am 15. Jänner 1905 einen Vortrag über Bodenreform. Dr. Lueger, der auch das Wort nahm, betonte: „Die Ideen des Herrn Damaschke über den Wertzuwachs sind vollständig richtig. Solche Fälle von Wertsteigerungen

auf Koſten der Allgemeinheit ſind auch in Wien da." Redner führt Fälle an, daß Leute Grund herſchenken für Gymnaſien ꝛc., damit ihre umliegenden Gründe an Wert wachſen oder daß Häuſer Luft und Licht erhalten, weil die Stadt einen Durchſchlag macht. Einen Fehler in dem Geſetze der 18jährigen Steuerfreiheit erblickt Dr. Lueger darin, daß man nicht geſagt hat: Du bekommſt die Steuerfreiheit nur, wenn du den nötigen Straßengrund abtrittſt. Beim V. öſterreichiſchen Städtetag im Mai 1905 gibt Dr. Lueger der Meinung Ausdruck, daß das Ziel der Geſetzgebung dahin gerichtet ſein müſſe, daß die Heranziehung der Einführung des Kapitalswertes nur jenen Inſtitutionen zugute kommen ſolle, welche zu dieſer Werterhöhung einzig und allein beigetragen haben, und das ſeien bei Städten weder der Staat noch das Land. Der Städtetag fordert daher die Einführung einer Bodenwert-Zuwachsſteuer. Sein und Dr. Weſſelskys Antrag wurden angenommen.

Nach den wertvollen Unterſuchungen des Dr. Schwarz betrug der Wertzuwachs der Wiener Gründe in der Zeit von 1866 bis 1899 zwiſchen hundert und mehreren Tauſenden Prozenten. Man kann alſo ruhig von einer durchſchnittlichen Wertzunahme um 100% in den letzten Jahren ſprechen. 1450 Millionen Kronen können als Wertzuwachs in den letzten 30 Jahren angenommen werden. Durch die Beſchlagnahme eines Teiles des arbeitslos erworbenen Wertzuwachſes des Bodens zugunſten der Allgemeinheit muß der Hebel angeſetzt werden.

Inzwiſchen arbeitete man ſeit Jahren im Wiener Magiſtrate an einer neuen Bauordnung. Ein Punkt des im Jahre 1906 fertiggeſtellten Entwurfes enthält auch: Schutz des Gemeindeintereſſes gegen die Praxis, öffentliche Aufwendungen für Straßenbauten zur privaten Bereicherung zu benützen. Ferner ſoll das Fehlen jeder deutlichen Beſtimmung für die Straßengrundabtretung beſeitigt werden. Der anrainende Grundbeſitzer hat bei Parzellierungen für die Koſten der Straßenherſtellung aufzukommen. Alle

Wertsteigerungen, die sich an Liegenschaften durch gewisse, auf Kosten der Gemeinde vorgenommene Regulierungen und Verbesserungen einstellen, können bis zur Hälfte ihres Betrages von der Gemeinde steuermäßig mit Beschlag belegt werden.

In verschiedenen Versammlungen wurde ein Sturmlauf gegen die neue Bauordnung in Szene gesetzt. Und doch setzt die neue Bauordnung nur ausbeuterischen Bestrebungen ein Ziel, die lediglich im Interesse einzelner skrupelloser Grund- und Bauspekulanten zum Schaden der Allgemeinheit gelegen wären. So hatte ein Spekulant vor zehn Jahren bei einem um 200.000 K gekauften Grund, nach durchgeführter Parzellierung, Bezahlung aller Gebühren und Abrechnung der Interkalarzinsen, in Summe bis heute um rund 540.000 K mehr eingenommen, als jener Grund ihm gekostet hatte. Auch für die hygienischen Forderungen tritt die neue Bauordnung ein.

Die volkswirtschaftliche amerikanische Zeitung »The Public«, Chicago, anerkennt in der Dezembernummer des Jahres 1905 die bodenreformfreundliche Stellungnahme des österreichischen Städtetages für die Bodenreform, speziell die Dr. Luegers, und fährt fort: „Dr. Lueger, der sich offen zugunsten der Bodenwertbesteuerung aussprach, ist einer der außerordentlichsten Staatsmänner unserer Zeit. Ungefähr vor 20 Jahren gründete er die christlichsoziale Partei in Wien und fast ohne Mittel als durch seine Fähigkeiten und seine Energie gelang es ihm, die liberale Partei, obwohl diese, auf die Hilfe der Regierung und Finanzwelt gestützt, in Wien seit Dezennien fast allmächtig gewesen war, zu überwältigen. Seit 1897 ist Dr. Lueger Bürgermeister von Wien und obgleich seine politischen Gegner ihn aller Schlechtigkeiten beschuldigen, deren ein Politiker angeklagt werden kann, und obwohl seine Partei einige reaktionäre (?) Züge hat, gestehen doch selbst seine Widersacher zu, daß er eine glänzende administrative Geschicklichkeit entfaltet und daß er Wien in einer Weise leitet, die Wien in vielen Beziehungen zu einer

Musterstadt macht. Daß er nun sich so kräftig für die Bodenwertbesteuerung erklärt, kann als ein Beweis genommen werden, daß er nicht nur den Ehrgeiz hat zu regieren, sondern auch, wesentliche Errungenschaften für diejenigen hervorzubringen, die ihr Vertrauen in ihn gesetzt haben." („Reichspost", 24. Dezember 1905.)

Der XXI. Bezirk.

„Der gelernte Kaufmann" schrieb am 20. Oktober 1904 u. a.: „Unter der Amtswirksamkeit des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger erhielt die Vereinigung der Vororte mit den inneren Bezirken ihre lebensvolle, praktische Ausgestaltung; die Fürsorge für die Lebensinteressen der neugeschaffenen Stadtgebiete führte zu einer ungeahnten Entwicklung derselben und bewirkte die innere Verschmelzung mit den alten Stadtgebieten." Weiters werden die Taten, „welche mit der Amtswirksamkeit des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger immer verknüpft bleiben werden", angeführt und unter diesen „die Förderung der Interessen von Wien als Handelsemporium bei Anlage der geplanten neuen Wasserstraßen". Bereits im Jahre 1902 fanden Verhandlungen der Gemeinde mit der Regierung statt zwecks Vereinigung der linksseitigen Donaugemeinden mit Wien. An dem Widerstande des Statthaltereireferenten, nunmehrigen Hofrates, waren sie gescheitert. Im Jahre 1904 wurden sie wieder aufgenommen. Der gemeinderätliche Bürgerklub entschied sich nach einem Referate des Vizebürgermeisters Neumayer am 7. November 1904 für die Einverleibung. Die Bürgermeister der einzuverleibenden Gemeinden erklärten sich ebenfalls dafür, und am 8. November wurde im Wiener Gemeinderat die Vorlage angenommen. Am 11. November hat der Landtag die Vorlage in Beratung gezogen und erledigt. Die christlichsoziale Partei und insbesondere deren Führer Dr. Lueger, als der eigentliche Schöpfer dieser Idee, hatte die Genugtuung, diesmal von den politischen Gegnern das unumwundene Lob für

diese weitausschauende, zielbewußte, segensreiche Unternehmung zu ernten. Die Abgeordneten Ehrenfels, Lindheim, Blach und Kolisko haben rückhaltslos das Verdienst anerkannt, das diejenigen sich erworben, welche diese Vorlage zustandegebracht haben. Nur dem Abgeordneten Seitz war es vorbehalten, den einzigen Opponenten gegen diese Vorlage abzugeben. Aber auch er stellte fest, daß die Stadt Wien aus dieser Vereinigung „reichen Segen ziehen" wird. „Die Gemeinde Wien wird für die einbezogenen Gemeinden bedeutende Vorteile erringen ... Der Donau-Oderkanal und die damit zusammenhängenden Momente sind Hauptgründe der Einbeziehungsaktion ... Es treten an die Gemeinde Anforderungen, welche nur von einer großen Gemeinde mit bedeutenden Mitteln gelöst werden können", sagt Abgeordneter v. Ehrenfels. „Daß sich Industriezentren nicht weit von Wien, sondern an der Peripherie bilden, sei natürlich. Daß die Stadt Wien die Notwendigkeit der Aktion rechtzeitig erkannt hat, muß jeder ohne Unterschied der Parteistellung dankbar anerkennen", hören wir Abgeordneten v. Lindheim. Weiters nennt er das Gesetz „ein Glück für das wirtschaftliche Interesse der Stadt Wien". „Eine unabweisliche Bedingung für die weitere Ausgestaltung der Stadt", nennt es Abgeordneter Kolisko, auch sei der jetzige Zeitpunkt der Aktion ein sehr günstiger; die Vereinigung müsse vorgenommen werden, bevor die Kanäle und die Hafenanlagen erbaut sind — eine Aktion, die „im tiefsten, ausgesprochensten Interesse für Handel, Gewerbe und Industrie und die Bewohner der einzuverleibenden Gemeinden gelegen ist", sagt Abgeordneter Blach. Die so reden, sind nicht christlichsoziale Männer, sondern Gegner der Partei Luegers. Und Abgeordneter Blach war es, der feststellte, man müsse dankbar sein den Männern, welche die Idee zur Vergrößerung Wiens angeregt haben.

Der liberale Abgeordnete Lindheim begründete sein Votum mit den Worten: „Die Stadt Wien verfügt über das größte Verkehrsnetz, sie hat die großartigsten Gaswerke, sie hat die Elektrizitäts-

werke und die Stadt Wien wird auch dafür eintreten, daß das neue Gebiet mit gutem Waſſer verſorgt werde." Dem Abgeordneten Seitz konnte Abgeordneter Weiskirchner entgegenhalten, daß das ſozialdemokratiſche Floridsdorfer Organ „Wahrheit" ſelbſt die Frage aufwirft, ob für die Haltung der Sozialdemokraten nur die Intereſſen der arbeitenden Bevölkerung oder nicht auch perſönliche maßgebend ſeien: „Wir nehmen die volle Verantwortung auf uns und ſagen, die ſozialdemokratiſche Parteileitung hat es nicht ernſt genommen. Die Brandartikel, Vollverſammlungen ꝛc. entſpringen rein perſönlichen und egoiſtiſchen Motiven. In der Bezirkskrankenkaſſe ſitzen lauter Parteigenoſſen, denen aus der Vereinigung mit der Wiener Krankenkaſſe Gefahr droht." Der Antrag wurde angenommen und der Bürgermeiſter dankte den Abgeordneten ohne Unterſchied der Partei. Beſonders dem Referenten Dr. Weiskirchner.

Die „Montagspreſſe", das Organ des verfaſſungstreuen Großgrundbeſitzes, ſchrieb am 7. November 1904: „Die dritte Wiener Stadterweiterung iſt aus dem Stadium des Projektes in jenes der Erfüllung übergetreten. Eine großzügige, weitvorausſehende Kommunalpolitik hat dieſes Projekt gezeitigt... Wien ſoll jetzt wirklich eine große Donauſtadt werden, es in dem Zeitpunkt werden, in welchem der Bau des Donau-Oderkanales der großen, bisher ſo wenig genützten Verkehrsader der Monarchie neues Blut zuführen wird. Eine vielleicht unwiederbringliche Gelegenheit wäre verpaßt worden, wenn die Kommunalverwaltung nicht rechtzeitig die Situation erfaßt hätte, die mit dem Zuſtandekommen des Waſſerſtraßengeſetzes gegeben war: am linken Donauufer, von der Einmündungsſtelle des Donau-Oderkanales an, iſt der künftige Sitz der Wiener Induſtrie. Dort hinüber muß das wirtſchaftliche Expanſionsbedürfnis der Großſtadt drängen. Und der Bürgermeiſter Dr. Lueger hat ſeither ſeinen Plan, das linke Donauufer für das induſtrielle Wien zu gewinnen, durch das ſozialpolitiſch und ſozialhygieniſch bedeutſame

Projekt ergänzt, einen Wald- und Wiesengürtel um die Stadt herum als mächtigen Luftregenerator und Luftreservoir für alle Zeiten gesetzlich zu erhalten."

Wenige Tage nach Annahme der Gesetzesvorlage wurde im Stadtrat bereits über die Hafenanlage des Donau-Oderkanales verhandelt.

Unterhalb Kaisermühlen, gegen Stadlau, ist die Anlage eines Petroleumhafens und eines Hafens für Kohle geplant. Der in Aussicht genommene Sammelbahnhof soll so verlegt werden, daß er nicht nur mit der Staatseisenbahn, sondern auch mit der Nordbahn in unmittelbare Berührung kommt.

Der XXI. Bezirk umfaßt 9495 ha.

Im Referentenentwurf hob Vizebürgermeister Dr. Neumayer hervor, daß Aspern einbezogen werden soll, weil sich „an den Namen Aspern die stolzesten Erinnerungen der österreichischen Kriegsgeschichte knüpfen". Am letzten April hat aber schon der Bürgermeister in einer Versammlung in Aspern hervorgehoben: „Doch noch eines bewog mich, auf der Einverleibung von Aspern zu beharren. Es ist das patriotische Gefühl, das historische Schlachtfeld von Aspern in das Gemeindegebiet von Groß-Wien einbezogen zu wissen. Der schlummernde Löwe von Aspern ist von Stein, er hilft mir nicht, aber eines soll er für Wien verkörpern — die Treue zu Kaiser und Reich für immerwährende Zeiten." Nach verschiedenen Zusagen sagte er: „Auch bei der Schaffung des Wald- und Wiesengürtels wird der XXI. Bezirk nicht vergessen bleiben, die Lobau soll ihm in richtiger Weise eingefügt und der Stadt Wien wieder angegliedert werden; die Lobau-Insel soll der künftige Prater von Groß-Wien werden."

Daß gleich anfangs Verhandlungen behufs Übernahme der Dampftramwaylinie Wien—Floridsdorf gepflogen wurden, die erst jetzt zu einem günstigen Resultate führten, sei noch erwähnt. Der XXI. Bezirk belastet das Budget der Gemeinde Wien für 1907 um eine Mehrausgabe von fast 2·5 Millionen Kronen.

IV.

Der Volksmann und die politischen Parteiströmungen.

Ein Kind! Ein Mann!

Wenn der Satz Berechtigung hat: „Wer kein Kind war, wird kein Mann", dann hatte Lueger das Zeug, ein ganzer Mann zu werden, da er als Kind ein Kind, als Jüngling ein Jüngling im wahren Sinne des Wortes war. Wir sahen, wie die Mutter den jungen Karl durch ihre mütterliche Sorge und Liebe stets auf dem rechten Weg erhielt, der Sohn aber die treue Mutterliebe vergalt. Selten dürfte eine Mutter so viel Liebe von ihrem Sohne erfahren haben als Frau Juliana Lueger. An seinem Ehrenfeste konnte der 60jährige Lueger bei Erwiderung der Glückwünsche sagen: „Ich habe mir immer das Gebot vorgehalten: Du sollst Vater und Mutter ehren, damit du lange lebest und es dir wohlergehe auf Erden — und Gott sei Dank, mir ist es immer wohlergangen, und ich hoffe, es wird mir auch ferner wohlergehen."

Ein Mann, der eine solche Mutter hatte und an ihr mit solcher Liebe hing, ist auch fähig, die Marienverehrung zu verstehen und zu würdigen. Besonders die Maiandacht. Wiederholt sprach er in größeren Zirkeln in Worten, die aus einem überquellenden Herzen strömten, von der Marienverehrung und der

sozialen Bedeutung derselben: „Pflegen Sie stets," so sprach er beim ersten sozialen Kurs am 9. August 1894, „die Marienverehrung. Jedes Kind lernt die Verehrung Mariä und vor dieser hat der Mann auch später noch allezeit Respekt."

Diese seine bekannte Liebe zu Maria bestimmte auch den Männergesangverein, bei der Festmesse zu seinem Jubiläum das O sanctissima zu singen, was ihn veranlaßte, für das Singen dieses „schönen Marienliedes" besonders zu danken.

Die Liebe zu den Schwestern, die innige Liebe zu seiner Mutter, die Liebe zu Maria bürgen dafür, daß ein solcher Mann sittlich unantastbar ist. Wer sich je erniedrigt hat, hat die Achtung vor dem Weibe überhaupt verloren. Nie — und ich habe in der Zeit vor dem endgültigen Sieg der christlichen Volkssache viel mit Dr. Lueger verkehrt — habe ich aus seinem Munde ein zweideutiges Wort gehört. Er ist der Liebling der Damenwelt, er gewinnt alle, weil er sich nie etwas vergab. Daß ein Mann von solchen Qualifikationen in seiner Jugend den Plan hatte, Priester zu werden, wie er mich versicherte, kann nicht wundernehmen.

Kein Wunder, daß Lueger als Vorbild der Jugend hingestellt wird. Nach Anführung seiner herrlichen Leistungen schreibt das St. Gallener „Volksblatt": „Und was diesen Eigenschaften noch den richtigen Glanz verleiht, das ist sein tadelloser Charakter, sein vorwurfsfreies Privatleben. Das macht eigentlich den Mann und umgibt auch die Stirne des gewöhnlichen Bürgers mit einer gewissen Hoheit. Unbescholtenheit im Charakter und Leben, der höchste Ruhm eines jeden, der Trost bei allen Anfechtungen und Verfolgungen, der edelste Nachruf am Grabe." Ein anderes Schweizer Blatt: „Der Freisinnige", Wetzikon, bringt einen Artikel über Lueger mit der Überschrift: Ein Vorbild für Männer und Jünglinge. Dieses und das frühere Blatt schließen mit den Worten: „Gewiß, es ist mitunter schwer, die Unbescholtenheit zu bewahren; aber kein Opfer darf hiefür zu groß sein.

Tritt der Lehrling oder der Knecht in einen Dienſt, der Arbeiter in eine Stelle, der Mann in einen Vertrauensposten, in ein Amt, ſoll die Unbeſcholtenheit in Charakter und Leben immer das erſte Ziel und der höchſte Stolz ſein.

Und haſt du viel Widerſpruch, viele Anfechtungen zu erfahren, ſchafft dir deine grundſätzliche chriſtliche Geſinnung und Stellungnahme Gegner und Feinde, wenn ſie deine perſönliche Ehrenhaftigkeit anerkennen müſſen, dir keine Blöße vorwerfen können, ſo iſt der Ehrenkranz verdient. Jünglinge und Männer, denkt an Lueger!"

Die öffentliche Meinung.

Zur Zeit als Dr. Lueger ins politiſche Leben eintrat, von dem glühenden Ehrgeiz erfüllt, ſeinen Mitbürgern zu dienen, für ſeine Vaterſtadt zu wirken, ſtanden die Liberalen im Zenit ihrer Macht. Alle Mandate in den öffentlichen Vertretungskörpern, im Reichsrate, in den Landtagen, in den großen Kommunen waren in den Händen der Liberalen, auch nicht die ſchüchternſte Oppoſition wagte ſich gegen das Kommando der „Neuen Freien Preſſe" hervor. Die Juden in der Redaktionsſtube derſelben regierten die Inhaber der politiſchen Macht und durch ſie das Volk. Aufmerkſam folgte Lueger dem Gange der Ereigniſſe, aber er hat niemals vorbehaltlos in das Jauchzen der ſogenannten öffentlichen Meinung mit eingeſtimmt, die damals in Wien üblich war. Zuerſt in Vereinen, bald auch in Verſammlungen hielt er ſeine erſten öffentlichen Reden. Was er als mangelhaft erkannt hatte, daran übte er vom erſten Tage ſeines öffentlichen Auftretens ſcharfe Kritik. Das gefiel, weil es überraſchte, in einer Zeit, wo die Menge gaffend und bewundernd dem Füllhorn der Neuerungen zuſah, die ſich überſtürzend über Stadt und Land ausgoſſen — war doch damals die Zeit des ſogenannten wirtſchaftlichen Aufſchwunges. „Die (liberale) Ge-

meindeverwaltung hatte zwar äußerlich Wien durch die schönen Bauten an der Ringstraße ꝛc. einen glänzenden Firnis gegeben, womit sie im Weltausstellungsjahr prahlerisch vor Europa trat. Allein innerlich war alles faul und, wie ein Fanal leuchtete der Ringtheaterbrand in das lichtscheue Dunkel. Die Finanzen befanden sich in einem heillosen Zustande; zu Ende der achtziger Jahre glich die stolze Metropole Österreichs, was Verkehrsmittel, Beleuchtung, Straßenbau, Kanalisation, Hygiene, Charitas, Sicherheitsverhältnisse ꝛc. anbelangte, mehr einer chinesischen als einer mitteleuropäischen Großstadt. Die religiösen und sittlichen Zustände waren kaum besser ... Wien war die Stadt der Skandale geworden", so urteilt das schweizerische „Bündner Tagblatt", Chur. Der hochangesehene dänische Schriftsteller Hermann Bang veröffentlichte in dem freikonservativen Tagblatt „Köbenhavn" ein „Tagebuch von einer Reise", das am 28. Dezember 1904 einen Artikel über Wien enthält, und zitiert darin das Wort: „Wien, das noch seine Lebenskraft hat, wenn wir wollen ..." und schreibt weiter: „Seine Lebenskraft — es sah nicht danach aus. Nach Königgrätz hatte Wien das Fieberleben eines Verwundeten entfaltet. Wie ein Paris in österreichischen Formen hatte es sich erhoben ... Wien lag hingestreckt auf dem Siechenlager. Es waren zahlreiche Krankheitssymptome vorhanden: Börsenkrach, Fallite, leerstehende Wohnungen, unbewohnte Häusergruppen, Arbeitsmangel und endlose Wohltätigkeitsarbeit." Nach den Schilderungen des Elends in der liberalen Ära schreibt er weiter: „Wien hat seine Lebenskraft gezeigt, und bei meiner Ehre, die Wiener müssen gewollt haben, denn diese Stadt ist mehr als wiedererwacht, sie ist wieder zum Leben erweckt." Schließlich sagt er: „Wenn man alles in allem nimmt, hat diese Stadt mehr Lebenskraft als Berlin, die Wiener haben sich behauptet, weil sie gewollt haben."

Jahrzehntelang zitterte alles vor der „öffentlichen Meinung", die in den semitischen Redaktionsstuben gemacht wurde, und nun

erstand ein Mann und sein Anhang, die sich nicht fürchteten vor dieser gefälschten öffentlichen Meinung, es sei denn vor ihrem Lobe. An der ein Jahrzehnt später einsetzenden christlichsozialen Volksbewegung, vor allem an Dr. Lueger, begann die Macht der Judenpresse zu wanken, man las sie noch, aber man glaubte ihr nicht mehr. Wenigen dürfte in der gegnerischen Presse verschiedener Parteien Ehre und guter Name so geflissentlich geraubt und in den Kot gezogen worden sein wie Dr. Lueger. Man erkannte gleich anfangs mit feiner Witterung in ihm den gefährlichsten Gegner, der am rücksichtslosesten und zugleich am gewandtesten und klügsten den Feind niederzuringen versteht.

Wäre Dr. Lueger nur der machtlüsterne Mann gewesen, für den ihn seine Feinde ausgaben, dann hätte er sich einfach der herrschenden Partei verschrieben und bei seiner großen Befähigung hätte er es bald zu einer dominierenden Stellung gebracht. Dr. Lueger hatte Ehrgeiz, aber einen reineren, edleren als den, seiner Person zu Macht und Ansehen zu verhelfen, er hatte den Ehrgeiz, das Volk aus dem kaudinischen Joch des Scheinliberalismus, des Großkapitals, zu befreien.

Luegers Ehrgeiz.

Anläßlich seines Jubiläums schrieb Eduard Pötzl im „Neuen Wiener Tagblatt", daß sich bei Lueger Geschick und Glück verketteten, „um ihm alles zu gewähren, wonach sein ungestümes Herz, sein brennender Ehrgeiz dürstete", und „daß er doch wieder bescheiden in seinen Ansprüchen an das Leben war; denn es lockten ihn nicht Reichtum, Ruhm und Macht, sondern das Ziel seiner Wünsche war die Bürgerkrone, die volkstümliche Stellung und Bedeutung eines Erneuerers und Bereicherers seiner Vaterstadt. Diesem Ziele hatte er alles andere unterstellt: sein soziales Programm, seine Wirksamkeit als politischer Partei-

gründer und Parteiführer, sein ganzes privates und öffentliches Leben."

„Wer aber", schreibt der Reichsdeutsche Karl Bleibtreu, „verargt Ehrgeiz einem Bedeutenden, Herrscheifer einer zum Leiten berufenen Natur, rücksichtsloses Durchsetzen der Ziele einem Überzeugten, der an sich selbst und an seine Ideale glaubt!" „Sein Ehrgeiz", bemerkt Dr. Bach — kein Gesinnungsgenosse — in seinem vielgelesenen Buche: ‚Österreichs Zukunft und die Christlichsozialen', „war nicht die hohle Sucht, etwas zu gelten, sondern die edlere, etwas zu sein. Er hätte im Rahmen der liberalen Partei als ihre volkstümlichste Kraft wohl längst Bürgermeister oder Exzellenz sein können." Dagegen schreibt Rudolf Zeidler im „General-Anzeiger" (Aussig) und das „Kärntner Wochenblatt": „Lueger hat nur einem Leitstern gedient und diesem ist er allzeit getreulich gefolgt: der Ehrgeiz war und bleibt seines Daseins Leitmotiv." Und ebenso konnte nur eine „Arbeiter-Zeitung" schreiben: „Lueger kennt keine Ziele, er war und ist Virtuose der Mittel, die alle dem einen und demselben Ziele dienen: Ihm selbst."

„Wahrlich, Lueger weiß immer, was er will, in seinem gesunden Menschenverstande will er nie Unmögliches, das Mögliche verfolgt er heute impulsiv mit offenem Visier, morgen diplomatisch auf Umwegen, aber immer zäh.

Seine Politik paßte sich stets den eben bestehenden Verhältnissen an, schenkte den dringenden Bedürfnissen der augenblicklichen Gegenwart Befriedigung und wurzelt in durchaus volkstümlichen Neigungen, dabei von voller Gesinnungstreue ihres Urhebers getragen.

Bei all dem eine schier unerschöpfliche Arbeitskraft, was braucht es noch, um ein Leben zu erklären, das es vom Schuldienersohn zum führenden Politiker gebracht hat?

Solch ein Leben ist keine Lüge", bemerkt mit Recht Doktor Bach.

Die wirtschaftliche Lage.

In der „Gegenwart", Berlin, lesen wir:

„Um Dr. Lueger richtig zu beurteilen, muß auf die politische und soziale Entwicklung Österreichs seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kurz zurückgegriffen werden. Die liberale Partei, der Österreich die Umwandlung in ein modernes Staatswesen verdankt, war ihrem eigentlichen Wesen nach eine doktrinäre Partei und hatte nie Verständnis und Gefühl für die wahren Bedürfnisse des Volkes. In ihren Reihen gab es unleugbar viele geistig und sittlich hochstehende Männer, aber sie waren zumeist Ideologen, die besser mit den Theorien als mit den realen Verhältnissen vertraut waren und danach ihre politischen Tätigkeiten entfalteten. So hatte man unter dem Einflusse einer mächtig aufstrebenden Presse, die dabei allerdings ganz andere Ziele im Auge hatte, dem Volke eingeredet, sein Heil liege in kirchenpolitischen Kämpfen. Dabei blieben die wichtigsten Forderungen des Gewerbestandes, der arbeitenden Klassen unbefriedigt. Nach und nach wurde die liberale Partei immer mehr zu einer rein kapitalistischen Partei; die ganze Gesetzgebung erhielt einen kapitalistischen Zuschnitt. Es war die Zeit des sogenannten „volkswirtschaftlichen Aufschwunges". Die Börse blühte und das Volk sank wirtschaftlich immer tiefer herab. Schwindelhafte Gründungen, schwindelhafte Geschäfte, an denen auch gar manche liberale Parlamentsmitglieder sich beteiligten, waren an der Tagesordnung; es war die Zeit, da der Weizen jener Leute blühte, deren raschen Aufschwung ein witziger Kopf kurz mit den Worten kennzeichnete: Eiserne Kasse, eiserne Stirne, eiserne Krone. Endlich trat der große Krach ein, der den Zusammenbruch so vieler wirtschaftlichen Existenzen im Gefolge hatte und auch dem Blindesten die Augen öffnete über das wahre Wesen des Liberalismus in seiner damaligen Form. Im Gemeinderate der Stadt Wien entstand die demokratische Partei, die sich die Wahrnehmung der Interessen

des Volkes und die Bekämpfung der Korruption auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung zum Ziele gesetzt hatte.

Die Partei erhielt bald durch den Beitritt Dr. Luegers die mächtigste Unterstützung."

Selbst das „Illustrierte Extrablatt" sieht sich zu folgendem Geständnis genötigt:

„Der kleine Mann war damals mit Recht unruhig. Wirtschaftliche Krisen hingen in der Luft und das politische Elend in Österreich ging sehr hoch. Irgendeine Wende war im Werden, und die Partei, die das nicht merkte oder, voll von ehrlichem Doktrinarimus, nicht die Beweglichkeit besaß, einzulenken und die neuen Strömungen auf ihr altes Rädergetriebe zu leiten, diese Partei bekam Risse und Sprünge. Die damals herrschende Partei verschlief den günstigen Augenblick; aus den demokratischen Gärungen zu lernen, junge und talentierte Leute in ihre Reihen zu nehmen, kurz, das eigene Blut zu verjüngen, war nicht ihre Sache."

Ähnlich die „Österreichische Volks-Zeitung":

„Gewiß hätte auch die große agitatorische Kraft eines Dr. Lueger es nicht vermocht, der Partei die Herrschaft in der Gemeindestube der größten Stadt des Reiches zu erobern, hätten nicht die Vorgänger der heutigen Bürgermeisterpartei den Zusammenhang mit den breiten Schichten der Bevölkerung verloren, wäre deren wirtschaftliches Programm ein volkstümlicheres (wie zart! D. Verf.) gewesen und hätten sie die Zeichen der Zeit besser verstanden."

Ein moderner Herkules!

Mit seinem klaren, durchdringenden Verstand hatte Lueger bald erkannt, daß all die glänzenden Reden der Liberalen von Freisinn, Fortschritt, Brüderlichkeit usw. nichts als gleißnerische Phrasen waren, bestimmt, das Volk zu umgarnen, daß sie in

Wahrheit nur auf die Interessen des Großkapitalismus bedacht waren. Es galt, das Volk aus dieser Umgarnung zu befreien, und Lueger nahm den Kampf auf. Bresche um Bresche wurde in die liberale Feste gelegt, bis sie vollständig zusammenbrach und in einen Schutthaufen verwandelt wurde. In der Wiener Gemeindestube begann Dr. Lueger den Kampf mit wenigen Getreuen, angewidert durch die Korruption, die sich in dieser Filiale der judenliberalen Herrschaft eingefressen hatte. Bald erweiterte sich sein Horizont und er ging an die Gründung einer neuen politischen Partei, deren Programm in erster Linie die Verbesserung der traurigen ökonomischen Existenzbedingungen des christlichen Volkes, speziell der Gewerbetreibenden, bezweckte.

„Er hat die Partei selbst geschaffen, die ihn zum Erfolg und zur Macht geführt hat. Er stampfte sie aus dem Boden und zog sie groß. Er hob die Kräfte, deren er bedurfte, von unten herauf", lesen wir im offiziösen „Fremdenblatt".

„Lueger begann das große Werk der Demolierung fast ohne Rüstzeug. Nur in schüchterner Weise hatten ihm einerseits die Demokraten mit dem gescheiten Dr. Mandl, anderseits die Nationalen mit dem selbstgefälligen Schönerer vorgearbeitet. Aber den Kraftbau der liberalen Vorherrschaft vermochten sie doch nicht zu erschüttern. Erst Lueger legte Bresche in denselben." („Prager Politik.")

„Allein der kühn aufgenommene und mutig geführte Kampf gegen die liberale Korruptionswirtschaft gäbe ihm (Lueger) schon Anspruch, gegen ihn gerecht zu werden, auch wenn diese liberale Wirtschaft nicht eben eine Judenwirtschaft gewesen und Lueger nicht Judengegner dadurch geworden wäre." („Deutsche soziale Blätter", Hamburg.)

Und weiter: „Er hatte den Besen in die Hand bekommen, er konnte den liberalen Augiasstall reinigen. Und das geschah."

„Es war ihm ernst mit der Verbesserung des Volkswohles, während er sah, daß die Liberalen das Volk nur als eine

Schafherde betrachteten, die man scheren kann." („Landshuter Zeitung.")

„Lueger verließ die Liberalen, weil deren Begünstigung des Großkapitals ihn direkt abstieß und die breiten Massen sich von dieser Geldsackpartei lossagten." („Sachsenschau", Magdeburg.)

Und an einer anderen Stelle: „Die christlichsoziale Partei hat mit Lueger das große Los gewonnen. Sie gewann in ihm einen Vorkämpfer, der die Partei erst zu dem machte, was sie heute ist."

„Er hat sich das Volk erobert und dann hat das Volk den Platz für ihn erobert." („Hannoverscher Courier.")

„Er hat die Partei aus kleinen Anfängen zur herrschenden gebracht, und er hat infolge seiner hohen persönlichen Eigenschaften und Gaben und infolge der Lauterkeit seines Charakters das Höchste errungen, das die Stadt Wien zu vergeben hat." („Staatsbürger-Zeitung", Berlin.)

„In harten politischen Kämpfen hat sich Dr. Lueger zu der Höhe emporgerungen, auf der er heute steht, er ist ein Selfmademan im besten Sinne des Wortes. Auch in einer unparteiisch geschriebenen Geschichte des parlamentarischen Lebens in unserem Vaterlande ist ihm ein ehrenvoller Platz sicher, seine Haltung war stets eine offene und ehrliche." („Deutsches Volksblatt.")

„Eine gesunde Idee, vertreten durch eine feste, zielbewußte Persönlichkeit, bricht sich durch eine Welt von Hindernissen Bahn. Das zeigt die Arbeit Luegers." („Deutsche Reichszeitung", Bonn.)

Unter den gebrachten Blätterstimmen sind auch gegnerische, die dem seltenen Manne gegenüber unparteiisch sind.

Wie knabenhaft nimmt sich dagegen das Folgende aus, das unsere Alldeutschen kennzeichnet:

„Und er (Lueger) erschien in zwölfter Stunde als der ersehnte Heiland, und ein kühner Schachzug genügte, um die reifen Früchte in seinen Schoß zu werfen.

Gewiß, Dr. Lueger hat für Wien viel geleiſtet. . . . Was er aber geleiſtet hat, hätte jeder andere Bürgermeiſter auch leiſten müſſen." („Wiener Deutſches Tagblatt", 23. Oktober 1904.)

Vom Ei des Kolumbus hat das verehrte Blatt gewiß noch nie etwas gehört.

In ähnlicher Weiſe ſchrieb der „Hannoveriſche Courier": „Als Bürgermeiſter hat er . . ., weil er ſich in der Oppoſition in dieſer Richtung engagiert hatte — es handelte ſich um die koſtſpielige Expropriierung der engliſchen Geſellſchaft, die den Wienern allerdings bis dahin viel Geld aus der Taſche gezogen hatte — manches Gute geſchaffen. . . . Ob er dafür die Lobeshymnen und Huldigungen verdient, die ihm ſeine Anhänger widmen . . ., iſt eine andere Frage. Tüchtiges iſt auch vorher geleiſtet worden, nur mit weniger Lärm."

Die „Pariſer Zeitung" wieder rühmt Luegers Eigenſchaften, aber ſchließlich ſchreibt ſie: „Bedauerlich bleibt nur eines: Daß Dr. Lueger, nur um als Volksmann zu gelten, ſeine Begabung in die Dienſte der gegen die moderne Denkweiſe abſichtlich blinden antiſemitiſchen Partei ſtellte."

Anfänge der antiſemitiſchen Bewegung.

Die antiſemitiſche Bewegung war in ihren Anfängen recht beſcheiden. Ein erſter Verſuch antiſemitiſcher Organiſation wurde im Jahre 1880 gemacht, in einer Verſammlung, auf der einige hundert Handwerker gegen die Hauſierer Front machten. „Wer ſind dieſe Hauſierer?" rief der Uhrmacher Buſchenhagen; „die meiſten ſind polniſche, ungariſche oder aus Rußland vertriebene Juden. Sehen Sie alle dieſe Leutchen an und ſagen Sie mir, ob dieſelben je ein Handwerk gelernt haben." Dieſen Worten folgte lebhafter Beifall ſeitens der Anweſenden, die dem Rufe nach Organiſierung gefolgt waren, unter denen ſich auch der Führer

der Demokraten Dr. Lueger und der nachmalige letzte Bürgermeister der liberalen Partei, Dr. Grübl, also die beiden Hauptakteure des beginnenden Dramas, befanden.

„Die Gesellschaft zum Schutze des Handwerkes", die aus Anlaß obiger Versammlung gegründet wurde, hatte nur ein kurzes Dasein und wurde im Jahre 1882, auf Betreiben Pfenners, des Begründers des „Volksfreund", von der „Reformpartei" abgelöst. Pfenner hatte erkannt, daß die Zukunft denjenigen gehört, die sich mit der sozialen Frage befassen. Schon Florencourt, der im „Vaterland" den wirtschaftlichen und sozialen Fragen einen großen Platz einräumte, hatte die katholischen Konservativen auf diese Richtung hingewiesen, und als seine unerbittliche Feder seine Ausweisung zur Folge hatte, betrat sein Nachfolger Freiherr von Vogelsang den gleichen Weg, der freilich nur ein rein theoretischer war. Pfenner dagegen stellte sich durch Gründung des Reformvereines auf den nützlicheren Weg der Praxis und es dauerte nicht lange, so hatte er sämtliche Gegner des judenliberalen Systems in seinen Kreis gezogen. In den zahlreichen, von ihm einberufenen Versammlungen erblickte man nacheinander Dr. Lueger, Dr. Pattai, Ernst Schneider, alle Führer des jetzigen Antisemitismus. Durch ihre fortwährende Agitation säte die Reformpartei in den breiten Volksschichten die Keime zu dem starken und geschlossenen Heere, das zur Zeit von Dr. Lueger angeführt wird." („Juden und Katholiken in Österreich-Ungarn." Aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt von Kannegießer. Paulinusdruckerei, Trier 1896, S. 150 und 151.)

Die sozialreformatorische und antisemitische Bewegung war vom „Österreichischen Reformverein" ausgegangen, in dem Schneider, Schönerer — damals noch ein maßvoller Politiker — Buschenhagen, Fux, Füchsel und später auch Pattai saßen.

Der Reformverein war der erste ausgesprochen antisemitische Verein, ihm folgte im Jahre 1887 der „Christlichsoziale Verein" Dr. Pfenners.

Daß Baron Vogelsang nicht bloß theoretisch tätig war, wie der Autor meint, weiß ich aus meinen Beziehungen zu demselben. Wir werden noch später Gelegenheit haben, von Vogelsangs Wirken zu sprechen.

Antiliberale Liga.

Ende der achtziger Jahre proklamierte Dr. Lueger in Margareten die „Antiliberale Liga", die, in „Vereinigte Christen" — ein Name, der vom Prälaten Dr. Scheicher stammt — umbenannt, jene großen Erfolge, und durch die Vereinigung aller christlichen Parteien den Sieg über die vereinigten Liberalen und die ins liberale Lager abschwenkenden Demokraten vorbereitete. Der Name wechselte: antiliberal, vereinigte Christen, antisemitisch, christlich-sozial. Mit Gesinnungsgenossen aus dem „Demokratischen Wählerverein Margareten" hinausgedrängt, schuf Dr. Lueger den „Wählerverein der vereinigten Christen Margaretens", der mit den anderen Wählervereinen der vereinigten Christen, dem Verein „Eintracht", dem „Christlichsozialen Verein" und den „Deutschen Bezirksvereinen" jene große Bewegung schuf, die bei den verschiedenen Wahlen ihren Ausdruck fand.

In den siebziger Jahren wurden katholisch-politische Vereine (Kasino) gegründet, die nach einem kurzen Aufschwunge, ohne es je zu politischem Einfluß gebracht zu haben, zu bloßen Tischgesellschaften herabgesunken waren. Gleichwohl waren sie die Arche, welche die treukatholischen Elemente aus der Sturmflut des Liberalismus herübergerettet hatten. Von ihnen ist zuerst der Kampf gegen den Liberalismus ausgegangen. Sie waren der Grundstock, auf welchem in der Folge die christlichsoziale Partei aufgebaut wurde. Diese Vereine wurden nun auf neuer Basis aufgebaut und wurden mit den anderen antiliberalen Vereinen mit ein Faktor, mit dem man im politischen Leben rechnen mußte. In allen Versammlungen der vereinigten Christen begrüßte

man mit Freuden das Auftreten eines Priesters, während früher Priester nur in den großen katholischen Glanzversammlungen oder in kleinen katholischen Zirkeln als Redner auftreten konnten.

Christlichsozialer Verein.

Die Versammlungen der „Vereinigten Christen" wurden von den Christlichsozialen, den Konservativen, den Antisemiten, den ehrlichen Demokraten — die ins christlichsoziale Lager einschwenkten — den Deutschnationalen gemäßigter Richtung und den Schönerianern in gleicher Weise massenhaft besucht. Die Not des Volkes und der Wunsch ihm zu helfen, führte sie zusammen. Reform des wirtschaftlichen Lebens auf dem Boden des Christentums war Trumpf. Im Jahre 1887 wurde von Dr. Psenner der bereits erwähnte „Christlichsoziale Verein" gegründet, der ein Sammelpunkt aller Antiliberalen war.

Als der christlichsoziale Verein von dem verdienten Dr. Psenner gegründet wurde, wollte der Ausschuß auch Dr. Lueger zu einer Rede für eine Versammlung gewinnen. Dr. Lueger zögerte anfangs und antwortete, daß er sich die Sache erst überlegen müsse. Er wollte vorerst abwarten, wie sich der eben gegründete Verein entwickeln werde. Als der Verein sofort einen starken Aufschwung nahm und schon seine zweite Versammlung eines der größten Lokale derart überfüllte, daß Hunderte von Menschen keinen Einlaß mehr finden konnten, sagte Dr. Lueger zu, in der dritten Versammlung des Vereines einen Vortrag zu halten. Diese Versammlung fand im September 1887 beim Dreher auf der Landstraße statt und auch diesmal vermochte der Saal die Herbeiströmenden nicht zu fassen. Lueger sprach klug und gemäßigt über Korruption und Wucher und ließ dabei einfließen, daß bei Korruption und Wucher überall Juden zu treffen seien. Die Liberalen, welche die Fähigkeiten Dr. Luegers sehr wohl kannten, waren außer sich. Die judenliberalen Blätter beschimpften und ver-

leumdeten Dr. Lueger in der ärgsten Weise. Die „Wiener Allgemeine Zeitung" schrieb: „Auch Dr. Lueger ist glücklich in die Kloake des Antisemitismus hinabgestiegen."

Natürlich trat Dr. Lueger nur um so energischer und schärfer auf und wurde auch in den Ausschuß des Vereines gewählt. Er sprach beinahe in jeder Versammlung dieses Vereines, der nicht bloß in Wien, sondern auch in den verschiedensten Orten Niederösterreichs, ferner in Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz, Znaim usw. Versammlungen veranstaltete.

Der Nestor der christlichsozialen Bewegung.

Es obliegt mir noch, einen Mann hervorzuheben, der um Lueger und die christliche Bewegung sich die größten Verdienste erworben hat, es ist der Gründer der Volkspartei der „Vereinigten Christen". Statt eigener Schilderung gebe ich dem Abgeordneten Dr. Geßmann das Wort. Dieser schreibt:

„Unvergeßlich werden mir stets die Abende sein, die wir im Hause des Baron Vogelsang verbrachten. Dieser, ein feingebildeter, geistreicher Norddeutscher, ist ohne Zweifel der Nestor und wissenschaftliche Vertreter der modernen christlichen Sozialpolitik. Sein Hauptbestreben war darauf gerichtet, das Erhaltenswerte der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu bewahren, es aber mit oft sehr radikalen Forderungen der sozialen Reform zu verbinden. Beispielsweise wollte er die Wiedereinführung des alten Zinsverbotes der Kirche; sie würde eine augenblickliche Entwertung des ruhenden Großkapitals zur Folge haben. (Als erstrebenswertes Ziel muß es gleichwohl vor Augen gehalten werden. Alle sozialen Reformen scheitern, wenn nicht das Übel an der Wurzel angepackt wird. D. Verf.) Baron Vogelsangs Haus, in dem sich damals zahlreiche junge Politiker, unter diesen auch Fürst Alois Liechtenstein, Dr. Pattai und Schneider (selbstverständlich

auch Lueger) versammelten, um von dem Meister zu lernen und in gegenseitiger Geistesbefruchtung sich zu vervollkommnen, war die Geburtsstätte unserer sozialreformatorischen Ideen . . ."

Prälat Scheicher berichtet über die erste Zusammennunft: „Baron Vogelsang, der leider zu wenig beachtete sozialpolitische Regenerator Österreichs, hatte Ende der siebziger und anfangs der achtziger Jahre sein schweres Kreuz, christliche Intelligenzen von Mut und Offenheit zu gewinnen. Öffentlich mit ihm sich zu zeigen, das hätte ein Mensch damals nicht wagen dürfen, ohne boykottiert, infam erklärt zu werden und dann in gesellschaftlicher Acht und Aberacht des politischen Todes zu sterben. Vogelsang hat darum die erste Zusammenkunft jener Personen, welche bestimmt waren, gewissermaßen die Kadres für die christlich-soziale Organisation zu bilden, in einer fernen Gasse von Hietzing veranstaltet. Die Gräfin Zichy-Metternich, die ja bis heute jeder guten Sache ihre Kraft leiht, stellte ihre Villa in der Gloriettgasse zur Verfügung. Dort trafen sich an einem Donnerstag nachmittags zum ersten Kongressus folgende Herren: Dr. Lueger, Vogelsang, Vater und Marietta Vogelsang, die heute weitbekannte Sozialpolitikerin, Geßmann, Dr. Schindler, P. Weiß, Fürst Liechtenstein, Schneider und ich. Damals sah ich als Kleinstädter zu meiner großen Freude, daß Wien unserer Richtung weltliche sowie geistliche Intelligenzen hoher Bedeutung zur Verfügung stellen könne und wußte, daß dieselbe also vorwärts kommen müsse und werde, nicht eingeschränkt werden könne.

Das hat mich damals gefreut und ich denke mit Freuden an das einstige kleine Senfkörnlein des heute großen christlich-sozialen Baumes in der Villa Zichy. Mit Heiterkeit denke ich auch an die Worte Luegers, als wir letztere verließen: ‚Ihr Geistlichen, sagte er, geht links, wir Laien rechts. Wenn der Szeps erfahren würde oder uns jemand mit Geistlichen zusammen sehen würde, das gäbe einen Sturm in der ganzen Wiener (Juden-) Presse!' So stand es damals."

Bei der Beeidigung seiner Durchlaucht Prinz Alois Liechtenstein am 13. Dezember 1906 hören wir Lueger in ähnlicher Weise. Er sagte: „Es sind jetzt 20 Jahre her, daß ich die Ehre gehabt habe, Euer Durchlaucht nahezutreten, es geschah dies in einer etwas geheimnisvollen Weise. Zur Nachtzeit sind wir beide in die Wohnung eines Mannes gekommen, der zurzeit schon gestorben ist. Es ist Baron Vogelsang, der uns allen ein Lehrer geworden ist, ein Mann, dessen Namen ich nie vergessen werde. Damals haben wir uns gesagt, wir werden niemand Mitteilung machen, daß wir dorten in der Wohnung gewesen sind. Die Zeiten haben sich aber schnell geändert."

Die Entenabende.

Die Vorarbeiten zum Katholikentage im Jahre 1889 hatten fast ein Jahr vorher alle Männer, die sich für die soziale Frage interessierten, zusammengeführt. Daß Lueger und seine Anhänger in der vorbereitenden Sektion für Soziales sich betätigten, trug bei, daß in dieser Sektion so Großartiges geleistet wurde. Nach Schluß des Katholikentages wurden — auf meine Anregung, wie mich Vogelsang versicherte — die „Entenabende" eine stehende Einrichtung. Gelegentlich einer Reise wollte Abgeordneter Schöpfer die Bekanntschaft jener Männer machen, die eine führende Rolle in der sozialen Bewegung hatten. Er schreibt: „Damals stand im Mittelpunkte der sozialen Reformbewegung der unvergeßliche Baron Vogelsang, der besonders durch die von ihm begründete und redigierte ‚Monatsschrift für christliche Sozialreform' zum ersten Bannerträger im Kampfe um die Befreiung des christlichen Volkes von der Knechtschaft des Judentums geworden ist. Damals waren die sogenannten ‚Entenabende' in schönster Blüte. Sie bestanden in einer freien Vereinigung katholischer Sozialpolitiker, welche jede Woche, am Dienstag abends, im Hotel ‚zur goldenen Ente' in der Riemer-

straße zusammenkamen, um soziale Themata zu besprechen, besonders solche, die durch den Gang der Gesetzgebung oder die Bedürfnisse der Bevölkerung sich selbst auf die Tagesordnung drängten. Hier auf diesen Abenden sammelten sich die Geister — viele der damaligen Teilnehmer sind heute Abgeordnete; jedenfalls sind aus diesem Kreise gewiegte Streiter hervorgegangen! Die Seele der Entenabende war Baron Vogelsang, die Verhandlungen wurden aber meist vom Universitätsprofessor Dr. Schindler geleitet.

Bei der ‚Ente' lernte ich Baron Vogelsang persönlich kennen. Außerdem nahmen am betreffenden Abend u. a. Dr. Lueger und Prinz Alois Liechtenstein teil." Diese und Dr. Geßmann, Dr. Weiskirchner, Axmann, Dr. Brzobohaty, Ritter v. Troll, Trabert, Prof. Noltsch ꝛc. ꝛc. waren regelmäßige Besucher dieser Abende. Viele der damaligen Besucher sind heute nicht mehr politisch tätig, waren es aber damals, wie Trabert und Dr. Brzobohaty, welch letzterer, so oft Dr. Lueger in den letzten Jahren seiner Tätigkeit als Advokat durch seine politische Tätigkeit verhindert war, ihn jederzeit gewissenhaft als Advokat vertreten hat.

Der Geburtstag der christlichsozialen Bewegung.

Durch Dr. Lueger und seine Partei ist das Wort Christ wieder kursfähig geworden. Das fünfzigjährige Priesterjubiläum Leo XIII. im Jahre 1887 könnte man den Geburtstag der christlichsozialen Bewegung nennen. Es galt den „sozialen" Papst zu feiern. Daß Dr. Lueger und Dr. Geßmann die Vorbereitungen zum großartigen Papstbankett in die Hand nahmen und dadurch den Erfolg sicherten, will ich nur bemerken.

Eine ganze Zahl Parteigruppen war bei Beginn des Kampfes aneinandergegliedert, das Trennende wurde beiseite gelassen, das Einigende betont und hervorgehoben. „Man muß im Geiste christlicher Liebe", bemerkte Fürst Alfred Liechtenstein in seinem

Toaſte auf den Heiligen Vater beim Leo-Bankett, „alles ſorgſam vermeiden, was da trennt, und in Liebe alles ſuchen, was vereint.“ „Es gilt den gemeinſamen Feind, den Liberalismus niederzuringen,“ betonte oft Dr. Lueger, „untereinander können wir ſpäter ſtreiten.“ „Wir haben zu ſpät gemerkt,“ ſchrieb ein hervorragender franzöſiſcher Politiker in der „Reichspoſt“, „was das Volk in Wien und außerhalb der ruhmreichen Kaiſerſtadt zur rechten Zeit erkannt hat: die Notwendigkeit, kleine Unterſchiede zurückzuſtellen, um der gemeinſamen Abwehr eines immer übermütiger werdenden Feindes zu dienen.“

Die verſchiedenen Parteigruppierungen.

Dr. Lueger näherte ſich den einzelnen Parteien, die ein volksfreundliches Programm hatten, wie er auch nie engherzig war, Parteigruppen zuzulaſſen, die irgendetwas Volksfreundliches in ihrem Programm hatten. Daher kam es, daß im Anfange der Bewegung die heterogenſten Elemente, ſoweit ſie auf antiliberalem Boden ſtanden, zuſammenkamen.*)

*) „Da dieſes Heer ſich aus den verſchiedenſten Lagern bildete, ſo konnte von einer durchgreifenden Gleichartigkeit ſeiner Truppen keine Rede ſein. Schönerer und Lueger, Liechtenſtein und Schneider, Scheicher und Vergani vertreten in politiſcher, religiöſer und ſozialer Beziehung zu entgegengeſetzte Gedanken, als daß es möglich geweſen wäre, ſie in ein einziges Regiment zuſammenzufaſſen. Da dieſelben gegen einen gemeinſamen Feind, nämlich den Judenliberalismus, ankämpften, ſo mußte man aus taktiſchen Gründen ihnen die Möglichkeit laſſen, ſich nach ihren natürlichen Berührungspunkten zu gruppieren, um im Augenblicke des Angriffes geſchloſſen über alle Truppen verfügen zu können. Die Hauptgruppierungen waren bald gebildet, und nach der taſtenden Ungewißheit und der unklaren Agitation, die der erſten Stunde eigen iſt, waren die zahlreichen Gegner der Juden bald geſammelt, — die einen um das chriſtlichſoziale, die anderen um das antiſemitiſche und endlich einige um das deutſchnationale Banner geſchart.

So bildeten ſich drei antiſemitiſche Parteien in Öſterreich oder vielmehr in Wien — denn wir haben es hier zunächſt mit dieſer Stadt zu tun

Bei dieser Volksbewegung galt es alle Kreise zu gewinnen. Die Intelligenzkreise und die der Besitzenden mußten gewonnen

— und diese Parteien entsprachen dem dreifachen Druck, unter dem das Land litt: der religiösen, der wirtschaftlichen und der politischen Unterdrückung. Die Christlichsozialen sahen in den Judenliberalen vor allem die Verfolger des katholischen Volkes, die Antisemiten erblickten in ihnen die Ausbeuter der mittleren Klassen und die Deutschnationalen hinwieder erblickten in ihnen die unrechtmäßigen Beherrscher der öffentlichen Angelegenheiten.

Die christlichsoziale Partei, die ihren Namen von Baron Vogelsang erhielt, trat zuerst in die Bresche, und ihr gebührt auch das Verdienst, der antisemitischen Richtung einen unwiderstehlichen Antrieb verliehen zu haben. Aus der Reformpartei hervorgegangen, stützte sie sich zugleich auf die Geistlichkeit und das Volk — beide Opfer des jüdischen Übergewichtes . . .

Neben den Christlichsozialen stehen die eigentlichen Antisemiten, jenes große Heer, welches einerseits die kleinen, von Juden zugrunde gerichteten Geschäftsleute, anderseits den intelligenten Bürgerstand umfaßt, der über die fortwährende Begünstigung und Patronisierung des Judentums sich erbittert fühlt; endlich die kleine Gruppe Schneider-Schlesinger, die im Juden den Semiten, den Feind der arischen Rasse verfolgt. Anfangs war diese Partei in religiöser Beziehung ziemlich liberal und ihr Organ, das „Deutsche Volksblatt" teilte Hiebe nicht nur den Juden, sondern auch den Klerikalen aus. Aber nach und nach und unter dem Einflusse der Christlichsozialen änderten diese Antisemiten ihre Haltung gegen Priester und Kirche . . . Das „Deutsche Volksblatt" ist jetzt ganz respektvoll in Betreff der Religion geworden, verteidigt wacker den von der Judenpresse angegriffenen Priester und weiß für den 30 Jahre lang so übel zugerichteten Katholizismus Vorliebe zu erwecken.

Das dritte Korps der antisemitischen Armee, die deutschnationale Partei, ist dasjenige, welches an Zahl am schwächsten und gegen die katholischen Ideen noch am widerspenstigsten ist. In religiöser und politischer Hinsicht huldigen die Deutschnationalen (Gemeint ist die Wolf- und Schönererrichtung. Diese Zeilen wurden im Jahre 1896 vor der Los von Rom-Bewegung geschrieben. D. Verf.) einem Radikalismus, der sowohl für den Staat als für die Kirche gefährlich werden kann. Wenn sie dennoch der christlichsozialen Partei Gefolgschaft leisten, so geschieht dies mehr oder weniger wider Willen und weil sie, auf eigene Kraft angewiesen, ganz ohnmächtig wären." („Juden und Katholiken", S. 151—155.)

werden, wollte man einen dauernden, durchſchlagenden Erfolg erzielen. Der chriſtliche Gedanke, der beim Volk begeiſterte Aufnahme fand, wurde namentlich in den ſogenannten Intelligenzkreiſen nicht überall mit derſelben Begeiſterung aufgenommen. Sie waren zu lange und zu ſehr in der Schule des Liberalismus und des Materialismus aufgewachſen, als daß ſie über Nacht die liebgewordenen Ideen abgelegt und die Vorurteile gegen die Religion abgeſtreift hätten. Nebſt dem gemeinſamen wirtſchaftlichen Gedanken, der bald mit „antiſemitiſch“ gleich galt, war es vor allem der nationale Gedanke, der dieſe Kreiſe feſſelte. Die Rückſichtnahme auf dieſe Kreiſe ließ den zweiten Wahlkörper oder den Intelligenzwahlkörper in der Gemeindeſtube gewonnen werden. Auch der erſte Wahlkörper, der der Beſitzenden, ſchloß ſich ſchließlich der Bewegung an. Mit Hilfe dieſer Kreiſe wurden auch die Sitze im Landtage und im Reichsrate gewonnen.

„Wurſtkeſſelpartei“ wurden die vereinigten Chriſten geſcholten von ſolchen, die gleichfalls ſich angegliedert hatten, aber Sonderwege gehen wollten und terroriſierend auftraten. Mancher Führer brachte ſein Fähnlein — auch Schönerer —, ſchwenkte aber ſpäter ab, der größte Teil des Fähnleins blieb zurück. Die Parteigruppen zerbröckelten, die Schattierungen ſchwanden und wie ein mächtiger Strom ſchwoll die Volksbewegung an, der Dr. Lueger angehörte. Die ſich nicht aſſimilierten, ſchieden zumeiſt von ſelbſt. Man ließ die Volksgenoſſen nicht leichten Herzens ziehen. Wie ſeinerzeit dem Dr. Mandl, bewahrte Dr. Lueger auch dem Führer Schönerer die Treue ſo lange, als es vereinbar war mit der eigenen Ehre und dem Wohle der Bewegung.

„Freilich träumte ich eine Zeitlang“, bemerkt Vizebürgermeiſter Hierhammer — und wie er auch andere — „von einem Hand in Hand gehen der beiden Volksmänner Schönerer und Lueger, und als im Jahre 1888 bei der großen Auffahrt bei Frau v. Schönerer auch Dr. Lueger an der Seite Dr. Pattais

erschien und der genannten Frau ein Kornblumenbukett überreichte, da glaubte ich um so fester an eine Verwirklichung meines Traumes.

Aber es kam anders, glücklicherweise anders!"

Niemand wußte im Anfange der Bewegung, welche Dimensionen dieselbe annehmen, welche Gruppe den Sieg davontragen werde. Es gab Zeiten, wo die radikalsten Gruppen obenauf waren, das christliche Moment zurückzutreten schien. Selbst beherztere Männer wurden zeitweise zaghaft. Die Bewegung wurde namentlich wegen der anfänglichen Gefolgschaft der Schönerianer als dynastiefeindlich und antikatholisch verschrien. Männer, die ein weites Herz hatten und die obersten Führer der Bewegung kannten, wußten, daß unter solchen Führern Religion, Thron und Vaterland von dieser gesunden Volksbewegung nichts zu fürchten haben. (Nähere Ausführungen in meiner Schrift: „Die Entwicklung der christlichsozialen Partei und deren Hausfeinde.")

Der Name Christ hatte für die Heilobrüder nur den Zweck gehabt, den Gegensatz zwischen Arier und Semit auszudrücken. Bei der Niederringung des Liberalismus mußten alle zusammenstehen. Die Besserung der wirtschaftlichen Lage des Volkes war ja auch einer der Programmpunkte Schönerers und Genossen. In dem Kampfe mußte und sollte es sich zeigen, ob der christliche Gedanke siegreicher ist als der der Verbündeten. Auf letzteres hofften die Schönerianer, sie glaubten das Wort „christlich" aus der Bewegung streichen zu können, sie hatten sich getäuscht. Jene, die das Wort Christ nur als Gegensatz zu Semit gebrauchten, mußten erfahren, daß unser Volk unter Christentum mehr versteht und die Hilfe der Schönerianer ablehnt, wenn Patriotismus und Religion zum Opfer fallen sollen. Das Vermeiden eines vorzeitigen Kampfes hatte von der absterbenden liberalen Partei und den extremnationalen Parteien jene abgebröckelt, die nicht grundsätzliche Gegner des Christentums waren, und das Kriegsheer der Christlichsozialen verstärkt.

Die um Schönerer waren, wurden die Hausfeinde. Doktor Lueger bewies ihnen gegenüber übermenschliche Geduld. Der Lärm, den sie machten, täuschte über ihre Zahl, und so kam es, daß man sie stets überschätzte. Schönerer war anfangs die Pflugschar, die den Boden aufgewühlt hatte, seine Anhänger mußten zu wiederholten Malen helfen, den Feind niederzuringen und einen Sieg herbeizuführen, so bei den Nichtbestätigungen Dr. Luegers zum Bürgermeister, so beim Sturze Badenis. Gerade Lueger wollte nicht aggressiv gegen sie vorgehen, sie sollten sich selbst unmöglich machen, und das taten sie auch zur Genüge. Ihnen gegenüber galt es auch stets das Christen- und Österreichertum zu retten.

Christ — Katholik.

„Noch eine Erinnerung möchte ich mitteilen", schreibt Abgeordneter Dr. Schöpfer. „Ich war damals (um 1889) auch unter jenen, welchen das Wort ‚christlich' zu wenig schien. Bekanntlich sind zuerst die ‚vereinigten Christen' auf den Plan getreten. Man hat sich über diese gemischte Gesellschaft oft genug lustig gemacht und sogar von ‚veruneinigten Christen' gesprochen." „Seien Sie nur ruhig," bemerkte der gelehrte Dominikaner P. Toggenburg über das Bedenken wegen des Wortes christlich statt katholisch, „lassen Sie dieses Volk einmal christlich werden; die Christen in Österreich sind Katholiken und darum werden die Leute zugleich katholisch."

Am 18. Februar 1888 hatte ich im „Vaterland", das uns damals durch den unvergeßlichen Baron Vogelsang so nahe stand, geschrieben: „Wer an dem Worte Christ, Christentum sich stößt und dafür das Wort Katholik, Kirche substituieren möchte, der möge bedenken, daß das Wort Christ leider erst seit kurzem wieder kursfähig wurde — wie Dr. Lueger in seinem Toaste auf die vereinigten Christen bemerkte (beim Leo-Bankett, 1887): ‚Es

ist noch nicht allzulange Zeit her, da wagte man es in Wien kaum, sich als Christen oder gar als Katholiken zu bekennen.' Zudem, ist nicht Österreich ohnehin ein katholischer Staat, wo jeder unter Christentum den Katholizismus verstehen muß?"

„Welche Läuterung religiösen Denkens", fährt Dr. Schöpfer fort, „damals noch nötig war, möchte ich aus einem Beispiel zeigen; es beleuchtet zugleich den Fortschritt, welcher heute zu verzeichnen ist. Damals (1889) fand eine Ersatzwahl im Bezirke Margareten statt. Es wurde eine große Wählerversammlung abgehalten, in welcher auch Dr. Lueger als Redner auftrat. Ich wollte mir die Sache von der Nähe ansehen und ging auch in die Versammlung ... In dieser Versammlung trat auch Hochwürden Herr Stauracz ... als Redner auf. Er sprach mit hinreißender Kraft und entfesselte einen Sturm des Beifalles und der Begeisterung.

Nach Stauracz kam irgendein Gewerbetreibender zum Wort. Der forderte u. a. die Versammelten auf, stramm zu den Priestern zu halten, wie Stauracz einer ist. Das seien wahre Volksfreunde, die ein Herz für die armen Leute haben 2c. Diese seien ganz anders als die Jesuiten, die 2c., 2c. Stürmischer Beifall lohnte auch diese Rede.

So war es damals. Der gesamte Priesterstand, voran die Ordensgeistlichen und besonders die Jesuiten, waren von der Judenpresse seit Jahren Tag für Tag in den Kot gezogen worden; die Priester selbst waren in den Sakristeien und leeren Kirchen geblieben und so wirklich von der großen Menge verlassen worden ... Und als opferfreudige Priester, welche die Not der Zeit erkannten, mutig auf den Plan traten, als sie ihr volksfreundliches Herz im sozialen Wirken zeigten, wurden auch sie Gegenstand allgemeiner Verehrung. Natürlich mußten dabei tiefeingewurzelte Vorurteile abgestreift werden. Die Jesuiten waren am meisten verleumdet worden, darum ging dies auch ihnen gegenüber am langsamsten. Nunmehr aber treten seit Jahren

Jesuiten im großen Musikvereinssaale und anderen großen Sälen als Volksredner auf und Tausende von allen Schichten des Volkes strömen herbei, um ihren Worten zu lauschen und danach zu handeln; und ein Jesuit, P. Abel, gehört zu den populärsten Männern von Wien."

Der religiöse Umschwung.

Während den Altkonservativen die Bewegung zu wenig christlich war, den Schönerianern aber zu katholisch wurde, faßte der christliche Gedanke immer tiefere Wurzeln. Kreise, welche der Kirche ferneſtanden, fanden wieder den Weg zu ihr, die Kirchen füllten sich, Missionen wurden allerorten mit durchschlagendem Erfolge abgehalten. Wie es nicht mehr als inferior galt, Christ zu heißen, so auch nicht, es zu sein. Beliebte Kanzelredner wie P. Abel S. J. und der leider zu früh verstorbene P. Freund C. ss. R. rissen das Volk an sich, namentlich die Männerwelt. Zur Adventzeit war alljährlich die St. Peters-Kirche von Männern überfüllt, die den geistreichen Ausführungen der Konferenzredner lauschten, vor Ostern schart ebenso P. Abel in der Augustinerkirche seit Jahren Tausende von Männern durch vier Tage um sich. Die Männerprozession nach Maria-Zell mit 2000—3000 Teilnehmern wurde seit 1893 eine ständige Einrichtung. Die Fronleichnamsprozessionen wurden zu Volksfesten, an denen das Wiener Volk teilnimmt, weil seine Führer — allen voran Dr. Lueger — an diesen öffentlichen Betätigungen des Glaubens sich mutig beteiligen, die früher vielfach verödeten Kirchen erweisen sich an Sonn- und Feiertagen zu klein.

Und alles das in derselben Stadt, in der, als das Konkordat — für dessen Beibehaltung man in Wien 800 Unterschriften aufbrachte — aufgehoben wurde, eine allgemeine Illumination stattfand. Früher durfte sich manchmal ein Geistlicher nicht auf die Straße trauen, ohne vom Pöbel in Glacéhandschuhen

und ohne solche insultiert zu werden; heute ist der Priesterstand geehrt, heute wird eine jede neue Schule eingeweiht, heute ist keine Schule ohne Christusbild. „Gewiß haben viele mit Aufopferung ihrer Kräfte an dem Umschwung der öffentlichen Meinung in Wien, an der Neubelebung christlichen Fühlens und Denkens in der Millionenstadt gearbeitet. Das erste und größte Verdienst aber gebührt unstreitig dem Bürgermeister Dr. Karl Lueger." So Abgeordneter Schöpfer. Nur wie Nikodemus trauten sich noch manche in Nacht und Dunkelheit zum Herrn zu gehen, sonst aber heulten sie mit den Wölfen prae timore Iudaeorum. „Gerade diesbezüglich hat die Ära Lueger eine ganz wunderbare Umwandlung hervorgerufen", bemerkt Prälat Scheicher. „Wer von uns weiß es nicht, daß in den siebziger und achtziger Jahren katholische Prozessionen oder Wallfahrten als Aufzüge von Kerzelweibern in den Blättern beschrieben wurden, wodurch immer mehr sogenannte bessere Leute sich abschrecken ließen." Er erzählt weiter, wie er bei der Organisierung der Katholiken keinen Laien von Intelligenz finden konnte, der es gewagt hätte, einem katholischen Verein vorzustehen und er einen ganz ungeübten Handwerker erst einschulen mußte, und fährt fort:

„So stand es einst, so entnervend hatte die Judenpresse gewirkt, so die christlichen Intelligenzen eingeschüchtert. Nun vergleiche man den gegenwärtigen Stand der Dinge. Jetzt hat Wien und Niederösterreich Intelligenzen, selbständige leistungsfähige Gelehrte und Studierte aller Nuancen, die auf christlichem Boden stehen, welche sich nicht nur nicht fürchten, sondern mit Lust und Liebe in den Kampf gegen Juden und Sozi gehen. Natürlich hat diesen Umschwung nicht Lueger allein zustande gebracht. Das sagt auch niemand. Die Jesuiten, ebenso die Redemptoristen und Lazaristen, Weltpriester und Ordensleute haben ihrerseits genug getan und gearbeitet, daß der Nikodemus immer mehr schon vor zehn Uhr abends zu Christus sich getraute. Aber

Lueger war es, der, Bürgermeister geworden, auch am hellen Mittage den Gekreuzigten bekannte und bekennen lehrte, der als katholischer Bürgermeister katholische Versammlungen begrüßte, ja der, es mag das für Leute wie Schuhmeier, Seitz, Adler und Pernerstorfer schrecklich sein, Schulen für christliche Kinder baute und — dieselben vom Priester einweihen ließ."

Nun noch eine Stimme. Es trifft nicht alles zu, was Dr. Bach über die Konkordatszeit sagt, aber auch er wird den Christlichsozialen gerecht. Er schreibt: „Die Christlichsozialen rühmen sich, Wiens Kirchen wieder gefüllt zu haben. Das Konkordat hat einst die Menschen zwingen wollen, in die Kirchen zu gehen, und sie wurden leer. Die Christlichsozialen haben zum selben Zwecke nicht mit Paragraph oder Gendarm gearbeitet und heute wird ein Kirchenbau nach dem anderen in Wien vonnöten."

Zur Taktik Luegers.

An verschiedenen Stellen hoben wir die Taktik Luegers hervor, der die Volksstimmung wie kein anderer zu benützen und seinem Ziele dienstbar zu machen verstand — weil er in der Volksseele zu lesen verstand. Immer habe ich Luegers ganz außerordentliche Klugheit bewundert, der, scheinbar geführt, doch stets das Volk dorthin führte, wohin er wollte. Er verstand es, eine Partei nicht bloß zu schaffen, sondern auch dauernd zu erhalten, indes Schönerer dem Kronos gleicht, der seine eigenen Kinder verschlingt. Ein paar Proben von Luegers kluger Taktik seien noch verzeichnet:

Vergani erzählt, wie er am 21. April 1884 zum ersten Male Dr. Lueger gesehen und sprechen gehört hat. Eine Anzahl Gemeinderäte der sogenannten „Wirtschaftspartei" berief eine allgemeine Wählerversammlung behufs Besprechung der Nordbahnfrage in die Volkshalle unseres Rathauses ein und

gegen 3000 Männer folgten diesem Rufe. „Reformer und Deutschnationale sah ich Hand in Hand neben den Demokraten stehen." Die Anhänger Schönerers wollten diesen zum Vorsitzenden, die Demokraten Riß. Fast hätte die Versammlung ein vorzeitiges Ende gefunden, als Dr. Lueger seine Parteifreunde bestimmte, Herrn v. Schönerer zum Vorsitzenden zu wählen. „So hatte Lueger durch sein Entgegenkommen und das richtige Erfassen der Situation die Versammlung möglich gemacht und wir deutschnationalen Antisemiten mußten dem Manne, der uns von Schönerer oft als gefährlich hingestellt wurde, damals unsere Sympathien entgegenbringen, die sich aber noch verstärkten, als wir seine Rede anhörten und ihm sehr oft stürmischen Beifall für seine klaren und geistvollen Ausführungen zollen mußten." Im Laufe seiner Ausführungen gewann sich Lueger die Deutschnationalen besonders durch eine Würdigung der Wirtschaftspolitik Bismarcks, den die Deutschnationalen als Abgott verehrten.

Bei der ersten größeren Versammlung der kurz vorher gegründeten Ortsgruppe des katholischen Schulvereines „Margareten" erschien auch Dr. Lueger. Ein Demokrat interpellierte ihn unter vier Augen, wieso er in eine solche Versammlung gehen könne. „Es sind ja auch Menschen," antwortete Dr. Lueger, stieß den Mann nicht ab und regte auch solche Leute zum Nachdenken an. Nur einem Lueger war es möglich, auch solche Leute zu gewinnen. Mit psychologischem Scharfsinn erkannte er, daß man dem Volke, das Jahrzehnte lang durch die Judenpresse dem Christentum entfremdet war, nicht mit einem Schlage die eingesogenen Vorurteile nehmen und es für das Christentum gewinnen könne. Es hieß etappenweise vorgehen. Bemerken will ich noch, daß ich selbst öfter Dr. Lueger in früheren Jahren Vorstellungen machte, wenn er in seinen Reden zu prononciert katholisch auftrat, weil ich fürchtete, die großen Massen könnten dadurch abgestoßen werden.

Der Führer.

Die junge Partei hatte dem Namen nach lange Zeit keinen anerkannten alleinigen Führer. Mit weiser Zurückhaltung vermied es Dr. Lueger — im Gegensatz zu Schönerer, dem Diktator, — den Führer hervorzukehren, der er doch tatsächlich war und später widerspruchslos wurde. Ganz allmählich, ohne sich vorzudrängen, ist er zum Haupte der Partei geworden; er hat sich nicht dazu aufgeworfen, er ist der gewählte Führer der Partei wie des Volkes.

„Er verstand es, durch seine Liebenswürdigkeit und Duldsamkeit alle Parteien der antisemitischen Richtung um sich zu scharen, in demselben Maße, wie es Schönerer verstand, durch seine Grobheit, Unduldsamkeit und Eitelkeit fast alle seine Freunde von sich abzustoßen", schreibt Vergani. Und weiter: „Durch die Volksgunst vor 20 Jahren emporgehoben, verlor Schönerer dieselbe in den folgenden 10 Jahren durch sein tolles Gebaren immer mehr. Nach dem Verschwinden dieses Meteors erglänzte der Stern Luegers immer leuchtender und heller, denn er verstand es, sich die Gunst des Volkes nicht nur zu erobern, sondern auch dauernd zu erhalten ...

Heute ist er der populärste Mann nicht nur in Wien und Niederösterreich, sondern im ganzen Reiche und auch darüber hinaus." Daß er der populärste Mann ist, wiederholen einstimmig fast alle, auch die gegnerischen Blätter.

„Was wir in Frankreich brauchen," schrieb ein Pariser in der „Deutschen Zeitung", „ist ein Mann wie Wiens Bürgermeister, Dr. Lueger, ist, der nach den Schilderungen der Teilnehmer an den verschiedenen Kongressen, die in der österreichischen Kaiserstadt in jüngster Zeit getagt, alles in sich vereinigt, was den Führer eines Volkes ausmacht." „Dr. Lueger ist beharrlich den praktischen Bedürfnissen des Volkes nachgegangen, ohne jemals die Ideale der von ihm gewählten Sache, die Ideale des

Christentums und der patriotischen Treue aus dem Auge zu verlieren. Das machte ihn zum Volksführer und umgab ihn mit jener Begeisterung, mit welcher der Befreier geehrt zu werden verdient. Der Franzose wird Wien beglückwünschen, wenn er es auch beneiden muß. Laßt uns, Ihr Wiener, den Neid um den Lohn des Dankes dafür, daß Ihr uns ein großes Beispiel gegeben habt!" schreibt der bereits früher erwähnte französische Politiker in der „Reichspost".

„Die gütige Vorsehung hat an die Spitze der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien in Dr. Lueger einen Mann gestellt, der so vielseitig begabt ist, daß er die trefflichen Eigenschaften des Tribunen, des Politikers und des Verwalters verbindet, ohne jene Mängel, die gewöhnlich jedem einzelnen dieser Fachmänner anhaften. Er hat das Temperament des Tribunen, die kluge Umsicht des Politikers, die Arbeitskraft des Verwalters, und so vermag er ganz allein dasjenige spielend zu leisten, was sonst nur dreierlei verschieden Beanlagte ausführen könnten, unter der Voraussetzung, daß sie sich untereinander stets vertrügen." (Prinz Alois Liechtenstein.)

„Selten ist die Volksgunst einem anderen so beharrlich treu geblieben wie Dr. Lueger", schreibt Stadtrat Tomola. Keine Schmähung, keine Verdächtigung war imstande, das Vertrauen des christlichen Volkes zu seinem „Karl" zu erschüttern. Und welcher große Staatsmann oder Politiker ist derartig von Angriffen heimgesucht, mit Verdächtigungen, Beschimpfungen und Verleumdungen, Spott und Hohn jeder Art überschüttet worden wie Dr. Lueger. Wie aber wenige Menschen so viel Haß erfahren haben gleich ihm, so auch haben wenige so viel Liebe erfahren wie er. Dem Haß auf der einen Seite entsprach die Liebe auf der anderen. Selten hat aber auch jemand dem Volke seine Liebe so wiedervergolten, wie Dr. Lueger es sein Leben lang getan hat.

„Nirgends," so schrieb das „Vaterland", „weder innerhalb noch außerhalb der Partei, besteht ein Zweifel darüber,

daß die Partei ohne Dr. Lueger nicht entstanden wäre und ohne Dr. Lueger nicht mehr bestände. Er ist der Kitt und das Lebenselement der Partei."

Betreffs des Zerfalles der Partei ohne Lueger bemerkte das führende Blatt des Zentrums, die „Kölnische Volkszeitung": „Nicht aber kann ihm (Lueger) kommen die Furcht vor dem Schwinden der christlichsozialen Idee. Die hat er zu tief in den Grund der Volksseele gesenkt, die hat sich zu volkstümlich und erfolgreich bewiesen. Von ihr läßt das Volk nicht mehr, wer immer es nach Dr. Lueger führen mag."

Parteimann, aber nicht parteiisch.

Dr. Lueger hat als Bürgermeister nie den Parteimann hervorgekehrt. Daß er aber Führer der Partei auch als Bürgermeister blieb, konnten ihm die Liberalen nicht verzeihen. Anläßlich seines Jubiläums schreibt das „Fremdenblatt": „Wäre Herr Dr. Lueger nur Bürgermeister von Wien geblieben und hätte er auf die Führung der christlichsozialen Partei im Reichsrat und Landtag verzichtet — mit diesem Vorschlage trat eines der früheren Kabinette hervor — dann hätte er des heutigen Festes (Jubiläumsfeier) in Ruhe sich erfreuen können. Er hätte die Werke, die er geschaffen, sprechen lassen können." Es zählt dann seine Verdienste auf, fügt aber bei: „Solche Erfolge hätten gewiß die Anerkennung aller Parteien gefunden (?), wenn Herr Dr. Lueger auf dem kurulischen Stuhle allein Platz genommen hätte, wenn er nicht vom Staub der politischen Arena bedeckt wäre, wenn er eben nicht neben dem Bürgermeister auch der Führer einer politischen Partei gewesen wäre, die mit dem Schwerte behaupten will, was sie mit dem Schwerte erobert." In gleicher Weise schrieb das „Neue Wiener Tagblatt": „Und sein Lob würde aus dem Munde aller klingen, wenn er eben nur Bürgermeister und nichts anderes als dieser wäre, wenn er nur allenfalls eine sach-

liche Opposition im Gemeinderate, wenn er, mit einem Worte gesagt, bloß Gegner und keine Feinde hätte." Merkwürdig ist nur, daß bei den liberalen Bürgermeistern, die ihre liberale Gesinnung auch als Bürgermeister bekannten, eine solche Warnung nie notwendig schien. Persönliche Feinde hat übrigens Lueger nicht, sondern nur Feinde der von ihm vertretenen Sache. Das führende Zentrumsblatt Schlesiens, die „Schlesische Zeitung", Breslau, schreibt: „Man tadelt es, daß er auch als Bürgermeister Parteimann geblieben sei, allein das waren seine Vorgänger auch, nur gehörten sie einer anderen Partei, der liberalen, an. So lange aber der Wiener Bürgermeister gewählt wird und Führer der Majorität sein muß, wird er sich niemals von dem Boden, auf dem er gewachsen ist, loslösen können, ohne sich selbst zu entwurzeln."

Wenn auch Parteimann und Führer einer Partei, ist er doch als Bürgermeister nie parteiisch vorgegangen. In der Neujahrsrede des Jahres 1906 erklärte er zu Dr. Weiskirchner, polemisierend gegen einen früheren Beamten der Statthalterei, nunmehrigen Hofrat (es dürfte Baron Hock sein), der den ungerechtfertigten Vorwurf erhoben hatte, daß die Verwaltung der Gemeinde Wien eine parteiische sei: „Dieser Vorwurf ist gegen Sie gerichtet, Herr Magistratsdirektor, und gegen mich. Ich kann mit Ruhe sagen, daß es kaum eine unparteiischere Verwaltung geben wird als die, die jetzt im Rathause herrscht. Ohne Unterschied der Nation und Religion wird das Recht, und nur das Recht angewendet. Es wäre nur gut, wenn auch anderswo so vorgegangen würde. Ich glaube, daß der Herr Hofrat des Verwaltungsgerichtshofes sich, was Unparteilichkeit anlangt, ein Beispiel nehmen könnte!"

„Ich kann nur sagen," erklärte der Bürgermeister in der Gemeinderatssitzung vom 7. Dezember 1905: „es gibt selten eine Partei, in welcher der weitaus Sanfteste der Führer ist. In der Gemeindeverwaltung herrscht Gerechtigkeit gegenüber jedermann,

auch gegenüber den Juden. Nie habe ich um die Konfession gefragt, wenn es sich darum handelte, eine Entscheidung zu treffen, nie gefragt, ob ein Armer ein Christ oder ein Jude ist. Im Gegenteile, ich habe die Juden sehr häufig beschützt gegen den Willen meiner Partei."

Eine inkriminierte Judenrede.

Man hat mit den extremen Rassenantisemiten öfters traurige Erfahrungen gemacht. Bei Wahlen konnte man erleben, daß sie mit den Juden packelten. Es soll damit nicht gesagt sein, daß getauften Juden ein großes Vertrauen entgegengebracht werden soll. Ist es ihnen ernst, dann sollen sie die jüdische Eigenschaft des Sichvordrängens und Überhebens niederhalten. Die Taufe tilgt nicht ohneweiters die jüdischen Rasseneigenschaften. Lueger sagte im Wählerverein des I. Bezirkes, April 1905: „Sie wissen, ich gehöre nicht zu den absoluten Judenfressern, aber ich gehöre zu jenen, welche sagen, wenn die Juden unter uns leben wollen, dann müssen sie sich der in der Stadt herrschenden Partei unterordnen."

Das Judentum war durch die Milde, die es fand, übermütig geworden. Die Erfolge der Revolution in Rußland, an welchen das internationale Judentum sich beteiligt hatte, ermunterten es, seine umstürzlerischen Triebe auch bei uns deutlicher zu zeigen. (Aufschlüsse über den Anteil der Juden an der russischen Revolution in der lesenswerten Schrift: „Die Revolution in Rußland" von R. Urba.) Die Sozialdemokratie, in der die Juden dominieren, ging so weit, daß der Jude Schacherl in dem Grazer Organ der Sozialdemokraten dem Adel mit der Guillotine und mit dem Köpfen drohte und den Adeligen vorhielt, es werde ihnen bald „ebenso an den Kragen gehen" wie den Adeligen zur Zeit der französischen Revolution. Und da hat Dr. Lueger die Juden in einer Rede in Zwischenbrücken im Jahre 1905 gewarnt.

Die Judenblätter gerieten außer Rand und Band, die Vorsteher der Kultusgemeinde liefen zum Ministerpräsidenten. Gemeinderat Axmann sagte im Gemeinderat: „Wozu der Lärm? Weil Dr. Lueger die Juden gewarnt hatte, wenn sie zu weit gehen, wenn ꝛc. Da fühlen die Juden eine Aufregung, eine Aufwiegelei!"

Selbst der liberale Gemeinderat Klebinder gab in der Sitzung vom 12. Dezember der Meinung Ausdruck, Dr. Lueger habe die „verhängnisvollen Worte im Feuer des Parteieifers gesprochen ... Im übrigen kenne Redner den Bürgermeister durch 40 Jahre; er habe bei ihm nie Grausamkeit bemerkt, deshalb hätten die Juden gar keinen Grund, beunruhigt zu sein."

In der Sitzung vom 7. Dezember hatte Dr. Lueger seine Rede bereits richtiggestellt und gesagt: „Ich habe darauf hingewiesen, daß es nicht gut ist, wenn die Juden sich mit den Revolutionären und Sozialdemokraten verbinden. Das war die ganze Geschichte, und ich habe den Schluß gezogen: wenn sie das tun, könnte eventuell auch in Wien eintreten, was dort geschehen ist. Ich habe Mord und Totschlag ausdrücklich verdammt. Ich werde unter keiner Bedingung für solche Dinge sein."

Der Herausgeber der „Prager Lokal-Korrespondenz", Simon Pollak, selbst ein Jude, schrieb in seiner Korrespondenz folgendes:

„Die Leser unseres Blattes wissen, daß wir nicht erst seit Wochen mit erhöhter Kraft, sondern seit Jahr und Tag vor der Allianz mit der religionsfeindlichen, wesentlich von pseudojüdischen Händen geleiteten Sozialdemokratie warnen. Dr. Lueger hat nichts anderes getan, als die unabweislichen Konsequenzen gezogen, die jeder Bürgerkrieg mit sich bringt, und daß es angesichts des Verhaltens des Pseudojudentums zur Sozialdemokratie bei einem eventuellen Zusammenstoß der beiden Volkslager — Sozialisten und Antisozialisten — den Juden am schlechtesten gehen wird, darin stimmen mit uns vorausblickende Juden und

Christen vollkommen überein. Dies um so mehr, wenn sich die antisozialistische Bevölkerung vor Augen hält, daß die Drahtzieher des modernen Sozialismus entartete Geld- und Pseudojuden sind. Wenn Dr. Lueger also in dieser Beziehung erklärt, daß jeder Jude seine Worte unterschreiben könne, so erklären wir, auf die Gefahr hin, daß uns der gewissenlose Prager Oberrabbiner nochmals exkommuniziert, daß wir die Stellen der Rede Dr. Luegers, die sich auf die Gefahren für das Judentum beziehen, die sich aus der Verbindung des Pseudojudentums mit den Sozialisten ergeben, ohne Bedenken unterschreiben."

So ein Jude gegen das Geserres der jüdischliberalen und sozialdemokratischen Presse. Wenn einem Juden auf die Hühneraugen getreten wird, schreit ganz Israel und seine Verbündeten: „Oh weh!"

Hierzu ein Beispiel aus der neuesten Zeit. Am Donnerstag, den 21. März, brachte die „Neue Freie Presse" einen herzbeweglichen Brief von dem gewesenen Reichsratsabgeordneten Doktor Straucher, in dem um milde Gaben für die bedrängten Juden in Rumänien gebeten wurde. In echt orientalischer Weise wurden auch die an den armen Juden verübten Greuel geschildert. Eine wahre Judenverfolgung! Dr. Straucher wendete sich namens der Juden Bukowinas an den Ministerpräsidenten Baron Beck und den Minister des Äußern Baron Ährenthal um Intervention. Andere wendeten sich an den König von Rumänien, der „Bund deutscher Frauen" an die Königin. Was war geschehen?

Zwei jüdische Firmen — Juster und Brüder Fischer — einer der letzteren, der soeben von Nizza zurückgekehrt ist, wo er von seinem „Verdienste" lebte, ist der Schwiegersohn des Dr. Straucher — haben zusammen 189.000 ha Land in Pacht, ebensoviel, wie 750.000 Kleingrundbesitzer Eigentum haben. Ersterer arbeitet mit 30—40, oft sogar mit 100%. Letztere Firma zahlt 3·5 Millionen Pacht, schlägt aber durch Weiterverpachtung zu enormen Wucherzinsen mehr als das Doppelte dieser Summe heraus. In gleicher Weise machen es andere jüdische Pächter.

Beide Firmen liegen im Kampfe, sie überbieten sich in der Zahlung des Pachtzinses. Dieses muß von den Bauern hereingebracht werden.

Der Bauer ist bei aller Arbeit kaum in der Lage, das nackte Leben herauszuschlagen. An diesem Elend tragen die Pächter die Schuld, welche die Bauern unmenschlich aussaugen.

Die Bewegung in Rumänien hat also wirtschaftliche Ursachen, es handelt sich um eine rein agrarische Bewegung, die bloß deshalb einen antisemitischen Einschlag hat, weil eben die Juden die ärgste Landplage Rumäniens bilden. Der Bauernstand Rumäniens muß den jüdischen Hauptpächtern jährlich bar 20 Millionen Franken Reingewinn steuern. In einer Versammlung von Professoren und Studenten der Bukarester Universität betonte auch Dr. Sion, daß hier weder Religions- noch Rassenhaß im Spiele ist, sondern lediglich soziale Gerechtigkeit gefordert werde.

Die „Neue Freie Presse" stempelt die wenn auch keineswegs zu billigende, so doch erklärliche Bewegung zu einer ungerechten Judenverfolgung. Wo war die Entrüstung der „Neuen Freien Presse" und der ihr verwandten Organe, als man den Katholiken Frankreichs Millionen raubte und Priester und Ordensleute von Staats wegen auf das empörendste behandelte?

Gesinnungswechsel?

Wenn Dr. Lueger von Seite der gegnerischen Presse der Vorwurf des Gesinnungswechsels gemacht wurde, so ist nie eine größere Lüge, eine frechere Verleumdung ausgesprochen worden. Den Kampf, den Dr. Lueger fast sofort nach seinem Eintritte in das öffentliche Leben gegen die Korruption und Ausbeutungslust des großen Kapitals in der Gemeinde geführt hatte, diesen Kampf hat er nie aufgegeben, und wenn derselbe auch manchmal die äußeren Formen wechseln mochte, der eigentliche Kern und In-

halt war stets derselbe geblieben, wie er selbst stets der gleiche blieb. Er war Christ und ist es auch heute, er war Demokrat und ist es noch heute, er war Feind der Korruption und ist es noch heute. „Dr. Lueger hat nach 20 Jahren bewiesen," schreibt Vergani, „daß er sich konsequent geblieben ist, indem er öffentliche Unternehmungen zum Wohle der Allgemeinheit, wenn auch nicht verstaatlicht, so doch verstadtlicht hat. Auch seine Stellung zu den Deutschnationalen blieb sich gleich. Er war, ist und bleibt bis zu seinem Tode ein Schwarz-Gelber, mit einer dynastischen Treue, die oft an Selbstaufopferung grenzt. Sein Deutschtum ist wahr und echt, doch darf es nie in Kollision mit seinem Österreichertum kommen." Sein Programm, dem er stets treu geblieben, hat er in den Worten gekennzeichnet: Gut deutsch, gut christlich, gut österreichisch!

Korruption und Liberalismus waren identische Begriffe geworden. Wer erfolgreich die Korruption bekämpfen wollte, mußte den Liberalismus bekämpfen. Den Schlüssel, ihn zu bekämpfen, fand der geniale Freiherr v. Vogelsang: Die Achillesferse des Liberalismus ist die wirtschaftliche Seite. An dieser Seite mußte er gepackt werden. Man stieß bei Bekämpfung der Korruption und des Liberalismus stets auf Juden. Diese waren die Hintermänner der liberalen Bewegung.

Das Volk von Wien war bereits antisemitisch geworden. Immer klarer wurde es auch Dr. Lueger, daß, wer immer die Korruption erfolgreich bekämpfen wolle, offen die Fahne des wirtschaftlichen Antisemitismus aufrollen müsse.

Dr. Anton Bach, kein Gesinnungsgenosse Luegers, schreibt in seiner bereits zitierten Schrift, nachdem er den Wandel Schönerers, Bareuthers, Steinwenders, Derschattas betont und hingewiesen auf den Weg, „der Viktor Adler und Pernerstorfer von der Seite Schönerers und dem I. Linzer Programm an die Spitze der Sozialdemokraten führte": „Jeder Mensch in Österreich hat das Recht, sich und seine politische Meinung zu entwickeln, nur Lueger ist

das schwarze Schaf? Lueger, der zwar in dem einzigen Punkte des Antisemitismus seine Überzeugung änderte, aber immer gut katholisch, gut österreichisch, gut demokratisch war, wie er es heute ist? In jedem Punkte so bleiben, wie man war, weil man es einmal so war, das heißt in der Politik verknöchern. Die Liberalen haben es erlebt, vestigia terrent."

Die „Gegenwart" in Berlin, deren Schilderung der liberalen Zustände Wiens wir bereits gebracht, fährt fort:

„Mit Rücksicht auf die oben geschilderte Entwicklung war es nur ganz natürlich, daß Lueger sich bald von der liberalen Partei ab- und der neuen demokratischen Partei zuwandte. Ihm deshalb, sowie wegen seiner späteren Zugehörigkeit zur christlich-sozialen Partei — wie es häufig von liberaler Seite geschieht — Gesinnungswechsel, politische Charakterlosigkeit vorzuwerfen, ist nichts als Spiegelfechterei und eitles Wortgeflunker. Als er in das politische Leben eintrat, gab es eben nur eine freiheitliche Partei, und dieser schloß er sich naturgemäß an. Die Liberalen waren es, die sich traurig veränderten, nicht Dr. Lueger, der stets ein warmes Herz für das Volk gehabt hatte und stets den Kampf gegen Korruption, sowie den Schutz des wirtschaftlich Schwächeren gegen die Übergriffe des Kapitalismus als seine Aufgabe betrachtet und während seiner langen politischen Laufbahn in stets gleichbleibender Gesinnungstreue, wenn auch unter verschiedener Parteiangehörigkeit und verschiedenen äußeren Formen, durchgeführt hatte."

Niemals ging er mit den Herrschenden, nur weil sie die Futterkrippe füllten, zwei Drittel seiner politischen Geschichte sind die Geschichte eines unendlich schweren Kampfes gegen die Macht, gegen allgemeine Vorurteile und gegen das Unrecht.

„Es soll nicht unausgesprochen bleiben," schrieb Vizebürgermeister Hierhammer, „daß das ‚Deutsche Volksblatt' zweifellos nicht wenig dazu beigetragen hat, daß Dr. Lueger sich im Vorfrühling des Jahres 1889 von seinem damaligen Mitstreiter im

Gemeinderat, dem Dr. Mandl, endgültig losſagte und von da ab ſich dem Antiſemitismus zuwandte." Letzteres war ſchon früher geſchehen. Im Mai 1887 ſprach Dr. Lueger gleich den Schönerianern im Reichsrat für die Erlaſſung eines Einwanderungsverbotes gegen die Juden.

Dr. Mandl hatte im Verein mit Dr. Lueger und Dr. Geßmann lange vor dem Auftreten der chriſtlichen Volksbewegung in ehrlicher Weiſe den volksfeindlichen Liberalismus bekämpft. Die Rückſicht auf ihn dürfte nicht zum geringſten Miturſache geweſen ſein, was Dr. Lueger längere Zeit abhielt, offen ſich zum Antiſemitismus zu bekennen. Vor einigen Jahren iſt Dr. Mandl auch äußerlich dem Chriſtentum beigetreten, dem er innerlich ſchon lange angehörte, und zwar unter Begleiterſcheinungen, die jeden Zweifel an der Lauterkeit ſeiner Motive benehmen.

Wechſel der Geſinnung iſt es, vom Beſſeren zum Schlechteren zurückzukehren, um gemeiner ſelbſtiſcher Vorteile willen ſich zu ändern. Lueger iſt ſich ſtets der gleiche geblieben, Lueger drang ſtets vor zu geklärteren Anſchauungen und riß das Volk mit ſich. Was hilft es dem Volke, dem Staate, für ſeine Perſon die geklärteſten Anſchauungen zu haben und mit ihnen allein zu ſtehen, ein Führer ſein ohne Volk? Wer auf das Volk wirken, es für ſeine Ideen gewinnen will, muß verſtehen, ſich in die jeweiligen Anſchauungen des Volkes zu verſetzen. Lueger verſtand es, in der Volksſeele zu leſen, ſchrittweiſe ſelber vorzudringen, ſich vordrängen zu laſſen und die Maſſen mit ſich zu reißen.

Wien einſt und — jetzt.

Es war das keine kleine Aufgabe, da das Volk — namentlich in Wien — durch eine feile Preſſe total vergiftet war. Ich ſchrieb am 18. Februar 1888 im Wiener „Vaterland": „Das Volk kommt zur Erkenntnis; der Liberalismus hat abgewirtſchaftet;

die Erziehung aber, die das Volk seit Jahrzehnten durch eine feile Presse genossen, läßt sich nicht augenblicklich spurlos vertilgen. Wie ein Schlaftrunkener sich allmählich den Schlaf aus den Augen reibt, so kommt das Volk erst nach und nach zur Besinnung. Die Priester, die ihm so lange als Verdummer, Feinde und Ausbeuter vorgeführt wurden, und mit ihnen die Kirche, deren Diener sie sind, werden das Vertrauen wieder erringen, und dies um so mehr, je mehr jeder auf seinem Platze steht. Die Liebe läßt sich nicht anbefehlen; sie muß erworben werden. Pflicht der treuen Söhne der Kirche ist es, den anderen, die ehrlichen Willens sind, aber durch die Schicksale und Verhältnisse des Lebens oder infolge früheren Verschuldens die Kirche noch nicht liebgewonnen haben, dieselbe so liebenswert zu machen, als sie ihnen ist. Diese vollständige Umkehr, dieser Heilungsprozeß kann aber nicht das Werk eines Augenblickes sein."

In dem schon zitierten Buche „Juden und Katholiken" schrieb der Verfasser, ein Franzose, acht Jahre später:

„Unter der Herrschaft des jüdischen Terrorismus war die Kirche den gehässigsten Angriffen ausgesetzt. Da die Arbeiter und Handwerker so viel gegen die geistlichen Volksverderber, die höllischen Giftmischer des Vatikans usw. deklamieren hörten, so hielten sie die Priester wirklich für ihre Feinde. So erklärt sich ihre religiöse Zweifelsucht sowohl als ihre Abneigung gegen den Katholizismus. Als aber der Klerus einsah, daß durch solches Gewährenlassen die Verleumdung immer festere Wurzel fasse, und daß er die Rolle des Gefoppten spiele, entschloß er sich, die Sache des Volkes in die Hand zu nehmen, sich um seine Not zu bekümmern, seine verkannten Rechte zu verteidigen und ihm zu zeigen, wo seine Freunde und wo seine Ausbeuter seien. Diese Annäherung des Priesters an den Arbeiter auf dem Boden der sozialen Frage, dieser Bund des Volkes mit der Kirche war ganz besonders erfolgreich, indem sich Wien unvermerkt wieder in eine christliche Stadt verwandelte. Die alljährlich abgehaltenen Missionen

bewirkten, daß sehr viele wieder zur Kirche zurückkehrten; der Strom katholischer Liebeswerke ergoß sich von allen Seiten, so zwar, daß die Hauptstadt, früher als der Herd der Sittenlosigkeit bekannt, zurzeit eine der gläubigsten Städte Österreichs geworden ist. Die christlichsoziale Partei nahm neben diesen in den Schoß der Kirche zurückkehrenden Katholiken auch alle anderen auf, die zwar im Punkte der Frömmigkeit noch nicht so weit sind, nichtsdestoweniger aber aus ihrer Sympathie für die Geistlichkeit und die Kirche kein Hehl machen. Die Geistlichkeit war die erste, die eine Wendung in der Sache der Religion herbeigeführt hatte, und sie war auch die erste, der diese Wendung zustatten kommen sollte." (S. 152 und 153.) Die Judenpresse witterte das sogleich. Daher das Gespenst des „Klerikalismus".

„Es war gewiß kein kleines Stück Arbeit, das Wiener Volk aufzurütteln, ihm die Augen zu öffnen und den gähnenden Abgrund sehen zu lassen, der es zu verschlingen drohte. Diese Riesenarbeit haben einige wenige Männer unternommen, die, mit besonderen Anlagen begabt, nicht bloß das Elend des Volkes erkannten, sondern auch die Ursache des wirtschaftlichen Niederganges entdeckten, die da sind: das Großkapital und das Judentum. Der Führer dieser unerschrockenen Männer, welche gegen die von der liberalen Streitmacht verteidigte und für unbezwinglich gehaltene Hochburg des Großkapitals und Judentums den Sturmlauf eröffneten, ist Lueger", schreibt der Übersetzer in der Einleitung obiger Schrift. Nun frage ich nochmals: Wer hat sich geändert? Geändert zu seinem Besseren?

Vertrauen zum Volke!

„Dr. Lueger hat durch die Ausarbeitung und Ausführung seines herrlichen Programmes gezeigt, was ein Katholik zu leisten imstande ist", schreibt der Schweizer Staatsrat Georges Python, und weiter:

„Dr. Lueger ist auch ein Beispiel für seine Freunde oder vielmehr für seine Religionsgenossen. Er hat tapfer zu dem Volke gehalten, ohne Mißtrauen und ohne Hintergedanken, in den Händen das entfaltete Banner der Christlichsozialen. Das Volk ist nicht undankbar. Es kann irregehen unter dem Eindrucke eines Ereignisses oder einer Idee, aber bald findet es sich selbst wieder und erkennt klar diejenigen, die seine Interessen vertreten und für die gute Sache kämpfen."

Die christlichen Völker sind nach einem geistreichen Worte Vogelsangs heilbar.

Und Lueger sagt: „Auf der Kraft des Volkes ruht die Zukunft des Volkes. Wir Antisemiten haben Vertrauen zum Volke, wir wurzeln in der Kraft des Volkes; man kann uns vor Gericht ziehen, man kann uns in den Kerker sperren, aus dem Herzen des Volkes wird uns niemand verdrängen." (8. März 1894, Generalversammlung des Wählervereines der vereinigten Christen im V. Bezirk.)

Wer in kritischen Augenblicken nie das Vertrauen verlor, sondern stets den Sieg der gerechten Sache hoffte; wer nie irre wurde am gesunden christlichen Sinn des Volkes, war Dr. Lueger. Wenn alles verloren schien, war er es, der aufmunternd sagte: „So müssen wir halt von vorn wieder anfangen."

Dr. Lueger, Erzieher der Wiener.

Mich umwohnt mit glänzendem Aug' das Volk der Phäaken;
Immer ist's Sonntag, es dreht immer am Herd sich der Spieß.

Mit diesen Worten zeichnet Schiller die Leichtlebigkeit und Genußsucht des Wiener Volkes. Und in der Tat, nichts geht dem Wiener über die sogenannte Gemütlichkeit. Die Wiener Gemütlichkeit ist deshalb auch schon zum Sprichwort geworden. Bei dieser Sorglosigkeit und dem Hasten nach Vergnügungen verlor das Volk immer mehr seine geistige Kraft, und so kam es, daß es

unter das Joch der liberalen Partei und des mit ihr Hand in Hand gehenden Judentums willig den Nacken beugte. So der Überſetzer der Schrift „Juden und Katholiken" in der Einleitung.

Dem Wiener ſagt man Gutmütigkeit, aber auch Leichtlebigkeit nach. Wenn auch die Zeit vorüber iſt, wo ſich immer am Herd der Spieß dreht, ſo iſt doch der Humor geblieben. Den Wienern konnte nur durch einen Wiener geholfen werden, der ganz ſeine Eigenart verſteht. Dr. Lueger iſt der geniale Wiener, der über alle Tugenden der Wiener Eigenart verfügt und ihnen noch die Kraft der weitausholenden Tat zugeſellt. Iſt Dr. Lueger durch ſeinen Humor, ſeinen Witz, ſein tiefes Gemüt, ſeine Gutmütigkeit das Bild eines echten Wieners, ſo iſt er durch ſeine Arbeitskraft, ſeine Willensſtärke ein Erzieher ſeiner Wiener geworden. Der Wiener läßt ſich mitunter leicht gehen, ſcheut größere Anſtrengungen und iſt ſo Urſache, daß andere leicht über ihn dominieren. Dieſen Fehler hat Lueger glücklich vermieden. Beſtimmte Ziele hatte er vom Anfange vor Augen, dieſe ließ er nicht aus den Augen. Konſequent richtete er alles ein, ſie zu verwirklichen. Und was er ſich als Ziel vorgeſteckt, hat er auch ſtets erreicht, dank ſeiner eiſernen Energie. Er, der ergriffen ſein kann wie ein Kind, ballt auch die Fauſt, ergrimmt und wird wie ein gereizter Löwe, wenn Niedertracht und Feigheit ſeine Pläne durchkreuzen. Wer hat nicht Reden flammenden Zornes aus ſeinem Munde gehört oder geleſen? Jedes Wort ein Keulenſchlag. Payot ſchreibt in ſeiner Erziehung des Willens: Tagesblätter, Zeitſchriften, Bücher, ja ſogar Romane beklagen um die Wette den ſehr niedrigen Standpunkt der Willenskraft in gegenwärtiger Stunde. Als Urſache gibt er an die Sinnlichkeit und die Faulheit. Von beiden Fehlern hat Lueger ſich frei gehalten.

Lueger iſt noch mehr. Er iſt Volkserzieher. Der bereits erwähnte Dr. Bach ſchreibt: „War es ganz unberechtigt, wenn man ihn anläßlich ſeines 60. Geburtstages als Volkserzieher

feierte? Wenn Erzieher sein heißt, den Zögling selbständig machen, so daß er zu eigenem Denken und Handeln kommt, sei seine Anlage nun besser oder schlechter, dann hat er eine Art Anrecht auf dieses Prädikat."

Der Wiedererwecker des Wiener Lebens.

Der nie versiegende Humor ist ein Kennzeichen des Wieners, er ist ein Charakteristikum Lueger's. In den Tagen der Krankheit brach sich bei ihm der Humor durch und sobald sein alter Humor zurückgekehrt war, schöpften die Wiener wieder Hoffnung. Diesem nie versiegenden Humor verdankt er zum großen Teil seine Popularität. Bei Überreichung einer kaiserlichen Auszeichnung an Bezirksvorsteher Weidinger, im Oktober 1905, nahm dieser Veranlassung, den Bürgermeister als den Repräsentanten des lebensfrohen und gemütsreichen Wienertums der Lanner und Strauß zu feiern.

Mit Recht konnte er am 60. Geburtsfest des Vizebürgermeisters Neumayer, 17. März 1904, sagen: „Mögen unsere Gegner sagen, was sie wollen, unserer Partei ist es vorbehalten, das alte Wiener Leben zu neuem Glanze zu erwecken. . . . Wir freuen uns auch, daß die Männer, welche dies getan haben, unserem Volke, unserem Stamme angehören, und daß nur Juden es sind, welche unsere Stadt klein machen und uns verleumden wollen."

Bei der Überreichung der doppeltgroßen Salvatormedaille an Feldbischof Belopotoczky erwähnt dieser die Ausgestaltung Wiens und fügt hinzu: „Aber diese äußere Pracht blendete mich nicht. Es freut mich, daß mit diesem Glanze der innere Bürgersinn unter den Bürgern der Stadt immer mehr zunimmt, daß auf der Grundlage der christlichen Religion immer mehr Biederkeit, bürgerlicher Schaffensgeist und Arbeitskraft erstarken." In den Tagen der Krankheit unseres Bürgermeisters schrieb die „Reichspost" in Nr. 33 l. J.: „Dr. Lueger hat Wien erst wieder

leben gelehrt, er erfüllte die alte Kaiſerſtadt wieder mit Stolz und Selbſtvertrauen, indem er ſie von dem halbvergeſſenen Platze im Oſten mit ſeiner glänzenden Kommunalpolitik wieder vorrückte unter die führenden Beiſpiele Europas; die Wiener goldene Eigenart, der fröhliche Klang des herzhaften, heiteren Wiener Humors, der alte Bürgerſinn — ſie erwachten wieder unter dem Rufe Dr. Luegers, der in ſich alles vereinigt, was den Wiener jemals angenehm, tüchtig, vorbildlich machte. Kein Gegner, der je Dr. Lueger nähergetreten iſt, vermochte ſich dem gewaltigen Einfluſſe ſeiner Perſönlichkeit zu entziehen."

Dr. Lueger und die Preſſe.

Vor einem Dezennium ergab die amtliche Statiſtik das Vorhandenſein von 107 jüdiſchen Redakteuren, welche die wichtigſten Zeitungen herausgaben. Bei der „Neuen Freien Preſſe" gab es 17, beim „Neuen Wiener Tagblatt" 30, beim „Extrablatt" 16, beim „Fremdenblatt" 14 Juden uſw. Nicht das allerbeſcheidenſte Plätzchen fand der chriſtliche Gedanke in dieſer Preſſe, die während eines Vierteljahrhunderts die nahezu ausſchließlich geiſtige Nahrung des Volkes von Wien bildete. In der Hauptſtadt eines chriſtlichen Reiches, in der Stadt, wo Seine Apoſtoliſche Majeſtät barhaupt bei der Fronleichnamsprozeſſion einhergeht, hat man 30 Jahre lang nur eine Glocke und einen Ton gehört; die jüdiſche Glocke und den jüdiſchen Ton. Dieſe Preſſe, die die öffentliche Meinung machte, bewirkte, daß in keinen Vertretungskörper ein Mann von katholiſcher Geſinnung gelangen konnte. Der Wiener Gemeinderat wurde von drei Kurien (jetzt von vier Kurien) gewählt, von denen jede 46 Mitglieder wählt. Da die jüdiſche Preſſe die erſte und zweite Kurie vollſtändig beherrſchte und ihren Einfluß auch auf die dritte erſtreckte, ſo begreift man die zahlloſen Schwierigkeiten, denen das Unternehmen Luegers, hier Wandel zu ſchaffen, begegnen mußte.

Dieser Presse stand katholischerseits während der liberalen Ära außer dem „Vaterland" — und das hatte zu wenig Verbreitung — kein katholisches Wiener Tagesorgan gegenüber. Wohl gab es den „Volksfreund" Pfenners, aber dieser war nur ein Wochenblatt. Dr. Lueger rechnete aber auch wenig oder nie mit der Presse. Diese wurde mehr von seinen strategischen Mitarbeitern gewürdigt.

„Zur Zeit, wo Luegers Stern am tiefsten stand (1883), redigierte ich", schreibt Dr. Geßmann, „zwei wöchentlich erscheinende Winkelblättchen — wir nannten sie stolz ‚unsere Presse' — und schrieb für große reichsdeutsche Zeitungen, überall natürlich stets den Liberalismus heftig befehdend." Daß Lueger und die Partei anfänglich auf die Presse kein Gewicht legte, weil keine christliche vorhanden war, ist begreiflich, doch auch später legte er das Schwergewicht auf das gesprochene Wort.

Der Mitredakteur des „Deutschen Volksblatt", Georg Ruhsam, schreibt gleicherweise: „Daß Bürgermeister Dr. Lueger kein Freund der Presse ist, ist bekannt. Er selbst hat daraus nie ein Hehl gemacht. Es ist das auch begreiflich; denn noch kein Parteiführer war seitens der Presse solchen Angriffen und Verfolgungen ausgesetzt wie Dr. Lueger."

Dessenungeachtet ist er im Verkehre mit Journalisten von ausgesuchter Liebenswürdigkeit und macht es selbst den Journalisten der ihm feindlich gesinnten Presse leicht, mit ihm zu verkehren. Eine hervorragende Probe seines Verkehres legte er beim Empfange des Journalistenkongresses ab.

In gleicher Weise äußert sich Hans Puchstein, daß Dr. Lueger, der sich gegen die allmächtig scheinende, verbissene und verlogene Preßclique seine Bürgermeisterstelle erkämpfte, nie ein Hehl daraus gemacht hat, daß er den Journalisten eher mit Mißtrauen als mit Sympathien begegnet. „Dennoch hat vielleicht kein Stand dem Dr. Lueger so viel zu verdanken als gerade die Presse, und das gilt, so paradox es klingen mag, ebenso für seine

Feinde wie für seine Anhänger in derselben. Er hat von dem ersten Tage seiner politischen Karriere an bis auf den heutigen Tag mit nie erschlaffender Beharrlichkeit dafür gesorgt, daß den Journalisten in beiden Lagern der Stoff nicht ausging. So viel wie über Dr. Lueger ist über keinen zweiten Österreicher geschrieben worden." Er ließ die — die stets an ihm etwas auszusetzen fanden — nie zu Atem kommen und „er gab auch uns, die wir das Glück hatten, seine Mitkämpfer und die Herolde seiner Siege sein zu dürfen, stets zu tun, oft — ehrlich sei es gesagt — mehr, als uns lieb war. Nicht jeder von uns hatte die nötige Spannkraft, um ohne Ermüdung, wie er selbst, von Versammlung zu Versammlung zu eilen und die Massen aufzuklären, beziehungsweise darüber, wie er das tat, zu berichten".

Im Jahre 1888 entstand das „Deutsche Volksblatt". „Es ist ja bekannt," schreibt ein Kenner der Verhältnisse in der „Deutschen Zeitung", „daß die damalige Tendenz dieses Blattes eine rein schönerianische war und Vergani, obwohl ihm seitens Schönerer in beispiellos rücksichtsloser Weise mitgespielt wurde, nicht zu bewegen war, von dieser Richtung des Blattes abzugehen und jene vernünftige Richtung einzuschlagen, die einzig und allein den Zielen förderlich sein konnte, welchen die weitaus überwiegende Mehrzahl des christlich-deutschen Volkes zustrebte." Noch 1889, nachdem Lueger sich endgültig dem Antisemitismus zuwendete, wurde er „noch eine geraume Zeit von diesem damals einzig bestehenden antisemitischen Blatte nichts weniger als freundlich und wohlwollend behandelt, was mir meine Stellung bei dem Blatte sehr verleidete, und ich erinnere mich noch sehr genau daran, daß einmal Dr. Lueger in der Redaktion dieses Blattes erschien und bei dieser Gelegenheit von einem Redaktionsmitgliede sogar brüskiert wurde. Dr. Lueger hat seinem Unmute darüber mir gegenüber damals auch Ausdruck gegeben.

Im darauffolgenden Jahre kam aber die Wendung und das ‚Deutsche Volksblatt' stellte sich offen auf die Seite Dr. Luegers

und Dr. Pattais — Schönerers Größenwahn, sein Haß gegen Vergani und sein über alle Schranken hinwegsetzendes Bestreben, das ‚Deutsche Volksblatt' umzubringen, und gewiß nicht in letzter Linie der Umstand, daß der Abonnentenstand infolge seiner schwarz-weißen Richtung auf ein Minimum zusammengeschrumpft war, dürften wohl ausschlaggebend für die Änderung in der Tendenz des Blattes gewesen sein. Trotzdem fand Lueger noch lange nicht jene Unterstützung seitens der damals einzigen Antisemiten-zeitung, welche sie seinem Wirken in letzterer Zeit angedeihen läßt — —." Heute steht das Blatt rückhaltslos auf Seite Dr. Luegers. Dem christlichen Gedanken wird, durch die Volksströmung be-einflußt, immer mehr Rechnung getragen, wenn es sich auch nie auf katholischen Boden stellte. Der rassenantisemitische und natio-nale Gedanke behielt stets die Oberhand.

Zu diesem Blatte kam nach einigen Jahren die „Ostdeutsche Rundschau", die sich als christlich anpreisen ließ, aber stets katholiken-feindlich auftrat und schließlich ein „Los von Rom"-Organ wurde. Die „Deutsche Zeitung", früher liberal, wurde christlichsoziales Partei-blatt. Als Frucht des in Linz 1892 tagenden dritten allgemeinen Katholikentages wurde 1894 die „Reichspost" geschaffen, die auf entschieden katholischem Boden die christlichsozialen Ideen mit Geschick und Glück vertritt. Daß das schon lange vorher be-standene, mehr farblose „Neuigkeits-Welt-Blatt", für die breiten Schichten des Volkes geschrieben, immer entschiedener christlich hervortrat, sei noch bemerkt.

Nicht die Partei ist durch die Presse groß geworden, sondern die christliche Presse Wiens durch die Partei. Dafür half aber auch die Presse dankbar der Partei. Daß mitunter ein Teil der antisemitischen Presse die Partei bevormunden wollte, scheint eine Miturſache zu sein, daß Lueger und die Partei die Presse noch immer eher unterschätzt als überschätzt. Beeinflussen läßt sich nämlich Lueger in seinen Urteilen nicht, am wenigsten von der Presse. (Siehe auch meine „Entwicklung der christlichsozialen

Partei ꝛc.", S. 9 und 10.) Wohin der Terrorismus der Presse führen kann, zeigte sich an der liberalen Partei.

Die Gegner der christlichsozialen Partei sind besiegt, aber die Burgen ihrer Presse sind geblieben. Auf die Dauer geht es ohne eine einflußreiche Presse nicht. Die Führer werden älter, das zündende Feuer der Rede erlischt. Die Presse bleibt eine geistige Macht, unentbehrlich für jede Partei. Wenn wir in diesem Punkte schwächer bleiben, wenn wir es zulassen, daß die Gegner in größerem Maße die Lüge, als wir die Wahrheit gebrauchen können, dann setzen wir es aufs Spiel, daß vielleicht in einem entscheidenden Zeitpunkt der Gegner die Oberhand gewinnt, aus seinen alten Burgen wieder hervorbricht, um seine alten Stellungen wieder zu erobern.

Daß in den letzten Wahlkämpfen in Deutschland der sozialdemokratische „Vorwärts" 7000 neue Abonnenten gewann, gibt zu denken. Von 121.000 auf 128.000. Wollen wir nicht von der Rührigkeit der Gegner lernen?

Das lebendige Wort.

Dr. Lueger rechnete wenig oder nie mit der Presse. Das gesprochene Wort, die Aussprache mit dem Volke sollte diesem die Augen öffnen und es für die christlichsoziale Idee gewinnen. Daher die zahlreichen Wählerversammlungen. In Tausenden von Versammlungen sprach Lueger zu dem Volk; wochenlang begnügte er sich, halb angezogen zu schlafen, weil ihm nur die kürzeste Rast gegönnt war — das Leben des Führers war ein ununterbrochenes Opfer im Dienste der christlichsozialen Volksidee. Viele Nächte mußte Dr. Lueger in rauchigen Gasthauslokalen unter Aufwand seines fesselnden Rednertalentes und seiner Stimmittel dieser Aufgabe opfern. Es herrschte, so lange es notwendig war, eine Versammlungsfreudigkeit, wie sie noch keine Partei aufweisen konnte. Wenn es hieß, „Alle Mann an Bord", so konnte man rechnen, auch wirklich alle zu finden.

Selten hatte aber auch eine politische Partei so hervorragende, hinreißende Redner, die den Volkston trafen, wie die christlichsoziale. Wer das Volk stets unwiderstehlich mit seinem Humor, seinem Witze zu packen verstand, den Nagel auf den Kopf traf, zur rechten Zeit das rechte Wort fand, seine Gegner an ihrer schwächsten Seite zu packen verstand, war Dr. Lueger. Gegner verwandelten sich in Freunde, wenn sie den „Volkstribun von Margareten" reden hörten.

„Ein Hauptgrund der Erfolge Dr. Luegers und der raschen Ausbreitung der christlichsozialen Partei war die Art, wie Doktor Lueger seine Gegner in den Versammlungen behandelte; er verstand es nämlich," schreibt Dr. Pfenner, „besser als irgend jemand, Gegner durch eine unerwartete, kurze, treffende, witzige Bemerkung abzufertigen. Deshalb wurden auch Gegner stets gerne in die Versammlungen eingelassen und immer viele derselben, ja manche, die nur in der Absicht, die Versammlung zu stören, gekommen waren, durch Dr. Lueger für die Christlichsozialen gewonnen."

Von Luegers Reden sagen die Berichterstatter, daß sie stets druckreif seien. Prinz Liechtenstein rühmt u. a. an ihm: „Hinreißende Beredsamkeit, unerschöpflichen Humor, reiches, vielseitiges Wissen, erstaunliche Schlagfertigkeit, kurz gesagt, eine oratorische Begabung ersten Ranges." „Er verfügt", schreibt Masaidek, „über einen schlagenden Witz, der stärker wirkt als die längsten Dauerreden." Daß ihm, der als ständiger Redner auftrat, nicht da und dort einmal ein unrechtes Wort entschlüpft wäre, heißt Menschenunmögliches verlangen. Seiner Agitationskraft, seinem Kampfesmut wird angesichts der nichtswürdigsten, gehässigen Provokationen von Seite der Gegner wohl auch manch scharfes, übereiltes Wort zugute zu halten sein. Gerade diese urwüchsige Offenheit, die alles glatt herausſagt, hat ihm jene Popularität eingebracht, dergleichen sich noch kein Volksmann zu erfreuen hatte. Das Volk sieht solche Mängel dem Manne seines Vertrauens gerne

nach, zumal wenn es Fehler sind, die der Eigenart des Volkes selbst entspringen, ja oft empfindet das Volk selbst solche Schwächen als Vorzüge, die es an seinem Helden gar nicht entbehren möchte.

„Tief ergriffen", schreibt Karl Bleibtreu, „las ich im Sommer 1901 eine Rede Luegers gegen giftige Anpöbelung, die ihn als Streber und Erfolghascher hinzustellen suchte: daß er, allerdings ‚schwarz-gelb', sein Österreich über alles liebe, daß seine Vaterlandsliebe und monarchische Empfindung sich aber mit männlicher Unabhängigkeit nach oben hin paaren." Ein Beweis für letzteres ist seine Parlamentsrede am 30. Mai 1906. Den Maßlosigkeiten Ungarns gegenüber schließt er seine Rede, während welcher Totenstille im Saale herrschte, nur von Beifallssalven unterbrochen, die am Schlusse sich zu einer einmütigen Demonstration für den Redner steigerten, mit den Worten: „Wir Österreicher stehen am Rande des Abgrundes, es läßt sich nicht leugnen, daß der Zerfall des Vaterlandes fast eine Notwendigkeit geworden zu sein scheint.

Und da drängt sich mir unwillkürlich die Frage auf: Kaiser, willst Du vor der Geschichte die Verantwortung dafür übernehmen, daß das alte Reich der Habsburger, an Ehren und Siegen reich, in so schmählicher Weise zugrunde gehe?" (Einstimmiger Beifall im ganzen Hause.)

Der Stadtanwalt Dr. Rudolf Swoboda schreibt: „Lueger spricht ohne Vorbereitung. An die Schlußworte seines Vorredners anknüpfend, bringt er das Aktuelle, wie es ihm eben einfällt, ohne Phrase, ohne Pose, aber mit einschlagender Wirkung. Er, der tausende Reden gehalten, dem das Öffentlichreden zur zweiten Natur geworden, kämpft mit dem Worte, wenn er bei offiziellen Ansprachen eine festgesetzte Rede hält; man merkt es deutlich, wenn er — und das passiert ihm zumeist — die starren Schranken des Vorbereiteten überspringt und spricht, wie es ihm der Augenblick eingibt. Dann legt er alle Steifheit ab und ist der Lueger, wie man ihn gewohnt ist."

„Lueger muß man hören, um seine Erfolge zu begreifen", schreibt Kannegießer mit Recht.

Der Agitator.

„Ohne Agitation ist im öffentlichen Leben nichts zu erreichen", hatte Windthorst, der geniale Führer des Zentrums, am 25. Jänner 1888 gesprochen. Nun Agitator ist Lueger durch und durch, und schätzt auch die am meisten, die agitatorisch tätig zu sein verstehen. „In unserer nächsten Erinnerung ist noch die Landtagswahl im Jahre 1902. Wir bewunderten damals den Bürgermeister, der nicht nur in allen 20 Wiener Bezirken oft an einem Tage drei, vier und mehrere Versammlungen besuchte, der auch hinaus in alle Gaue Niederösterreichs eilte, um den Kampf zu einem der herrlichsten Wahlsiege zu führen." Was Dr. Weiskirchner hier schreibt, haben wir als Luegers Kampfgenossen miterlebt.

Vor Wahlen sprach er täglich abends oft in vier bis fünf Versammlungen; hielt noch nebstbei Parteiberatungen ab und traf Anordnungen bezüglich der Agitation. Bis in die Morgenstunden währte seine agitatorische Tätigkeit. Dabei versäumte er nicht, im Gemeinderat und überall dort, wo er ein Mandat innehatte, seine Pflicht ganz und voll zu erfüllen. „Welchen Anteil Dr. Lueger selbst an der Organisation der Wahlarbeiten nahm und wie er durch sein Beispiel der rastlosen, zielbewußten Agitation zu einer Zeit, wo es nahezu für eine Schande galt, Christ, Antisemit zu sein, förmlich Wunder wirkte, ist ja männiglich bekannt. Wie er an den Wahltagen vom frühen Morgen bis zum Abend oft im schlechtesten Wetter seinen Posten vor dem Landstraßer oder Margaretner Gemeindehause nicht verließ, wie ihn die anfänglichen Mißerfolge nur zu erneuter Anstrengung aller Kräfte anspornten, das muß man miterlebt haben." (Hierhammer.) „Dr. Luegers nach jedem Mißerfolge immer wieder aufs

neue einsetzende Impetuosität, die auch mich fortriß," schreibt Doktor Geßmann, „half uns über diese schwierigen Zeiten (1883) hinweg. Die Arbeit hatten wir geteilt. Dr. Lueger besorgte die Agitation, das Geneigtmachen der Menge in Versammlungen, die Gewinnung der einzelnen für die Partei in Privatunterredungen. Dazu war Dr. Lueger infolge der ihm eigentümlichen, alle gewinnenden und an sich fesselnden Werbekraft, die ich in einem so hohen Grade noch bei keinem anderen Menschen je bemerkt habe, geradezu geschaffen." Ähnlich hat auch Vergani über Lueger geurteilt, wie wir bereits bemerkt haben.

Wegen seiner ganz außerordentlichen Verdienste um seine Vaterstadt wurde er zum Ehrenbürger Wiens ernannt. Bei der Beeidigung im Rathaus am 4. Juli 1900 hören wir ihn folgende Worte sprechen:

„Der Ehrenbürger Dr. Lueger wird der alte Dr. Lueger bleiben, ja er wird der alte Agitator bleiben, der unermüdlich fortkämpfen wird, bis der Tag anbricht, an dem man wird sagen können: Reich, Land und Stadt sind dasjenige, was sie immer hätten bleiben sollen: eine glückliche Stätte ehrlicher Arbeit, ein Bollwerk des christlichen Volkes!"

Aufforderung zur Agitation.

Die maßlosen Angriffe der abgefallenen Alldeutschen gegen die katholische Religion, speziell die Schmähungen des alldeutschen Abgeordneten Hauck gegen das Allerheiligste Altarssakrament veranlaßten die Katholiken, eine Protestversammlung abzuhalten, die von nahezu 5000 Männern besucht war. Sie fand im Rathaus am 9. Jänner 1905 statt.

Mit nicht enden wollenden Zurufen empfangen, hielt Dr. Lueger folgende Ansprache: „Es freut mich ungemein und herzlich, daß heute hier eine so glänzende Manifestationsversammlung zustande gekommen ist, durch welche Sie bekunden, daß Sie fest ent-

erobern, die Männer, die auf den Willen des Volkes schauen, auf diese Posten bringen. Bitte, meine Herren, an diese meine Worte oft zu denken, sie sich tief ins Herz einzuprägen. Es hilft keine Gesetzesänderung, sondern nur die Tat. Das müssen wir tun, was die Gegner tun. Sie proklamieren die Propaganda der Tat, auch wir wollen sie üben diese Propaganda der Tat. Wir dürfen nicht die Rolle des Dulders in Österreich spielen, sondern es gilt den Streit, den Kampf bis zum Äußersten, es gilt festzubleiben und sich nicht beugen zu lassen. Die Katholiken müssen jene Herrschaft zurückerobern, welche sie leichtfertig verloren haben. Wenn die Millionen Katholiken Männer ihrer Gesinnung in den Reichsrat senden, auf die man sich verlassen kann, so brauche ich keine Gesetzesänderung. So lange aber die anderen die Herrschaft haben, ist es schade, etwas zu verlangen. Versammlung auf Versammlung muß gehalten werden, und vergessen Sie das Gesagte insbesondere bei den Wahlen nicht! Vergessen Sie da nicht, was den Katholiken angetan worden ist! Wählen Sie die richtigen Männer, dann wird es besser werden in unserem Vaterlande!" (Nicht enden wollender Jubel.) („Reichspost", 11. Jänner 1905.)

Ähnlichen Inhalts war die Rede, die er bei der konstituierenden Versammlung des Katholikentages, 18. November 1905, hielt.

Stürmisch akklamiert, ergriff Bürgermeister Dr. Lueger das Wort, um die konstituierende Versammlung im Namen der Stadt Wien mit einer Ansprache zu begrüßen. „Wenn ich", sagte Dr. Lueger, „heute gekommen bin, um Sie zu begrüßen, so erfülle ich damit eigentlich eine historische Pflicht. Ich denke heute zurück an jenen Katholikentag, der vor so und so vielen Jahren in Wien stattgefunden hat. Damals waren sehr viele Eminenzen und Bischöfe vorhanden, aber was die Weltlichen betrifft, da war gar nichts da. (Heiterkeit.) Es war kein Minister da, es war kein Statthalter da, kein Landmarschall und es war kein Bürgermeister von Wien da. (Stürmischer, endloser Beifall.) Meine

Wenigkeit war zwar vorhanden, aber damals war ich nur Prophet, aber ein glücklicher Prophet im Vaterlande. (Beifall.) Was damals ausgesprochen wurde, ist nun zum größten Teil erreicht worden; heute ist in unserer Mitte der Landmarschall von Niederösterreich, heute stehe ich hier als Bürgermeister von Wien. (Stürmischer Beifall.) Es wäre aber ganz gewiß Selbsttäuschung, wenn man sagen möchte, es ist alles erreicht worden, was erreicht werden soll und muß. Es fehlt noch sehr vieles. Noch sehr viele Bastionen gibt es, die wir einst besetzt gehabt hatten und die teilweise durch unsere Schuld verloren gegangen sind. Wir verzagen aber nicht, sondern es wird fortgestürmt, bis das letzte Bollwerk unseres Feindes gefallen ist. (Anhaltender Beifall.) Auch auf dem Gebiete der Schule erzielten wir, was in keiner anderen Stadt erreicht worden ist. (Beifall.) Hier in Wien versuchte man, das Kreuzzeichen aus der Schule zu verbannen, aber da haben sich die sonst so gemütlichen Wiener aufgerafft und gesagt: „Unseren Herrgott lassen wir uns nicht nehmen, das Kreuz muß in der Schule bleiben." (Stürmischer Beifall.) Wir sind geschmäht worden als Rückschrittler und Bildungsfeinde. Wir aber haben gesagt: Was ist Rückschritt, was Bildungsfeindschaft? Rückschritt ist, wenn wir von dem Glauben abfallen, Bildungsfeindschaft, wenn wir unseren Herrgott verleugnen. Das Kreuzzeichen ist in unseren Schulen geblieben. (Stürmischer Beifall.) Wenn Sie mich fragen, wie konnte dies alles erreicht werden, so sage ich nur ein einziges Zauberwort, das heißt Agitation. Wir alle müssen arbeiten, agitieren, zuerst in den Städten und dann auf dem Lande, in der größten Stadt, im kleinsten Dorfe, dann werden wir etwas erreichen, dann wird der Katholikentag zum Segen für unsere Kirche sein. (Beifall.) Schauen Sie auf Niederösterreich, auf Wien. (Stürmischer Beifall.) Wir wollen frei sein, ohne Unterschied, wir wollen auch Brüder sein, und ich als Bürgermeister von Wien, hervorgegangen aus einer armen Familie (Stürmischer Beifall), ich begrüße Sie alle als meine Brüder, als Brüder im

Glauben und Brüder als Österreicher. (Wiederholter, lebhafter Beifall.) Ich begrüße die Eminenzen, die Exzellenzen, die hochwürdigen Herren Bischöfe, ich begrüße alle anderen bis zum letzten Kaplan aus einem Gebirgsdorfe, die Kapläne, die man mit dem Worte „Hetzkapläne" schmähen wollte, ihnen aber damit den schönsten Titel verliehen hat. (Stürmischer Beifall.) Diese uneigennützigen, armen, wirklich in evangelischer Armut lebenden Kämpfer für Kirche und Vaterland, begrüße ich als meine Brüder. Wir wollen alle vereint kämpfen für Glauben und Vaterland, damit es immer so bleibe, wie es im Liede heißt: Österreich wird ewig stehn." (Stürmischer, immer wieder sich erneuernder Beifall.)

Zu dieser Rede bemerkte das freisinnige Tagblatt „Ostrauer Zeitung" nach dem Berichte der „Reichspost":

„Wie sich doch die Zeiten ändern! — Gewiß war Österreich vor etwa zehn Jahren genau so erzkatholisch wie heute; gewiß war die Aufklärung damals ebenso unzureichend wie in der Gegenwart. Aber die Katholikentage waren zu jener Zeit doch anders. Der weltliche Führer der Wiener Klerikalen, der Antisemit Lueger, hat es am Samstag abends bei der Begrüßung seiner Gesinnungsgenossen in triumphierendem Tone erklärt. Damals sah man auf den Katholikentagen die berufsmäßigen Führer der katholischen Glaubensgemeinden, die Priester aller Rangstufen. Aber fast gar nichts Weltliches. Und man sprach und hörte draußen in der Welt auch nicht sonderlich viel von den Beratungen, denn man legte der Tagung wohl kein allzugroßes Gewicht bei. Warum auch? Man hatte es ja wahrscheinlich nicht nötig, denn wer sollte, wer wollte dem katholischen Glauben etwas anhaben, wer dachte daran, berechtigte katholische Interessen zu bedrohen? (!!!?) — Und nun heute! — Abermals tagt in Wien der Katholikentag. Der Wiener Bürgermeister Dr. Lueger aber hat nur zu recht, wenn er sagt: Heute ist alles anders geworden."

Das Blatt findet dies freilich schrecklich.

Wenn wir fragen, wodurch iſt es anders geworden, ſo iſt die Antwort: Hauptſächlich durch die Agitation Dr. Luegers und ſeiner Partei.

Einige Verſammlungsepiſoden.

In und außer Öſterreich trat Lueger in Verſammlungen als Redner auf. Es ging nicht immer glatt ab. Im Sommer 1901 feierte die Stadt Brixen die Millenniumsfeier ihrer Gründung. Am 26. Oktober war der Bürgermeiſter Dr. Lueger mit ungefähr 24 Wiener Gemeinderäten als Repräſentant der Stadt Wien erſchienen und auf das herzlichſte empfangen worden. Lueger hatte beim Feſtmahle mit ſeinem Toaſte den Vogel abgeſchoſſen. Nach der Feſtfeier fuhren ſie fort. Am Villacher Bahnhofe angekommen, ſahen die Gefährten — Lueger hatte ſich ſchon zur Ruhe begeben — eine große Menſchenmenge, welche brüllte und ſchrie: „Nieder mit Lueger!“ „Pfui Lueger!“ uſw. Vor dem Wagen, in dem ſie fuhren, blieb der Pöbel ſtehen und warf Erde und Steine zu den Korridorfenſtern hinein, daß dieſelben klirrten und in Trümmer gingen. Ein Wachmann, der gemeſſenen Schrittes auf- und abging, ließ den Mob brüllen und auch der dienſthabende Verkehrsbeamte ſchien es nicht eilig zu haben mit der Abfertigung des Zuges, da derſelbe einen um acht Minuten längeren Aufenthalt hatte als ſonſt. Endlich hatte der Verkehrsbeamte die Güte, den Zug zu erpedieren; unter einem Hagel von Steinen und dem Brüllen der Menge fuhr der Zug aus der Halle.

Im Parlament gab es darauf geharniſchte Anfragen.

Schon wenige Wochen ſpäter fuhr Dr. Lueger abermals über Villach nach Brixen, und zwar zu einer Verſammlung.

Auf Wunſch des Abgeordneten Schraffl fuhr er am 16. November 1902 neuerdings nach Brixen. Dr. Lueger wurde von einem Unwohlſein befallen, das bald bedenkliche Formen annahm und konnte nicht als Redner auftreten. Erfreut durch

die trotzdem glänzende Versammlung und eine ebensolche in Eppan, erklärte Lueger, am nächsten Tage, da sein Zustand sich indessen gebessert hatte, in Bruneck zu sprechen. Den Pusterer Bauern ging bei Luegers Worten das Herz auf. Der Volksmann vom Donaustrande hatte sofort den Kontakt mit dem ernsten Tiroler gefunden. Abends wurde wieder über Villach nach Wien gefahren. Es war bekannt, daß Lueger auf dem Zuge war. Niemand belästigte aber diesmal den Volksmann, und dort, wo nicht lange vorher eine rasende Bande von Derwischen heulte, herrschte diesmal verhältnismäßig idyllische Ruhe.

Gemeinderat Stehlik erzählt von einer Todesfahrt, die er mit Dr. Lueger nach einer Wählerversammlung, in Neulerchenfeld am 17. Mai 1893 gemacht. Der bestellte Wagen war nicht da, zwei elegant gekleidete Herren boten einen bereitstehenden Einspänner zur Heimfahrt an. Wie sich später herausstellte, war das Pferd vor der Fahrt mit in Wein getauchten Brotschnitten gefüttert und ihm ein brennender Feuerschwamm unter den Schwanz gebunden worden. Es war auf einen — Meuchelmord abgesehen. Das Gefährte war schon von Anfang nicht recht geheuer. Der Kutscher schien betrunken, das Pferd war ungebärdig. Dr. Lueger schien das nicht zu bemerken. Das Pferd raste, nachdem sie eingestiegen waren, wie besessen, der Kutscher flog vom Bock. Das führerlose Pferd jagt ziellos durch die Straßen am Neubau. Bei einem plötzlichen Stillstande sprang Stehlik auf Luegers Zuruf hinaus. Der Wagen wieder fort. In der Nähe des Naschmarktes wurde der Wagen an einen Laternenpfahl geschleudert. Aus dem fast zertrümmerten Wagen stürzte Dr. Lueger, der Wagen ging ihm über den Fuß, er mußte drei Wochen das Bett hüten. Wie Lueger versicherte, gehörte diese Fahrt zu den qualvollsten Stunden seines Lebens.

Zum Dank für die glückliche Errettung Dr. Luegers wurde unter starker Beteiligung der Parteigenossen in der Wallfahrtskirche zu Maria-Enzersdorf am 21. Juni 1893 vom Pfarrer

Latschka ein Hochamt zelebriert, und von den „Kernigen Brigittenauern" ein Votivbild in der Kirche gestiftet.

Bei wichtigen Anlässen ist seither Maria-Enzersdorf ein Gnadenort, wohin besonders der „Wiener Frauenbund" wallfahrtet, um Erhörung seiner Bitten zu finden, so besonders bei der letzten schweren Erkrankung des Bürgermeisters.

Feierliche Empfänge.

Manche dürften sich wundern, daß Lueger gerne feierliche Empfänge veranstaltet. Jeder Empfang einer Körperschaft bedeutet für Lueger eine Agitationsversammlung. Die letzten Jahre fanden die verschiedensten Kongresse und Festlichkeiten in Wien statt. Vielfach waren die Teilnehmer durchwegs Parteigegner. Die gemütliche Art des Bürgermeisters, sein bestrickendes Wesen, seine Genialität bannten alle, und jener Mann, der — wenn man der sozialdemokratischen „Arbeiter-Zeitung" glauben wollte — ein Bild der Gemeinheit ist, zwang selbst die Gegner zur Bewunderung und Anerkennung. „Um nur ein Beispiel zu nennen," schreibt der Reichsdeutsche Bleibtreu, „bezauberte er die Schweizer Sänger bei ihrem Ausfluge nach Wien durch seine gewinnende, leutselig joviale Art." Daß Schuhmeier und Genossen diese Empfänge zuwider sind und sie die Kosten für die Empfänge bemängeln, ist begreiflich. Jeder derartige Empfang ist eine Niederlage der Gegner des christlichen Wien und seines Bürgermeisters. Das aufgewendete Geld kommt aber reichlich herein, der Fremdenzufluß steigert sich, da alle Teilnehmer die besten Werber für Wien und dessen Lobredner sind, jenes Wien, das so lange im In- und Auslande auf das empörendste herabgesetzt wurde. Das fürchten die Gegner, und daher ihre Sparwut.

Lächerliche Eitelkeit und dergleichen werfen ihm die Gegner vor. Nun, Lueger kennt sehr gut die ihm innewohnende Kraft

und stellt diese in den Dienst des christlichen Volkes. Alles muß dazu dienen, der Sache, der er dient, neue Anhänger zu gewinnen.

Um nur ein Beispiel hiefür zu bringen, zitiere ich aus der Rede Luegers beim Preßkongreß, September 1904, einige Worte. Nachdem er darauf hingewiesen, daß in den Blättern des In- und Auslandes sich viel Unrichtiges über Wien und Österreich findet, bemerkte er: „Ich habe mir gedacht, das (der Preßkongreß) ist die beste Gelegenheit, um für meine liebe Vaterstadt Wien und Österreich Reklame zu machen. Verzeihen Sie, daß ich diese Worte gebrauche."

Die Anerkennung seiner Leistungen aus dem Munde der Gegner erhöht sein Ansehen bei den Parteifreunden und bringt seine genialen Ansichten bei diesen entschiedener zur Geltung.

Dr. Lueger — Programm!

„Keine Partei trägt so sehr den Stempel ihres Führers wie die christlichsoziale. ‚Unser Programm ist Dr. Karl Lueger!' Mit diesem kurzen Bekenntnisse hat eine Reihe von seinen Freunden die politische Laufbahn eröffnet." („Österreichische Volkszeitung.") „Eine in Wien wohlbekannte Persönlichkeit machte gelegentlich einmal den Ausspruch: ‚Ihr Programm bestehe aus drei Worten: Doktor Karl Lueger.' Für die Person des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien ist dieser Ausspruch tatsächlich charakteristisch." („Sport und Salon.")

„In der Person Luegers ist das Zukunftsprogramm aller christlichen Deutschen verkörpert, das zum Siege kommen muß und wird, trotz aller Anfeindungen von allen Seiten", heißt es in den „Mitteilungen des christlichsozialen Vereines von Linz".

Durch das Linzer Programm Schönerers gewitzigt, vermied es Lueger, das Parteiprogramm starr zu kodifizieren und dadurch die Freiheit der Bewegung zu hemmen. Der eigene Gedanke wendet sich, einmal ausgesprochen, gegen den Erzeuger. „Wir

Chriſten", bemerkt Prälat Scheicher, „kommen mit unſerem Prinzipe: justitia aus. Jedem das Seine. Schönerer hat einſt für Beamte, Geiſtliche, Lehrer die Kaſſierung des aktiven Wahlrechtes im Linzer Programm proklamiert. Ich glaube nicht, daß er noch in der alten Anſchauung ſich befindet." Luegers Programm war und iſt Kampf gegen die Korruption, Ausbeutung, Schutz der wirtſchaftlich Schwachen. Lueger iſt ſelbſt Programm. Gut deutſch, gut öſterreichiſch, gut chriſtlich ſeine Parole.

Durch letztere Parole hat Lueger Wien und Niederöſterreich in Kommune, Landtag, Reichsrat dem wahren Deutſchtum erobert. Natürlich nicht im Sinne jener Alldeutſchen, die ſowohl ein Preußentum als einen Proteſtantismus ſich vorſchwärmen, deſſen Traumbild gar nicht der heutigen Wirklichkeit entſpricht, und daher jeden ſcheel anſehen, der auf dem Boden des öſterreichiſchen Reichsgedankens bleibt. „Wir können aber", ſchreibt Karl Bleibtreu, „Lueger und ſeine große Partei nur beglückwünſchen, daß ſie trotz innerlich gut deutſchen Nationalgefühles nicht die Anhänglichkeit an das hiſtoriſch gewordene Öſterreichertum einbüßten und über deutſchem Raſſeſtolz nicht ihre ſtaatliche Vergangenheit vergaßen". „Wir bleiben innerhalb der Grenzen, doch in dieſen wollen wir es uns häuslich einrichten", hören wir Lueger in einer Verſammlung zur Zeit der Hochflut der deutſchvölkiſchen Bewegung. Unter dem „häuslichen Einrichten" verſtand Lueger die Anbahnung wichtiger ſozialer Reformen.

„Sein Deutſchtum iſt wahr und echt, doch darf es nie in Kolliſion mit ſeinem Öſterreichertum kommen", ſagt Vergani. „Wenn man ihm den Vorwurf macht, daß er die Anſprüche anderer Nationen zu leicht anerkenne, ſo liegt dieſem Charakterzuge Luegers auch eine gute Eigenſchaft, nämlich ein erhebliches Maß von internationaler Gerechtigkeit, zugrunde. Er hält ſich bei den Rivalitätsfragen der Völker an die Geſchichte, an die Wahrheit und Gerechtigkeit und anerkennt ihre Forderungen willig an, falls ſie nicht erwieſenermaßen ſein Volk, den Staat und ſeine viel-

geliebte Vaterstadt Wien schädigen." „Zwei Leitsterne", hören wir ihn sagen, „sind es, welche mich in meinem Leben führten. Der eine ist die Treue und Liebe zu meinem Vaterlande Österreich, der zweite ist die Liebe und Treue zu dem Volke, dem ich angehöre, zu der Stadt, in der ich geboren bin."

„Wir sind Deutsche und wollen, daß die Deutschen in Österreich leben können, ohne Gefahr zu laufen, ihre Nationalität einzubüßen. Dabei sind wir nicht so töricht, daß wir in jedem anderen einen Minderwertigen sehen" (Versammlung in Simmering, 11. Dezember 1901), indes Wolf und Konsorten — die sich als die patentierten Retter des Deutschtums gerierten — um den nationalen Haß zu entflammen, gerne die anderen Völker als „minderwertig" bezeichneten, ohne durch ihr Auftreten zu beweisen, daß sie zum „Edelvolk" gehören.

Im Abgeordnetenhause hören wir von Dr. Lueger am 24. Oktober 1899 die Worte: „Ein so guter Deutscher ich bin, so wünsche ich doch eine Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiete, bei welcher alle Nationen unseres Vaterlandes in ruhiger Übereinstimmung tätig sein können. Vielleicht wird aus dieser gemeinsamen Arbeit schließlich der nationale Friede hervorgehen und mit ihm ein starkes und einiges Österreich."

Groß-Österreich.

Während die um Schönerer und Wolf: Los von Ungarn! brüllten und die Deutschen Ungarns den Magyaren ans Messer zu liefern bereit waren, gebührt Lueger das Verdienst der Entdeckung des Deutschtums in Ungarn. Lueger tat noch mehr, er machte diese Entdeckung populär. Das wird noch später seine Früchte tragen. „Es soll und wird", schreibt ein Deutscher aus Ungarn, „Lueger unvergessen bleiben, daß er gerade in kritischen Zeiten sich oft in der glücklichsten, wenn auch für magyarische Ohren nicht immer zartesten Form der deutschen Brüder in Ungarn

erinnerte. Heute müſſen wir vollauf zufrieden ſein, wenn der Gedanke in immer breitere Schichten des öſterreichiſchen Deutſchtums dringt; dort in Ungarn ſind auch noch Reſerven, und ganz ſtattliche dazu.

Und im äußerſten Winkel meines Herzens iſt ein Stück ‚Vaterlandsverrat', das mir den böſen Lueger noch näher bringt. Er gilt hier ſo als eine Art Inkarnation des ‚Geſamtſtaatsgedankens'. ‚Geſamtſtaat' . . . ſchon das Wort koſtet einem echten ungariſchen Patrioten ein Dutzend Gänſehäute. Und doch! — wird etwas anderes übrig bleiben?"

Siehe da, was vor mehr als zwei Jahren der Deutſche in Ungarn niederſchrieb, proklamieren heute offen unſere chriſtlichſozialen Politiker. Sie ſprechen von einem kommenden „Groß-Öſterreich". Während von anderer Seite: „Los von Ungarn" gerufen und „Perſonalunion" verlangt wurde, ertönte auf dem Eggenburger Parteitag der Ruf: „Fort mit dem Dualismus", und es wurde die Forderung erhoben, daß „an Stelle der heutigen morſchen Staatsform das Reich auf geeinter und gefeſtigter Baſis neu gegründet werde", und zwar mit Hilfe der Nationalitäten Ungarns, die durch eine gerechte Wahlreform politiſch frei gemacht werden ſollen. In der Wählerverſammlung in der Leopoldſtadt am 11. November 1905 ſagte Dr. Lueger: „Wir ſollen darauf bedacht ſein, mit Hilfe der anderen in Ungarn wohnenden Nationen ein neues Öſterreich-Ungarn zu gründen." „Wir haben kein anderes mögliches Kampfprogramm gegen Ungarn als das chriſtlichſoziale von Eggenburg" ſchreibt Dr. Bach. Alſo hat die angeblich programmloſe Partei doch ein Programm, und zwar ein einzig richtiges!

In dem Wahlmanifeſt, beſchloſſen am erſten chriſtlichſozialen Reichsparteitage in Wien am 10. März 1907, iſt auch folgender Hauptleitſatz enthalten: Die wichtigſte politiſche Aufgabe der nächſten Zeit iſt die Neugeſtaltung des jetzigen unhaltbaren Verhältniſſes zu den Ländern der ungariſchen Krone. Die

Losung der christlichsozialen Partei ist und bleibt: Lieber die wirtschaftliche Trennung, als weiter entehrende Knechtschaft.

Weiter heißt es: Die Erniedrigung Österreichs gegenüber den Magyaren war nur möglich durch die Verhetzung der österreichischen Volksstämme gegeneinander.

Prälat Dr. Scheicher hatte schon vor einigen Jahren in der Schrift: „Ein Traum aus dem Jahre 1920" das Programm des groß-österreichischen Reichsgedankens gepredigt, fertig liegt er vor in der bekannten Schrift des Rumänen Popovici, der für einen österreichischen Bundesstaat plädiert, nach dem Muster Nordamerikas, der Schweiz, Deutschlands. Der Propagierung dieses Gedankens dient eine Wochenschrift „Groß-Österreich".

Das Wiener Organ der Deutschvölkischen freilich sagt, das Schlagwort „Groß-Österreich" sei „eine klerikale Perfidie". Nicht den Anschluß an Ungarn wollen die Christlichsozialen, sondern die Befreiung der ungarländischen Nationalitäten aus der magyarischen Knechtschaft, die Neuorganisation des Reiches, ein Groß-Österreich, beruhend auf dem engen Zusammenschlusse freier autonomer Völker. Die Verwirklichung dieses Gedankens bedeutet nicht bloß das Heil der Deutschen in Österreich, sondern auch das Heil für Reichsdeutschland, mag nun die „Deutsche Volkspartei" dafür sein oder nicht.

Verständigung mit den Nationen.

Die christlichsoziale Partei nennt sich Reichspartei, weil sie ein Reichsprogramm hat und weil sich ihr politischer Besitzstand auf alle deutschen Gebiete des Reiches erstreckt. Daß das nationale Programm der deutschen Christlichsozialen nicht auch ein Programm für Slawen oder Romanen ist, versteht sich wohl von selbst. Aber das reichspolitische, das wirtschaftliche und soziale Programm der Christlichsozialen erhebt mit Recht den Anspruch auf Verständnis auch im nichtdeutschen Lager. Auf dem vom

chriſtlichſozialen Reichsparteitage abgeſteckten Boden können und werden ſich alle wahrhaft öſterreichiſchen Patrioten verſtändigen.

Soll ein zufriedenes, mächtiges Öſterreich beſtehen, ſo iſt ein Ausgleich, eine Verſtändigung mit ariſchen Brüdervölkern, ſpeziell bei uns mit den Slawen, nicht nur notwendig, wollen wir uns nicht ſelbſtmörderiſch zugrunde richten, ſondern er iſt auch möglich. „Sogar Schönerer hat in ſeiner vernünftigen Periode den extremen Nationalismus zurückgedrängt und", wie Dr. Scheicher ſchrieb, „proklamiert: Die ſlawiſche Linde und die deutſche Eiche ſollen und können nebeneinander beſtehen, wenn nur die beiden Seiten gefährlichen Schmarotzerpflanzen nicht die Stämme der edlen Bäume um- und überwuchern und dann Licht, Luft und Kraft nehmen."

Die Verſtändigung wird allerdings erſt dann erfolgen, wenn die Bevölkerung, die deutſche ſowohl wie ſlawiſche, in ihrer Totalität erkannt haben wird, wohin die gewiſſenloſe Verhetzung der Nationalradikalen deutſcher wie tſchechiſcher Zunge führt. „Vergewaltigen und rechtlos ſtellen kann heute ein Kulturſtaat keinen Teil ſeiner Bewohner, zumal ſo hochentwickelte Nationen wie z. B. die Tſchechen", bemerkt Dr. Bach. „Unſere Partei", ſchrieb Geßmann, „wird nicht einen Fuß breit vom deutſchen Sprachgebiete jemals preisgeben, ſie wird aber auch von den Slawen nichts Unbilliges, ihrem Nationalſtolz Widerſprechendes verlangen. Wenn dann die Schreier beiderſeits zum Verſtummen gebracht ſein werden, wird die Zeit des nationalen Friedens und der gemeinſamen Arbeit für das Geſamtwohl der Bevölkerung gekommen ſein. Ein Zuſammenſchluß aller Arier gegen die gemeinſame Gefahr des Semitismus wird die nächſte Folge ſein. Sie iſt notwendig und unerläßlich, ſoll der Kampf gegen das Judentum nicht in ſeiner erſten Phaſe ſtecken bleiben.

Auf dem Kampffelde der Politik hat denn auch in richtiger taktiſcher Erwägung Dr. Lueger vor faſt einem Vierteljahrhundert den ariſchen Wiedereroberungsſtreit entfacht und die

ersten Siege der arischen Bewegung errungen. Heute sind Wien und Niederösterreich in ihren Vertretungskörpern ausgesprochen antisemitisch."

„Eine über das ganze Reich sich erstreckende christlichsoziale Partei wird Österreichs Zukunft sichern." („Deutsche Reichszeitung", Bonn.) „Österreichs Zukunft liegt in der Gründung einer christlichsozialen Reichspartei, im Lueger'schen Gedanken." („Kölnische Volkszeitung" und ebenso die „Nachrichten" in Luzern und „Basler Volksblatt".)

Daß Dr. Lueger auch die Magyaren in diese Bewegung einbezogen wissen wollte, geht aus einer Parlamentsrede im September 1905 hervor. In derselben kam er auf die bereits früher erwähnte Parlamentsrede über die ungarische Frage zu sprechen und sagte: „Ich habe damals das Wort ‚Judäomagyarismus' geprägt und ich bin heute noch stolz darauf, daß mir damals so etwas Gescheites eingefallen ist. Die Fünfzigkreuzermagyaren haben es so weit gebracht, daß wir vor einem förmlichen Kampfe zwischen Zis und Trans stehen. Ich habe diese Erinnerung deshalb hervorgehoben, weil man in Ungarn meint, ich sei ein Gegner und Hasser der magyarischen Nation. Ich hasse nicht die Magyaren, sondern die Judäomagyaren; wenn man sich einmal von diesem Einfluß befreien möchte — am nächsten Tage wäre der Friede erreicht." Ferner sprach er das beherzigenswerte Wort: „Man möge es nach oben merken: Diese Sorte von Magyaren wird nie befriedigt werden — durch keine Konzession."

Daß Lueger auch unter den Ungarn Sympathien besitzt, geht aus einem der „Zeit" am 30. Jänner l. J. zugekommenen Bericht über die Generalversammlung des hauptstädtischen Munizipalausschusses in Ofen-Pest hervor. Als nämlich der städtische Repräsentant Hecht die Einlösung der Gaswerke urgierte und die Vorteile der eigenen Verwaltung entwickelte, wies er auf das Beispiel der Stadt Wien hin, die insbesondere infolge des energischen Auftretens des Bürgermeisters die größten Betriebe

nacheinander in eigene Verwaltung übernahm. Darauf brachen die Demokraten und Anhänger der freien Bürgerpartei in Eljen-Rufe auf Lueger aus.

Lueger und die Rumänen.

Nicht bloß der Deutschen in Ungarn erinnerte sich Lueger, nicht bloß eine Verständigung der im Reichstage vertretenen anderssprachigen Völker suchte Lueger anzubahnen, auch die anderen nichtmagyarischen Völker fanden an ihm einen hilfsbereiten Schützer. So besonders die Rumänen. Im Jahre 1892 fand sich die 300 Mitglieder zählende Rumänendeputation in Wien ein, um Sr. Majestät ein Memorandum zu überreichen. Alle Parteien hüteten sich, mit der in Wien angekommenen Rumänendeputation in Fühlung zu treten. Die Partei Dr. Luegers und unter den Politikern Wiens Dr. Lueger allein wagte es, sich für die gerechte Sache der Rumänen zu „kompromittieren" und die Rumänendeputation in Wien willkommen zu heißen.

Damals war er noch nicht Bürgermeister. Um so höher ist sein Eintreten für die gerechte Sache der Rumänen sowie der Umstand, daß er der erste den Mut besaß, dem Hochmut der Ungarn entgegenzutreten, anzuschlagen, weil er es tat, selbst auf die Gefahr hin, sich dadurch als Bürgermeister unmöglich zu machen. Auch als solcher vergaß er nicht die kaisertreuen Nationen Ungarns und erhob häufig genug sein mächtiges Wort zu ihren Gunsten gegen das reichsfeindliche und zersetzende Panmagyarentum.

„Dafür erreichte Dr. Lueger, dessen sich wenige rühmen können: Er besitzt die Liebe ganzer Nationen! Er hat die liebevolle Dankbarkeit aller nichtmagyarischen Völker Ungarns sich erworben. Vorab der Rumänen. Ist das nicht das Höchste, was ein Politiker bei Lebzeiten zu erreichen vermag? Wahrlich, es kann für einen Politiker nichts Köstlicheres an politischem Ruhme geben, als die mit Dankbarkeit gepaarte Liebe eines fremden

Volkes. Denn wer bei einem fremden Volke derart geachtet und geliebt wird wie Dr. Lueger von den Rumänen, wie mag der erſt von ſeinen Parteigenoſſen und Stammesbrüdern geliebt und geachtet werden?" ſchreibt der Rumäne Dr. Alexander de Vajda Voevod.

Der Beſuch der rumäniſchen Hauptſtadt im Jahre 1906 bekundete die tiefe Liebe dieſes Volkes zu ihm. Die Rumänen haben ihn als ihren Freund gefeiert, eine Demonſtration geiſtig verwandtſchaftlicher Gefühle, die in Ungarn mit ſcheelen Augen angeſehen und in der Wiener liberalen Preſſe mit Ausbrüchen von Haß und Verdächtigungen beantwortet wurden. Noch iſt in friſcher Erinnerung der Gegenbeſuch des Bürgermeiſters von Bukareſt, Fürſt Cantacuzene, dem Wien einen herzlichen Empfang bereitete. Noch ſind in Erinnerung die Worte, mit denen er den Bürgermeiſter pries „als Mann der edelſten Geſinnung und der höchſten Kultur", ebenſo das Verſprechen, nach ſeiner Rückkehr in der erſten Sitzung des Bukareſter Gemeinderates den Vorſchlag zu machen, einer der erſten Hauptſtraßen Bukareſts den Namen Dr. Karl Lueger zu geben, was inzwiſchen bereits geſchehen iſt. Bekannt iſt, daß Dr. Cantacuzene in der rumäniſchen Kammer den Antrag ſtellte, den Dank des rumäniſchen Volkes an den Wiener Bürgermeiſter und die Stadt Wien auszuſprechen, was in einem äußerſt ſchmeichelhaften Telegramm geſchah.

Lueger, Schule und Lehrer.

Dr. Lueger erkämpfte ſeinerzeit den Lehrern das paſſive Wahlrecht in der Gemeinde, für das einzutreten Dr. Kopp und Dr. Weitlof ſich geweigert hatten. Er und Dr. Geßmann ſetzten 1884 die Erhöhung der Quinquennalzulage den Lehrern durch, nach 20 Jahren betätigten ſie wieder ihre — Schul- und Lehrerfeindlichkeit. Alles half nichts, die „freiſinnige" Lehrerſchaft war ſtets gegen Dr. Lueger, betonte er doch wiederholt: „Die Schule

muß eine christliche werden." Daß auch Lehrer aus dem christlichen Lager ihm zuweilen das Leben verbitterten, sei nur nebenbei erwähnt. Lueger betonte als Patriot, er werde Sozialdemokraten und Schönerianer nicht anstellen und befördern, man erklärte es als eine Verletzung der Staatsgrundgesetze. „Nun, wenn dem so ist, so kann man das doch auch, ohne ein Unmensch zu sein. Es läßt sich wohl denken, daß ein Katholik (nur mit dem religiösen, nicht mit dem antisemitischen Momente kann das zusammenhängen) eifrige Sozialdemokraten für ungeeignet hält, christliche Kinder zu unterrichten. Es läßt sich auch denken, daß er nach seinen Erfahrungen mit dem moralischen Klima des Liberalismus dessen besondere Parteigänger für ungeeignet hält, der Jugend ihr Gepräge aufzudrücken." Schließlich meint der Autor den Betreffenden das Recht zur Anklage bestreiten zu müssen, „denn beide handeln, wo sie die Macht haben, ganz ähnlich, sie gehen sogar noch weiter in der Stümmlerei". („Deutsche Soziale Blätter", Hamburg.)

Anläßlich des Überfalles auf Prälat Scheicher von Seite der Sozialdemokraten war am 27. Juni 1905 eine stürmische Sitzung im Wiener Gemeinderate. Der Bürgermeister besprach neuerdings die Nichtanstellung sozialdemokratischer Lehrer und Beamten und sagte: „Ein Sozialdemokrat, der den Amtseid ablegt, schwört einen Meineid, und solche Leute kann ich nicht brauchen! Ich kann in Österreich keine Revolutionäre, keine Bewunderer der Hohenzollern brauchen, ich brauch' in Österreich gute, treue, dynastische Männer!"

Herrenhausmitglied Graf Sylva-Tarouca schreibt: „Österreichs Zukunft liegt in seinen Kindern, und darum will Lueger es nicht zulassen, daß die Wiener Kinder Alldeutschen und Sozialdemokraten, antireligiösen, antiösterreichischen, antidynastischen Lehrern ausgeliefert werden."

Als im Jahre 1897 die antichristlichen und preußenheuchlerischen Schulwogen hoch gingen, erklärte Lueger im Landtage am

20. Jänner 1898: „Die Lehrer haben kein Recht, die Schule zu einer wüsten Hetze gegen die Religion zu mißbrauchen. Der Vergleich, daß jeder Arbeiter seine Meinung frei äußern dürfe, trifft hier nicht zu. Wenn man sich irgendwo ein paar Stiefel machen läßt, so ist die politische Meinung des Schusters gleichgültig. Dem Lehrer aber geben wir keine Stiefel, sondern unsere Kinder, und darum haben wir das Recht, nach der politischen Überzeugung des Lehrers zu fragen."

Und ein Jahr später hob er den Geist, der in den vom „Katholischen Schulverein" geleiteten Schulen herrscht, hervor und stellte ihn als Muster hin: „Vom ‚Katholischen Schulverein' und von den durch ihn gegründeten und erhaltenen Schulen hat man stets nur Rühmenswertes gehört. Durch dieselben ist ein rechter Wetteifer zwischen den katholischen und allgemeinen Schulen angefacht worden und die ersteren haben auch noch das Verdienst, daß in den allgemeinen Schulen nichts geschieht, wodurch das religiöse Gefühl verletzt werden könnte." (26. Jänner 1899, Schulvereinsversammlung im IV. Bezirk.)

Die religiöse Gesinnung schon in der Schule zu stärken, liegt dem Bürgermeister am Herzen. Daher die Wiedereinführung der Einweihung auch der Schulen.

Nach der Einweihung der Schule im VI. Bezirk, Hirschengasse, anfangs Oktober 1905, sprach Dr. Lueger die Hoffnung aus, daß die Sitte der Schuleinweihungen sich einbürgern, daß sie nicht mehr verschwinden werde, wenn auch etwa andere an die Leitung der Gemeinde einmal kommen sollten. Er halte auf diese Schuleinweihungen deshalb, weil wir den Tribut der Dankbarkeit und Liebe unserem Herrgott abstatten sollen.

Daß Lesen, Schreiben und Rechnen den Kindern ordentlich beigebracht werde, legt er fast regelmäßig bei Lehrerbeeidigungen den Lehrpersonen ans Herz. Besonders ermahnt er Lehrer und Schüler, den Sprachunterricht am intensivsten zu pflegen, denn es sei eine Schande, wenn Deutsche ihrer Sprache so wenig kundig

ſeien, daß ſie einen einfachen Brief oder Geſchäftsaufſatz nicht ſtilgerecht und fehlerlos niederſchreiben können. Ohne Zweifel iſt durch die wiederholte Betonung der Wichtigkeit dieſer Gegenſtände eine Beſſerung auf dieſem Gebiete eingetreten.

„Wenn ich mich frage," ſagte er bei einer Beeidigung von Lehrperſonen am 22. September 1897, „ob die jetzige Schule ihr Ziel erreicht, ſo muß ich bemerken, daß in zwei außerordentlich wichtigen Gegenſtänden die jetzige Schule ihr Ziel nicht erreicht, es iſt dies die genaue Kenntnis der deutſchen Sprache und die genaue Kenntnis des Rechnens. Die Kenntnis der Mutterſprache iſt unbedingt notwendig, wenn der Betreffende, dem ſie gelehrt wird, die Liebe zur Nation erhalten ſoll."

Bei der Beeidigung von Lehrperſonen legte er ihnen wiederholt die Achtung vor der Religion und das gute Einvernehmen mit dem Religionslehrer ans Herz. So bei der Beeidigung am 22. Dezember 1906.

Nachdem er betont hat, es ſolle in der Schule Friede herrſchen, fährt er fort: „Bleiben Sie insbeſonders mit den Vertretern des Religionsunterrichtes in gutem Einvernehmen, laſſen Sie die Religion ebenſoweit aus dem Spiele, daß Sie nicht über dieſelbe kritiſieren und nicht in den Kindern die Meinung wachrufen, als ob ein Unterſchied beſtände zwiſchen Ihnen und dem Religionslehrer." Dann fährt er wie oben fort: „Geben Sie gut acht, daß die Kinder in den Hauptgegenſtänden: Leſen, Schreiben und Rechnen, gut unterrichtet werden. Das iſt zwar eine Meinung, die etwas mittelalterlich klingt; aber das wichtigſte iſt doch, daß die Kinder gut leſen, ſchreiben und rechnen können, weil ſie dann imſtande ſein werden, auch in ihrem zukünftigen Leben den Kampf, der ihnen bevorſteht, ſiegreich zu beſtehen."

Niemand zweifelt an der geiſtigen Begabung des Bürgermeiſters. Gewiß hat auch die Schule das ihrige dazu beigetragen, daß er wurde, was er iſt. Lueger iſt aus der verläſterten Kon-

konkordatsschule hervorgegangen. Sein Urteil über sie dürfte manche interessieren. Gelegentlich der Schulgesetzgebung von Seite des Landes Niederösterreich und der sozialdemokratischen Demonstrationen sprach Dr. Lueger in einer Wählerversammlung in Währing im Dezember 1904. Er sagte u. a.:

„Was jetzt bezüglich der Schulgesetzvorlagen getrieben wird, ist ja die reinste Komödie; die Sache wird so hingestellt, als wenn die jetzige Schule der Gipfel der Vollkommenheit wäre, während wir uns die sogenannte Konkordatsschule herbeiwünschen sollen, die ja eigentlich diesen Namen gar nicht verdient. Ich kann nur erklären, daß ich mit den Erfolgen dieser sogenannten Konkordatsschule sehr zufrieden war. Ich habe dort ordentlich deutsch sprechen und schreiben gelernt, ich habe auch ordentlich rechnen gelernt. Allein jetzt wird in den Schulen in den wichtigsten Gegenständen nicht das erreicht, was im Interesse der ganzen Bevölkerung und der kommenden Generation notwendig ist. Ich will aber gleich betonen, daß daran nicht die Lehrer schuld sind, sondern der verrückte Lehrplan. In der Änderung des Lehrplanes muß das Heil der Schule erblickt werden."

Von mancher Seite dürfte es Lueger verübelt worden sein, daß er mit dem jetzigen Schulgesetz sein Auslangen zu finden erklärte. Er hat es bewiesen, daß bei gutem Willen auch dieses Gesetz im christlichen Geist gehandhabt werden kann. Voraussetzung ist, daß die Beamtenschaft, die die Gesetze handhabt, diese nicht im christentumsfeindlichen Sinne auslegt. Christliche Beamte vor allem! 2500 Staatsbeamte sollen dem alldeutschen Bunde angehören! Bereits im Jahre 1888 erklärte ich in einer Versammlung des katholisch-politischen Vereines in Margareten — und diese Rede war Veranlassung zur Abfassung meines „Schlachtengewinner Dittes und sein Generalstab" —:

„Was nützen uns durch das Gesetz dekretierte katholische Schulen, wenn wir keine katholischen Lehrer haben? Dort, wo

der Lehrer christlich gesinnt ist, kann nicht einmal ein konfessionsloses Schulgesetz Schaden bringen. Die katholische Schule wird dann vorhanden sein, wenn die Lehrer selbst gläubig sind, wenn sie aus Überzeugung praktisch das Christentum selbst üben." „Zu solchen überzeugungstreuen, das Christentum praktisch übenden Männern", schrieb ich in den „Jammerbildern, IV", „müssen die Lehrer in den Seminarien herangebildet werden. Daher Reform der Lehrerseminare, respektive Lehrerbildungsanstalten, für Wien speziell Aufhebung oder gründliche Reorganisierung des Pädagogiums." So schrieb ich noch im Jahre 1898. Was hat sich seit dieser Zeit auf diesem Gebiete geändert!

Immerhin bleibt die Forderung nach einer durch das Gesetz festgelegten konfessionellen Schule bestehen, da die Kirche nicht auf die Gnade eines einzelnen Lehrers angewiesen bleiben darf.

Der Förderer des nationalen Friedens unter den Wiener Gewerbetreibenden.

Die Deutschvölkischen können Lueger das Wort nicht verzeihen: „Laßts mir meine Böhm' in Ruh!" Die Gewerbetreibenden waren die ersten, die sich der christlichsozialen Bewegung anschlossen. Auf ihre Bedürfnisse mußte in erster Linie Rücksicht genommen werden. Das einheitliche Vorgehen der Gewerbetreibenden bei allen öffentlichen Anlässen, insbesondere bei politischen Wahlen, ermöglichte den Sieg der christlichsozialen Partei. Daß dieses einheitliche Vorgehen erzielt und durch so lange Zeit erhalten wurde, ist hauptsächlich der klugen Rücksichtnahme Dr. Luegers auf die Zusammensetzung der Wiener Gewerbetreibenden in nationaler Hinsicht zu danken. Den ultratschechischen Hetzpolitikern war es nicht unbekannt geblieben, daß zumal die Angehörigen der handwerksmäßigen Gewerbe in Wien zum großen Teil tschechischer Abkunft sind. Daß es den Hetzern nicht gelang, das nationale Bewußtsein in panslawistischem Sinne anzufachen, ist ein Verdienst Luegers.

Es mußte den Gewerbetreibenden aller Nationalitäten ein gemeinsames Ziel gesteckt werden: Bekämpfung des liberalen Wirtschaftssystems, Abwehr des semitischen Einflusses.

Sowie Lueger erkennt, daß ein gesundes und mächtiges Österreich nur im zufriedenen Zusammenleben aller Völker unseres Vaterlandes möglich ist, und dieses friedliche Zusammenwirken nur möglich ist, wenn sie sich als Angehörige Österreichs, als ehrliche Untertanen unserer Dynastie Habsburg-Lothringen, kurz, als Österreicher fühlen und als solche auch wirken, so findet auch jeder, der nach Wien kommt, welcher Nation er immer angehören mag, gastliche Aufnahme und liebevolles Entgegenkommen, wenn er als Freund erscheint und das Hausrecht respektiert.

Die Erfüllung dieser Pflicht — den deutschen Charakter der Stadt Wien zu wahren und sich von tschechischradikalen Umtrieben fernzuhalten — wird den Wiener Bürgern tschechischer Abkunft unter dem Regime des Bürgermeisters Lueger gewiß nicht schwer gemacht, denn die bodenständige deutsche Bevölkerung Wiens wird unter seiner Führung stets die größte Duldsamkeit walten lassen, wenn auf der anderen Seite keine Provokationen vom Zaune gebrochen werden.

„Herr Dr. Lueger hat zur Aufrechthaltung des nationalen Friedens unter den Wiener Gewerbetreibenden Vernunft und Gewissen in Kontribution gesetzt und sich damit sowohl um die Gewerbetreibenden als auch um die Aufrechthaltung des deutschen Charakters der Stadt Wien, sowie um das Deutschtum selbst wertvolle Verdienste erworben", bemerkt der Kenner des Wiener Gewerbestandes und der Stadt Wien, Handelskammerrat Pabst.

Wien — deutsch.

Lueger hat gelegentlich der Abänderung des Wiener Gemeindestatutes als erster unserer Heimatstadt Wien für ewige

Zeiten den deutschen Charakter gesichert, indem er jeden neuernannten Bürger von Wien daraufhin in Eid nimmt, daß er ein deutscher Mann sein und bleiben wolle.

„Der Gemeinderat der Stadt Wien hat seine nationale Pflicht immer erfüllt, und, wie ich glaube, in viel größerem Maße als manche andere Stadt, die sich das Privilegium geben zu müssen glaubt, daß sie eine deutsche Stadt ist. Wir sind zu jeder Zeit bereit, mit aller Entschiedenheit für den deutschen Charakter unserer Stadt einzutreten und gerade unser neues Statut beweist, daß wir das tun." (Wiener Gemeinderat, 19. Juni 1900.)

Und bei einer Bürgerbeeidigung nach dem neuen Statut, 5. Oktober 1900, sagte Lueger: „Sie wissen alle, daß deutsche Kraft und deutscher Mut diese Stadt geschaffen haben und daß deutscher Geist in dieser Stadt auch dauern soll. Das schließt aber die Liebe zu allen, die gut österreichisch denken und fühlen, nicht aus. Gerade die Treue ist ja der Hauptcharakter des deutschen Volkes, und weil wir Deutsche treu sind, sollen wir fest zu unserem Vaterlande halten."

Der gewesene Eisenbahnminister Dr. Ritter v. Wittek wurde zum Ehrenbürger der Stadt Wien ernannt. Vor der Eidesabnahme, die Ende Mai 1905 stattfand, sagte der Bürgermeister: „Die Eidesformel enthält zwei Stellen, die in keiner anderen gesetzlich vorgeschriebenen Formel enthalten sind. Die erste ist der Passus vom deutschen Charakter der Stadt Wien. Dieser deutsche Charakter muß unbedingt gewahrt werden, und wir dulden keine Gemischtsprachigkeit. Er ist historisch und er soll gewahrt werden, so lange Wien besteht. Die andere Bestimmung fixiert die Stellung Wiens als Reichshaupt- und Residenzstadt. Wir haben stets dahin gewirkt, daß dieser unser Programmpunkt zum Ausdruck komme: Es gibt noch ein Österreich, das fest mit Wien zusammenhängt."

Als am 1. Oktober 1905 der deutsche Volkstag in Brünn abgehalten wurde, schrieb Dr. Lueger: „Der Klub hat beschlossen,

daß alle Mitglieder unserer Vereinigung für den deutschen Charakter der Stadt Brünn mit aller Entschiedenheit eintreten werden, und daß daher die Errichtung einer tschechischen Universität nicht in Brünn, sondern nur in einem Vororte zuzulassen ist. Wir halten fest an der deutschen Gemeinbürgschaft, die nicht nur in Worten, sondern auch in Taten bewiesen werden muß. Wir werden bei der Wahrung des deutschen Besitzstandes an Ihrer Seite sein."

Bei einer Bürgerbeeidigung am 5. Oktober nahm er Veranlassung darauf zurückzukommen und sagte: „Wir verlangen, daß jeder Bürger diesen Schwur leistet, der dem deutschen Wien gilt. Für den Bürgermeister ist es selbstverständlich, daß er diesen Eid vorlegt. Denn unsere liebe Vaterstadt muß das deutsche Wien bleiben. Und dieser Schwur hat keine Spitze gegen andere Nationalitäten, er ist dazu da, um den Ausbruch nationaler Streitigkeiten zu verhindern. Sie haben gesehen, wohin in Brünn diese Reibereien geführt haben. Ich erkläre nochmals, daß die Bewahrung der Einsprachigkeit in Wien meine hohe Pflicht ist, die ich erfüllen werde."

„Wir haben in Wien", erklärte Dr. Geßmann kürzlich in einer Wählerversammlung, „eine Zuwanderung von 40.000 bis 50.000 Menschen Jahr für Jahr, die zum weitaus größten Teil nichtdeutscher Nationalität sind. Wenn wir da nicht in so vernünftiger, ruhiger und dabei in nationaler Hinsicht ganz klar und zielbewußterweise vorgegangen wären, wäre es auch bei der kolossalen Zuwanderung fremdsprachiger Elemente gar nicht ausgeschlossen gewesen, daß eine sehr unangenehme Bewegung sich geltend gemacht hätte. Was soll das für eine nationale Politik sein, wenn man dem Andersprachigen mit der Faust unter die Nase fährt und ihn zum Widerstand reizt. Dieser Widerstand ist aber nicht zu fürchten, wenn man den fremdsprachigen Elementen in anständiger Weise entgegenkommt und die Assimilierung derselben an die eigene Nation herbeiführt. Es ist auch keine andere Stadt in Österreich wie Wien, die in ihrem Statut die Bestimmung

aufgenommen hat, daß derjenige, der das Bürgerrecht erlangen will, einen Eid ablegen muß, den deutschen Charakter der Stadt zu wahren. Wir waren es, die diese Bestimmung im Statut durchgesetzt haben, nicht die Liberalen, die Vorgänger der Nationalen, die durch 30 Jahre am Ruder waren; sondern unter Doktor Lueger ist es gelungen, selbst nach einem gewissen Widerstand der Regierung. Viel größeren Wert aber lege ich darauf, daß wir die Assimilierung fremdsprachiger Elemente in einem grandiosen Maße vollzogen haben.

Der deutsche Charakter der Stadt Wien wird nicht dadurch berührt, daß eine slowenische Gesellschaft im ‚Hotel Savoy' ein Kränzchen gibt, da müßten ja die Franzosen in Paris außer sich sein und für den nationalen Charakter der Stadt fürchten, wenn sich Deutsche gesellig zusammentun."

Um den deutschen Charakter der Stadt Wien zu wahren, ist auch den wiederholten Versuchen, das Öffentlichkeitsrecht für tschechische Schulen in Wien durchzusetzen, von Seite der Gemeindeverwaltung im Prozeßwege entgegengetreten worden. An allen Bestrebungen, das Deutschtum in kultureller Beziehung zu stärken, nimmt das von den Christlichsozialen administrierte Wien lebhaften Anteil, für alle nationalen Schutzvereine, die keine Kampfvereine mit einseitigen parteipolitischen Interessen sind, werden vom Wiener Gemeinderat in munifizenter Weise Subventionen bewilligt. In demselben Sinne ist auch die christlichsoziale Verwaltung Niederösterreichs tätig. Sie hat wiederholt für den Antrag Kolisko, für das Stammland der Monarchie als ausschließliche Unterrichtssprache das Deutsche gesetzlich festzulegen, gestimmt, sie hat einen Landespreis zum Zwecke der Förderung der heimischen deutschen Literatur gestiftet.

Den anderen Nationen gebührt trotzdem gewiß auch ein natürliches Recht auf die Pflege ihres nationalen Charakters! Kein Österreicher, und sei er ein Tscheche, ein Pole, ein Slowene, ein Italiener, ein Rumäne, soll wegen seiner Nationalität ver-

folgt oder verachtet werden! Es kann sich ja niemand seine Mutter aussuchen!

Die christlichsoziale Partei vertritt eben kein prahlerisches und großsprecherisches Deutschtum wie die Radikalnationalen Schönerer, Stein, Schalk, Malik, Hauck und Genossen.

Der Gewerbefreund.

Die Gewerbetreibenden waren die ersten, die sich Lueger anschlossen, mit ihrer Hilfe sind die Wahlsiege erfochten worden, für sie einzutreten war Luegers Lebensaufgabe. Das mußte ihn in Konflikt bringen mit den Judenliberalen, mit den Sozialdemokraten. Erstere vertreten ausschließlich die Interessen der Juden und des Großkapitals; letztere wollen den Untergang des Gewerbestandes, weil sie nach der Vernichtung aller bürgerlichen Stände die Zeit für den revolutionären Umsturz gekommen halten. „Kennzeichnend für die Gesinnungsfreundlichkeit der Sozialdemokraten gegenüber dem Mittelstand", schreiben die deutschsozialen Blätter in Berlin am 22. Oktober 1904, „ist folgender Ausspruch des Wiener Arbeiterführers in einer Versammlung von voriger Woche: ‚Über die Leiche des niedergetretenen Gewerbestandes muß unser Weg führen!'" (Näheres in einer Schrift: „Eine wahre Volkspartei.") Dementgegen hat die christlichsoziale Partei und ihr Führer im niederösterreichischen Landtag den Genossenschaften hohe Beträge gewidmet, um die kleingewerblichen Existenzen gegen die Konkurrenz der Fabriken verteidigen zu können, Rohstoffhallen subventioniert, die zahlreichen gewerblichen Arbeiten der Kommune und des Landes an einheimische christliche Gewerbsleute vergeben.

„Die Sozialdemokraten", hören wir Lueger sagen, „dürfen nicht glauben, daß der Gewerbestand jemals ganz verschwinden wird und der fabriksmäßige Betrieb an seine Stelle treten könne.

So lange die Menschen nicht in Säcken herumgehen, werden Kleider und Schuhe immer von Kleingewerbetreibenden angemessen und gemacht werden." (2. Juni 1894, Versammlung des christlich-sozialen Vereines in Zöptau.)

Beim Empfange der Festgäste der Wiener Lehrlingsarbeiten-Ausstellung im Rathause: „Alle die Unkenrufe, nach welchen das Gewerbe zum wirtschaftlichen Tode verdammt ist, werden mit der Zeit verstummen. So glaube ich, dürfen wir alle, die wir hier versammelt sind, an der Zukunft des Gewerbes nicht verzweifeln."

Als Advokat verteidigte er unter anderem die Schneider gegen die Übergriffe der Konfektionäre, er war bei allen Gewerbetagen und er vertrat die Schuhmacher in dem bekannten Prozesse Hamburgers gegen die Mödlinger Schuhfabrik des Juden Fränkl.

Abgeordneter Schneider schreibt: „Im Jahre 1881 habe ich Lueger am ersten allgemeinen österreichischen Gewerbetag als Freund des Gewerbestandes kennen gelernt und von jener Zeit her datiert unser gemeinsames Wirken im Interesse der Gewerbereform.

Er war nie Doktrinar, sondern immer nur aufmerksamer Beobachter der Wünsche des Gewerbestandes und ein warmer Verfechter desselben."

In Anerkennung, daß gerade der Gewerbestand dem Bürgermeister und seiner Partei zum endgültigen Siege verholfen, hat er bestimmt, daß die seinen Namen für immerwährende Zeiten tragende Stiftung, zu der hoch und niedrig, arm und reich aus Wien, ganz Österreich und aus dem Auslande beigetragen und die bei 350.000 K beträgt, „im Interesse der Kleingewerbetreibenden und ihrer Arbeiter verwendet werde", und sich vorbehalten, „falls endlich die Alters- und Invaliditätsversorgung der Gewerbetreibenden durchgeführt wird, diesem Zwecke das Kapital zu widmen."

Wiener Bürgerrecht.

Es ist eine historische Tatsache, daß die Wiener Bürgerschaft zu allen Zeiten sich vorwiegend aus dem Gewerbestande rekrutierte und daß der Besitz des Bürgerrechtes der Stadt Wien von den Gewerbetreibenden stets als besondere Ehre und Auszeichnung angesehen wurde. Während der liberalen Ära und infolge der damaligen völligen Gewerbefreiheit wurde das Bürgerrecht in seinem Ansehen allerdings etwas herabgedrückt und hauptsächlich bloß als Anrecht auf eine eventuelle bessere Altersversorgung betrachtet.

Dr. Lueger hat dem Wiener Bürgerrecht durch das neue Gemeindestatut nicht bloß zu neuem Ansehen verholfen, indem für die Verleihung desselben der Nachweis besonderer Qualifikationen seitens der Bewerber vorgeschrieben und mit der Erlangung desselben ein privilegiertes politisches Wahlrecht — sie wählen bei Gemeindewahlen im zweiten Wahlkörper — verbunden wurde, sondern er hat den Bürgern auch ganz bestimmte politische Pflichten auferlegt, deren Erfüllung die angehenden Bürger eidlich zu beschwören haben. Sie haben u. a. zu beschwören, „daß sie den Charakter der Stadt Wien als Reichshaupt- und Residenzstadt Österreichs sowie den deutschen Charakter der Stadt nach Kräften aufrechthalten wollen".

Auf Anregung des Bezirksvorstehers Schwarz wurde die Bürgervereinigung geschaffen, welche sich die Aufgabe stellt, den Gemeinsinn unter den Bürgern der Stadt zu pflegen, den Wohltätigkeitssinn weiter zu entwickeln und auf diese Weise an die Tradition vergangener Zeiten anzuknüpfen. Die konstituierende Versammlung fand im Festsaale des Rathauses am 2. Dezember 1900 statt.

Die Zahl jener Männer, welche dermalen das Bürgerrecht besitzen, ist demgemäß eine recht stattliche. „Diese Männer bilden den Kernstock des Gewerbestandes", schreibt Handelskammerrat

Pabſt, „und ſind ohne Zweifel in der Lage, auf die Haltung desſelben einen maßgebenden Einfluß auszuüben.“ Und weiter:

Einigkeit bei Wahlen!

„Wenn ſie einig bleiben, ihre Kräfte nicht durch kleinliche nationale Reibereien zerſplittern, wenn ſie, dem Programme Dr. Luegers getreu, es ſtrenge vermeiden, den Nationalitätenhader in Wien aufkommen zu laſſen, ſo können ſie den nicht unbedeutenden Einfluß, der ihnen auf die öffentliche Verwaltung eingeräumt iſt, wie nie zuvor, ſich auf die Dauer ſichern.“ Es iſt das aber nicht in dem Sinne zu verſtehen, daß die Gewerbetreibenden nur Berufsgenoſſen mit Mandaten betrauen. Die Berufsangehörigkeit allein iſt noch keine ausreichende Bürgſchaft für die Tätigkeit eines Mandatsträgers, vorab im Abgeordnetenhauſe.

Das neue Wahlrecht macht keine beruflichen Unterſcheidungen mehr; in demſelben Wahlkreiſe wählen die Angehörigen aller Stände mit gleichem Rechte nebeneinander und ſo kann und ſoll auch in den Kandidaturen vor allem die Rückſicht entſcheidend ſein, welcher Bewerber am eheſten das Vertrauen als ehrlicher, tüchtiger und zu geſetzgeberiſcher Arbeit für die Geſamtheit befähigter Mann verdient. Ohne das Talent eines Gracchus hätte die Demokratie im alten Rom keine Siege erfochten, ohne das Talent eines Lueger wäre auch das Volk Wiens zur Ohnmacht verurteilt geweſen. Was man braucht, ſind Intelligenzen, ſind Individualitäten. Den richtigen Männern zum Siege zu verhelfen, kann der Gewerbeſtand namhaft beitragen. Eine Partei, die nicht über Intelligenzen verfügt, iſt für die Dauer nicht haltbar. Daß die Gewerbetreibenden ſo einflußreich wurden, haben ſie ja doch zum großen Teil den Intelligenzen — namentlich einem Dr. Lueger — die ſich an ihre Seite ſtellten, zu verdanken.

„Unſer Wahlrecht iſt ja kein berufsgenoſſenſchaftliches, ſondern das gleiche; alle Stände wählen in einem Wahlbezirk ge-

meinsam einen Abgeordneten und der Gewählte ist der Vertreter nicht nur eines einzelnen Berufes, einer bestimmten Klasse oder Kaste, sondern aller Stände seines Wahlkreises. Es kommt daher weniger darauf an, wessen Standes der Gewählte ist, als zu welcher Partei er gehört, d. h. nach welchen Grundsätzen er im Parlamente vorgehen wird.

Jeder überzeugte Anhänger der christlichsozialen Partei, d. h. jeder Wähler, der von der Richtigkeit und Gerechtigkeit des christlichsozialen Programmes überzeugt ist, wird daher bei der Lösung der Kandidatenfrage nicht in erster Linie verlangen: der Kandidat muß ein Gewerbetreibender sein, muß ein Arbeiter sein, muß ein Beamter sein, oder muß ein Professor sein — er wird vor allem fordern, daß der Kandidat ein guter, verläßlicher, tüchtiger Christlichsozialer ist. Ein guter Christlichsozialer ist auch ein guter Gewerbefreund, ein Freund aller geistigen und manuellen Arbeiter.... Es ist Sache der Parteileitung, darauf hinzuwirken, daß nicht lauter Advokaten, lauter Adelige, lauter Geistliche, lauter Gewerbetreibende aufgestellt werden, sondern ein gewisses Verhältnis hergestellt wird." („Reichspost", Nr. 29, 1907.)

Der Verein Mittelstand und seine Anhänger scheinen auf das vergessen zu haben, was seinerzeit Handelskammerrat Pabst schrieb. Es darf die Einigkeit unter den Gewerbetreibenden nicht gestört werden durch Nationalitätenhader, aber auch nicht dadurch, daß ein Teil Sonderwege geht. Jede Zerklüftung treibt Wasser auf die Mühlen derjenigen, die durch das Karpeles-Projekt den Kleingewerbestand und kleinen Handelsmann zugrunderichten wollen.

Nach den Landtagswahlen des Jahres 1902, die mit einer schmählichen Niederlage der Sozialdemokraten in Wien endeten, schrieb der „Holzarbeiter", dessen Eigentümer der Sekretär der sozialdemokratischen Parteivertretung, Genosse Skaret, ist:

„Die Lebensmittelwucherer müssen durch den schleichenden Boykott terrorisiert werden. Die Bäcker, Greisler, Fleisch-

hauer, Milchverschleißer und Wirte, wenn sie im Verdachte stehen, der Räuberbande Dienste zu leisten, müssen ihre Arbeiterkundschaft verlieren. Wir müssen en masse den Konsumvereinen beitreten. Der wirtschaftliche Schrecken muß dem bornierten Spießer in die Glieder fahren, anders wird der dumme Kerl von Wien von seiner Luegerei nicht zu kurieren sein."

„Die christlichsoziale Partei hat den Ursprung ihrer Macht niemals vergessen, sondern war, wo sie dazu die Gelegenheit und den nötigen Einfluß besaß, das heißt in erster Linie in der Wiener Gemeindeverwaltung und im niederösterreichischen Landtage, immer bemüht, für die Gewerbetreibenden zu tun, was nur irgend in ihrer Macht stand. Sie hat durch die Reform des Lieferungswesens für die Gemeinde Wien und das Stammland der Monarchie, Niederösterreich, Tausenden von Gewerbetreibenden durch Vermittlung der Genossenschaften lohnenden Verdienst verschafft und denselben ihren Existenzkampf wesentlich erleichtert. Sie hat ferner im niederösterreichischen Landtage eine Gewerbeförderungsaktion eingeleitet, die namhafte, mehrere Millionen umfassende Mittel erforderte, und war auch sonst in diesen beiden Körperschaften bestrebt, die Forderungen der Gewerbetreibenden, soweit sie die Kompetenz dieser Korporationen berühren, zum Durchbruche zu bringen. Wir erinnern diesbezüglich daran, daß der Wiener Gemeinderat wiederholt Beschlüsse faßte, die ein Verbot des Hausierhandels innerhalb Wiens bezweckten. Wenn diese Beschlüsse ohne praktische Konsequenzen blieben, lag das sicher nicht an der Partei, sondern daran, daß die Regierung unter dem Einflusse der Liberalen und Sozialdemokraten die Durchführung dieser Beschlüsse mit verbissener Hartnäckigkeit verweigerte. Diesbezüglich wenden sich die Gewerbetreibenden also an eine falsche Adresse, wenn sie den Christlichsozialen Vorwürfe machen. Sie haben die Nichterfüllung ihrer Wünsche vielmehr

dem Umstande zuzuschreiben, daß die Liberalen im Parlamente noch immer stark genug und die Sozialdemokraten in demselben und durch ihre Beziehungen zu einflußreichen hohen Beamten bereits stark genug waren, um die Berücksichtigung der von den offiziellen Vertretungen der Gewerbetreibenden angestrebten und von der christlichsozialen Partei nach Kräften unterstützten Forderungen zu hintertreiben.

Nur diesem Umstande ist es auch zuzuschreiben, daß im Parlamente bei der Reform des Gewerbegesetzes die Wünsche der Gewerbetreibenden nicht voll erfüllt wurden. Die christlichsoziale Partei hat alle ihre Vertreter im Abgeordnetenhause auf die Forderungen der Gewerbetreibenden verpflichtet, und es gibt nicht einen einzigen christlichsozialen Reichsratsabgeordneten, ob er nun selbst Gewerbetreibender war, oder einem anderen Stande, beispielsweise dem Lehrer- oder Beamtenstande, angehörte, der diesen Forderungen auch nur bei einem einzigen Anlasse entgegengetreten wäre. Das hat sich in der überzeugendsten Weise bei allen Abstimmungen hinsichtlich der Gesetze betreffend die Gewerbereform, der Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes und des Hausierhandels ꝛc. erwiesen. Wohl aber stimmten Sozialdemokraten und Liberale, die sich jetzt so eifrig um die Stimmen der Gewerbetreibenden bemühen, aus Prinzip gegen alle diese Forderungen und die von den betreffenden Ausschüssen beschlossenen Abänderungsanträge zu den Regierungsvorlagen, die leider den Wünschen des Gewerbestandes nur in sehr unvollkommenem Grade entgegenkamen. Als das Abgeordnetenhaus trotz des Widerstrebens der Regierung dem Standpunkte der Gewerbetreibenden Rechnung trug, waren es die liberalen Mitglieder des Herrenhauses, die eine Abschwächung aller dieser Gesetze im Sinne der Forderungen des Großkapitals und der Sozialdemokratie durchsetzten, und es gibt wohl kaum einen Gewerbetreibenden, der sich nicht voll Erbitterung an den verderblichen Einfluß er-

innert, den u. a. die Herren v. Lobmeier und Exner, zwei Säulen der judenliberalen Partei im Herrenhause, zu Ungunsten der Gewerbetreibenden ausübten. Auch in dieser Hinsicht sind also alle Vorwürfe, die die Gewerbetreibenden zu erheben berechtigt sind, an die Adresse der Regierung und der Liberalen und Sozialdemokraten zu richten.

Als dann in den letzten Wochen der Tätigkeit des letzten Parlamentes das Abgeordnetenhaus definitiv zu den Beschlüssen des Herrenhauses Stellung zu nehmen hatte, handelte es sich um die Frage, ob man die Konzessionen des von der Regierung mit dem Herrenhause einerseits und mit dem permanenten Gewerbeausschuß anderseits vereinbarten Kompromisses für wertvoll genug hielt, um sie anzunehmen oder durch eine Ablehnung derselben selbst diese Verbesserungen aufzugeben. In dieser Zwangslage entschloß sich die christlichsoziale Partei ihrer Mehrzahl nach, dem Kompromisse zuzustimmen, in der festen Absicht, im neuen, auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählten Abgeordnetenhause diese Gesetze im Sinne der vollständigen Erfüllung der Forderungen der Gewerbetreibenden zu reformieren.

Das ist in Kürze der wahre Sachverhalt, wegen dessen die Partei nun so gehässig angegriffen wird. Die christlichsoziale Partei für die Nichterfüllung der Forderungen der Gewerbetreibenden verantwortlich zu machen, ist unter solchen Umständen krassester Wahnsinn. Sie zählte unter den 427 Mitgliedern des letzten Parlamentes nur 25 Abgeordnete, hatte also selbst unter den deutschen Parteien noch lange nicht die Mehrheit, geschweige denn unter der Gesamtzahl der Abgeordneten. Angesichts dieser Sachlage wäre es doch eine geradezu selbstmörderische Politik, wenn die Gewerbetreibenden nun gegen die Christlichsozialen Front machen und direkt oder indirekt ihre Gegner, die sogenannten Freisinnigen und die Sozialdemokraten,

unterstützen wollten. Die einzig richtige Politik, die die Gewerbetreibenden machen können, besteht vielmehr darin, mit dem Aufgebot aller Kraft die Sozialdemokraten und Judenliberalen, ihre alten Todfeinde, zu bekämpfen und sie möglichst zu schwächen und die Christlichsozialen, ihre besten und bewährtesten Freunde, mit aller Energie zu unterstützen, damit die liberale Partei zur Ohnmacht verdammt und die christlichsoziale Partei in solcher Stärke in das neue Parlament einzieht, daß sie der Regierung ihren Willen auch hinsichtlich der Forderungen der Gewerbetreibenden diktieren und sie solcherart zum Aufgeben ihres Widerstandes gegen dieselben zwingen kann. Von den Christlichsozialen sich abwenden und die gewerbefeindlichen Liberalen und Sozialdemokraten fördern aber heißt, nach dem Grundsatze handeln: ‚Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber.'" („Der Reichsratswähler", Nr. 14.)

Wenn es gelingt, die christlichsoziale Partei zu der stärksten deutschen Partei und damit zur führenden Partei im Reichsrate zu machen, so ist die sichere Gewähr dafür geboten, daß dieselbe Reformarbeit, die die christlichsoziale Partei für Wien und Niederösterreich durchführte, ihre Fortsetzung im Reiche findet und daß damit für unsere Monarchie eine neue Ära der gesunden wirtschaftlichen und politischen Entwicklung beginnt, die die wohltätigsten Folgen für alle Schichten der Bevölkerung nach sich ziehen wird.

Arbeiterfreund.

Ein Reichsdeutscher führt seinen Landsleuten Wien als lehrreiches Beispiel vor und schreibt: „Die christlichsoziale Partei vereinigt in ihren Reihen alle Stände." Sie repräsentiert das Volk. „Wir sind keine Partei", pflegte öfter Freiherr v. Vogelsang zu sagen, „in unserem Lager ist das christliche

Volk.“ Das ist auch die Anschauung Dr. Luegers. Daher sein Bestreben, das ganze christliche Volk zu organisieren und niemand abzustoßen, der christlich und österreichisch denkt. Ein Teil des Volkes ist auch der sogenannte Arbeiterstand. Zu wiederholten Malen betonte Vogelsang: „Der fälschlich sogenannte ‚Arbeiterstand‘ ist in Wirklichkeit gar kein Stand, sondern ein proletarischer Niederschlag aus der Zersetzung aller Stände.“ Er meint, es sei Aufgabe einer reformierenden Partei, „ihn wieder sozial aufzusaugen, den Arbeiter wieder harmonisch in den wiederherzustellenden Gesellschaftskörper einzufügen, wie er es früher war, und mit dem Rechte der aufsteigenden Bewegung im Berufsstande auszustatten“.

„Die Arbeiterklasse muß wieder als ein integrierender Bestandteil mit dem besitzenden Gewerbestand verbunden werden. Die Wiederaufsaugung der Arbeiter durch eine korporativ organisierte Großindustrie kann ohne Schwierigkeit geschehen ..... Vor allem muß die Existenzsicherheit des Arbeiters postuliert werden. Die Arbeiterschaft eines Volkes darf keine Zigeunerbande werden.“ Konsequenterweise kann er daher „in allen Kranken-, Invaliditäts-, Unfalls- und Altersversicherungsinstitutionen, welche die Arbeiter als einen *besonderen* Stand behandeln, nichts anderes als mehr oder minder nützliche Einrichtungen für den *gegenwärtigen Notstand* erkennen“.

Demgemäß sagte Gemeinderat *Kunschak* auf dem Reichsparteitage: „Ein überaus wichtiges Kapitel der Arbeiterfrage ist die *Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität*, sowie *Vorsorge* für *Witwen* und *Waisen*. Man möge endlich darangehen, die Seele des Arbeiters zu *befreien von dem lähmenden Gedanken an den Bettelstab* und *die öffentliche Mildtätigkeit*: das halte ich für Gewissenspflicht.“

Der Schüler Vogelsangs, Dr. Lueger, hat Anschauungen wie sein Meister. „Es gibt, so sagte er, keine Arbeiterklasse, jeder, der

arbeitet, ist Arbeiter: deshalb ist die soziale Frage nicht vom Standpunkte der manuellen Fabriksarbeiter zu lösen, denn die gesamten arbeitenden Stände gehören zusammen, und gerechten Lohn müssen alle bekommen, die ihr Brot sich durch Arbeit verdienen. Denn selbst die Beamten in Uniform gebrauchen oft den Hosenriemen, um den Hunger zum Schweigen zu bringen. Die Interessen aller arbeitenden Volksstände sind identisch; geht's dem einen gut, so haben auch die anderen zu essen. Vor allem die Gewerbetreibenden sollten nicht Gegenstand des Angriffes seitens der Arbeiter werden, und schließlich sollten die Sozialdemokraten doch einsehen, daß im Kampfe gegen das Kapital sie an unserer Seite stehen müssen." (16. April 1894, Christlichsozialer Verein, Versammlung im XIV. Bezirk.)

Es war Sommer des Jahres 1892. Ein sozialdemokratischer Parteitag im „Hotel Union" sprach dem Dr. Adler die Herrschaftsrechte in der Partei zu. Da machten sich die ersten ernsthaften Regungen des christlichsozialen Gedankens innerhalb der Arbeiterschaft bemerkbar. Ein kleines, unscheinbares Häuflein mit dem jugendlichen Kunschak an der Spitze stemmte sich gegen die zur Judendomäne gewordene Sozialdemokratie auf. Und als die Revolte im Gange war, als die christlichen Arbeiter in den Werkstätten schier zu Tode gehetzt und aus denselben vertrieben wurden, als man sie in ihren Versammlungen mit Fäusten, mit Bierkrügeln und Schotter — ja selbst Ziegelsteinen für die allein seligmachende Sozialdemokratie zurückgewinnen wollte, da war es Dr. Lueger, der sich unerschrocken, helfend und ratend an die Seite stellte.

„Von dieser Zeit an", schreibt Gemeinderat Kunschak, „datiert die Freundschaft, die tausende Arbeiter mit Dr. Lueger verbindet, eine Freundschaft, die, weil sie in Not und Bedrängnis geschmiedet wurde, fest und unzerreißbar ist.

Seit dieser mehr als 14jährigen Freundschaft hat Dr. Lueger zahlreiche Beweise seiner arbeiterfreundlichen Gesinnung abgelegt. Es darf ruhig ausgesprochen werden: Was Dr. Lueger für die

Arbeiter in politiſcher und wirtſchaftlicher Beziehung geleiſtet, hat ſeinesgleichen an keinem öſterreichiſchen Politiker neben ihm gefunden."

„Wir haben", ſo konnte er mit Recht ſagen, „unſere Liebe zu den Arbeitern nicht bloß im Munde geführt, ſondern auch bei den eigenen Unternehmungen der Gemeinde Wien werktätig bewieſen."

Als noch kein ſozialdemokratiſcher Abgeordneter die Bänke des „Hohen Hauſes" drückte und die Ausſicht, daß dies jemals der Fall ſein werde, in weiter Ferne lag, da war es Dr. Lueger, der inmitten der kapitaliſtendieneriſchen „Volks"-Vertretung der Arbeiterſache das Wort redete. Der nunmehr glücklich bis zum ſozialdemokratiſchen Führer ausgemauſerte ehemalige deutſchnationale Demokrat Pernerſtorfer war damals faſt ſtets an der Seite Dr. Luegers zu finden, und er müßte, wenn Ehrlichkeit in der ſozialdemokratiſchen Partei geduldet würde, ſelbſt als Sozialdemokrat dem Dr. Lueger das beſte Zeugnis ausſtellen.

Er müßte zugeſtehen, daß Dr. Lueger im Parlamente zu jeder Zeit für die Erweiterung und freiheitliche Ausgeſtaltung der politiſchen Rechte wie für die Erleichterung und Sicherung der wirtſchaftlichen Exiſtenz der Arbeiter eintrat, er müßte zugeſtehen, daß gerade das von den Sozialdemokraten ſo gerne als ihre Erfindung ausgegebene allgemeine Wahlrecht an Dr. Lueger einen eifrigen Vertreter hatte.

Bei der großen Maſſenkundgebung zur Wahlreform, zu der Ende November 1905 faſt ein halbes Hunterttauſend Wähler beim Rathauſe verſammelt war, nahm Bürgermeiſter Dr. Lueger zu folgenden Ausführungen das Wort: „Ich kann heute hier mit einem Gefühle berechtigten Stolzes ſagen, daß dieſe Verſammlung, die ſich in ihrer Größe bis hinüber zum Hofburgtheater ausdehnt, eine Verſammlung wahrhaft freier Männer iſt. Es iſt niemand gezwungen worden, an dieſer Demonſtration teilzunehmen, niemand iſt an ſeinem Eigentum bedroht worden. Die chriſtlich-

soziale Partei hat seit jeher an dem Grundsatze festgehalten, daß alle Staatsbürger berechtigt seien, an den Entscheidungen über das Wohl und Wehe des Vaterlandes teilzunehmen. Sie können das nur in indirekter Weise, nur durch die Wahlen, und diese Wahlen müssen daher jedermann ermöglicht werden. In früheren Jahren waren nur die sogenannten Zwanziggulden-Männer wahlberechtigt. Die erste Etappe in der Verbesserung dieses Wahlrechtes, nämlich das Wahlrecht der Zehngulden-Männer, wurde nicht auf Betreiben der liberalen Partei, der Mutter der heutigen Sozialdemokratie, erreicht, sondern die sogenannten Reaktionäre und Konservativen waren es, die das durchsetzten. Wir haben dann unermüdlich an der Erweiterung des Wahlrechtes gearbeitet, bis die zweite Etappe, das Wahlrecht der Fünfgulden-Männer, erreicht wurde. Auch diese Etappe ist nicht durch die Mutter der jüdischen Sozialdemokratie gewonnen worden. Wir haben uns für die direkten Wahlen in den Landgemeinden eingesetzt und so nebenbei gesagt, der Mann, der jetzt vor Ihnen steht, war es, der den Lehrern das passive Wahlrecht in den Wiener Gemeinderat verschafft hat. Wir haben es schließlich dahin gebracht, daß auch der vierte Wahlkörper an den Gemeinderat angegliedert wurde, und wenn heute die Genossen Neumann, Schuhmeier und Schlinger im Wiener Gemeinderate sprechen können, so haben sie dies nicht der Mutter Liberalismus und nicht der Tochter Sozialdemokratie zu verdanken, sondern den ‚verruchten Christlichsozialen' einzig und allein. Dieser bedeutende Fortschritt in der Gemeinde-Wahlrechtsfrage ist erkämpft worden durch ein zielbewußtes Streben unserer Partei, dem Volke die gebührende Vertretung zu verschaffen.

Vor mehr als zwanzig Jahren", schloß Bürgermeister Dr. Lueger seine Ausführungen, „habe ich die Forderung nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht erhoben, und ich bin bis heute treu geblieben diesem Programm, weil ich mir immer gesagt habe, wenn es eine Rettung in Österreich-Ungarn gibt, so ist sie nur durch das allgemeine Wahlrecht denkbar."

Ihm verdankte der Arbeiter das Wahlrecht in der fünften Kurie. Die Erweiterung des Wahlrechtes in die Wiener Gemeindevertretung, die bisher von keiner zweiten Stadt Österreichs auch nur annäherungsweise erreicht wurde, ist sein Verdienst. Daß nicht mehr erreicht wurde, ist nicht seine Schuld.

In der Gemeinderatssitzung vom 28. März 1900 brachte der Bürgermeister die Sanktion des neuen Gemeindestatutes zur Kenntnis und betonte besonders zwei außerordentlich wichtige Punkte: „die Wahrung des deutschen Charakters von Wien" und „die Einführung des gleichen, allgemeinen und direkten Wahlrechtes für die Wiener Gemeindevertretung". „Ich bin stolz darauf, daß Wien die erste Stadt ist, in welcher dieser Grundsatz zum Durchbruche gelangt. Wenn dabei auf der Forderung der Seßhaftigkeit beharrt wurde, so liegt der Grund darin, daß wir von der richtigen Voraussetzung ausgegangen sind, daß nur derjenige ein wirkliches und dauerndes Interesse an der Verwaltung der Stadt nimmt, welcher als ein wirklich dauernder Bewohner unserer Stadt angesehen werden kann."

Dr. Luegers Eintreten für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter verdient gleichsfalls rückhaltslose Anerkennung. Als im Jahre 1889 zu den Osterfeiertagen die Wiener Tramwaybediensteten — die weißen Sklaven nannte man sie damals — von den Sozialdemokraten in einen unglücklichen Streik geführt und dann schmachvoll im Stiche gelassen worden waren, da nahm sich Dr. Lueger dieser Leute an, und er hätte sicherlich Erfolge erzielt, wenn nicht sozialdemokratischer Verrat seine Pläne zunichte gemacht hätte. Gelegentlich der Erbauung der großen Wiener Verkehrsanlagen war es Dr. Lueger, der mit zäher Ausdauer den Schutz der heimischen Arbeiter forderte. Leider waren seine Bemühungen vergeblich. Die italienischen Arbeiter verdienten Geld und die heimischen mußten arbeitslos und hungernd herumlungern. Und wieder waren es die Sozialdemokraten, die ihm in dieser hochernsten Frage in den Rücken fielen und Schulter an

Schulter mit den liberalen Kapitalistenvertretern marschierten. Dr. Adler war es, der damals seinen Hohn und Spott über Dr. Lueger ausgoß und ihn lächerlich zu machen suchte, indem er behauptete, Dr. Lueger wolle Wien und Österreich mit einer chinesischen Mauer abschließen. Wenige Jahre danach erhoben die sozialdemokratischen Bauarbeiter die gleiche Forderung und bewiesen damit, daß Dr. Luegers Sozialpolitik denn doch dauernderen und realeren Wert besitzt als das sozialpolitische Gesalbader der Herren Genossen.

War es Dr. Lueger im Reichsrate nicht gegönnt, ansehnliche positive Erfolge zugunsten der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft zu erzielen, als Bürgermeister der Stadt Wien hat er für die eigenen Bediensteten sowohl wie für die Gesamtheit der Arbeiter getan, was möglich ist.

Die Lage der städtischen Feuerwehr wurde ausgiebig verbessert; die städtischen Straßenarbeiter erhielten eine zehnprozentige Lohnzulage und neuerdings wieder eine Aufbesserung; die Krankenversicherung, die bis dahin fehlte, wurde derart geregelt, daß die städtischen Bediensteten im Falle der Erkrankung ihren vollen Lohn fortbeziehen; dem größten Teil der städtischen Bediensteten wurde das Pensionsrecht zugesprochen, ohne daß dafür Abzüge vom Lohne stattfinden; den städtischen Amtsdienern wurde eine Besserstellung durch die gänzliche Aufhebung der niedersten Gehaltsklasse gewährt; die städtischen Straßenbahnbediensteten erhielten eine Aufbesserung im Gesamtausmaße von mehr als 1 Million Kronen, von den zahlreichen kleineren Begünstigungen, die den städtischen Bediensteten gewährt wurden, gar nicht zu reden.

Für die Gesamtheit der Arbeiterschaft fanden gleichfalls große Aufwendungen statt. Mit großen Kosten wurden eine unentgeltliche Arbeitsvermittlung und eine unentgeltliche Dienstbotenvermittlung errichtet. Nahezu 1 Million wurde für die Errichtung von Volksbädern verausgabt, mehrere Millionen für Parkanlagen — die gerade der armen und arbeitenden Bevölkerung zugute

kommen — gewidmet, um 2 Millionen ein neues Kinderspital gebaut, auf der Straßenbahn wurde der billige Morgentarif geschaffen, damit der Arbeiter leichter zur Arbeit zu gelangen vermag. „Die elektrische Bahn fährt nicht für die privilegierten Klassen allein, jeder kann sie benützen, und gerade die Einrichtung, daß jeder bis ½8 Uhr früh um 10 Heller fahren kann, wohin er will, ist für jene geschaffen, die in schwerer Arbeit ihr Brot verdienen. Alle Institutionen sollen beinahe ausschließlich den Arbeitern im engeren Sinne dienen." (Lueger bei der Wiener Bürgervereinigung, 27. November 1904.)

Außerdem wurde eine Reihe wohltätiger Einrichtungen für die Arbeiter mit ausgiebigen Subventionen bedacht, so u. a. die Kinderschutzstationen, die sich als ein wahrer Segen für die armen Arbeiterkinder erwiesen haben und auch von Sozialdemokraten sehr stark in Anspruch genommen werden. Dem allem ließe sich noch so manches anfügen, vor dessen Wahrheit die Sozialdemokraten bei einigem Schamgefühl in den Boden versinken müßten.

„Daß noch vieles zu tun übrig bleibt, ist bei dem Augiasstall, den die liberalkapitalistische Herrschaft geschaffen, nicht zu verwundern." (Nach der „Christlichsozialen Arbeiterzeitung".) Zu verwundern, und mehr als das, ist aber, daß das Organ der österreichischen Sozialdemokratie am 23. Oktober 1904 zu schreiben sich erfrechte: „Nur eine Empfindung war immer in Lueger und hat ihn nie verlassen: der Widerwille gegen die Arbeiter, die gehässige Abneigung gegen alles, was mit den Befreiungsversuchen des Proletariats zusammenhängt. So ist es nicht Zufall, vielmehr Ausdruck von Luegers Leben: daß sein politisches Wirken abschließt mit dem glühenden Hasse gegen die Partei der Arbeiter, mit einer geradezu besinnungslosen Wut gegen alles, was von der Partei der Arbeiter ausgeht. Verklungen ist das Lied vom Demokraten, verklungen das vom Volksmann: übrig bleibt nur der Hasser der Arbeiter: der Mann, der als höchsten seiner Ruhmestitel preist, die Sozialdemokraten am

wütigsten von allen Scharfmacherhelden Europas zu bekämpfen." Der Widersinn, bei dem die vaterlandslose, christentumsfeindliche, verjudete Sozialdemokratie mit der Arbeiterschaft identifiziert wird, ist eine bei der „Arbeiter-Zeitung" beliebte Fälschung.

Eines ist richtig: Dr. Lueger ist ein unversöhnlicher Gegner der Sozialdemokratie, weil er von deren Volksfeindlichkeit und innerer Verlogenheit überzeugt ist. Wenn Dr. Lueger auch ein Feind der Sozialdemokraten geworden ist, so entspricht das nur den Erfahrungen, die ihm die Führer in nahezu 17jährigem Anschauungsunterricht geboten haben. Es hat eine Zeit gegeben, wo Dr. Lueger seine glänzende Beredsamkeit und advokatorischen Kenntnisse zur Verteidigung von Sozialisten aufbot, weil er diese für fanatische Schwärmer zwar, nicht aber für schlechte Leute hielt. Die Sozialisten selbst haben ihm diesen Glauben durch ihre gemeine und bübische Kampfesweise gründlich ausgetrieben.

Und so ist Dr. Lueger aus einem Gegner der Sozialdemokratie zu einem erbitterten Feinde der Sozialdemokraten geworden. Doch ebensowenig wie die sozialdemokratische Partei ein Recht hat, im Namen der gesamten Arbeiterschaft zu sprechen, genau so wenig ist Dr. Lueger ein Feind der Arbeiterschaft.

„Ein eigentlicher Arbeitervertreter", schreibt Kunschak, „war Dr. Lueger nie, und doch stand er mit seinem Herzen und seiner Tatkraft den Arbeitern viel näher als die neuzeitigen Schutzheiligen der Arbeiter, ein Dr. Adler, Dr. Ingwer, Dr. Ellenbogen, Dr. Schacherl usw. Dr. Lueger hat auch nie auf den Titel Arbeiterführer Anspruch erhoben, aber dennoch stand er stets im vordersten Treffen, wenn es galt, die Arbeiterinteressen zu vertreten, und das schon zu einer Zeit, wo noch so manchem der sozialdemokratischen Schimpfbolde von heute die Ohrenfeuchte anhaftete. So fand er für die ehrlichen Arbeiter und gegen jene, die jedem Arbeiter, der sich ihnen nicht anschließt, die Türen der Werkstätte schließen und zu Tode hetzen, folgende kräftige Worte: ‚Ein Schuft ist jener, welcher einen christlichsozialen Arbeiter aus

der Fabrik hinaustreibt, welcher einen Fabrikanten zwingt, einen chriſtlichſozialen Arbeiter deswegen zu entlaſſen, weil er nicht zur ſozialdemokratiſchen Organiſation gehört. Erbärmliche Schufte ſind jene, welche einem armen Arbeiter die Mordwaffe in die Hand drücken, damit er ſich freiwillig von den Leiden ſeiner Erpreſſer befreie.'" (9. Juni 1903, Sitzung des Wiener Gemeinderates.)

Schrieb doch das Organ der ſozialdemokratiſchen Maurer, der „Grundſtein", in der Nr. 34, Jahrgang 1904:

„Setzt dieſer Sippſchaft (den chriſtlichen Arbeitern) das Knie auf die Bruſt und die Fauſt auf das Auge."

Lueger bei den Sozialdemokraten.

Luegers Gegner ſind allmählich zahm geworden, die vorlaute all- und oſtdeutſche Fraktion iſt zur Beſcheidenheit gezwungen worden, ſoweit es bei dieſer Partei überhaupt möglich iſt. Nur eine Partei, die ſich gleichfalls als Volkspartei gibt, haßt ihn tödlich, es iſt die ſozialdemokratiſche. Aus dem Haſſe, mit dem ihn die am weiteſten fortgeſchrittene antichriſtliche Partei, die verjudete Sozialdemokratie, verfolgt, kann man übrigens am beſten die Bedeutung Luegers für die chriſtliche Richtung ermeſſen.

Anfangs Juli 1892 fanden in dem mit der Geſchichte der chriſtlichſozialen Bewegung innig verknüpften Saale „zum goldenen Luchſen" in Neulerchenfeld zwei Arbeiterverſammlungen ſtatt, an denen auch Dr. Lueger teilnahm. Beide Verſammlungen wurden von den Sozialdemokraten geſprengt, doch hatten ſie ihren Zweck in glänzendſter Weiſe erreicht. Die Fauſtſchläge, das Stein- und Bierkrügelbombardement der „Genoſſen" ſchuf der chriſtlichen Arbeiterſchaft neuen Zuzug und Freunde. Darob ſchier um die Beſinnung gebracht, berief die ſozialdemokratiſche Parteileitung für den 19. Juli eine große Volksverſammlung in das Etabliſſe-

ment Mandl in Hernals ein. Die Tagesordnung lautete: „Christlichsozial oder sozialdemokratisch?" Es war in den Berichten über sozialdemokratische Versammlungen eine stehende Rubrik geworden, daß man Dr. Lueger mittels rekommandierten Schreibens eingeladen habe, diesem es aber an Mut gebräche, in eine „wahre Volksversammlung" zu gehen. Die Einladungen zu dieser Versammlung verkündeten nun bombastisch, daß Dr. Lueger zur Versammlung geladen wurde, um seine Partei zu verteidigen.

Der unausgesetzten Anbohrungen müde, begab sich Doktor Lueger, begleitet von den Gemeinderäten Dr. Geßmann, Stehlik u. a. in diese Versammlung, bereit, dort mit der scharfen Klinge seiner Rede für seine Überzeugung einzutreten.

Um 4 Uhr nachmittags rückten bereits die ersten sozialdemokratischen Truppen an; es waren meist Arbeitslose, viele unter ihnen auch Arbeitsscheue. Um 6 Uhr kam der Hauptaufmarsch, um 7 Uhr war der Saal von einer mehrere Tausend zählenden Menge zum Erdrücken gefüllt. Im Saale selbst befanden sich kaum hundert Christlichsoziale, denn diese erschienen leider erst um 7 Uhr und mußten, da der Saal bereits vollständig überfüllt war, im Garten, im Vorhause und auf der Straße Posto fassen. Lueger wurde bei seinem Erscheinen im Hausflur und Hofe von den dort massenhaft lauernden Genossen mit ohrenbetäubendem „Pfui"-Geheul empfangen.

Stille herrschte in dem Lärm, als Dr. Lueger und seine Kollegen sich durch den Menschenknäuel im Saale einen Weg bahnten.

Auf dem Rednerpulte stand gerade ein Bildhauergehilfe namens Leißner, der in der schon damals beliebten Methode an den Gegnern kein gutes Haar ließ. Zuerst beschimpfte er den Doktor Geßmann und traktierte ihn mit auserlesenen Titulationen, dann kam Dr. Lueger an die Reihe.

Wiederholt trat Lueger vor und forderte eine sachliche Auseinandersetzung, vergeblich. Dr. Lueger hörte einige Zeit noch

ruhig die persönlichen Beschimpfungen an, als aber der Redner nicht aufhörte zu schmähen und allen sachlichen Argumenten auswich, da verlor Lueger die Geduld. Plötzlich erhob er sich und rief mit lauter Stimme: „Da Sie auf eine sachliche Auseinandersetzung absolut nicht eingehen, ich aber nicht willens bin, mich noch länger persönlich beschimpfen und beflegeln zu lassen, verlasse ich die Versammlung.“ Bevor sich die Sozialdemokraten von ihrer Verblüffung erholt hatten, ging Lueger, nachdem die Menge ihm und seinen Kollegen unwillkürlich eine Gasse gebildet hatte, mit den Worten: „Hier ist nicht gut sein“ dem Ausgange zu.

Was nun folgte, läßt sich schwer beschreiben. Die Versammlung verfiel in Raserei. Ein Schwall von Flüchen und Verwünschungen brach los, Stöcke und Bierkrügel wurden geschwungen. Tische und Stühle wurden umgeworfen, etliche sozialdemokratische Weiber pfauchten und spuckten wie besessen, man glaubte schier, die Hölle mit allen ihren bösen Geistern sei los.

Und Dr. Lueger?

„Heute noch ist mir“, schreibt Kunschak, ein Teilnehmer der Versammlung, und übereinstimmend mit ihm Bezirksrat Reischl, ein anderer Teilnehmer, „der Anblick unvergeßlich, und er wird mir's bleiben bis ans Ende. Hocherhobenen Hauptes, mit keiner Wimper zuckend, so schritt Dr. Lueger furchtlos und fest durch die tobende Menge.“

Sich umkehrend, rief er beim Ausgang den Massen wie zum Abschied noch zu: ‚Hoch Jesus Christus!‘ Und als ihm die Sozi höhnisch ‚Gelobt sei Jesus Christus‘ zuriefen, antwortete er unerschrocken: ‚In Ewigkeit.‘“

In der Gemeinderatssitzung vom 27. Juni 1905 nahm Dr. Lueger Gelegenheit, von dieser Versammlung zu sprechen. Er sagte: „Zum Mandl hat man mich eingeladen und mir das Ehrenwort gegeben, daß eine ruhige Diskussion stattfinden wird. Ich bin hingegangen, vertrauend auf das Ehrenwort von Männern, aber ich bin schändlich betrogen worden und mußte

froh sein, daß ich mit heiler Haut aus dem Lokale herausgekommen bin. Wenn man gesehen hat, wie diese Leute auf mich gestürzt, mit Fäusten geschlagen, gespuckt, gestoßen haben, wie diese Tausende mit wütenden Gesichtern gestanden sind, dann kann man von mir nicht verlangen, daß ich die geehrten Herren für so außerordentlich ehrenwerte Männer halte. Der sein Ehrenwort bricht, ist in meinen Augen ein Lump! Wenn ich ein Ehrenwort gebe, dann halte ich es auch."

Anders als die Sozialdemokraten wahrten die Christlichsozialen die Gast- und Redefreiheit. In einem Orte, in dem sich viele Fabriken und viele Sozialdemokraten befinden, hielt der christlichsoziale Verein eine Versammlung ab. Zahlreiche Sozialdemokraten hatten sich eingefunden, wie es hieß, in der Absicht, dieselbe zu sprengen. Sogleich bei Beginn der Versammlung meldete sich ein Genosse zum Worte; Dr. Pfenner erteilte ihm dasselbe sofort und ersuchte die Christlichsozialen, ihn nicht zu unterbrechen. Der Redner sprach ungefähr eine Stunde, aber sehr wenig über die Lösung der sozialen Frage, sondern über die Rückständigkeit und den finsteren Klerikalismus der Christlichsozialen und über die Verblödung des Volkes durch den Katholizismus. Der Regierungsvertreter wollte, der Vorsitzende möge den Redner unterbrechen, dieser aber bat, ihn ausreden zu lassen. Unter einem Riesenbeifallssturm der Genossen endete er mit den Worten: „Wir halten Christus für keinen Gott, an einen Gott, der sich kreuzigen läßt, können wir nicht glauben; für uns ist Christus, der Zimmermannssohn, ein Sozialdemokrat, aber kein Gott; die heutige Religion ist eine Mache der Priester und die, Christlichsozialen sind weiter nichts als ihre Werkzeuge."

Sofort meldete sich Dr. Lueger zur Entgegnung. Alles war sehr gespannt und erwartete eine längere Auseinandersetzung. „Meine sehr geehrten Herren Sozialdemokraten! Ich glaube," erwiderte er, „das Gasthaus ist nicht der Ort zu religiösen Erörterungen; aber eines, meine Herren Sozialdemokraten, will ich

Ihnen ſagen: Wenn die Genoſſen in Ihrer Mitte einen Mann haben werden, der für das Volk wirkt wie Chriſtus und ſich für das Volk kreuzigen läßt wie Chriſtus, dann werde ich auch Sozialdemokrat."

Die Sozialdemokraten blieben ganz ſtill. Dr. Lueger erörterte ſodann die chriſtlichſozialen Grundſätze und die Verſammlung wurde ruhig beendet und hatte den Erfolg, daß die chriſtlichſoziale Partei im Orte viele Anhänger gewann.

Bei aller Gegnerſchaft gegen die Sozialdemokraten anerkannte Lueger ſtets, worin ſie recht haben. So beim Erſten ſozialen Kurs, 9. Auguſt 1894. Er ſagte: „Im Negativen hat die Sozialdemokratie vielfach recht, und ich wie jeder Katholik muß mit ihr darin übereinſtimmen. Der Menſch iſt nicht als einfache Kraft zu behandeln, ſonſt ſänke er unter, ja unter die Maſchine, welche, wenn ſie vernichtet iſt, noch als altes Eiſen verkauft werden kann. Begnügen Sie ſich alſo nicht mit der Kritik der Sozialdemokratie, ſondern wenden Sie das Richtige davon auf die moderne Geſellſchaft an."

Luegers Zwiſchenruf.

Durch Lueger und ſeine Partei war das Preſtige der Sozialdemokratie geſchwunden, die erwarteten Erfolge traten nicht ein. Am ſozialdemokratiſchen Parteitage (29. September 1904 in Salzburg) klagte man, daß nichts geſchehe. Es mußte etwas geſchehen, eine Bewegung in die tote Maſſe gebracht werden. Was hat Lueger für die Arbeiter, für deren Kinder, für Arbeitsunfähige alles getan; alles umſonſt! Er blieb in den ſozialdemokratiſchen Verſammlungen und Zeitungen ſtets der Lump und Volksbetrüger, wie er von einem Wolf und Konſorten immer der Gaukler genannt wurde. Nicht bloß Lueger, die geſamte chriſtliche Bevölkerung wurde beharrlich auf das gröbſte beſchimpft, der Gewerbeſtand als Dummköpfe, vertrottelte Maſſe u. dgl. hin-

gestellt, den christlichen Arbeitern Unflat und Schimpf an den Kopf geworfen. Und eine solche Partei wagte es, auf einen Zwischenruf Lueger hin — der „von einem Sozialistenführer aufs äußerste gereizt wurde" („Pariser Zeitung") — eine abgekartete Entrüstungskomödie zu spielen! Abgeordneter Bielohlawek erklärte in einer Versammlung, daß auf dem obenerwähnten sozialdemokratischen Parteitag in geheimer Sitzung beraten war, wie das Luegerfest zu stören sei. Derselbe stellte auch fest, wieso der Zwischenruf provoziert wurde. In einer Sitzung erklärte der bekannte Provokateur Seitz, daß das Lumpenproletariat bei den Christlichsozialen sei. Auf das hin hat Bürgermeister Dr. Lueger in kurzer Erwähnung am Schlusse seiner Rede erklärt: „Geehrter Herr Seitz, schauen Sie sich die Leute an, die mit Ihnen am 1. Mai in den Prater wandern, das sind Lumpen."

Im „Vaterland" vom 16. Oktober desselben Jahres schreibt einer, der kein Gesinnungsgenosse Luegers ist: „Der Ton ist es, der die Musik macht, und alle Welt, welche Herrn Dr. Lueger kennt, kennt ihn am besten gerade von der Seite, daß er pointiert humoristisch oder auch sogar gutmütig jovial spricht. Bei der jovialen und auch bei der pointiert humoristischen Redeweise hängt aber die Frage, ob sie beleidigend ist, oft auch von dem betroffenen Objekte ab."

Nach einigen sehr gelungenen Auseinandersetzungen bemerkt er, der Ausdruck des Herrn Dr. Lueger brauche ganz und gar nicht als beleidigend aufgefaßt zu werden.

Gemeinderat Thom. Urban meint vielmehr, unser Bürgermeister sagte ihnen trocken in öffentlicher Landtagssitzung, was sie nach seiner und hoffentlich aller anständigen Leute Meinung sind, und Israel, pardon, die Sozialdemokratie in Wien, ist gerettet, auf geraume Weile wenigstens. Weiters schreibt er, der Ausspruch bedeutete nach meiner Meinung, im Gegensatze zu der des „Deutschen Volksblattes", durchaus keine Entgleisung, sondern enthielt nur die ungeschminkte Wahrheit.

In der Sitzung des Landtages vom 21. Oktober 1904 nahm Lueger Gelegenheit, diesen Zwischenruf richtigzustellen. Er sagte: „Nun komme ich auf die Äußerung bezüglich des 1. Mai zu sprechen. Es hat Herr Seitz heute selbst vorgelesen, daß er uns zuerst Lumpenproletariat genannt hat. Wenn er sagt, dieses stehe uns nahe, so weiß jeder, was darunter zu verstehen ist. Er hat uns das Lumpenproletariat genannt. Es ist auch heute verlesen worden, wie wir in den sozialdemokratischen Zeitungen und Versammlungen wiederholt als Lumpen bezeichnet wurden. Nun habe ich gesagt: ‚Schauen Sie sich die Leute an, welche am 1. Mai hinuntergehen in den Prater. Das sind lauter Lumpen!' Meine Äußerung hängt mit der Maifeier als solcher nicht zusammen. Um diese habe ich mich nicht gekümmert, sie hängt mit dem Achtstundentag nicht zusammen, auch nicht mit dem Arbeiterschutz, an das habe ich bei dieser Äußerung nicht gedacht. Mit dieser Äußerung, die vielleicht bekrittelt werden kann, habe ich die jüdischen und nichtjüdischen Führer der Wiener Sozialdemokratie und vielleicht auch einen Teil jener Anhänger, die dem Kommando blind oder gegen Zahlung folgen, gemeint. Es ist nicht wahr, daß ich die Arbeiterschaft beleidigt habe. Ich habe nur diesen kleinen Bruchteil der Sozialdemokratie gemeint, sonst nichts. Das wissen diese Herren genau, und es ist also ungerecht, wenn aus diesem Anlasse eine derartige Hetze gegen mich veranstaltet wird. Wenn mich die Sozialdemokraten hassen, so haben sie vollständig recht. Denn wenn ich Herr wäre, gäbe es keine Sozialdemokraten. Dafür würde ich gutstehen, mit diesen Leuten würde ich aufräumen."

Anläßlich des meuchlerischen Überfalles auf Prälaten Doktor Scheicher durch die Genossen wurde im Wiener Gemeinderat vom Bürgermeister in der Sitzung vom 27. Juni 1905 eine Resolution beantragt und nach einer glänzenden Rede des Gemeinderates Kunschak, der nachwies, daß der sozialdemokratische „Holzarbeiter" vor der Rede des Bürgermeisters schrieb: „Die christlich-

soziale Partei, ein Zusammenschluß von Lumpenproletariern", nahm Dr. Lueger nochmals das Wort, kam neuerdings auf seinen Zwischenruf zurück und sagte: „Der Abgeordnete Seitz hat, wie es in sozialdemokratischen Kreisen gang und gäbe ist, die gesamte christlichsoziale Partei ‚Lumpenproletariat' genannt. Darauf habe ich erwähnt, nicht wir sind Lumpenproletarier, sondern jene, welche am 1. Mai in den Prater ziehen. Wenn Sie uns Lumpenproletariat, also Lumpen höherer Ordnung nennen, dann müssen Sie auch gestatten, daß ich die geehrten Herren Sozialdemokraten einfache Lumpen nenne."

Die Rache der Genossen.

Die Genossen hatten Rache geschworen. Gleich nachdem der Zwischenruf Luegers gefallen war, wurden dem schwerkranken Vizebürgermeister Strobach, Abgeordneten Sturm, dem Bezirksvorsteher Starý Katzenmusiken gemacht. In der „Arbeiter-Zeitung" stand, daß Lueger an den Laternenpfahl gehöre. Das Vorspiel hatte also begonnen. Am Samstag, den 22. Oktober, fand die Enthüllung des Siebenbrunnens, im Volksmunde „Luegerbrunnen", im V. Bezirk statt. Er verdankt dem Bezirksvorsteher Schwarz seine Entstehung. Die Fenster des dem Festplatz gegenüberliegenden Vereinshauses des sozialdemokratischen „Verbandes der Eisen- und Metallarbeiter Österreichs" sowie die Fenster der umliegenden Häuser waren mit Sozialdemokraten besetzt. Diese begannen, als der Bürgermeister sprechen wollte, Pfuirufe auszustoßen, Kindertrompeten zu blasen und anderen Unfug zu treiben. Gleichzeitig wurden am Dache des Vereinshauses zwei rote Fahnen gehißt mit der in weißen Lettern gehaltenen Inschrift: „Hoch die Lumpen!" und „Nieder mit Lueger!"

Anläßlich des 60. Geburtstages des Bürgermeisters waren verschiedene Ehrungen für denselben geplant. So u. a. ein Fackelzug. Der Fackelzug ist von der Polizei verboten worden.

„Von der Polizei?" schrieb Gemeinderat Kunschak, „Nein, nicht die Polizei hat den Fackelzug verboten, verboten wurde er auf dem Umwege des Ministerpräsidiums durch die k. u. k. österreichische Sozialdemokratie. Dr. Adler war bei Herrn v. Körber ... Vor den Drohungen der Sozialdemokratie ist die Regierung eingeknickt." In der bereits erwähnten Landtagssitzung konstatierte noch Dr. Lueger, daß das Verbot schon im Ministerratspalais beschlossen war, noch ehe die Polizeidirektion die berühmten „Gründe" dafür gefunden hatte. Es wurde auch in derselben Sitzung mit Nachdruck betont, daß die Regierung, während sie den Aufzug des Bürgertums verbot, den Aufruf der „Arbeiter-Zeitung" zu Skandal- und Krawallaufmärschen auf der Ringstraße für den 23. Oktober ruhig hingehen ließ, wie sie auch die Aufzüge am 1. Mai duldet und der Zug am 13. März immer genau bestimmt ist. Von der Wahlrechtsdemonstration, die am 28. November stattfand — wo die Frage der Wahlrechtsreform bereits entschieden war — und die die Regierung nicht verhinderte, behauptete Dr. Adler, daß die Regierung sie einfach nicht habe hindern können.

Die „Lumpenparade".

Statt des geplanten Fackelzuges fand — angespornt durch die Nachgiebigkeit der Regierung — die sogenannte „Lumpenparade" statt, zu der die Parteileitung der Sozialdemokraten in der Nacht vorher Tausende von Flugzetteln ausstreuen ließ, strotzend von Beschimpfungen Dr. Luegers, zugleich veröffentlichte sie einen in den aufreizendsten Worten gehaltenen Aufruf. Am selben Tage brachte die „Arbeiter-Zeitung" am Kopfe des Blattes folgenden Aufruf:

„Arbeiter Wiens! Parteigenossen! Herr Karl Lueger, euer Feind und Verächter, für den ihr lauter Lumpen seid, will heute vom Volke gefeiert werden. Lumpen, zeigt euch ihm! Lumpen,

sagt ihm, wie ein wirklicher Lump aussieht! Lumpen heraus! Wir treffen uns heute, Sonntag, pünktlich um halb 5 Uhr nachmittags, auf der Ringstraße nächst dem Rathause, zwischen Parlament und Universität. Abmarsch halb 6 Uhr. Lumpen, kommt alle und pünktlich!"

Die so Apostrophierten leisteten der Einladung willig Folge und der „Protestgang des Wiener Proletariates" und die „Lumpenpromenade", wie es im Aufrufe hieß, fand zur festgesetzten Zeit statt. Der Rathauspark war abgesperrt. Im Rathause und um das Rathaus waren die Christlichsozialen versammelt. Die „Nieder mit Lueger"-Rufe wurden von den Christlichsozialen mit „Hoch Lueger"-Rufen beantwortet. Vom Balkon des Rathauses ließ Lueger das christliche Volk Wiens und den Monarchen hoch leben und sagte: „Ich danke Ihnen nochmals, daß Sie die Ehre der Stadt Wien gerettet und bewiesen haben, daß Wien den Christen gehört und nicht den Judensozi." Unter den teils krawallierenden, teils neugierigen Zuschauern befand sich auch Ministerpräsident v. Körber.

Die ausländischen, auch gegnerischen Blätter urteilten äußerst abfällig über das Verbot der Regierung. Ein gegnerisches Blatt, „Hannoverischer Anzeiger", schreibt: „Die sonntägige Katzenmusik war nichts weiter, als die formelle Markierung der von der sozialdemokratischen Parteileitung ausgegebenen Ordre de bataille. Ich will nämlich im Interesse der Wiener Sozialisten annehmen, daß das, was da am Sonntag um 4 Uhr nachmittags auf der Ringstraße aufmarschierte, nicht die sämtlichen „Arbeiterbataillone" sind, über die sie im Ernstfalle verfügen würden. Vom bewußten „dröhnenden Schritt" war nichts wahrzunehmen; die meisten Demonstranten waren dem Aussehen und der Umgangssprache nach tschechische Schusterlehrbuben. Auf dem schönsten Teil der Ringstraße, zwischen Parlament und Universität, hatten sich zu der angegebenen Abendstunde etwa 50.000 Menschen eingefunden, von denen mindestens neun Zehntel Neugierige waren." Die

„Staatsbürger-Zeitung“, Berlin, meint, ein Staat, der seine Bürger nicht gleich behandelt, sei reif zum Zusammenbruche. „Behördliche Personen, die so handeln, machen sich zu Staats-v— — —, der Volksmund nennt sie Staatsl— —. In Wien ist anläßlich der Luegerfeier die christliche Bevölkerung den Juden und Sozialdemokraten zuliebe entrechtet worden, man hat ihnen die Kundgebung für Lueger verboten, gleichzeitig aber den Juden und Sozialdemokraten die organisierten Gegenkundgebungen sowie die unflätigsten Beschimpfungen des Wiener Bürgermeisters und der gesamten christlichen Wiener Bevölkerung gestattet, man hat die bewaffnete Macht aufgeboten zur Verhinderung des Fackelzuges, gleichzeitig aber auch zum Schutze der jüdisch-sozialdemokratischen Gegenkundgebung ... Wir wollen denen, die sich zu Staatsl— — herabgewürdigt haben, zugute halten, daß ihr Ziel vielleicht nicht die Rechtsbeugung gewesen ist, sondern daß sie sich in erster Linie von Anwandlungen der Eifersucht über die Popularität und die Erfolge Dr. Luegers, von Mitleid für gewisse, in den Schatten gestellte, sich aber sehr weise dünkende Staatsmänner haben leiten lassen. Aber bestimmend für die Beurteilung ihres Verhaltens ist der Erfolg, und der kann nur eine weitere Erschütterung der Staatsautorität, ein Aufpäppeln des Umsturzes sein.“

Das „Wolffsche Telegraphenbureau“ versendete folgendes Telegramm: „Wien, 23. Oktober. Die Kundgebung, die von 30.000 Sozialisten gegen den Bürgermeister Lueger vor dem Rathause veranstaltet wurde, verlief, ohne daß es zu Zusammenstößen gekommen wäre. Im ganzen wurden fünf bis sechs Verhaftungen vorgenommen.“

„Also von der Feier“, bemerkt obige Zeitung und auch die „Deutsche Tageszeitung“, Berlin, „meldet das ‚Wolffsche Bureau‘, das objektiv sein will, nichts weiter, als die lächerliche Gegendemonstration der Sozialdemokraten ... Und was meldet es? Faustdicke, frivole Unwahrheiten! ... Schämt

sich das ‚Wolffsche Bureau' nicht, eine solche Meldung, der der Stempel der Lüge deutlich aufgeprägt ist, weiterzuverbreiten? Ein solcher Wisch gehört in den Papierkorb!"

Das Blatt spricht davon, daß „die imposanten Kundgebungen für Lueger um so eindrucksvoller waren, als die vom Juden Adler geführte Gegendemonstration kläglich verlief"; weiter, „daß das ‚Wolffsche Bureau' es nicht für nötig befunden hat, seine unwahre Meldung von den 30.000 demonstrierenden Sozialdemokraten — Provinzblätter machten flugs 50.000 daraus — richtigzustellen. Wahr ist, daß etwa 3000 Radaubrüder daran teilnahmen, während die Menge, die für Lueger demonstrierte, bei weitem größer war."

Die liberale „Kölnische Zeitung" brachte folgende Nachricht: „Die ‚Reichspost' des Prinzen Alois Liechtenstein, der an der Spitze des Festausschusses steht, begann der Regierung nahezulegen, daß sie bei versammeltem Landtage eigentlich Volksversammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel verbieten müßte. Herr v. Körber zeigte wenig Neigung dazu, und am Dienstag noch wurde in den ihm nahestehenden Regierungskreisen versichert, daß der Fackelzug keineswegs verboten würde. Doch brachte eine Besprechung Körbers mit Lueger persönlich darin einen Umschwung. Wie ich höre, berief Körber den Bürgermeister, um seine Meinung über den bedrohlichen Fackelzug oder dessen Verbot zu vernehmen. Dr. Lueger habe die kluge Gegenfrage gestellt, wie denn der Allerhöchste Herr darüber denke, worauf Körber nur antworten konnte, daß dieser selbstverständlich Ruhe wünsche. Ja, dann müsse man sich wohl fügen, habe Lueger darauf erklärt, und so wurde der Fackelzug samt Ständchen verboten."

Demgegenüber erklärte die „Reichspost": „Daß erstens die Mitteilung von einem geplanten Verbot wegen des versammelten Landtages gleichzeitig mit der ‚Reichspost' ein liberales Blatt brachte, also daß es sich bei Notierung jenes Gerüchtes nicht um eine christlichsoziale Erfindung handelte, und daß zweitens Mon-

tag bei der Regierung bereits die feſte Entſchließung beſtand, daß der Fackelzug verboten werden müſſe."

Das Luegerfeſt.

Den Fackelzug hatte die Regierung verboten. „Echt öſterreichiſche Staatsweisheit!" ſchreibt das „Nidwaldner Volksblatt".

Wohl wurde der geplante Fackelzug unterſagt, für welchen nicht weniger als 20.000 farbenprächtige Lampions bereits angekauft waren. Wohl wurde das Ständchen vor dem Rathauſe verboten, für welches nicht weniger als 3000 Sänger bereits angemeldet waren. Aber die Begeiſterung und Dankbarkeit des Volkes für ſeinen Führer konnte man nicht verbieten. Die Regierung konnte die Auffahrt vor dem Rathauſe nicht verhindern, die ſich am 24. Oktober, dem Geburtstag, vollzog. Um 10 Uhr war Feſtgottesdienſt in der Votivkirche. Nach dem Gottesdienſte fuhren die Feſtgäſte in langer Wagenreihe über die Ringſtraße in das Rathaus, wo die Feſtverſammlung ſtattfand. Auf dem Wege zur Kirche und von der Kirche wurden dem Bürgermeiſter überaus herzliche und ſtürmiſche Ovationen bereitet.

Ich bringe eine kurze Schilderung des Feſtes nach der „Kölniſchen Volkszeitung" und dem „Luzerner Vaterland". Es heißt dortſelbſt: „Die Lueger-Feier war überwältigend. Die Auffahrt der Abordnungen nach dem im Lichterglanze erſtrahlenden herrlichen Feſtſaal dauerte zwei Stunden, es wurden 1600 (nach liberaler Schätzung im „Neuen Wiener Tagblatt") bis 2000 Wagen gezählt. Samt der Beglückwünſchungscour im Rathauſe — obſchon die einzelnen Reden nur einige Minuten in Anſpruch nahmen — dauerte es drei Stunden. Selbſt die Feſtrede des Prinzen Liechtenſtein und Luegers Dankesworte waren äußerſt kurz. Aber wie viel wußte der Fürſt, ſelbſt Luegers Mitkämpfer und Mitſieger, in ſeine wenigen Worte hineinzulegen!

Der Fürst sagte: ‚Die Liebe zum Vaterlande und zu unserem hochverdienten Führer haben uns hier versammelt. Wir wollen die Größe des Vaterlandes, die Größe des christlichen Glaubens und die Eintracht der Völker. Nur wenige sind es, die bei der Rückschau auf ihr Leben sich beruhigt sagen dürfen, daß sie sich nicht der Erhaltung und Förderung ihrer eigenen Person, sondern idealen Gütern gewidmet, deren Schutz, Förderung und Verteidigung ihnen die Nachwelt dankerfüllt als ewiges Verdienst anrechnen wird. Zu diesen seltenen Männern gehören Sie, hochverehrter Herr Bürgermeister! (Brausender Beifall.) Ihnen danken wir es, daß im niederösterreichischen Landtag und im Wiener Rathause heute der Wille des christlichen Volkes diktiert. Diese großartige Erscheinung ist Ihr Werk. (Stürmischer Beifall.) Ihr Ruf ist in die Welt hinausgedrungen und Ihre Ehre kann durch Angriffe nur gemehrt werden. Die Geschichte Wiens wird Ihrem Namen ein herrliches Denkmal setzen!' (Anhaltender, stürmischer Beifall.)

Direktor Dr. Weiskirchner überreichte dem Gefeierten das bereits erwähnte Geschenk.

Einfach, aber wuchtig und doch gefühlsinnig sprach Lueger selbst. Er widmete die Liebesgabe als Dr. Karl Lueger-Stiftung zu dem bereits früher erwähnten Zwecke. Dann kam er auf das Verbot des Fackelzuges zu sprechen. ‚Es hat der Regierung gefallen, meinen Feinden zu gestatten, unter polizeilichem Schutz mich zu beschimpfen. Ich füge mich in Geduld, aber vergessen — nie! Aus meinen Bahnen wird es mich nicht reißen! Ich werde, was immer geschehe, ein treuer Diener meines Vaterlandes Österreich und des Erzhauses Habsburg bleiben.' Dem Wohle des Vaterlandes habe er sein Leben geweiht, er werde es auch in Zukunft tun; sein größtes Gebot bleibe, seiner heißgeliebten Vaterstadt Wien zu dienen. Diese Worte enthalten das ganze Zukunftsprogramm Luegers, wie es das Programm seiner Vergangenheit war. Während dieser Rede reckte sich seine Gestalt empor, er sprach

mit dem ganzen Selbſtgefühl eines Mannes, der das chriſtliche Volk Öſterreichs hinter ſich hat. Die ſozialdemokratiſchen Szenen am Vorabende verſchwanden in ihrer bubenhaften Kleinlichkeit gegen die chriſtliche Maſſenkundgebung mit ihrer Würde und Weihe. Kein Stand hatte ſich ausgeſchloſſen, nur der Hof, nur die offiziellen Regierungskreiſe fehlten. Den Sozialdemokraten war jeder Schmähruf auf Lueger geſtattet, ſogar der Platz vor dem Hofburgtheater eingeräumt, nur der Zutritt zum Rathauſe ſelbſt verwehrt, ſonſt hatten ſie alle Freiheit, zu tun, was ſie wollten. Das geſteht ſelbſt die ‚Neue Freie Preſſe'. Dieſe öffentliche Demonſtration war alſo durch die gleichzeitige Tagung des niederöſterreichiſchen Landtages weder verboten noch behindert!"

„Die Wiener feierten ihren Lueger vor allem als Bürgermeiſter und ſie haben allen Grund dazu", bemerkt die „Deutſche Tageszeitung", Berlin.

Die Gratulationen aufzuführen und die Ehrungen, die ihm an dieſem Tage zuteil wurden, würde uns zu weit abführen. Nicht unerwähnt will ich aber laſſen, daß ſelbſt in einem fernen Teile der Monarchie, in Leſina in Dalmatien, von dem Heilverein (Hygieniſche Geſellſchaft) eine Stiftung ins Leben gerufen wurde, in ſeinem bereits beſtehenden Kuretabliſſement und in den in der Folge projektierten weiteren Erholungsſtätten je einem Magiſtratshilfsbeamten zu Kurzwecken einen Freiplatz inkluſive Verpflegung zu gewähren.

Blätterſtimmen.

Ich habe öſterreichiſche, deutſche, ſchweizeriſche, italieniſche, franzöſiſche Blätter zur Hand genommen, ſelten dürfte aber über einen Großen der Erde, eines Feſtes, das er feierte, in ſo umfangreicher Weiſe gehandelt worden ſein, als über Dr. Lueger. »Giornale di Roma« erwähnt, daß anläßlich des Jubiläums das „Fremdenblatt", „Tagblatt", „Wiener Journal", „Extrablatt",

alle liberaler Färbung, über Lueger Lobartikel bringen, die jüdische „Neue Freie Presse" allein übergehe es mit Stillschweigen.

Ich habe eine Zuschrift des französischen Antisemiten Drumont bereits gebracht, die auch in der „Rigaer Zeitung" Aufnahme fand. Nun will ich noch aus der »Libre Parole« seine Ausführungen über das Luegerfest anfügen. Er schreibt:

„Die Ehrung, die Wien Dr. Lueger zu seinem sechzigsten Geburtstage hat zuteil werden lassen, wird einen starken Widerhall in der ganzen Welt finden. Die jüdische Presse zeichnet sich aus durch ihre einige Verschwörung gegen die Wahrheit, und leider ist es ihr gelungen, alle Begriffe zu verwirren, alle Klarheiten zu verdunkeln und selbst Gehirne zu desorganisieren, die für gewöhnlich ganz normal funktionieren. Der Jude erzeugt überall die Korruption, die Unordnung, die Anarchie. Der Antisemit hingegen repräsentiert Ehrlichkeit und Ordnung. Durch eine Verkehrung der klarsten Wahrheiten ist es den Juden gelungen, die Einfältigen glauben zu machen, daß die Antisemiten das Element der Unordnung und Störung darstellen. Die Art und Weise, wie Dr. Lueger sein Amt als Bürgermeister verwaltet hat, ist die eklatanteste Antwort auf diese Verleumdungen, eine peremptorische Widerlegung dieser Lügen. Heute müssen selbst die Feinde Luegers die hervorragenden Eigenschaften anerkennen, von denen er die Probe abgelegt hat in der Verwaltung des hohen Amtes, das ihm das allgemeine Vertrauen übertragen. Die ruhig und ehrlich denkenden Sozialisten werden bald gezwungen sein, zuzugestehen, daß zwar die sozialistischen Führer von der Abschaffung von Mißständen und der Durchführung von Reformen wunderbar zu reden verstehen, daß aber nur die Antisemiten fähig sind, das auch in die Tat umzusetzen."

Demgegenüber bringen wir, was der Jude Friedrich Hertz in dem französischen Freimaurerblatte „Humanité" am 24. Oktober 1904 schrieb:

„Die Stadt Wien iſt in Aufruhr, der berühmte Demagog, der den Bürgermeiſterſitz von Wien innehat, feiert ſeinen ſechzigſten Geburtstag. Das Kleinbürgertum, welches ihm ergeben iſt, und im allgemeinen auch die Maſſen, die noch dem klerikalen Einfluß unterworfen ſind, treffen große Vorbereitungen und bemühen ſich, in würdiger Weiſe ihren Führer zu feiern, der die Judenliberalen zu Boden geſchmettert hat. Für gewöhnlich machen die politiſchen Meinungsverſchiedenheiten vor dem Privatleben Halt. In unſerem Falle iſt es nicht ſo. Eine Aufregung, wie ſie bisher unbekannt war, hat ſich der ſozialiſtiſchen Arbeiterklaſſe bemächtigt, ſowie auch der Intelligenz und aller derjenigen, die auf moraliſche Reinlichkeit noch etwas halten. Man macht ſich auf Ruheſtörungen gefaßt. Die Arbeiterklaſſe iſt feſt entſchloſſen, dieſem ſtreberiſchen Demagogen ihre Verachtung auszudrücken. ‚Die Arbeiter, die am erſten Mai feiern, ſind alle Lumpen‘, das iſt die Phraſe des ‚Herrn von Wien‘, der die Volksleidenſchaften erregt hat. Ihr Urſprung liegt weit zurück und ſeit langem ſuchen ſie ſich Luft zu machen. Sehen wir ein wenig zu, was dieſer Dr. Lueger iſt und ſtudieren wir ſeine politiſche Rolle.

Nach der vollſtändigen Niederlage des feudalen und klerikalen Öſterreich zu Sadowa erhob ſich die Monarchie von neuem auf der Baſis der gegenwärtigen Konſtitution, dank der Hilfe, die ihr das liberale Protzentum lieh. Dann kam der große Krach von 1873, an deſſen Folgen noch jetzt das öffentliche Leben krankt.

Die wirtſchaftlichen Wunden haben ſich geſchloſſen, aber unſere Politik iſt ganz vom Geiſte des Kleinbürgertums beherrſcht. Lueger begann ſeine Laufbahn als Liberaler. Dann, als die Volksgunſt ſich von dieſer Partei abwandte, trat er in die Reihen der ‚Demokratie‘, die erſte Form der kleinbürgerlichen Reaktion gegen den kapitaliſtiſchen Liberalismus. Das Haupt der Demokraten war damals ein ungariſcher Jude, Dr. Ignaz Mandl, der heftig die Liberalen bekämpfte. Dank ſeiner Protektion machte Lueger raſch Karriere. Unterdeſſen machten die Demokraten nur

geringe Fortschritte in den Vorstädten Wiens. Für Lueger war ein zugkräftigeres Programm notwendig. Er fand es bei den Antisemiten. Nach 1887 zeigte der alte Demokrat eine stets kräftigere Nuance von Klerikalismus. Dieser Wandel in der Haltung brachte ihm den erwünschten Erfolg. Es ist kein Zweifel, daß der Bürgermeister von Wien hervorragende Eigenschaften besitzt, er ist ein schöner Mann, wie geschaffen für seine Stellung; er ist ein liebenswürdiger Mann, besitzt eine große Arbeitskraft und verfügt über jene den Demagogen eigene Beredsamkeit, die unter Leidenschaft und Geist das erstrebte Ziel verdeckt. Nur eines fehlt ihm absolut: das Gewissen und die Ehre." So der Jude Hertz.

Das fünfzigste Geburtsfest.

Zehn Jahre vorher war das 50. Geburtsfest Dr. Luegers am 18. Oktober gefeiert worden. Die Organisation der Partei war damals noch nicht so ausgebaut und die Veranstaltung der Feier war vom politischen Verein „Eintracht" allein in die Hand genommen. Vormittags war gleichfalls Festgottesdienst in der Votivkirche, dann in 267 Wagen gemeinsame Fahrt nach Meidling in den Dreher-Park, wo das Festbankett stattfand. Abends fand in der mächtigen Katharinenhalle die eigentliche Geburtstagsfeier statt. Damals schon zeigte sich, daß die Partei Luegers eine alle Schichten der Bevölkerung umfassende Partei und Lueger mehr als ein Volksmann, daß er ein Liebling des Volkes sei. Damals wurde zum ersten Male der Lueger-Marsch öffentlich gespielt. Damals die weiße Nelke zur „Parteiblume" proklamiert. Am nächsten Tage schrieb Scharf in seiner „Sonn- und Montags-Zeitung" höhnisch über die „Liga der weißen Nelke". „Damals war die Revue vor dem Kampfe," schrieb Abgeordneter v. Baechlé, „und wenn damals noch die Gegner über die christlichsoziale Partei lächelten, ein Jahr später hatten sie das Lachen verlernt,

die zertrümmerte liberale Gemeinderatsmajorität zeugte von der Kraft Luegers und seiner Kampfgenossen."

Als Heerschau der christlichsozialen Partei betrachtete auch Dr. Lueger diese Feier und sagte u. a.: „Ich bin ein Gegner jeder persönlichen Feier, aber ich bin dieser Feier nicht entgegengetreten, weil ich sie für den Aufschwung der christlichsozialen Bewegung fördernd ansah."

Lueger, katholische Volkspartei, Protestanten.

Als Politiker und Führer einer Partei, die keine rein konfessionelle, sondern eine wirtschaftliche sein will, die auf dem Boden des Christentums steht, umfaßt diese außer strenggläubigen Katholiken auch lauere und ebenso auch Protestanten, mit einem Worte, sie umfaßt als wirtschaftliche Partei alle, die das wahre Volkswohl anstreben. Lueger war stets rigoros bedacht, die Protestanten, die bei uns seßhaft und ehrliche Protestanten sind, nicht zu verkürzen oder verkürzen zu lassen. Mancher brachte es zu führender Stellung. Auch das Zentrum in Deutschland vermeidet es, sich eine konfessionelle Partei zu nennen, und schließt aus seinen Reihen Protestanten nicht aus, die das Programm des Zentrums einhalten.

Durch den scharfen Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten, wie er im Deutschen Reiche herrscht, ist es von selbst gegeben, daß das Zentrum in katholischen Fragen geschlossen gegen den Protestantismus vorgeht und als katholische Partei auftritt.

Bei uns gilt es aber, da die Bewohner Österreichs zum weitaus größten Teil Katholiken sind, vor allem geschlossen gegen den Ansturm wider das Christentum und den Gottesglauben überhaupt aufzutreten.

Es ist weiter zu bemerken, daß mit der Fahne des Katholizismus, z. B. wie sie in Deutschland Windthorst entfaltet hat,

zur Zeit, als die Partei auftrat — speziell in Wien und Niederösterreich — keine Siege zu erhoffen gewesen wären. Diese Fahne war zu diskreditiert in der Volksgunst durch das zum Popanz gemachte Schlagwort „Klerikalismus", durch die Erziehung, die seit Jahrzehnten dem Volke durch die Judenpresse zuteil geworden und durch die Fehler der den Katholizismus damals allein vertretenden, altersschwachen und durch den Feudalismus unpopulär gewordenen konservativen Partei. Nur der Antisemitismus und der daraus hervorgegangene tatkräftige, christliche Sozialismus konnten zur Niederwerfung des Judenliberalismus und zum Siege des christlichen Volkes führen. Bei diesem Kampfe konnte man keinen missen, der sich ehrlich als Bundesgenosse anschloß. Dieses Vorgehen Luegers den Protestanten gegenüber ließ ihn die Sympathien einheimischer und fremdländischer Protestanten gewinnen.

Es mag zugegeben werden, daß, wie einst den Heilobrüdern das Wort Christ nur als Gegensatz von Jude galt und den Arier ausdrücken sollte, so auch noch heute Anhängern der christlichsozialen Partei und selbst manchen Mandataren das Christliche nur als Verbrämung des Rockes gilt, während es uns und anderen in der Partei nicht Verbrämung, sondern der Rock selbst ist. Die Partei als solche kann aber nicht antichristlich, nicht antikatholisch auftreten. Was Dr. Bach betreffs der österreichischen Gesinnung der Christlichsozialen sagt, gilt auch von der katholischen: „Wären die Christlichsozialen im Herzen alle schwarze Verräter, sie könnten doch nicht anders als in österreichischem Sinne handeln, tausendfach gebunden durch ihr vergangenes Auftreten."

Gewiß werden manche bereit sein — namentlich jene, die aus welchen Gründen immer das Wort „Klerikalismus" fürchten, weil es identisch ist mit lebendigem Christentum und an das sittliche Wollen Anforderungen stellt (vgl. meine „Freimaurerei", S. 18 ff.) — zu gegebener Zeit das Christliche, das ihnen Ver-

brämung ist, wegzuwerfen, während wir das Christliche, das uns Rock ist, unter keinen Umständen ablegen. Aber sind wir so stark in Gegenden, die keineswegs schon vom Sauerteig des Christentums ganz durchdrungen sind, ohne Hilfe der Laueren die koalierten Feinde niederzuhalten? Daß innerhalb der christlichsozialen Partei in den verschiedenen Vertretungskörpern die entschiedenen Katholiken — gewissermaßen als rechter Flügel — sich zusammenschließen, um ihre spezifisch religiösen Forderungen durchzusetzen, wie es im Wiener Gemeinderat und im niederösterreichischen Landtag bereits mit Erfolg geschah, wäre wünschenswert. Wie man auf die vernünftigen Wünsche der mehr national Gefärbten Rücksicht nehmen muß, muß man auch und nimmt man auch Rücksicht auf katholische Wünsche. Man braucht nur auf das volkstümliche Programm der Christlichsozialen entschiedene Katholiken zu wählen, das hängt von den jeweiligen Bezirkskomitees ab, und die katholischen Forderungen sind erfüllt. Wir haben katholische Schulen, angefangen von der Volksschule bis zur Universität, sobald wir katholische Lehrer haben, wir haben eine katholische Vertretung, sobald das Volk sich in seinen großen Massen entschließt, entschieden katholische Kandidaten zu wählen.

Die breiten Massen haben in vielen Kronländern auf eine absehbare Zeit für ein streng katholisches Programm noch nicht Verständnis. Und doch handelt es sich darum, die breiten Massen zu gewinnen. Die Regierung wird dann mit den Katholiken rechnen müssen, was sie bisher nicht getan hat und auch in Zukunft nicht tun wird, wenn die Massen nicht hinter uns stehen.

Bei der Millenniumsfeier in Brixen gab Dr. Lueger den Unterschied zwischen der katholischen Volkspartei und der christlichsozialen Partei mit folgenden Worten zum besten: „Der Heilige Vater (Leo XIII.) hat mich einmal gefragt, was für ein Unterschied sei zwischen der katholischen Volkspartei und der christlichsozialen Partei. Ich habe ihm darauf geantwortet: die katholische

Volkspartei macht, was die Minister wollen, unsere Partei strebt an, daß die Minister tun, was wir wollen."

Die katholische Gesinnung und praktische Betätigung des Christentums in der Erfüllung der religiösen Pflichten gibt noch keine Garantie auf rückgratsteifes Eintreten für die wahren Bedürfnisse des Volkes. Die Güte und Prinzipienfestigkeit der Partei aber reißt auch die widerwilligen Elemente mit sich und zwingt sie, der gerechten Sache zu dienen.

Wo in Ländern mit kompakter katholischer Bevölkerung Kandidaten auf ein entschieden katholisches Programm gewählt werden können, möge man auch solche Männer wählen, die sich als Partei dann mit den Christlichsozialen zusammenschließen, um intensiver nebst den volkstümlichen, wirtschaftlichen Forderungen der Christlichsozialen die katholischen Forderungen zu vertreten. Beide werden sich gegenseitig unterstützen und die religiösen Forderungen des rechten Flügels der Christlichsozialen entschiedener berücksichtigen. Die Verbrämung wird auch den Laueren nach und nach zum Rocke werden.

Ob der Name „katholisch" bei einer politischen Partei — noch dazu, wenn sie nicht volkstümlich auftreten würde — von Vorteil ist, darüber läßt sich streiten. Auch das deutsche Zentrum vermeidet diesen Namen. Alle Sünden der Partei werden der katholischen Religion aufs Konto gesetzt und sie muß dafür büßen. Wir haben es bei den Sprachenverordnungen Badenis erlebt, für die die katholische Volkspartei eintrat, was der „Los von Rom"-Bewegung einen bequemen Vorwand gab.

Ist der Name vermieden, so ist dem Gegner zum mindesten die Handhabe genommen, für die Fehler der Partei den Katholizismus verantwortlich zu machen. Abgeordneter Baumgartner plädierte im Jahre 1904 für ein Zusammengehen aller, so für Gott und Vaterland zu stehen bereit sind, für ein „österreichisches Zentrum", nach dem Vorbilde der Katholiken Deutschlands: „Im Namen selbst ist jedes konfessionelle und nationale Moment vermieden." Ab-

geordneter Ebenhoch plädierte im Februar d. J. im „Linzer Volksblatt“ für ein Zentrum, dessen Programm in erster Linie österreichisch ist. „In seinen Bestrebungen nach Verwirklichung der christlichen Weltanschauung fühlt es sich eins mit den Christlichsozialen und wird mit ihnen für dieses Programm Schulter an Schulter kämpfen.“

Die schmähliche Los von Rom-Bewegung, die ich nicht unterschätze, und gegen die ich als einer der ersten und nicht ganz ohne Erfolg aufgetreten bin, die keineswegs männliche Haltung der erbgesessenen Protestanten gegen dieselbe kann mich gleichwohl nicht abhalten, für eine Verbindung der Katholiken mit ehrlichen, volksfreundlichen Protestanten innerhalb des Rahmens der christlichsozialen Partei zu stimmen.

Mich schreckt auch nicht, daß bei den letzten Wahlen in Deutschland von maßgebender Stelle der »furor protestanticus« gegen das Zentrum in einer wenig vornehmen Weise aufgerufen wurde, ich wiederhole, was ich in verschiedenen Schriften bereits ausgesprochen und nochmals in „Darwinistische Häkeleien“ gebracht habe: „Was Katholiken und Protestanten an Männern besitzen, die über die Not und Geistesenge des Augenblickes hinaus sich zur Rettung der Gegenwart und der Zukunft ihres Volkes und seiner menschlichen christlichen Kultur bis zur gemeinsamen Vergangenheit zu erheben wissen, das muß heute gemeinsam Hand ans Werk legen, ihre Vorfahren und ihre Enkel fordern sie dazu auf. Das Gebiet der sozialen Reform ist das Schlachtfeld des Geistes, wo die schönsten Siege erfochten werden können, auch über die Entfremdung der edelsten Geister, auch über die Verschuldung gegen die christlichen, gegen die nationalen Ideen, an welchen beide mitschuldig sind“, schrieb unser Vogelsang.

Wahr ist auch, was derselbe sagt: „Das Wort des geistreichen Eötvös hat wirklich den Nagel auf den Kopf getroffen: daß nicht gefährliche Philosopheme, nicht irgendwelche Entdeckungen der Naturwissenschaft oder der Geschichte dem Christentum ge-

fährlich werden können, wohl aber unser heutiges Erwerbsleben, neben dem das Christentum nicht bei der Masse bestehen kann... Niemals dürfen wir erwarten, daß es der Kirche gelingt, ein sozial zersetztes, kapitalistisch ausgebeutetes Volk zu einem durchwegs christlichen zu machen." (Vgl. meine „Sozialen Segnungen der Reformation".) Der wirtschaftliche und wissenschaftliche Materialismus muß niedergerungen werden. Zur Niederringung beider müssen sich Katholiken und Protestanten die Hand reichen.

Darf ich mir noch ein Wort erlauben, so wäre es das folgende aus der gegen Pastor Zimmermann gerichteten Schrift: „Ich habe indes die felsenfeste Überzeugung, daß so geartete Protestanten (die uns die Bruderhand zu diesem Kampfe reichen) nicht auf die Dauer außerhalb der katholischen Kirche bleiben, weil alle Bedingungen vorhanden sind, sie zum Eintritte in die Mutterkirche zu drängen. Zum mindesten werden sie nicht mit Haß gegen die katholische Kirche erfüllt sein, wie viele ihrer edelsten Denker bewiesen haben." („Darwinistische Häkeleien", S. 182.)

Wer den Sieg der christlichen Weltanschauung will, wer ein Großösterreich will, in dem alle arischen Völker sich heimisch fühlen sollen, auch die jenseits der Leitha, muß alle, die auf dem Boden des Christentums eine Verbesserung der Lage des christlichen Volkes bezwecken, umfassen. Es wird sich ja zeigen, ob der katholische Gedanke nicht doch der siegreiche bleibt. Bereits im Jahre 1892 sagte Lueger in einer Rede in Aspang: „In Österreich stellt sich die politische Parteifrage gegenwärtig so: ‚Antichrist oder Christ. Ein Drittes gibt es nicht mehr." „Hie Rom — hie Evangelium" wurde von Wolf, Schönerer, Pastor Zimmermann vor einigen Jahren als Parole ausgegeben. „Hie Christ — hie Antichrist" muß die Parole lauten.

Der Kampf der beiden Weltanschauungen wird bei dem gegenwärtigen Wahlkampfe zur Austragung kommen. Im

Rahmen der christlichsozialen Partei werden auch die lauen Katholiken, soweit sie noch Katholiken sind, und die ehrlichen Protestanten ihre Stimme dem nicht versagen können, der sich auf den Boden der christlichen Weltanschauung stellt. Die Sozialdemokratie, als die energischeste Verfechterin der antichristlichen Weltanschauung und Bekämpferin jedes christlichen Bekenntnisses, ringt mit der christlichsozialen Idee, als der erfolgreichsten Verfechterin der christlichen Weltanschauung, die bei uns — im Gegensatze zu Deutschland — denn doch die katholische ist.

Nochmals Klerikalismus.

Ich habe so oft über Klerikalismus geschrieben, daß es mich anwidert, nochmals gegen dieses Schlagwort zu kämpfen. Immer wieder wird es aber aus der Rüstkammer hervorgeholt, und selbst in den Reihen der Christlichsozialen gibt es manche, die die Berechtigung dieses Schlagwortes anerkennen. Dr. Bach schreibt: „Aber nie haben die Christlichsozialen die Gebote ihres politischen Verhaltens von Rom empfangen. Sie beweisen Verständnis für die Stellung der Geistlichkeit im Leben unserer Völker. Unter das Diktat der Bischöfe haben sie sich nie gebeugt ... Man hat die christlichsoziale Bewegung den Klerikalismus des Kaplans genannt. Auch das ist nur sehr bedingt richtig. Allein, sicher ist der Klerikalismus des Kaplans, der in der Bevölkerung steht, politisch etwas ganz anderes als der Klerikalismus des Episkopates und der feudalen Herren, die tief unter ihren Füßen ein schwärzliches Gewimmel sehen, das sie Volk nennen." Die katholischen Politiker brauchen überhaupt ihre Diktate nicht von Rom zu empfangen, wie ja auch seinerzeit Windthorst selbständig vorgegangen ist, als Bismarck eine Intervention Roms beanspruchte. Sie brauchen in politischen Dingen sich von den Bischöfen nicht abhängig zu machen. Gerade die Liberalen sind es, die öfter Bischöfe vorschieben wollen und die „Religion als Deckmantel weltlicher Zwecke zu mißbrauchen" trachten und hinterher

klagen, „daß so wenig religiöser Sinn in der Bevölkerung lebe", wenn die Katholiken, den Mißbrauch durchschauend, ihre eigenen Wege gehen. Man braucht nur die liberalen Blätter anläßlich der letzten Stichwahlen in Bayern zu lesen, u. a. die „Grazer Tagespost". Der Bischof von Würzburg lehnte es ab, sich in politische Dinge einzumischen, eine private Bemerkung veröffentlichten die liberalen Blätter indes als eine amtliche Erklärung des Bischofs.

„Der Vorwurf des Klerikalismus erhält bei uns Kraft dadurch," schreibt ein Laie — der in politischen Dingen bisher nicht hervorgetreten ist — an die „Reichspost", „daß die konservative Partei die Autorität der geistlichen Behörde auch auf die politischen Fragen des bürgerlichen und sozialen Lebens ausdehnte .... Man erbat sich auch oft in den kleinlichsten Dingen Weisungen und stützte sich dann darauf. Unter solchen Umständen ist es nicht zu wundern, daß die gebildeten Katholiken Tirols keine Lust verspürten, sich einer Partei anzuschließen, die keine politische Selbständigkeit besaß." Der Fehler liegt also an den Politikern, nicht an den geistlichen Kreisen. Daß ein Bischof, ein Geistlicher seine politischen Meinungen kundgeben und für sie Anhänger werben kann, steht ihm selbstverständlich ebenso frei wie jedem anderen.

Merkwürdig ist, daß die Judenblätter, vorab die „Neue Freie Presse", die stets über Klerikalismus zetern, als die Verteidiger der kirchlichen Autorität in politischen Dingen, gegen die Christlichsozialen zur Anklage schreiten wegen „offenen Ungehorsams" gegen die Bischöfe! Die „Neue Freie Presse" nimmt die Tatsache, daß das Zentrum in Bayern sein Wahlkompromiß abschloß ohne Rücksicht auf privat geäußerte Wünsche einzelner Kirchenfürsten und daß die Tiroler Christlichsozialen die Mandatsverteilung in Tirol nicht abhängig machen wollten von dem Schiedsspruche des Bischofs, zum Anlasse für folgende Ausführungen:

„Nun zeigt sich aber, daß die klerikale Partei nicht bloß nicht mit der Religion und dem Glauben, ja nicht einmal (!) mit der Kirche (!) zu identifizieren ist, sondern keinen Anstand nimmt, wenn ihre höchst unkirchlichen Zwecke es erfordern, sich mit den legitimen Vertretern der Hierarchie, mit den geistlichen Oberhirten, in offenen Widerspruch zu setzen. Die Tatsache verdient angemerkt und auch für uns in Österreich unterstrichen zu werden ... Nichtsdestoweniger haben es auch schon die österreichischen Bischöfe zu fühlen bekommen, daß bei dem großen Vorstoß, den der Klerikalismus in den letzten Jahren gemacht hat, sie weit mehr die Geschobenen als die Schiebenden sind, wie es kürzlich der Fürstbischof von Brixen erfahren mußte, als er zwischen der christlichsozialen und der altklerikalen Partei in Tirol im Interesse der Kirche Frieden zu stiften versuchte, aber auf den offenen Ungehorsam der Christlichsozialen stieß."

In nicht mißzuverstehender Weise schüttelt Fürstbischof Endrici von Trient in seinem diesjährigen Fastenhirtenbriefe den Vorwurf eines solchen Klerikalismus ab und sagt, nachdem er auf das Lehramt der katholischen Kirche hingewiesen:

„Wenn diese erhabensten Güter durch ungerechte Gesetzesvorschläge, die man in den Parlamenten vorbereitet, durch die Presse oder durch andere Mittel angegriffen und gefährdet werden, so ist es Pflicht eines jeden Katholiken, seine geistliche Mutter, die heilige Kirche, zu verteidigen und sich in diesen oder ähnlichen Fragen genau an die Weisungen der Kirche zu halten. Wenn man dies Klerikalismus heißt, so ist es klar, daß man unter dem Worte ‚Klerikalismus' nichts anderes versteht, als die Verteidigung der Rechte der heiligen Kirche, ihrer göttlichen Anstalten, ihrer erhabenen Mission. In diesem Sinne verstanden, muß jeder gewissenhafte Katholik ein Klerikaler sein. Wenn man aber mit dem Ausdrucke ‚Klerikalismus' sagen will, daß die Kirche ein Bestreben und Verlangen hat, sich im Namen der Religion in rein weltliche, politische und wirtschaft-

liche Fragen einzumischen, so behaupten Wir, daß dies eine Verleumdung und Lüge ist. Die Kirche hat immer die wahre Freiheit gefördert und beschützt, sie verdammt nur die Zügellosigkeit oder den Mißbrauch der Freiheit."

Und was sagt unser Heiliger Vater Pius X.? In einem an Kardinal Fischer in Köln gerichteten Handschreiben vom 30. Oktober 1906 weist er es zurück, daß die Katholiken in politischen Dingen nicht frei, sondern von der kirchlichen Autorität abhängig seien. Der Papst schreibt:

„Nicht geringer war die Befriedigung, welche wir aus der wiederholt bekundeten Beteuerung entnommen haben, daß die deutschen Katholiken in allen religiösen Dingen der Autorität des apostolischen Stuhles folgen wollen. Wenn auch einige, welche die Wahrheit nicht kennen, sich heftig dagegen gewendet haben, so läßt doch dieser Gehorsam, wie eine fortwährende Erfahrung zeigt, einem jeden vollständige und uneingeschränkte Freiheit in denjenigen Angelegenheiten, welche die Religion nicht betreffen. Dadurch entsteht in den Gemütern der einzelnen diejenige Harmonie, welche, von den einzelnen zur menschlichen Gesellschaft fortschreitend, das Wohl der menschlichen Gesellschaft befestigt, welches ja ein doppeltes Element in sich vereinigt, ein religiöses und ein bürgerliches."

Bemerkenswert sind die seinerzeitigen Äußerungen der großen Zentrumsführer Frankenstein und Windthorst. Ersterer sagt:

„Ich habe mir schon im Jahre 1880 erlaubt, aufmerksam darauf zu machen, daß es für das Zentrum absolut unmöglich ist, bei nichtkirchlichen Gesetzen gegebenen Direktiven Folge zu leisten. Nach meiner Ansicht würde es ein Unglück für das Zentrum und eine reiche Quelle von Unannehmlichkeiten für den Heiligen Stuhl sein, wenn das Zentrum in Fragen, welche die Rechte der Kirche nicht berühren, sich Instruktionen von dem Heiligen Stuhl erbitten würde."

Windthorst erklärt:

„Der Heilige Vater spricht einen sehr wichtigen Grundsatz aus, daß in Fragen weltlicher Natur die Zentrumsfraktion, wie jeder Katholik, völlig frei und nach ihrer Überzeugung urteilen und stimmen kann, und daß der Heilige Vater in diese weltlichen Dinge sich nicht mische. Diesen Grundsatz müssen wir unter allen Umständen unverbrüchlich festhalten; denn wenn wir ihn nicht festhielten, würde das geschehen, was die Freunde des Kulturkampfes jahraus jahrein vorhalten, nämlich, daß wir lediglich nach dem Befinden der geistlichen Oberen unserer Kirche handelten. Wir hätten dann keine Selbständigkeit. Wir werden gegen jedermann jenen Grundsatz unverbrüchlich für alle Zeiten festhalten, denn er ist die Basis unserer politischen Existenz."

Das Schlagwort „Klerikalismus" hätte nur Berechtigung in diesem einzigen Falle. Durch obige Erklärungen ist ihm aber auch schon jeder Schein der Berechtigung entzogen. Wird das Schlagwort aufhören?

Fröhliche Politik!

Es ist klar, daß selbst der Riesengeist Luegers die großen Werke nicht vollbracht hätte, wenn ihm nicht Männer an der Seite stünden, die einerseits auf seine Ideen eingehen, anderseits Pfadfinder sind und die Aufgaben verwirklichen, welche verwirklicht werden sollen. Das gilt vor allem von der Verwaltung Wiens. Dr. Lueger hat es verstanden, sich die richtigen Beamten auszuwählen und an die rechte Stelle zu setzen; das gilt in erster Linie von dem Magistratsdirektor Dr. Weiskirchner. Die Männer im Gemeinderate und Stadtrate sind gleichfalls pflichttreue, das Wohl des Ganzen suchende und fördernde Männer. Dasselbe gilt von den Anhängern Luegers im Landtage und Reichsrate.

Eine Zuschrift des bekannten Soziologen, Universitätsprofessor Dr. Beck in Freiburg i. d. Schweiz, die an die „Reichspost" gerichtet war und in zahlreichen Schweizer Blättern zum Abdrucke gelangte, möge unseren Abschnitt beschließen. Er schreibt:

„Alte Parteien haben gewöhnlich etwas Philisterhaftes, einen Stich ins Langweilige. Wie schläfrig tönen die Wahlreden von Parteien, die lediglich konservieren und nichts als konservieren wollen. Die Preß- und Schützenfestphrasen des abgelebten Judenliberalismus hinwieder hat schon Beda Weber als das schlaftrunkene Lied des Nachtwächters bezeichnet, der nicht bemerkt, daß das Tageslicht schon aufgegangen. — Die christlichsoziale Partei ist und bleibt eine jugendliche, eine jugendfrische Garde. Ihr Gründer, Karl v. Vogelsang, hat mit kühnem Jugendmut ihr Banner erhoben; ihr unvergleichlicher Führer, Dr. Karl Lueger, ist und bleibt der Typus der idealen Jugendfrische, der Mann, der mit Siegesfreude in immer neue Kämpfe zieht, der durch auftauchende Schwierigkeiten immer kühner wird, in dessen hellem Kopfe das gereifte Urteil des Staatsmannes wohnt, indes im Herzen das Feuer unversehrter Jugend lodert, der Mann, von dem der alte Firdusi sang: ‚Mit Löwen streiten war sein Sinn — Und mit dem Falken beizt er kühn.' Warum ist die christlichsoziale Partei, warum ist ihr Führer jugendfrisch und jugendfroh? Warum kämpfen sie den heiligen Kampf für Wahrheit und Recht mit Freude? Sehr einfach! Die Christlichsozialen haben wahre Ideale — und sie glauben an die Ideale. Sie wissen, daß sie auf dem rechten Wege der Lösung der sozialen Zeitfrage schreiten, darum schreiten sie mit Siegeszuversicht voran, von einer sozialen Schöpfung zur anderen, von Erfolg zu Erfolg, gedrängt von der christlichen Liebe, gehoben durch die Zuversicht auf den endgültigen Sieg.

Im christlichsozialen Lager hat eben deshalb der moderne Weltschmerz, dieser Katzenjammer zeitgenössischer Kulturpropheten, keinen Resonanzboden gefunden. Es ist eine eigenartige Zeit-

krankheit, dieſer Weltſchmerz oder Peſſimismus. Der Peſſimiſt ſieht die Welt durch eine ſchwarze Brille an. Die Geſinnungen und Taten der Menſchen erſcheinen ihm ſchlimmer, als ſie in Wirklichkeit ſind. Als einzige Triebfeder der Politik bezeichnet er die Eitelkeit, die Selbſtſucht, den Betrug und die Feigheit. Hinter jedem Fortſchritt auf techniſchem und wiſſenſchaftlichem Gebiete wittert er eine verſteckte Teufelei. Literatur und Preſſe ſind in ſeinen Augen wahre Grundſuppen der Bosheit. Überall erblickt und bejammert der Peſſimiſt verhängnisvolle Irrgänge, unheilbare Wunden, Anzeichen des Zuſammenbruches, der raſch heranziehenden Weltkataſtrophe.

Peſſimiſten gibt es in allen Klaſſen und Ständen. Poeten vom Schlage Heines und Börnes, Philoſophen wie Schopenhauer, Hartmann und Nietzſche, und in ihrem Gefolge ein Heer von Literaten, Sozialpolitikern und Künſtlern zweiter und dritter Güte, ſingen der geplagten Menſchheit in ewig ſich erneuernden Jammertönen das Lied des Verzagens, des hoffnungsloſen Nirwana vor. — Auch im katholiſchen Lager gibt es genug der Schimpfgenies, denen Kirche und Staat nie etwas recht machen können, die ebenſo reich an negativer Kritik wie arm an poſitiven Beſſerungsvorſchlägen und am allerärmſten an wahrhaften Leiſtungen ſind. Namentlich jeder kräftige Vorſtoß einer hoffnungsfrohen Jugend gilt ſolchen Bittermännern als ein verdammungswürdiges Attentat auf die geheiligten Grundlagen der öffentlichen Ordnung. Und wenn gar aus einer ſtimmungsvollen Verſammlung ein vorlauter Judenjüngling hinausfliegt, dann meinen ſie, die Säulen des Herkules ſeien im Wanken und Samſon rüttle am Staatenhaus. Am allerbedenklichſten aber erſcheint dieſen Poſaunenbläſern des Gerichtes das Erwachen des chriſtlichen Volkes in Stadt und Land, der Frühlingshauch des demokratiſchen Geiſtes, den der ſcheidende Leo XIII. mit gotterleuchtetem Seherblick als die Hoffnung des aufdämmernden zwanzigſten Jahrhunderts begrüßt hat.

Ganz anders der Optimist. Er betrachtet die Welt und das menschliche Treiben mit freundlichem Auge. Die gewaltigen Errungenschaften der Neuzeit in den Gebieten der Technik, des Völkerverkehres und der wissenschaftlichen Erkenntnis erfüllen sein Gemüt mit einem Hochgefühl der Freude. Er erkennt darin Großtaten des Menschengeistes, sieghafte Beweise für die Geistigkeit der Menschenseele, Strahlen aus dem Lichtmeere der Gottheit, Geschenke der göttlichen Güte, in die Zeitlichkeit herüberschlagende Funken der göttlichen Weisheit und Schönheit. — Bei Zeiterscheinungen, die Gutes und Schlimmes in sich bergen, z. B. der Kultusfreiheit, den Fortschritten der Demokratie u. dgl., scheidet der Blick des Optimisten zwischen Licht und Finsternis. Indem er rückhaltslos den Mißbrauch brandmarkt, begrüßt und anerkennt er freudig das Gute, das der Sache eigen ist, das sie der Menschheit bringt und schon gebracht hat.

Der Romantik, jener erhebenden Geisterbewegung, deren Herold der gewaltige Görres war, die ihre mächtigen Lichtwellen durch Deutschland, Österreich, Frankreich und die Schweiz trug und die mit Zauberkraft edelgesinnte Jünglinge in ihre Kreise zog, der Romantik, die das Wiedererwachen katholischen Lebens in Kunst, Literatur und Politik bewirkte, war ein mächtiger Optimismus eigen, ein freudiger Glaube an eine schöne, bessere Zukunft. Die Romantiker liebten ihre Zeit und ihre Mitwelt. Obwohl sie das Fehlerhafte keineswegs verkannten, noch verschonten, hofften sie auf Verbesserung und arbeiteten redlich zu derselben mit. Sie sahen neue Sonnen aufgehen und jubelten ihnen entgegen. Mit Freude begrüßten sie die Sprengung der Fesseln des Feudalismus und der Zopfperiode und halfen mit, der Freiheit des christlichen Volkes durch die ehernen Mauern der Bureaukratie und des Kapitalismus eine Gasse zu machen.

Haben sich die Romantiker getäuscht in ihrem Optimismus? Wohl hat der eine und andere da und dort einen Sonnenaufgang begrüßt, der sich nachher als ein Traumgebilde erwies. Aber im

ganzen werden wir den Worten des Meisters der Romantikschule Frankreichs, des Grafen Montalembert, zustimmen, dieses idealen Vorkämpfers der Freiheit und der Menschenwürde, der kurz vor seinem Hinscheiden in seinem Aufsatze ‚L'Espagne et la liberté' die denkwürdigen Sätze schrieb:

‚Der Jugend möchte ich jenes Vertrauen, jene heitere Freude einflößen, ohne welche in dieser Welt nichts Ernstes und Dauerhaftes geschaffen wird. Ihr möchte ich bis zu meinem Ende es sagen und wiederholen: Ja, trotz aller Übertreibungen, trotz der Exzesse, trotz aller Ausdrücke der Leidenschaft der beiden extremen Parteien, trotz derer, welche Tag für Tag die Galle, die Korruption und den Haß, der in den höheren Klassen soeben erst sein Zerstörungswerk vollzogen hat, auch in die großen Massen der Bevölkerung hineinwerfen .... allen diesen und all dem zum Trotze ist unser Jahrhundert so viel wert wie die vorhergehenden und, alles in allem betrachtet, wüßte ich keines, das ihm vorgezogen zu werden verdiente .... Die Zukunft wird zeigen, ob ich recht habe — qui vivra verra! Ich halte es für unbestreitbar und selbst für unbestritten, daß unsere religiöse und politische Welt im Jahre 1868 mehr wert ist als 1800, sicher mehr als 1700 und wahrscheinlich auch als Anno 1600. Bleiben wir dabei stehen, um nicht einen ganzen Kurs der Weltgeschichte schreiben zu müssen. Ich ziehe daraus den Schluß, daß das zwanzigste Jahrhundert mindestens ebensoviel taugen wird als das neunzehnte.'

Soweit Montalembert. Seine Worte klingen wie eine Weissagung auf das Erwachen des christlichen Volksgeistes in Österreich im Zeichen der christlichsozialen Bewegung. Die fröhliche, zukunftsfreudige Politik ihres Vorkämpfers Doktor Lueger ist es, die ihr alle Tore sprengt und alle Herzen öffnet.

Das schönste Weihegeschenk für Dr. Lueger zu seinem Ehrentage, das ist der einmütige Jubelruf der unverdorbenen

und unverzagten Jugend, die in ihm ihren wahren Führer gefunden hat. Von der Universität wie aus der Werkstatt, aus der Kaserne wie vom Bauernlande eilt das junge Volk heran und schart sich unter seine Fahne. Wer wie Dr. Lueger hoffnungsfroh und unentwegt für die Wahrheit und für das soziale Recht den guten Kampf kämpft, wer wie er sein Vertrauen auf Gott und auf die christliche Jugend setzt, dem vertraut die Jugend und unter dessen Banner schreitet sie durch Kampf zum Siege."

V.

Einiges über die Persönlichkeit Luegers.

Das finnländische „Rigaer Tagblatt" brachte einige bemerkenswerte Artikel über den Wiener Bürgermeister. Unter anderem heißt es dort: „Dr. Lueger gehört nicht zu jenen Menschen, die in irgendeine Kategorie eingeschachtelt und gewissermaßen mit einer für Dutzende von Exemplaren passenden Etikette versehen werden können. Er ist in jeder Beziehung ein Original, er ist mit einem Worte der ‚Dr. Lueger', als den ihn in Wien jedes Kind kennt." Weiters heißt es in einer anderen Nummer: „Zum Beweise dafür, daß die Bedeutung Luegers auch außerhalb der Grenzen Österreichs vollauf anerkannt wird, wollen wir das Urteil eines Reichsdeutschen zitieren. Der bekannte Schriftsteller Karl Bleibtreu schreibt u. a.: ‚Luegers äußere Erscheinung befähigt ihn vor allen anderen zu eindrucksvoller Repräsentanz einer großen Hauptstadt. Auch hier darf man auf das landläufige Geschwätz vom ‚schönen Karl' nichts geben, da mit dem Begriff des sogenannten schönen Mannes sich immer ein Geruch von Ziererei und Geckentum verbindet. Nichts von allem dem haftet an dieser prächtigen Gestalt, die sich im Gegenteile ohne jede Spur von Pose in bürgerlicher Schlichtheit kleidet.'"

Arbeitseifer.

Daß Dr. Lueger ein ganz außerordentlicher Arbeitsmensch ist, brauche ich wohl nicht weiter zu beweisen.

„Wenn der positiven Erfolge und Leistungen auch wirklich weniger wären — die Erfolge liegen ja oft so wenig in des Menschen Hand —, so müßten noch immer der verzehrende Arbeitseifer und die erstaunliche Arbeitskraft gepriesen werden, mit welchen Dr. Lueger über das Wohl seiner Vaterstadt wacht", schrieb seinerzeit das Wiener „Vaterland". Man nennt die Arbeit das achte Sakrament. Sie bewahrt vor Abwegen, schafft Segen. Von einer nie versiegenden Arbeitslust erfüllt, empfindet Lueger die Arbeit nicht als Bürde, sondern als sein Lebenselement, jede Arbeitserleichterung, die man ihm anrät, weist er von sich. Daß er, der sich und seine ganze Kraft in den Dienst des christlichen Volkes gestellt, keine Zeit zum Heiraten gefunden hat, ist erklärlich. Wenn in den früheren Jahren Tag um Tag ihn zu Versammlungen rief, so lassen seit Jahren die Verwaltungsgeschäfte der Millionenstadt ihn nicht zu Atem kommen. Dabei ist er im Landtage und im Reichsrate tätig und überall die Seele der Bewegung, die auch in anderen Kronländern immer mehr an Boden gewonnen hat.

Bei einem Krankenbesuch in seiner letzten Krankheit hörte ich ihn mitten unter seinen Schmerzen den Kanzleidirektor fragen, ob nicht Einläufe gekommen seien. Vom Krankenbette aus erledigte er während der Zeit seiner Krankheit alle Einläufe. Einen großen Eindruck machte es — auch auf die Sozialdemokraten —, als er vom Krankenlager weg im Reichsrat erschien, um an der Abstimmung für die Wahlreform sich zu beteiligen.

Prinz Alois Liechtenstein schreibt: „Zumeist verändert sich der Mann, der sein Ziel erreicht hat. Der Stolz nimmt zu, der Fleiß ab, wie sich die Gewalt des Stromes an seiner Mündung in Lagunen und auf Sandbänken verliert. Dr. Lueger hat, seitdem er die goldene Kette trägt, seine Tätigkeit verdoppelt, sie verbreitet sich auf die großen Gesichtspunkte und vertieft sich ins Detail, kein Ressort bleibt ihm fremd, überall greift er persönlich ein."

„Bei Lösung aller der wichtigen und umfangreichen Fragen der letzten Jahre (Gas, Tramway, Elektrizitätswerke ꝛc.) hat Bürgermeister Dr. Lueger immer unmittelbar tätigen Anteil genommen; er ließ sich stets in alle Details einweihen und gab hierfür seine Weisungen für das weitere Vorgehen. Für die Mitarbeiter des Bürgermeisters ist es immer eine große Genugtuung, wenn sie fühlen, daß er ihren Ausführungen folgt und ihre Anträge würdigt. Oftmals mußte ich ihm in sehr wichtigen Angelegenheiten Vortrag halten. Mit großer Aufmerksamkeit folgt er den Ausführungen und wird nur dann ungeduldig, wenn der Vortragende breitspurig wird und unnötig viele Worte macht. Deshalb verkehre ich mit ihm seit jeher, ich möchte sagen, mit telegraphischer Kürze. Denn ich weiß, daß er dies am liebsten hat. Die schwierigsten, seiner Fachbildung ferneliegenden Gegenstände erfaßt er ungemein rasch und bildet sich schnell und sicher ein Urteil, er erinnert sich noch lange Zeit an alle Einzelheiten, selbst in minder wichtigen Sachen." So das Urteil des Stadtbaudirektors Dr. Franz Berger.

In ähnlicher Weise äußert sich Stadtanwalt Doktor Swoboda: „Ein verblüffendes Gedächtnis und eine blitzschnelle Auffassung sind ihm eigen: ‚Ich brauche keinen Kommentar', ist sein eigener Ausspruch; er braucht nur eine Andeutung und findet sich sofort zurecht in den schwierigsten juristischen, technischen und finanziellen Dingen."

Anforderungen an die Beamtenschaft.

Wie er voll Arbeitseifer ist, verlangt er auch von seinen Beamten ganz außerordentliche Leistungen. Wer unter ihm arbeitet, der muß eisernen Fleiß und felsenfeste Gesundheit sein eigen nennen, denn Ruhe gibt es weder bei Tag noch bei Nacht. Die schwierigsten Probleme müssen in der kürzesten Zeit spruchreif werden. Ein Magistratsrat sagte zu mir: „Die Wiener wissen gar nicht, was sie an ihrem Bürgermeister haben. Seine Beamten

spannt er freilich gehörig ein, aber er tut es zum Nutzen des Volkes." Er selbst kennt keine Ruhepause, als Übermensch überragt er an Arbeitskraft, Beharrlichkeit und Unermüdlichkeit alle seine Mitarbeiter. Dafür sorgt er aber auch für die Beamten. Zu der Abordnung der Kommunalbeamten unter Führung des Magistratsdirektors Dr. Weiskirchner sagte er beim heurigen Neujahrsempfang: „Ich appelliere an Ihre Opferwilligkeit, Ihre Tatkraft, Ihren Fleiß und Ihre Kenntnisse, damit im nächsten Jahre alles gut geht. Wenn irgendwo, so gilt das Wort ‚rasten ist rosten' bei der Verwaltung einer großen Stadt. Es darf nicht gerastet werden, die Maschine muß ruhelos vorwärtsgehen, wenn dadurch auch eine Abnützung der Kräfte, auch eine vorzeitige, stattfindet. Es ist nicht anders möglich. Das war auch der Beweggrund, der mich der Abkürzung der Dienstzeit zustimmen ließ, weil bei einer so angestrengten Tätigkeit Körper und Geist mehr hergenommen werden als in den früheren Zeiten der Post und des Stellwagens. Alles geht elektrisch und vieles geht auch elektrisch zugrunde. Ich wünsche vom Herzen einem jeden, daß er ein fröhliches Alter und eine fröhliche Pensionszeit erlebt und mit Vergnügen an die vergangene Zeit zurückdenkt."

Frühaufsteher.

Lueger war jederzeit, wie er sich selbst rühmte, ein Frühaufsteher, der sich niemals überraschen ließ. Er war es aber nicht bloß im übertragenen Sinne, sondern auch buchstäblich. „Obwohl Dr. Lueger infolge seiner agitatorischen Tätigkeit gewöhnlich sehr spät nach Hause kam und besonders durch die auswärtigen Versammlungen sehr ermüdet war, war er doch stets sehr zeitig früh wieder auf und an der Arbeit; und wenn er manchmal infolge der vielen Anstrengungen und der Beschwerden der Reisen gar krank wurde, begab er sich doch oft in eine wichtige Gemeinderatssitzung oder Versammlung." So Dr. Pfenner.

„Unſer Bürgermeiſter iſt ein Frühaufſteher. Längſtens $^1/_2$7 Uhr morgens ſitzt er bereits, angetan mit einem behaglichen Schlafrock, im bequemen Lehnſtuhle ſeines Schlafzimmers, die Augen mit goldumränderten Brillen bewaffnet, und vor ſich auf dem Tiſch gehäuft die ſämtlichen Wiener Tagesblätter, die der Morgen ins Haus gebracht hat.“

Ein Tag im Leben unſeres Bürgermeiſters.

„Sein Tagewerk beginnt. Zeitung für Zeitung wird zur Hand genommen: bald gleitet das Auge des Bürgermeiſters flüchtig über die Spalten und Zeilen, bald haftet es länger: Nachrichten über Gemeindeangelegenheiten, wichtige politiſche Mitteilungen ſind es, welche gerade ſeine Aufmerkſamkeit feſſeln; Zeitung um Zeitung wird aus der Hand gelegt, den Geſichtszügen iſt aber nichts anzumerken, ob es ein Preßfreund oder ein Preßfeind war, der jetzt als geleſen und ‚erledigt‘ zur Seite wandert. Ruhig, gleichmäßig bleiben die Züge, ob der leſende Bürgermeiſter Lob oder Tadel, gerechte Kritik oder Schmähung aus den Seiten der Preſſe entgegennimmt.

Iſt die Durchſicht der Tagesblätter vollendet, dann Druck auf den Taſter: kling. Der Diener erſcheint, raſch wird Toilette gemacht, den Schweſtern durch die Türe ein lautes: ‚Lebt wohl!‘ zugerufen und hinauf geht es in den erſten Stock, die Bureauarbeit beginnt.

Der Briefeinlauf bei unſerem Bürgermeiſter iſt ein enormer. Den Briefſchreibern diene zur Beruhigung, daß Bürgermeiſter Dr. Lueger jeden Brief perſönlich lieſt und über denſelben ſeine Weiſungen gibt. Mehrere Stunden ſeines arbeitsreichen Tagesprogrammes ſind dieſem Zwecke gewidmet. Ein großer Teil betrifft Bitten um Unterſtützung, um Anſtellung bei der Gemeinde; ungemein groß iſt auch die Zahl der Anſichtskarten, die aus aller Welt von Freunden und Bekannten, von Unbekannten, ja ſelbſt anonym ins Rathaus flattern und Zeugnis geben, daß der

Name ‚Lueger' allerorts ertönt und es Tausenden ein Herzensbedürfnis ist, den großen Bürgermeister von Wien aus fern und nah zu grüßen.

Dann kommen Beschwerdebriefe gegen diesen oder jenen, dann Schreiben großen Formates, sie enthalten Resolutionen und Danksagungen der Versammlungen, politische Programme, wohl auch Projekte für Gemeindemaßnahmen, und so geht es fort, bis die große Briefmappe, die der Kanzleidirektor Franz Josef Meyer, genannt der kleine Meyer, gebracht hat, durchgenommen und aufgearbeitet ist.

Neben der Briefmappe liegt bereits die Mappe für die Unterschriften, deren der Bürgermeister hunderte, ja tausende zu leisten hat." So Magistratsdirektor Dr. Weiskirchner.

Jeder Brief, jede Gratulation wird beantwortet. Und das nicht erst, seitdem er Bürgermeister ist, sondern auch in früheren Jahren. Mancher zeigt nach Jahren stolz einen Glückwunschbrief Luegers.

Bei Empfängen, Festlichkeiten ꝛc. will jeder Luegers eigene Unterschrift auf Ansichtskarten, die dann hinausflattern in alle Weltgegenden. Und mit derselben Opferwilligkeit und Ausdauer, die er den Kommunalgeschäften angedeihen läßt, widmet er sich auch dieser anstrengenden, monotonen Tätigkeit und unterzeichnet hunderte von Ansichtskarten mit Dr. Karl Lueger. Von seinen Erholungsreisen sendet er hunderte von Ansichtskarten an seine Freunde.

Doch kehren wir zu einer Tagesarbeit unseres Bürgermeisters zurück.

Während die Einläufe im Arbeitszimmer erledigt werden, sammeln sich im Vorzimmer die Parteien, welche dem Bürgermeister mündliche Bitten vorzutragen haben, die Referenten, welche Bericht erstatten und Weisungen einholen wollen, die Persönlichkeiten, welche dem Bürgermeister ihre Aufwartung machen, und wer an einem Montag „den großen Empfang" des Bürgermeisters

mitangesehen hat, der weiß nicht nur, daß die Türe des Bürgermeisters jedermann offen steht, der weiß auch, daß alle Schichten der Bevölkerung, hoch und nieder, unseren Bürgermeister aufsuchen und ihr Anliegen mit ihm besprechen. Für jeden findet er die rechten Worte, und eigentlich geht keiner unbefriedigt fort, auch wenn seine Hoffnungen nicht erfüllt worden sind.

Dasselbe reiche Leben entwickelt sich an jedem ersten Donnerstag im Monat, an welchem Tage Bürgermeister Dr. Lueger die vom Gemeinderate verliehenen kommunalen Auszeichnungen den Ausgezeichneten überreicht, die Beeidigung der Beamten vornimmt, die Bürgerbeeidigung im großen Gemeinderatssaale durchführt, die Armenräte angeloben läßt und an welchem Tage ihm auch die jeweils neu aufzunehmenden Beamten, Diener und sonstigen Bediensteten der Gemeinde Wien vorgestellt werden.

Nach Erledigung des Einlaufes und des Parteienempfanges beginnt die Fülle der Sitzungen der Ausschüsse und Kommissionen, welchen der Bürgermeister am liebsten persönlich präsidiert; dann kommen die vielen Repräsentationsangelegenheiten, bei welchen der Bürgermeister die Stadt und die Bürgerschaft zu vertreten berufen ist.

Erforderte es die Zeit, dann eilte der Bürgermeister von Volksversammlung zu Volksversammlung, um zu seinen getreuen Wählern zu sprechen. Daß dies jetzt niemand mehr von ihm erwarten darf, braucht nicht gesagt zu werden.

Bei all dem findet er noch Zeit, an freudigen Ereignissen und an Trauerfällen seiner Wiener teilzunehmen. Er hat die Meinung, daß bei der Wiener Völkerfamilie der Bürgermeister an Leid und Freud derselben Anteil nehmen soll. Jeder Anlaß ist ihm willkommen, der ihn in innige Fühlung mit seinen Mitbürgern, auch den bescheidensten, gelangen läßt. Kein zweiter in Wien war so oft Taufpate und Firmgöd, Hochzeitsgast und Gratulant bei Familienfesten. Bald sehen wir ihn als Beistand bei der Hochzeit eines einfachen Arbeiters, dann wieder am

Krankenbette eines verdienten Wiener Bürgers, dann im Kreise der Kinder, denen er selbst die Gaben austeilt, die ihnen Wiener Wohltätigkeit gespendet hat.

Goldene Hochzeiten.

Bekannt ist, daß der Bürgermeister bei den 50jährigen Hochzeitsjubiläen, vorab der Pfründnerpaare, sich regelmäßig eingefunden hat. Eine goldene Hochzeit ohne ihn schien so undenkbar, daß die greisen Jubelpaare das Fest verschoben, wenn der Bürgermeister nicht in Wien war. Im Jahre 1904 hat er an 36 goldenen Hochzeiten teilgenommen. Seit dem Tage seiner Erwählung als Bürgermeister bis zum Ende des Jahres 1904 an 1372.

Die Veranlassung zu dem schönen Brauch, sich bei den Hochzeitsjubiläen der Pfründnerpaare einzufinden, teilt Doktor Weiskirchner mit:

„Wenige Tage erst war ich vom Bürgermeister Dr. Lueger als Vorstand des magistratischen Armendepartements bestellt, als einer meiner Beamten mir meldete, daß ein Pfründnerpaar seine goldene Hochzeit feiern werde, und mir den Antrag stellte, demselben aus diesem Anlasse das übliche Geldgeschenk zu bewilligen.

Mit der Bewilligung des Geldbetrages war ich sofort einverstanden, erkundigte mich aber noch, in welcher Form die Überreichung des Betrages zu erfolgen pflege.

Nachdem mir berichtet war, daß der Vorgang streng bureaukratisch und wenig erhebend vor sich zu gehen pflegte, faßte ich den Vorsatz, persönlich zur kirchlichen Feier zu gehen und nach derselben das Geldgeschenk der Gemeinde mit einigen freundlichen Worten zu überreichen.

Über meinen Vorsatz berichtete ich unserem Bürgermeister, der nach kurzer Überlegung mir folgenden Bescheid gab: ‚Mein lieber Sekretär Weiskirchner, zur goldenen Hochzeit des armen Ehepaares da geh ich selber!'"

Und seit dieser Zeit geht der Bürgermeister, begleitet vom Präsidialvorstande und Armenreferenten, zu den goldenen Hochzeiten der Armen der Gemeinde Wien und erweist denselben an ihrem schönsten Ehrentage die höchste Ehre."

Wie sollte ein solches Vorgehen ihm nicht die Herzen des Volkes, der Kinder und Enkel des Jubelpaares zuwenden!

Erholungsreisen.

Jedermann weiß, was der Bürgermeister für sein Wien arbeitet, und gönnt dafür gerne demselben alljährlich seine Erholungstage, die er regelmäßig in Gesellschaft einiger Parteifreunde zubringt. Mit Vorliebe besucht er im Winter Italien und das Meer, dort findet er auch die beste Erholung. Fast regelmäßig verwendete Lueger zum großen Verdruße mancher Leute einige Tage, um den großen Papst Leo zu besuchen, dem er in kindlicher Liebe zugetan war, wie er auch von diesem auf das äußerste geschätzt, geliebt und ausgezeichnet wurde.

Die letzten Jahre besuchte er im Sommer die Heilquellen von Karlsbad, um Erholung von den körperlichen Leiden zu finden, die eine Folge der geistigen Überanstrengung sind. Lueger besucht Karlsbad nicht gerne, für ihn ist der Aufenthalt in dem Weltkurorte eine ihm aufgezwungene Ruhepause, die er gerne abkürzt, wenn sein „Prüfungszeugnis" — so nennt er die Analyse — „erste Klasse mit Vorzug" aufweist. Ich hatte Gelegenheit, eine Woche mit ihm nach seiner Karlsbader Reise in Gastein zu weilen, dortselbst war er trotz der Anwesenheit mehrerer fürstlichen Häupter der Gegenstand der größten Aufmerksamkeit. Alle Passanten blieben neugierig stehen, wenn der Bürgermeister promenieren ging.

Jede Erholungsreise ist ein Gewinn, da er mit neuer Schaffensfreude zurückkehrt. Seine Klubgenossen freuen sich doppelt über seine Erholung, weil die eingetretene Stärkung der Nerven jede Spur der Nervosität tilgt. Daß seine Nerven nicht geschont

werden, dafür sorgen redlich seine Gegner, aber auch im Parteikreise werden nicht geringe Anforderungen gestellt. Bald ist in einem Bezirke ein Zerwürfnis ausgebrochen, das er schlichten muß, kleine „Partei-Revolutiönchen" sind zu beseitigen, und nur er, der das Vertrauen aller genießt, ist imstande, alles wieder in das rechte Geleise zu bringen.

Rücksichtslos — gegen sich.

Der frühere deutsche Reichsratsabgeordnete Dr. Bachem gesteht, daß ihm bei Verfolgung der Tätigkeit des Bürgermeisters manchmal etwas unheimlich zumute ward; er hatte den Eindruck, als ob Dr. Lueger gar zu rücksichtslos vorgehe. Mehr und mehr hat er die Überzeugung gewonnen, daß Lueger der rechte Mann am rechten Platze sei und energisch eingesetzt werden mußte, um der christlichsozialen Idee eine Gasse zu machen. Schließlich wünscht er, daß die altkonservative Partei auch recht bald mit mehr als einem Tropfen christlichsozialen Öls gesalbt werde.

Wer sollte auch rücksichtsloses Durchsetzen seiner Ziele einem Überzeugten verargen, der an sich selbst und seine Ideale glaubt? Ohne eine gewisse Portion Rücksichtslosigkeit wäre bei den verrotteten Verhältnissen die christlichsoziale Idee nie sieghaft geworden, wären die wohltätigen kommunalen Einrichtungen nicht geschaffen worden. Wenn er rücksichtslos ist, so ist er es vor allem gegen sich selbst und seine Gesundheit — zum Leidwesen seiner Freunde. Nur eine eiserne Konstitution vermochte diese Arbeitslast zu bewältigen und den zahllosen Ansprüchen an die eigene Person nachzukommen.

Ein Schützer der Wehrlosen.

Gegen klösterliche Anstalten sind die Sozialdemokraten des Wiener Gemeinderates von einer wahren Tollwut befallen. Jede Subvention dieser Anstalten wird benörgelt. Besonders gegen

die Schweſtern vom „guten Hirten", die in der Siebenbrunnengaſſe eine Anſtalt für verwahrloſte Kinder und verlaſſene Mädchen leiten, entfalten die Sozialdemokraten ſeit Jahren eine Hetze, als mißhandelten ſie die Kinder, als genöſſen dieſe daſelbſt der ſchlechteſten Pflege und als herrſchten daſelbſt die unhaltbarſten Zuſtände. Da nun auch die Gemeinde Wien magiſtratiſche Pflegekinder den Schweſtern daſelbſt anvertraut, wurden auch in einer der letzten Sitzungen des Gemeinderates dieſe Angriffe gegen die Schweſtern und die Gemeinde Wien erhoben. In der Sitzung des Gemeinderates vom 11. Jänner l. J. verlas nun der Bürgermeiſter einen Bericht der betreffenden Magiſtratsabteilung, welcher ſich gegen dieſe Angriffe wendet, mit folgenden Feſtſtellungen: „Die Schweſtern behandeln dieſe Kinder in der liebevollſten Weiſe, mit gewiſſenhafter Befolgung aller vom Magiſtrate getroffenen Anordnungen und unter der unausgeſetzten Kontrolle des Magiſtrates und des mit den hausärztlichen Agenden betrauten ſtädtiſchen Arztes. Die Leitungen der Schulen, welche von den Kindern beſucht werden, ſind voll des Lobes über das Ausſehen und die Haltung der letzteren. In den zwei Jahren des Beſtandes dieſer Vereinbarung iſt dem Gefertigten weder in der Öffentlichkeit noch von privater Seite irgendeine Beſchwerde über die Pflege der Kinder bekannt geworden. Es muß daher eine Kritik, welche ſich nur in Mutmaßungen gefällt, nicht aber Tatſachen bringt, als eine ungerechtfertigte, eine wahrhaft opferwillige, im vollſten Sinne des Wortes charitative Pflege verlaſſener Kinder rückſichtslos diskreditierende auf das entſchiedenſte zurückgewieſen werden." Dieſe Worte entfeſſelten laute Proteſtrufe der ſozialdemokratiſchen Gemeinderäte. Sie riefen: „Das brauchen wir uns nicht gefallen zu] laſſen! Übergriffe des Magiſtrates! Taktloſigkeit!", während die chriſtlichſoziale Mehrheit „Bravo!" rief. Der Sozialdemokrat Gemeinderat Reumann fragt den Bürgermeiſter: „Warum verleſen Sie ſolche Dinge?" „Weil es meine Pflicht iſt, dieſe ungerechtfertigterweiſe angegriffenen Frauen zu

verteidigen. Ich lade auch die Opposition, insbesondere die sozialdemokratische Opposition ein: Überzeugen Sie sich selbst von dem Zustande der Kinder und von der Art und Weise, wie die Kinderpflege in diesem Kloster gehandhabt wird. Sie werden ja hineingelassen werden. Sollte der Eintritt Ihnen verweigert werden, so werde ich persönlich es Ihnen ermöglichen, daß Sie sich überzeugen können. Mehr kann ich nicht tun." Bisher haben die Herrn Sozialdemokraten von diesem Anerbieten keinen Gebrauch gemacht.

Gefühlsmensch.

Man wird vielleicht ungläubig den Kopf schütteln, wenn ich sage, daß Lueger, der mit eiserner Faust seinen Gegner niederringt, der mit Mut und Unerschrockenheit den schwierigsten und gefährlichsten Fragen an den Leib rückt, Gefühlsmensch ist. Der Öffentlichkeit wird dies wohl weniger bekannt sein, aber im intimen Verkehr kann man sein Herz belauschen.

Ebenso urteilt Dr. Geßmann: „Es ist ihm ein Bedürfnis, zu lieben und geliebt zu werden. Lebenslänglicher harter Kampf tat alles, um aus ihm einen rücksichtslosen Gewaltmenschen, einen brutalen, nur für sich denkenden Egoisten zu machen; blicket näher und ihr werdet in ihm einen Gefühlsmenschen sehen."

Leutseligkeit.

Seine Leutseligkeit ist sprichwörtlich. Diese verschaffte ihm neben seinen anderen trefflichen Eigenschaften seine Popularität. Um nur ein Beispiel zu nennen, bezauberte er die Schweizer Sänger bei ihrem Ausfluge nach Wien durch seine gewinnende, leutseligjoviale Art. „Er ist heiter unter Widerwärtigkeiten und körperlichen Leiden, freilich nicht leichtsinnig, leichtlebig im Stile der altösterreichischen Schlamperei," meint ein Reichsdeutscher, „denn überm Grundkern seines Wesens lagert ein tiefer, pflichtstrenger Ernst."

„Wie ſein Arbeitseifer," meinte Prinz Liechtenſtein, „iſt auch ſeine Leutſeligkeit dieſelbe geblieben, ſeit er Bürgermeiſter geworden. Der Verkehr mit ihm iſt ſo ungezwungen wie ehedem ... Mit Dr. Lueger ſprechen heute noch die geringſten Bürger ſowie die gewichtigſten vertraut und ohne Zagen; ſie nahen ihm als ihrem hilfsbereiten Freunde. Während Dr. Prix einer Abordnung von Hausherrn in ſeinem Empfangsſaale nicht einmal Stühle anbot, geht Dr. Lueger zu ſilbernen und goldenen Hochzeiten der ärmſten Pfründner." Es liegt nun einmal in der Menſchennatur, daß Menſchen, welche eine höhere Stellung erringen, die Kontenance verlieren, und das um ſo mehr, je mehr ihre Umgebung ſie zu Göttern macht. Das gilt von weltlichen und kirchlichen Würdenträgern. Bei Lueger iſt es nicht eingetreten.

Wiederholt geht der Bürgermeiſter in die verſchiedenen Verſorgungshäuſer, um ſich nach dem Wohlbefinden der Alten zu erkundigen. Wie freuen ſich dieſe, wenn ihr Bürgermeiſter wieder einmal zu ihnen kommt, für jeden ein freundliches Wort findend. Ein Lichtſtrahl des Glückes huſcht über die Furchen und Runzeln, die ein Leben voll ehrlicher Arbeit in ihr Antlitz gezeichnet. Magiſtratsdirektor Weiskirchner ſchreibt:

„Mit Jubel wird Bürgermeiſter Dr. Lueger in den Verſorgungsanſtalten der Stadt Wien bei ſeinen Inſpektionen empfangen, welche er öfters im Jahre vornimmt.

Jeder ſolche Tag iſt für die Inſaſſen der Verſorgungshäuſer ein Freudentag, denn die alten Leute wiſſen, von welcher Güte Bürgermeiſter Dr. Lueger beſeelt iſt, wie er ſich in eingehendſter Weiſe um das Befinden jedes einzelnen erkundigt, die Wünſche und Beſchwerden jedes einzelnen entgegennimmt und jedem einzelnen nach Tunlichkeit gerecht zu werden trachtet.

Er koſtet von den Speiſen, ob ſie ſchmackhaft ſind, und verlangt, daß, ſoweit es zur Aufrechthaltung der Ordnung nicht unbedingt notwendig iſt, auf die Pfründner kein Zwang ausgeübt werden darf."

Mit welcher Freundlichkeit versteht er mit den Kindern zu verkehren. Die Schuljugend kennt ihn und liebt ihn. Und Kinder haben ein feines Gefühl dafür, ob sie jemand lieb hat. Wo immer sie seine Equipage erblicken, tummeln sie sich, um unter jubelnden „Hoch Lueger!"-Rufen im Sturm zu folgen; steigt er dann gar aus, um einen Bau, eine Anlage, die Stätte eines Unfalles zu besichtigen, so drängt sich das kleine Volk von allen Seiten heran und ist glücklich, gesehen zu werden. Manchmal weiß ein Vorwitziger ganz nahe heranzukommen und mit leiser Verstohlenheit das Gewand des Bürgermeisters zu streicheln. Bei Eröffnung des neuen Fischmarktes an der Augartenbrücke zogen die kleinen Zuschauer auf einmal ihre Schulnachrichten aus dem Ränzchen hervor und begehrten, der Bürgermeister möge hineinsehen. Er tat's auch, und es setzte Lob und Tadel ab. (Festschrift.)

Lueger und Abgeordneter Schneider saßen im April 1896 zusammen in Aquileja und schmiedeten Zukunftspläne. Im Laufe des Gespräches meinte Schneider u. a.: „Ich bin überzeugt, die in Wien werden nachgeben müssen und Du wirst unser Bürgermeister werden. Aber wirst Du dann nicht stolz werden und uns vergessen?" Darauf sagte Lueger: „Jetzt kennst Du mich schon 18 Jahre und wirst zugeben, daß ich mich nicht verändert habe, sondern meinen treuen Freunden stets ein treuer Freund geblieben bin, und so wird es auch in Zukunft sein." „Und Lueger hat Wort gehalten", bemerkt Schneider. Das muß auch jeder bestätigen, der Lueger kennen gelernt, und auch ich kenne ihn über 20 Jahre, und seit dieser Zeit hat er aus dieser mir entgegengebrachten Freundschaft nie und vor niemandem ein Hehl gemacht. „Er versteht es, Freundestreue mit Treue zu vergelten", bemerkt sein langjähriger Freund Dr. Geßmann. Lueger ist durch die Schmähungen der Feinde nie mutlos geworden, er ist nicht übermütig geworden durch seine Erfolge, durch die Ehrungen des Volkes.

Eine weniger große Seele wie er könnte, durch die ganz einzigen Erfolge, die allseitigen und wohlverdienten Anerkennungen,

den Weihrauch, den andrängende Schmeichler ſtreuen, berückt, der Eitelkeit, dem Größenwahn zum Opfer fallen. Bei Lueger, der, wie ich aus ſeinem Munde weiß, die Verderblichkeit der Eitelkeit kennt, iſt das ausgeſchloſſen. Er, der ſo viele Jahre das harte Los der Verdemütigung trug, kann auf der Höhe ſeiner Erfolge nicht einmal von ſolchen, die ihm zujubeln, die ſich ihm erſt anſchloſſen, als bereits alles gewonnen war — und das ſind die am wenigſten verläßlichen — betört werden. Ihm bleibt die Sache Gottes und des chriſtlichen Volkes ſtets die Hauptſache.

Geſellſchafter.

Lueger gilt bekanntlich als ſehr angenehmer Geſellſchafter. Um ihn von dieſer Seite kennen zu lernen, muß man mit ihm auf einer Reiſe oder wenigſtens bei einer zwangloſen Unterhaltung geweſen ſein. So iſt er u. a. auch einer der beſten Tarokſpieler; beim Kegelſchieben, das er mit Vorliebe pflegt, weil es ſeiner Geſundheit zuträglich iſt, iſt er ein Meiſter. Daß ſich ſo manche um das trauliche „Du“ bewarben, iſt erklärlich. Nachträglich mußte einer zum größten Ergötzen Luegers — gedrängt von Luegers Gegnern — dieſem abſchwören. Kleine Neckereien muß ſich der eine oder andere in der Unterhaltung von ihm mitunter gefallen laſſen, da er in humorvoller Laune nicht leicht einen Witz, der ihm auf der Zunge ſitzt, zurückhält. Von der Waffe, die ihn beim Feinde beſonders gefürchtet macht, der beißenden Ironie, vom kauſtiſchen Witz macht Lueger im intimen Kreiſe nur ſpärlichen Gebrauch, er ſpielt nur mit dieſer Waffe, ſie verwundet nicht, ſie kitzelt nur, es iſt das gemütliche Sticheln, was der Wiener „frozzeln“ nennt. Daß mancher Scherz dem Getroffenen zuweilen minder angenehm iſt, liegt in der Natur des Witzes. Bei Enthüllung eines Luegerbildes in einem Gaſthauſe war auch Dr. Lueger geladen. Einer der Stammgäſte hatte, anſcheinend nicht ohne eigenes Verſchulden, eine ſogenannte Weinnaſe. Lueger pries den Wirt und ſeine Weine mit ſchalk-

hafter Beziehung auf den Nasenbesitzer, der jedem Weinhaus zur Ehre gereiche. Manches Wort, das sich in der Zeitung schärfer ausnimmt, hört sich im Munde Luegers harmlos an. Beweis dafür sind die witzigen, nicht gerade schmeichelhaften Worte, mit denen der Bürgermeister den Journalistenkongreß begrüßte und die bei den gewiß empfindlichen Preßleuten allgemeine Heiterkeit hervorriefen.

Uneigennützigkeit.

So sehr Dr. Lueger von den politischen Gegnern bekämpft wurde, sehr häufig mit vergifteten Waffen, so wagte es doch noch niemand, die Lauterkeit seines Charakters und die Reinheit seiner Hände anzutasten. Ehrgeiz, Herrschsucht, Rücksichtslosigkeit werfen ihm seine Feinde vor, aber den blanken Schild seiner Uneigennützigkeit tasten sie nicht an. Wir haben das Urteil Dr. Porzers über Luegers Uneigennützigkeit bereits gebracht.

In gleicher Weise äußert sich Prinz Liechtenstein: „Als gewandter Advokat von weitverbreitetem Rufe hätte sich Doktor Lueger in einer Dezennien währenden Praxis ein bedeutendes Vermögen erwerben können; aber von Anfang an hat er sich als Bekämpfer der kapitalistischen Korruption so völlig den Interessen seiner Wähler und der kleinen Leute gewidmet, daß er seine Praxis vernachlässigte, später die Advokatur aufgab. Statt sich Wohlhabenheit zu gründen, hat er das bisher erworbene Eigentum den Kosten des politischen Kampfes geopfert bis zur gänzlichen Erschöpfung seiner geringen Mittel ....

Als ihm schließlich die höchste Würde, welche die Bürgerschaft Wiens zu vergeben hat, zufiel, hatte Dr. Lueger bereits in edler Genügsamkeit dafür Sorge getroffen, daß der Gehalt des Bürgermeisters, auf ein mehr als knappes Maß herabgesetzt, den Anforderungen der Stellung kaum mehr entsprach; *für sein Volk hatte er sich arm gemacht* und, von diesem auf das Schild gehoben, *ist er arm geblieben*." Auch die gegnerische

Prager „Politik" schrieb: „Vor allem wird man ihm strenge Redlichkeit zusprechen müssen. Und ein ehrlicher Mann ist noch heute, wie zu Shakespeares Zeiten, ein Auserwählter unter Tausenden. Seiner Ausdauer und seiner Lauterkeit hat Dr. Lueger seine ungeahnten Erfolge zu verdanken."

In welch perfider Weise, namentlich vor den Wahlen manche Gegner arbeiten, ersehen wir aus dem bereits zitierten sozialdemokratischen „Gebirgsbote". Er schreibt: „Der Stadt Wien aber kostet der Bürgermeister immer noch 37.000 K." Tatsache ist, daß der Bürgermeister nur 24.000 K Gehalt bezieht, während seine liberalen Vorgänger 48.000 K Gehalt hatten, daß somit der Bürgermeister durch die zehn Jahre seines Regimes der Gemeinde Wien bereits eine Viertelmillion geschenkt hat.

Wir erwähnten, wie Tausende, nicht nur Wiener, sondern aus ganz Österreich und dem Auslande, sich's nicht nehmen lassen wollten, anläßlich seines Jubiläums durch sichtbare Geschenke ihm ihre Liebe zu beweisen. Sein uneigennütziger und edler Sinn aber wollte davon nichts wissen; er wünschte, daß alle für eventuelle Geschenke bestimmten Beträge einem Stiftungsfonds zufließen sollten, der wohltätigen Zwecken gewidmet sein wird — nur der Name dieser Stiftung soll zeugen, wem zuliebe brave Bürger ihr Scherflein der Wohltat gewidmet.

Seine Uneigennützigkeit, und daß er sich nie auf Kosten des Volkes bereichert hat, das ist es auch, was das Volk seinem Lueger stets hoch angerechnet hat. Gelegenheiten zur Bereicherung wären genug gewesen. Er schied gleich im Anfange seiner politischen Tätigkeit aus der liberalen Partei und trat gegen sie in Opposition, weil er jederzeit gegen jedes Unrecht aufgetreten war. Wäre es ihm bloß um Geld und Ansehen zu tun gewesen, so hätte er bei seiner eminenten Befähigung bei der Partei, die herrschend war, ohne Mühe und Opfer es zu einer dominierenden Stellung gebracht. So aber wollte er dem ehrlich arbeitenden Volke helfen und nahm den Riesenkampf auf sich, von dessen Größe er wohl selber

keine volle Ahnung hatte. Er hat das Höchste erreicht, was das Volk zu vergeben hat; behielt aber zeitlebens dabei reine Hände. Auch von seinen Parteigenossen verlangt er reine Hände. „Ist aber ein Lump hier," so erklärte er im Gemeinderat am 12. Dezember 1905, „so gehört er hinaus."

Seine dynastische Treue.

„Einen Vergleich zwischen Wien von jetzt und zu Anfang dieses Jahrhunderts zu ziehen, ist beinahe unmöglich. Mit Ausnahme der großen Denkmale der Kunst, ist förmlich kein Stein auf dem anderen geblieben, es hat sich alles geändert; nur eines," setzt der Bürgermeister — um seiner unbegrenzten Anhänglichkeit an die Dynastie Ausdruck zu verleihen und sie in der Bevölkerung zu stärken — hinzu, „nur eines ist gleich geblieben: ‚Die unbedingte Anhänglichkeit und Treue zu Kaiser und Reich.'" (Gemeinderat,' 22. Dezember 1900.) Letzteres betont er auch beim Empfang des Bergmannstages im Rathause am 23. September 1903: „Mögen gewisse Politiker noch so krakeelen und krawallieren, daß es den Anschein hat, als ob das ganze Reich in seinen Grundfesten erbeben möchte, die großen Massen sind treu und ergeben der Dynastie Habsburg."

Von dieser dynastischen Treue, die nicht immer und von allen gewürdigt wurde, haben wir schon viele Proben beigebracht, und diese Treue ist bei Lueger echt und unvertilgbar. Von manchem seiner Parteigenossen mußte er sich dafür den unberechtigten Vorwurf des Byzantinismus gefallen lassen.

Eine Gelegenheit, seiner Anhänglichkeit an die Dynastie, speziell den Monarchen Ausdruck zu verleihen, bot ihm das Regierungsjubiläum des Kaisers. Der Huldigungsfestzug der Wiener Kinder war für den Monarchen eine der schönsten Gaben, die ihm dargebracht werden konnten. 70.000 Kinder, Knaben und Mädchen, zogen an dem Kaiser vorüber. Gerührten Herzens

drückte der Monarch für dieſe ſinnige Huldigung dem Bürgermeiſter die Hand.

„Ich werde, was immer geſchehe, ein treuer Diener meines Vaterlandes Öſterreich und des Erzhauſes Habsburg bleiben", hören wir ihn bei der Feſtfeier ſeines 60jährigen Geburtstages im Rathauſe.

Anfangs Juli 1906 wurde dem Bezirksvorſtande Spitaler das Ritterkreuz des Franz Joſef-Ordens vom Bürgermeiſter überreicht. Unter dem Eindrucke der magyariſchen Kriſen ſagte Dr. Lueger: „Die Treue der Wiener Bevölkerung zu Kaiſer und Reich kann niemals erſchüttert werden, wenn wir auch manchmal kaiſerlicher ſein müſſen als der Kaiſer. Wir ſind Wiener und Öſterreicher und haben die heilige Pflicht, das Reich zu lieben. Und — wir laſſen an unſerem Vaterlande nicht deuteln und rütteln, von niemandem. Auf die Treue der Wiener mag der Kaiſer Burgen bauen, ja, ich ſage ſogar: Dieſe Treue ſelbſt iſt eine uneinnehmbare Burg. Da mag man von Oſten ſtürmen! So lange noch ein Stein in Wien auf dem anderen ſteht, ſo lange werden wir für unſer Reich kämpfen." Die Beteilung der Kinder mit Polizzen aus dem Jubiläumsfonds wurde auf den 2. Dezember, dem Tage der Thronbeſteigung, feſtgeſetzt, um „den Tag der Thronbeſteigung immer in feſtlicher Weiſe der Geſamtbevölkerung in Erinnerung zu bringen .... Die Wiener Bevölkerung iſt eine ſolche, welche dem Kaiſer und dem Kaiſerhauſe in unbedingter Treue ergeben iſt." (27. November 1904.)

Beim Bankett des Katholikentages, November 1905, gedachte der Bürgermeiſter des Landes jenſeits der Leitha, das größere Wohltaten empfange, aber dem alten Kaiſer wehe tut. „Nun, es kommt für alle der ſtrafende Tag, wir aber verlangen keine Gnade, wir bleiben bei dem Kaiſer, ohne Rückſicht, ob wir Zuckerln bekommen oder nicht. Das iſt nicht die echte Treue, die immer belohnt werden will; die echte Treue iſt die,

welche treu bleibt ohne Rücksicht auf irgendwelchen Lohn, treu bleibt, weil es zur Tugend eines Mannes gehört, ein braver Mann zu sein."

Der Katholik.

Unser Bürgermeister ist überzeugter Katholik und hat aus seiner katholischen Gesinnung nie ein Hehl gemacht. So entschieden katholisch er in seiner Gesinnung ist, so tolerant ist er gegen die erbgesessenen Protestanten, von denen viele ihm größte Verehrung entgegenbringen. Sein Eintreten für die Deutschen in Ungarn veranlaßte einen Protestanten dortselbst, zu schreiben: „So kommt es denn, daß der katholische Lueger auch bei vielen Protestanten in Ungarn, sofern sie deutsch sind, ausgesprochene Sympathien genießt." Von der geradezu rührenden Liebe der vorwiegend orthodoxen Rumänen gegen Lueger war bereits die Rede.

Bei aller Toleranz verurteilte er selbstverständlich auf das entschiedenste die hochverräterische „Los von Rom"-Bewegung. Ihm, dem entschieden überzeugten Katholiken, wird auch ein ehrlicher Protestant die Bemerkung nicht verübeln, die er einmal mir gegenüber machte: „Daß ein Protestant aus Überzeugung Katholik wird, begreife ich, wie aber ein Katholik aus Überzeugung Protestant werden kann, begreife ich nicht."

Hinweisen will ich, wie gerade durch Dr. Luegers Beispiel und Einfluß die Fronleichnamsfeier in Wien allüberall zu einem wahren Volksfest gestaltet wurde, an dem das ganze Volk teilnimmt, kein Mandatar fehlt. Er selbst nahm zuweilen an drei bis vier Umgängen teil.

An allen möglichen kirchlichen Veranstaltungen nahm er teil, durch seine Anwesenheit das Volk ermunternd, so an Missionen, Patrozinien, Pfarrerinstallationen, Kircheneinweihungen ꝛc. Jede neue Schule wird eingeweiht, keine Schule ist ohne Christusbild. Das Attentat auf das Kreuzzeichen wurde abgewehrt, in der

Schule wird wieder gebetet. Der liberale Gemeinderat hatte im Jahre 1870 der katholischen Schuljugend und den Lehrern verboten, das Hochwürdigste Gut am Fronleichnamsfeste zu begleiten, und befahl zugleich, die Schullokalitäten zu schließen für etwaige Versammlungen der katholischen Schüler, welche unter Leitung des Katecheten die Prozession begleiten wollten. Heute geht die Schuljugend mit, und sie geht mit Freuden mit. Die Eidesablegungen, die vielfach nur als Formalität behandelt wurden, sind von Lueger zu erbauenden, eindrucksvollen religiösen Handlungen — die sie sein sollen — umgestaltet worden. Daß er den Mut fand, sich dem scheinbaren gesellschaftlichen Zwang der Duellwut nicht zu fügen, erwähne ich nur. Daß man infolge seiner Tätigkeit heute von einer Kirchennot in Wien sprechen kann, die man vor zwei Dezennien nicht kannte, ebenfalls. Das Volk besucht heute wieder die früher vielfach verödeten Kirchen.

Bekannt ist, wie der Jude Lucian Brunner gegen Subventionen für kirchliche Zwecke beim Verwaltungsgerichtshofe Beschwerde einlegte und Recht erhielt. Die so notwendigen Kirchenbauten unterblieben, Künstler und Bauhandwerker blieben ohne Beschäftigung. Neuerdings, nach nicht ganz zehn Jahren, wurde gleichwohl wieder ein Kirchenbau subventioniert. Diesmal protestierte der konfessionslos gewordene Schuhmeier. Die Berechtigung zu Subventionen wurde vom Verwaltungsgerichtshofe anerkannt, wenn auch unter einem anderen Titel. Soll ich noch an die Subventionen erinnern, die klösterliche Institute, katholische Schulen ꝛc. — und zwar mit Recht — erhalten, die sie aber vor Lueger nicht erhielten und für welche die Partei den heftigsten Angriffen der Sozialdemokraten ausgesetzt ist? Was die Katholiken früher nie erwarteten und nie erreichten, geschah, seitdem Lueger Bürgermeister wurde: daß ihre großen Veranstaltungen auch vom Bürgermeister der Stadt Wien begrüßt wurden und die Teilnehmer des letzten Katholikentages sogar ins Rathaus geladen wurden. Daß Minister dabei erschienen wären, das haben die Katholiken

nicht erlebt, obwohl diese bei weniger bedeutenden Anlässen erscheinen. „Wenn ich denke, daß der Herr Ministerpräsident beim Gewerbeverein erschien, warum ist er denn heute zum niederösterreichischen Katholikentage nicht gekommen?" Diese Frage erhob mit Recht Dr. Lueger beim Norika-Kommers des Katholikentages am 10. Mai 1903.

Mit kindlicher Pietät verehrte Lueger den großen Leo XIII. und seine Jubiläen gaben ihm Veranlassung, den Gemeinderat zu begeisternden Kundgebungen für das Oberhaupt der Kirche zu veranlassen, wie auch der Tod des heiligen Vaters Veranlassung zu einer ergreifenden Trauerkundgebung bot. Unser jetzt regierender Papst zeichnete ihn anläßlich seines Geburtstagsjubiläums durch folgendes Telegramm aus: „Se. Heiligkeit erteilt dem vielgeliebten Lueger, dem er zugleich mit einem langen Leben alles Gute wünscht, seinen besonderen Segen." Auch in seiner Krankheit schickte er ihm den päpstlichen Segen. Zu wiederholten Malen betonte ich: Lueger hat Selbstvertrauen. Er glaubt an sich und seine Ideale, es beseelt ihn aber ebenso ein unerschütterliches Gottvertrauen. Bei seinem Jubiläum dankte er u. a. mit den Worten: „Der heutige Gottesdienst hat mich außerordentlich erquickt. Der Wiener Männergesangverein hat das schöne Meßlied ‚Wohin soll ich mich wenden?' vorgetragen. Wie oft habe ich mich in schweren Zeiten der hinter mir liegenden Jahre gefragt: Wohin soll ich mich wenden? Und ich kann sagen: Unser Herrgott hat mich noch niemals verlassen!" Bei der 6. Generalversammlung der Wiener Bürgervereinigung am 3. Dezember 1905 sagte er: „Wenn auch noch so stürmische Zeiten kommen mögen, das eine wissen wir alle: Einer wacht über uns, auf den wir uns verlassen können, unser Herrgott. Freilich wird er von vielen verleugnet und die Sache so hingestellt, als ob er nur ein Popanz und ohne Macht wäre."

Vor Wahlen pflegte er manchen von uns zu sagen, wir möchten beten, damit die Wahlen gut ausgehen. Als einmal an

dem Sankt Josefs-Tage eine Wahl war, meinte er, es werde schon gut gehen, der hl. Josef werde schon helfen.

In seiner letzten Krankheit bemerkte er, als man ihm berichtete, der „Wiener Frauenbund" mache eine Wallfahrt nach Maria-Enzersdorf, um seine Genesung zu erbitten: „Daß es doch endlich jemand einfällt, auch zu beten."

Verschiedene Kundgebungen seines religiösen Sinnes sind bereits früher angeführt. An Fasttagen sah ich, so lange ich mit Dr. Lueger enger verkehrte, ihn nie im Gasthause Fleisch genießen, obschon, wer auf Gasthäuser angewiesen ist, kirchlich freie Wahl hat. An Sonntagen konnte man ihn in früheren Jahren regelmäßig in der Zwölfuhr-Messe bei St. Stephan sehen. Mitunter pflegt er auch an Wochentagen eine heilige Messe zu hören. Bekannt ist, daß während seiner letzten Krankheit in seiner Wohnung an Sonntagen die heilige Messe gelesen wurde. Manchen ist er noch immer verdächtig, zu wenig christlich, während er, weil er aus seiner christlichen Überzeugung nie ein Hehl gemacht, von den Gegnern als Klerikaler verschrien wird.

Die Rede, die Dr. Lueger in der Protestversammlung der Katholiken gegen die Beschimpfung des Altarsakramentes gehalten, haben wir bereits gebracht. Ihr ging eine Interpellation der Christlichsozialen im Landtage voran.

Gegen die Beschimpfung des Altarsakramentes durch den Alldeutschen Hauck stellte die antisemitische Vereinigung des Landtages am 22. Dezember 1904 an den Statthalter eine Anfrage, in der es heißt: „Diese verbrecherische Herabsetzung der heiligsten Lehren der katholischen Religion steht leider nicht vereinzelt da, sondern bildet nur den Höhepunkt einer ganz systematischen Hetze, welche in den Blättern der sozialdemokratischen und deutschnationalen Richtung seit Jahren betrieben wird und welche Hand in Hand geht mit den Angriffen auf die Allerhöchste Dynastie und mit der unausgesetzten Verletzung der Interessen der staatlichen Autorität und der Wehrmacht." Schließlich

wird dem Befremden und der Entrüstung Ausdruck gegeben, daß solche verbrecherische Angriffe, speziell diese sakrilegische Verhöhnung des Altarsakramentes, staatlicherseits ohne jede Sühne geblieben sind. Doch dabei hatte es nicht sein Bewenden.

Dr. Lueger und Genossen waren es, die in der Eröffnungssitzung des Abgeordnetenhauses am 20. Jänner 1905 das Gesamtministerium über den Schutz der katholischen Kirche gegen Angriffe seitens der öffentlichen Presse interpellierten. In der Interpellation wird ausgeführt, daß ein Teil der öffentlichen Presse die katholische Religion und ihre Einrichtungen seit einiger Zeit mit Beschimpfungen überhäuft, ohne daß die Kirche dagegen jenen Schutz finde, den die Gesetze ihr gewähren. Das Ärgste in dieser Hinsicht habe das Wiener alldeutsche Blatt durch die bekannte Gotteslästerung geleistet. „Durch diese Äußerung wurde unbehindert der katholischen Religion Verachtung bezeigt und das religiöse Empfinden der Katholiken auf tiefste beleidigt, nachdem das Geheimnis der Eucharistie den Brennpunkt des katholischen Glaubens und Lebens bildet. Daß solche und andere Äußerungen der Verachtung gegen die katholische Religion unbehindert verbreitet werden können, ist in eklatantem Widerspruche mit dem Strafgesetze und beweist, daß sich die Regierung scheut, der Religion jenen Schutz zu gewähren, den sie auch im Interesse des Staates und der öffentlichen Ordnung beanspruchen muß. Ein solcher Zustand muß aufhören, sollen nicht die höchsten idealen Güter und das Vertrauen auf die Staatsgewalt empfindlichen Schaden leiden. Die Interpellanten fragen, was das Gesamtministerium zu veranlassen gedenke, um der katholischen Religion jenen Schutz angedeihen zu lassen, den sie mit vollem Recht auf Grund der Gesetze beanspruchen kann."

VI.

Urteile hervorragender Persönlichkeiten über Dr. Lueger und sein Wirken.

Wir haben im Vorhergehenden öfter Gelegenheit genommen, Aussprüche von Persönlichkeiten und Zitate auch aus gegnerischen Blättern zu bringen, die dem vielangefeindeten und vielgeliebten Manne Gerechtigkeit widerfahren lassen. Denn schließlich sind für den Bürgermeister auch solche Bevölkerungskreise begeistert, welche mit der politischen Partei, deren Führer er ist, nicht einverstanden sind.

Ein warmer Anhänger und Verehrer Dr. Luegers ist der König von Rumänien.

König Carol von Rumänien sprach sich beim Empfange des ersten Bürgermeister-Stellvertreters von Bukarest über Dr. Lueger in Worten höchster Achtung und Anerkennung aus und bemerkte u. a., „es gereiche der Wiener Bürgerschaft zur Ehre, daß sie einen Mann an ihre Spitze gestellt, der unbedingt zu den größten Männern unseres Jahrhunderts gehört".

Die Königin hinwieder bemerkte: „Die Schöpfungen Doktor Luegers bezeichnen eine neue Ära auf dem Gebiete kommunaler Wirtschaftspolitik und alle Menschenfreunde müßten sich vereinigen, um darauf hinzuarbeiten, daß die städtischen Verwaltungen in allen zivilisierten Ländern diesem großen Wiener Beispiele nacheifern."

Plener, der einstige Führer der Liberalen im Parlamente, fand anläßlich eines Empfanges im Rathause anerkennende, ja bewundernde Worte über das Wirken Luegers. Chlumecky

widmete bei einer ähnlichen Gelegenheit der Schaffenskraft und Fürsorge Luegers für Wien uneingeschränkteste Worte des Lobes und der Hochachtung. Der jetzige Minister v. Derschatta hielt als Führer der Deutschen Volkspartei aus Anlaß des 50jährigen Bestandes der Semmeringbahn eine Rede, die viel besprochen wurde und bei den Feinden der christlichsozialen Partei zum Teil sogar Bestürzung hervorgerufen hat. Dr. v. Derschatta, selber ein Gegner der Christlichsozialen, sagte: „Wien hat sich dank der glücklichen Hand seines Bürgermeisters in der letzten Zeit aus der Residenz des österreichischen Herrschers zu einer Weltstadt entwickelt, die sich mit jeder anderen messen kann, was Schönheit der öffentlichen Bauten, der Gärten und öffentlichen Anlagen betreffe. Ohne Neid müsse er aber auch konstatieren, daß das Land Niederösterreich und die Stadt Wien in sozialpolitischer Hinsicht für Österreich und die ganze Welt mustergültig und bewunderungswürdig dastehen. Er gebe dieser Bewunderung mit jener Offenheit und Rückhaltlosigkeit Ausdruck, die die Tat verdiene." Ein glänzenderes Zeugnis wie dieses aus dem Munde des Führers der Deutschen Volkspartei kann sich Lueger und die christlichsoziale Partei kaum mehr wünschen. Was soll diesem Zeugnisse gegenüber es sagen, wenn einer von der Partei von der „korrupten Wiener Gemeindewirtschaft" gesprochen hat? Daß auch der Bürgermeister von Bukarest, wie der König Worte der Anerkennung für das Wirken Luegers gefunden, befremdet niemand, aber auch der Bürgermeister Athens fand solche und hat den Namen „Lueger-Stadt" geprägt. Dr. Merkuris schreibt in seinem Dankschreiben an den Bürgermeister Wiens u. a.: „Was ich bei meiner Runde in der ‚neuen Lueger-Stadt' gesehen, weist eine solche Vollendung auf und trägt den Stempel einer so genialen Schöpferkraft und ungewöhnlichen Willensstärke an sich, daß ich glücklich wäre, als Frucht meiner Reise einen noch so schwachen Abglanz meiner Bewunderung für das Werk und

dessen Schöpfer auf die Stadt des Perikles hinüberzutragen, um daraus Kraft zu neuem Schaffen in meiner Amtstätigkeit zu gewinnen."

Über den Empfang des 13. internationalen Straßen- und Kleinbahnkongresses in Wien äußerte sich der Präsident des Kongresses, Direktor Janssen:

„Bereits vor dem Betreten Wiens empfanden wir die Anziehungskraft der herrlichen Stadt und nun, da die Festtage vorüber sind, wird uns klar, daß wir unter dem Banne einer wirklichen Ahnung gestanden haben. Wenn wir in Zukunft von dem Wunsche anderer hören, Wien zu sehen, werden wir ausrufen: Gehet hin, denn wenn euer Wunsch euch durch den Weltruf der Hauptstadt Österreichs eingegeben wurde, so werdet ihr erfahren, daß die Wirklichkeit weit mehr hält, als der Wunsch versprach."

Am 24. Oktober 1904, dem Geburtstage unseres Bürgermeisters, hielt in der französischen Kammer ein sozialistischer Deputierter eine Lobrede auf den Wiener Bürgermeister. Der sozialdemokratische Abgeordnete Deber sagte wörtlich:

„Auch ich habe mich in Wien aufgehalten und hatte des öfteren die Ehre, mit Dr. Lueger zu konversieren. Ich war sogar erst jüngst, in diesem Jahre, in Wien und habe alle städtischen Einrichtungen dieser Stadt im Detail besichtigt. Über deren Funktionierung habe ich nicht nur den Bürgermeister befragt, sondern auch seine Gegner, die dortigen Liberalen und Sozialdemokraten. Alle, ohne Ausnahme, selbst die Direktoren der Konkurrenzfabriken waren genötigt, einzugestehen, daß die städtischen Fabriken ausgezeichnet funktionierten. Man sagte mir, daß alle öffentlichen Dienstzweige der Stadt, so wie sie Lueger organisiert hat, vortrefflich sind und jedermann mit ihnen zufrieden ist. Lueger hat es verstanden, in einer bewunderungswürdigen (admirablement) Weise aus der Beleuchtung, den Transportmitteln ein städtisches Monopol

zu machen. Und was die Transportmittel, Tramways, anbelangt, so kann ich sagen, daß diese in Wien besser funktionieren und billiger sind als in Paris!"

Nicht unerwähnt darf der Historikertag im September 1906 bleiben. Der Präsident des Tages, Staatsarchivdirektor Bailleu, hielt beim Bankett im Rathause die erste Rede und bemerkte, daß die im Reiche draußen die Fortschritte verfolgt haben, die die Stadt Wien genommen, und ihnen nicht fremd geblieben sei, welch hervorragend entscheidenden Einfluß das Wirken des Bürgermeisters daran habe.

Dr. Lueger nahm Gelegenheit, über die Bedeutung der Geschichtsforschung zu sprechen, und fortfahrend, stellte er in Anspielung auf eine Rede Apponyis fest, daß nicht durch die magyarische Kultur die abendländische Kultur gerettet worden ist, wohl aber die Magyaren hie und da gemeinsame Sache mit den Türken, mit allen Feinden Österreichs und der Dynastie gemacht haben, daß immer die Deutschen und insbesondere die Stadt Wien es waren, die uneigennützig gerettet haben.

Bezugnehmend auf das Wort Luegers von den Geschichtslügen hielt Dr. Bailleu folgende Rede: „Es sind nicht die Historiker, die Lügen verbreiten, das sind die Zeitgenossen, das sind die Journalisten, die solche Dinge in die Welt setzen. Gibt es eine ärgere Geschichtslüge als jene, die man uns im Reiche erzählt von diesem Manne, der da vor uns sitzt, von diesem ‚schwarzen Manne', und der doch hier Fluten von Licht über die Stadt ausgebreitet hat, von diesem ‚schwarzen Manne', der die Stadt Wien zu einem Glanze erhoben hat, den wir bis vor dreißig Jahren nie geahnt hätten? Wie passen die Geschichtslügen zu dem, was dieser Mann für den Schmuck, die Verkehrsverhältnisse, Gartenanlagen, für die Großzügigkeit, für alles das, was einer Großstadt ziemt und was sie schmückt, zu tun verstand? Alles das erfüllt uns mit Freude und Begeisterung, und wir Historiker, wir werden uns nicht beeinflussen

lassen durch das, was die Journalisten uns erzählen, und darum wünschen wir alle von ganzem Herzen: Mögen Sie in Wien Ihren Bürgermeister in der Kraft seines Wirkens erhalten, möge die alte deutsche Stadt Wien weiter wachsen, blühen und gedeihen."

Daß die „Neue Freie Presse" sich an Dr. Bailleu zu reiben versuchte und meinte, sie kenne Lueger und sein Wirken besser, als ein Fremder, der nur einige Tage in Wien weilt, war zu erwarten.

Wenn aber die einheimische und ausländische Judenpresse Lueger stets besudelte, so soll doch auch das Urteil einer liberalen Zeitung, die dem Bürgermeister Gerechtigkeit widerfahren läßt, angeführt werden.

Der Chefredakteur der liberalen „Münchner Neuesten Nachrichten" schrieb als Delegierter des Preßkongresses in seinem Blatte über diesen Kongreß und fällt folgendes schmeichelhafte Urteil über Wien:

„Wien ist eine moderne Weltstadt geworden — eine der schönsten Städte der Welt, wenn nicht gar die schönste. Sein ‚Ring' sucht seinesgleichen, seine Gärten und Anlagen haben nur wenige Rivalen. Und auch die traditionelle Gemütlichkeit und Gastfreundschaft, die einer den Bewohnern innewohnenden Leichtlebigkeit und Freude am materiellen Genuß entspringt, scheint noch vorhanden zu sein. Wenigstens traten sie den Teilnehmern des 9. internationalen Preßkongresses gegenüber stündlich vor Augen."

Auch von dem Bürgermeister der Stadt Wien, die er die „schöne, überall beliebte Donaustadt" nennt, berichtet er und schreibt nebst einigen politischen Ausfällen: „Von besonderem Interesse war für die auswärtigen Gäste vor allem die vielumstrittene, viel angefeindete, aber auch viel verehrte Persönlichkeit des Bürgermeisters Dr. Lueger. Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild. Man wußte, daß er eigentlich für die Vertreter der Presse nicht viel Sympathie übrig

habe, zumal er wohl die richtige Empfindung hatte, daß er unter ihnen nicht eben viele politische Freunde habe. Er war als Gastgeber selbst von einer großartigen Splendidität und Geschicklichkeit, die selbst seine verbissensten Wiener Gegner anerkennen mußten. Lueger ist sicher der populärste Mann Wiens, er ist ein Arbeiter und Organisator ersten Ranges und, was niemand in Wien bestreitet, ein Mann mit reinen Händen."

In gleicher Weise wie das schon früher zitierte amerikanische Blatt „The Public" äußerte sich der Präsident des 300.000 Mitglieder zählenden Bundes der Bodenreformer, Professor Damaschke, über die Rede Luegers in der Frage der Bodenreform und bringt im Märzheft 1905 des Bundesorganes folgende einleitenden Worte: „Dr. Karl Lueger nimmt unter den Sozialpolitikern unserer Zeit eine ganz eigenartige Stellung ein. Als er seinen Kampf gegen die liberale Herrschaft in Wien begann, erschien dies Vorgehen allen ‚Klugen' als vollendete Torheit. Die Liberalen hatten die absolute Macht in der Gemeinde, sie hatten die gesamte große Presse in ihrer Hand und doch, schon 1896 hatte Dr. Lueger seine Anhänger zum völligen Siege geführt. Was Lueger für seine Partei bedeutet, das geht uns natürlich an dieser Stelle nichts an. Was er aber als Verwaltungsbeamter an der Spitze von Wien geleistet hat, hat ihm auch die Achtung seiner Gegner erzwungen. Auch von jüdischen Politikern und Verwaltungsbeamten in österreichischen Städten kann man immer wieder das Wort hören: ‚Ich hasse Lueger; aber daß er der einzige Sozialpolitiker großen Stiles ist, den wir in Österreich haben, darüber kann gar kein Zweifel sein. Sehen Sie den Bau städtischer Gas- und Elektrizitätswerke, den Ausbau der städtischen Arbeits- und Wohnungsämter, den Plan des Wald- und Wiesengürtels, das sind Taten, die zu verkleinern, einfach töricht wäre.'"

Im Juni 1905 weilte eine englische Studienkommission für städtische Einrichtungen in Wien. Einer der Redakteure der „Reichspost" hatte Gelegenheit, mehrere Herren dieser Kommission

über ihre Wiener Eindrücke zu befragen. Alle, insbesondere die Herren Bürgermeister E. T. Boardman und George Simpson äußerten sich sehr schmeichelhaft, zumal über die Wasserversorgung und über die Gartenpflege. Mister Simpson sagte: „Wir in England wissen auch, was Gartenpflege heißt, und jeder Fremde, der einmal durch den fröhlichen, eleganten Hydepark gewandert ist, oder unsere schmucken, gartenreichen kleineren Städte kennt, wird uns Engländern darüber ein Urteil zumuten. Aber Sie hier in Wien sind unübertrefflich. Ich habe Neuanlagen von Gärten gesehen, von denen man mir sagte, daß dort vor einem Jahre noch steiniger, unbearbeiteter Grund war, und nun prangt alles in entzückender Frische. Man kann den Wienern zu dieser planmäßigen Fürsorge Glück wünschen!"

Stadtsekretär Albert Ellis äußerte sich: „Am besten gefielen mir in Wien die Einrichtungen für die Milchversorgung der Großkommune; die Nettigkeit und Sauberkeit und der technische Betrieb in diesen großen Etablissements sind mustergültig. Aber Sie haben hier in Wien nicht nur treffliche Anstalten und Verkehrseinrichtungen, Sie haben etwas, was manche Stadt bei den größten Bemühungen in ihrer städtischen Ausgestaltung niemals besitzen wird, das ist der Charme Ihrer Wiener Gastlichkeit! Es ist der übereinstimmende Eindruck aller Mitglieder der Kommission, wenn wir die Herzlichkeit und Gemütlichkeit (cordiality) rühmen, die wir in Wien getroffen haben."

In der „Neuen Freien Presse" sind die privaten Äußerungen des Sir John Gorst wiedergegeben, der durch Jahre Präsident des englischen Erziehungsdepartements war. Sir Gorst hatte schon bei dem Bankett am 9. Juni einen für das heutige Wien überaus schmeichelhaften Vergleich mit dem Wien, wie er es vor 50 Jahren kennen gelernt, gezogen; gegenüber dem Interviewer äußerte er sich:

„Ihre technische Ausbildung der Schulen und Lehranstalten ist großartig; man kann sie nicht zu hoch preisen."

Den Schluß der Urteile soll das liberale „Fremdenblatt" bilden. In der Zeit, nachdem die Krankheit des Bürgermeisters aus dem Stadium der Hoffnungslosigkeit in das der Hoffnung überging, Mitte Februar d. J., lesen wir dortselbst folgenden Artikel:

„Wir lesen es jetzt seit zwei Tagen in den Zeitungen, dem Bürgermeister geht es besser. Und die Leute sind wirklich vom Herzen froh darüber, daß er jetzt langsam wieder den Weg ins Leben findet. Viele Wochen schon liegt der Bürgermeister krank, und es ist merkwürdig, wie man jetzt gerade am stärksten merkt, daß dieser Mann das organische Oberhaupt der Stadt ist, daß er eine sonderbare Macht über die Menschen hier hat und daß er im hohen Grade populär ist. Denn nicht die kräftigste Rede, in der Dr. Lueger für eine Idee eintrat, nicht die witzigsten Aperçus, die er seinen Gegnern anhängte, nicht diese behagliche Stimme, diese gar nicht offizielle, immer ein wenig gemütliche, ein bißchen revoltierende Rede, nichts, gar nichts in seinem öffentlichen Wirken hat je einen solchen Eindruck gemacht wie die Nachrichten, die jetzt von seinem Krankenbette kommen. Sein Name, der nie ausgesprochen wurde, ohne ein heftiges Für und Wider zu erregen, der eine Partei bedeutete, einen Schlachtruf, hat jetzt eine versöhnende Milde. Bisher eines jener elektrisierenden Worte, die gleich Funken geben der Begeisterung und des Hasses. Der hoch auf flatternden Fahnen geschrieben steht. Immer, wenn irgendetwas los ist, schreien die Leute gleich: ‚Hoch Lueger' und die anderen: ‚Nieder mit ihm!' Aber ohne jede persönliche Feindseligkeit, weil es so ein populärer Name ist, der oft und stark im Kampfe erklungen ist ... Es ist viel Tragik um dieses Krankenbett im Rathause. Fast sechzig Jahre und ein Leben hinter sich voll von Kämpfen, gekrönt von Erfolg, populär wie kaum ein zweites. Er liebt dieses Leben sicher, will die Erfolge bis auf den kleinsten Rest ausschlürfen. Was ihm das Schicksal jetzt noch bringen mag, es kann nichts als Gutes

sein. Denn er ist zu den Anerkannten gerückt, zu den Legitimierten, wenn ihn auch hie und da noch ein höhnisches, absprechendes Wort trifft. Und da überfällt ihn auf einmal die Natur, wirft ihn aufs Lager, quält ihn mit Schmerzen, scheint beweisen zu wollen, daß sie stärker ist als Anerkennung, Verdienst und Erfolg. Es ist viel Tragik um dieses Krankenbett im Rathause. Das Schicksal des Bürgermeisters geht jetzt allen sehr nahe. Allen, ohne Unterschied des Standes, der Gesinnung. Überall wird die Fahne der Menschlichkeit aufgezogen. Man kann das jetzt schon deutlich sehen an den vielen Bogen Konzeptpapier, die in dem stillen, vornehmen Präsidialbureau aufliegen. Weit offen steht die Tür zum Bürgermeisterzimmer. Drinnen sind Blattpflanzen und helles Grün schmiegt sich an die Fenster, verleiht dem dunklen, ernsten Gestühl vornehme Anmut. Wie eine Autographensammlung sieht der Bogen aus. Man kann graphologische und psychologische Studien machen, liest den Namen einer Exzellenz und ganz nahe daran den Vorsteher einer Genossenschaft, und neben dem Erzherzog Salvator gleich einen Kleingewerbetreibenden. Alle sind voll Teilnahme, aber ohne ein bißchen Eitelkeit kann die Sache nicht abgehen. Zum Bürgermeister kommen nur wenige. Die ganz Getreuen. Aber eine schöne Ruhe überkommt einem schon in der Nähe dieses Krankenzimmers. Von jeder Stube eines Kranken geht sie aus; sie liegt dort in der Luft, im Gesicht der Pflegeschwester. Und es ist sehr merkwürdig, wie alle Leute diese Ruhe spüren. Man hat ein inniges Mitleid mit einem Kranken und lautlos verklingt vor seiner Stube aller Haß. Wenn er wieder gesund wird, begrüßt man ihn froh, wie einen, der ein neuer Mensch geworden ist. Wie einen, den man liebgewonnen hat, weil man eben um ihn sehr besorgt war."

Schluß.

Als Student hatte einer im Jahre 1895 Ähnlichkeiten zwiſchen Artevelde, dem Patrioten — den Conſcience ſo anziehend ſchildert — und Lueger herausgefunden. Artevelde rief ſeinen Mitbürgern zu: „Haltet vlämiſchen Mut!“ Dr. Lueger ruft dem deutſchen chriſtlichen Volke zu: „Haltet deutſchen, haltet chriſtlichen Mut!“ Freiherr v. Helfert vergleicht ihn mit Liebenberg. Liebenberg und Lueger ſind die berühmteſten Bürgermeiſter Wiens, aber Lueger „nicht in zweiter Linie nach Liebenberg, ſondern in erſter vor dieſem“. Landeshauptmann Dr. Ebenhoch findet Ähnlichkeiten zwiſchen ihm und Cajus Gracchus und wünſcht nur, daß Lueger — woran er nicht zweifelt — der Dank des Volkes inniger erhalten bleibe, als es bei Gracchus der Fall war. Andere, unter ihnen einer der Führer der Katholiken Italiens, Univerſitätsprofeſſor G. Toniolo, ſehen in ihm den O'Connel Öſterreichs. Des Soziologen Dr. Beck Worte haben wir vollinhaltlich gebracht, er fordert die unverdorbene und unverzagte Jugend auf, der Führerſchaft Luegers zu folgen.

Wir zeigten, wie bei ihm zutrifft: Nomen, omen!

Mit berechtigtem Stolze konnte Dr. Lueger gelegentlich der Feier ſeines 60. Geburtstages ſagen: „Bei allem, was ich getan, ließ ich mich von der Erwägung leiten: Was frommt, was nützt es dem Volke?“

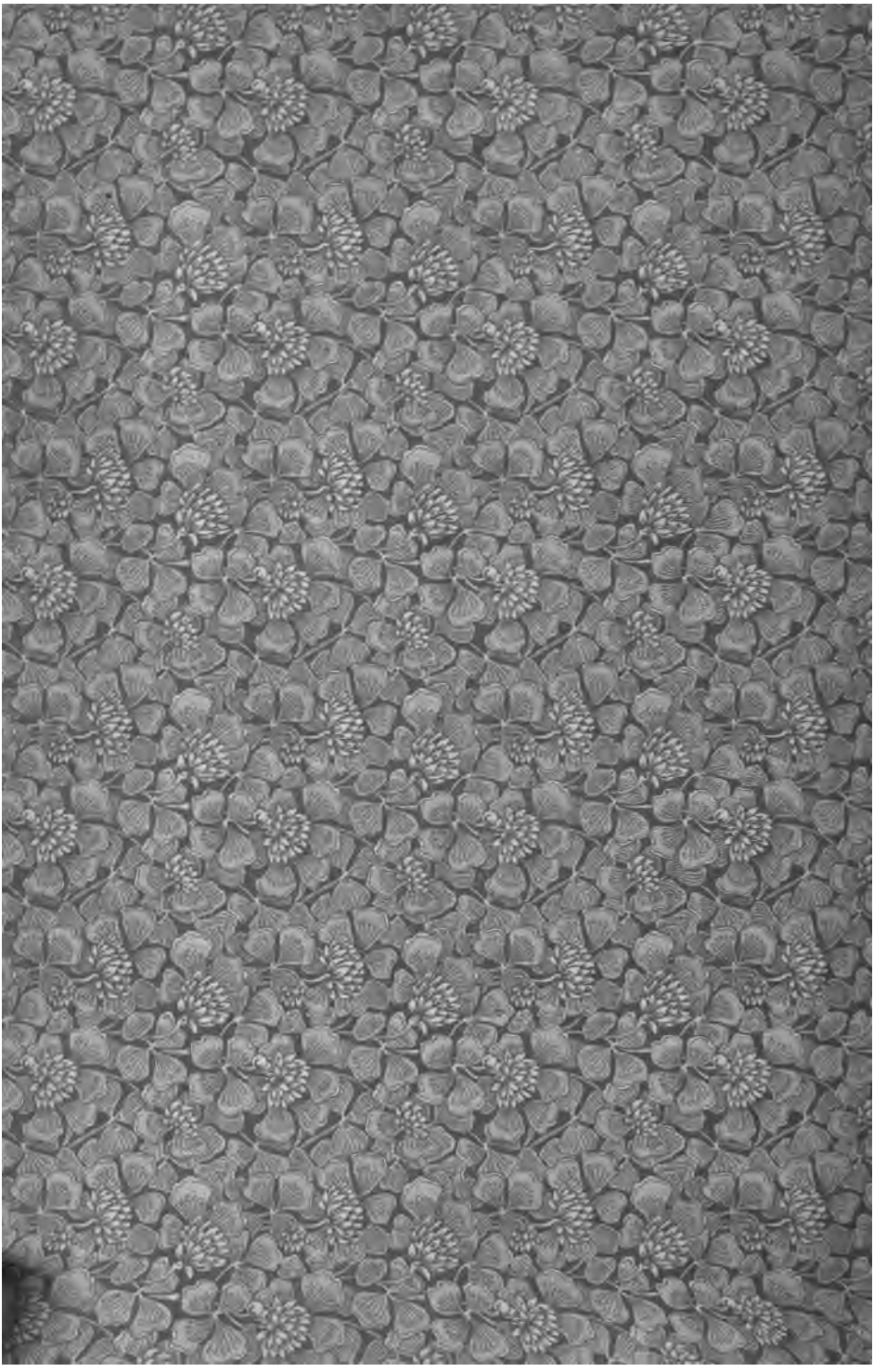
Wahrlich, wer ſo reden kann, verdient die ehrenden Worte, die der ſeinerzeitige päpſtliche Nuntius, Kardinal Agliardi, über ihn ſchrieb: „Es konnte kein Leben beſſer angewendet

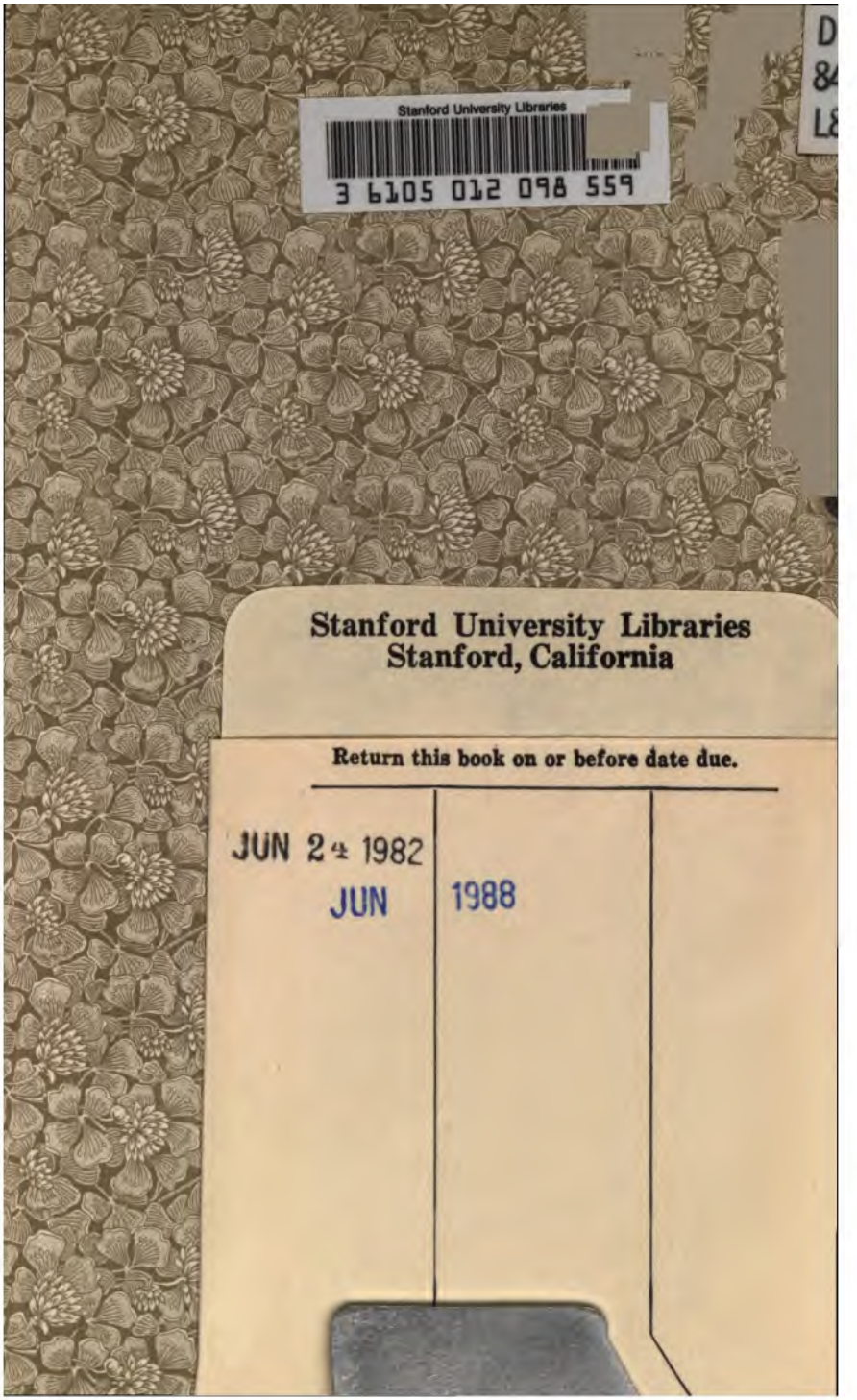
werden als jenes dieſes glänzenden Mannes — kein anderer kann ſich ſolcher Verdienſte um das Vaterland rühmen, daß ſie die ſeinen übertreffen würden."

Können ſeine argwöhniſchen und mißtrauiſchen Neider und ſeine ergrimmten Feinde von ſich ſagen, was Lueger von ſich geſagt; kann man über ſie ſagen, was Agliardi über Lueger geſagt?

Der „Tiroler" ſchloß einen längeren Aufſatz über Lueger am 22. Oktober 1904 mit den Worten: „Ein Ruhmesblatt wird es in unſerer vaterländiſchen Geſchichte ſein, auf dem Dr. Karl Luegers Name verzeichnet ſein wird, und an ſeinem Grabe werden Freund und Feind einſt ſagen: ‚Öſterreich hat einen Großen, einen Unerſetzlichen verloren.'"

Ein glühender prieſterlicher Verehrer Luegers — der ſeither verſtorbene, von Lueger hochgeſchätzte P. Freund — gab bei Beginn der Siege Luegers der Befürchtung Ausdruck, ob nicht dem „Hoſianna" auch bei Lueger einmal das „Kreuzige ihn" folgen werde. Die Befürchtung iſt Befürchtung geblieben und wird es bleiben. Ich ſchrieb im Jahre 1904 in einem kleinen Lebensbild Luegers folgende Worte und mit dieſen ſchließe ich: „Das chriſtliche Volk Wiens kann und wird nie ſo tief fallen. Sollte es dennoch der Fall ſein, dann würde die Nachwelt Richter dieſes Volkes ſein; denn nicht ſeiner Zeit bloß hat Lueger gelebt, ſeine Werke ſind dauernder wie Stein und Erz. Gott erhalte dieſes echte Wiener Kind noch lange und gebe ihm ſtets neue Kraft zu neuen Taten für Gottes Ehre, Öſterreichs Ruhm, zur Betätigung echten Deutſchtums, für des ehrlich arbeitenden Volkes Wohl, für ſeine geliebte Vaterſtadt Wien."




Stanford University Libraries
3 6105 012 098 559
D
84
L8
Stanford University Libraries
Stanford, California
Return this book on or before date due.
JUN 24 1982
JUN 1988